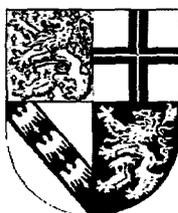


Landtag des Saarlandes

12. Wahlperiode



Pl. 12/70
14.07.04

70. Sitzung

am 14. Juli 2004, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn 09.04 Uhr
Ende 18.52 Uhr

(Die Sitzung wird von 12.27 Uhr bis 13.30 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Präsident: Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Hollinger (SPD)
Zweiter Vizepräsident Schoenen (CDU)
Erste Schriftführerin Rink (CDU)
Zweite Schriftführerin Scherer (SPD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident: Müller (CDU)
Minister für Inneres und Sport
Kraamp-Karrenbauer (CDU)
Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten
Jacoby
Ministerin der Justiz Spoerhase-Eisel
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Schreier (CDU)
Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Gerner
Minister für Wirtschaft Dr. Georgi
Minister für Umwelt Mörsdorf

Es fehlen:

Abg. Berber (SPD)
Abg. Ternes (SPD)

	Seite		Seite
Geburtstagsglückwünsche	3705	Abg. Heimes (CDU), Berichterstatterin	3720
Mitteilungen des Präsidenten betreffend		Abstimmung, Annahme des Antrages	3723
Begrüßung von Zuhörern	3705	5. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 19) (Drucksache 12/1169)	3723
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	3705	Abstimmung, Annahme des Antrages	3723
Änderung der Tagesordnung	3705	6. Mündlicher Jahresbericht des Ausschusses für Eingaben gemäß § 25 der Geschäftsordnung - Statistik (Drucksache 12/1170)	3723
Verkürzung der Verteilungsfrist	3705	Abg. Girst (CDU), Berichterstatterin	3723
Redezeitvereinbarung	3705	Unterbrechung der Sitzung	3727
1. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Fortsetzung der erfolgreichen Breiten- und Leistungssportpolitik in Schule und Verein (Drucksache 12/1178)	3706	7. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Innere Sicherheit stärken - Erfolgreiche Sicherheitspolitik fortsetzen (Drucksache 12/1179)	3727
11. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schulsport als Grundlage einer Breiten-sportförderung stärken (Drucksache 12/1182) .	3706	12. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger stärken - Vorteile des Föderalismus bei der Terrorismusbekämpfung effektiv nutzen (Drucksache 12/1183)	3727
Abg. Meiser (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1178	3706	Abg. Jungmann (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1179	3729
Abg. Pauluhn (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1182	3708	Abg. Jost (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1183	3732
Ministerin Kramp-Karrenbauer	3710	Ministerin Kramp-Karrenbauer	3732
Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD)	3714	Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1179, Annahme des Antrages	3734
Abg. Kuhn-Theis (CDU)	3716	Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1183, Annahme des Antrages	3734
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1178, Annahme des Antrages	3717	8. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Für Transparenz und Wettbewerb bei der Vergabe von Gutachten, Beraterverträgen und sonstigen freiberuflichen Leistungen sowie bei den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation (Drucksache 12/1175)	3734
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1182, Annahme des Antrages	3717	Abg. Lawall (SPD) zur Begründung	3734
2. Zweite Lesung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung im Saarland (Drucksache 12/1149)	3717	Abg. Toscani (CDU)	3739
(Erste Lesung: 69. Sitz. v. 23. Juni 2004)		Abg. Commerçon (SPD)	3741
Abg. Becker (CDU), Berichterstatter	3717	Minister Dr. Georgi	3743
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	3717	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	3746
3. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Inneres und Sport eingebrachten Antrag betreffend: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam fortsetzen (Drucksache 12/1180)	3717	9. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Situation der Kinder und Jugendlichen im Saarland verbessern - Konsequenzen aus dem 2. saarländischen Kinder- und Jugendbericht ziehen (Drucksache 12/1176)	3746
Abg. Jungmann (CDU), Berichterstatter	3717		
Abg. Scherer (SPD)	3719		
Abstimmung, Annahme des Antrages	3720		
4. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten eingebrachten Antrag betreffend: Erteilung der Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 2001 (Drucksache 12/1174)	3720		

	Seite	
13. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit konsequent weiterentwickeln (Drucksache 12/1184)	3746	Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1182 als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.
Abg. S c h e r e r (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1176	3746	Wegen des Sachzusammenhangs wird vorgeschlagen, die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 1 der Tagesordnung - Antrag der CDU-Landtagsfraktion betreffend: Fortsetzung der erfolgreichen Breiten- und Leistungssportpolitik in Schule und Verein (Drucksache 12/1178) - durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.
Abg. R i n k (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1184	3748	
Ministerin Dr. G ö r n e r	3752	
Abg. B r a u n (SPD)	3756	
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1176, Ablehnung des Antrages	3761	Die SPD-Landtagsfraktion hat weiterhin beantragt, den Antrag betreffend: Innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger stärken - Vorteile des Föderalismus bei der Terrorismusbekämpfung effektiv nutzen, der uns als Drucksache 12/1183 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen.
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1184, Annahme des Antrages	3761	Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 12 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1183 als Punkt 12 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.
10. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Katholische Hochschule für Soziale Arbeit erhalten (Drucksache 12/1177)	3761	Auch hier wird vorgeschlagen, dass wegen des Sachzusammenhangs die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 7 der Tagesordnung - Antrag der CDU-Landtagsfraktion betreffend: Innere Sicherheit stärken - Erfolgreiche Sicherheitspolitik fortsetzen (Drucksache 12/1179) - durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.
14. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Katholische Hochschule für Soziale Arbeit erhalten und weiterentwickeln (Drucksache 12/1185)	3761	Die CDU-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend: Erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit konsequent weiterentwickeln, der uns als Drucksache 12/1184 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den darf ich um ein Handzeichen bitten. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann feststellen, dass dieser Antrag Drucksache 12/1184 als Punkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.
Abg. G i l l o (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1177	3761	
Abg. S c h ä f e r (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1185	3763	
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1177, Ablehnung des Antrages	3765	
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1185, Annahme des Antrages	3765	
Präsident L e y zum Ende der Legislaturperiode	3765	Wegen des Sachzusammenhangs wird vorgeschlagen, die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 9 der Tagesordnung - Antrag der SPD-Landtagsfraktion betreffend: Situation der Kinder und Jugendlichen im Saarland verbessern - Konsequenzen aus dem 2. saarländischen Kinder- und Jugendbericht ziehen (Drucksache 12/1176) - durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.
Präsident Ley:		
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 70. Landtagssitzung.		
Ich habe Geburtstagsglückwünsche auszusprechen. Frau Abgeordnete Isolde Ries ist am 24. Juni 48 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Peter Gillo ist am 28. Juni 47 Jahre alt geworden. Ich spreche Ihnen in unser aller Namen herzliche Glückwünsche aus.		
(Beifall des Hauses.)		
Ich begrüße auf der Zuschauertribüne zwei Redakteurinnen der Jugendseite der Saarbrücker Zeitung und auch den Direktor der saarländischen Totogesellschaft. Ich habe ihn gerade gesehen. Seien Sie uns willkommen.		Schließlich hat die CDU-Landtagsfraktion beantragt, den Antrag betreffend: Katholische Hochschule für Soziale Arbeit erhalten und weiterentwickeln, der uns als Drucksache 12/1185 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist dieser Antrag als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich kann feststellen, dass der Antrag Drucksache 12/1185 als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.
(Beifall des Hauses.)		
Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 70. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.		Auch hier wird vorgeschlagen, dass wegen des Sachzusammenhangs die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 10 der Tagesordnung - Antrag der SPD-Landtagsfraktion betreffend: Katholische Hochschule für Soziale Arbeit erhalten (Drucksache 12/1177) - durchgeführt wird. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.
Die SPD-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend: Schulsport als Grundlage einer Breitensportförderung stärken, der uns als Drucksache 12/1182 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger		In Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung haben die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums vereinbart, die Redezeitbeschränkung

(Präsident Ley)

der letzten Sitzung beizubehalten, sodass der erste Redner/die erste Rednerin einer Fraktion sowie der Landesregierung für die Begründung beziehungsweise Aussprache eine halbstündige Redezeit hat mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf maximal eine Dreiviertelstunde und dass bei dem zweiten Redner/der zweiten Rednerin und allen weiteren die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt ist und nur der zweite Redner - nicht jedoch nachfolgende - eine Verlängerungsmöglichkeit von 15 Minuten hat. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung mit.

Wir kommen zum Schwerpunktthema der heutigen Sitzung, den Punkten 1 und 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Fortsetzung der erfolgreichen Breiten- und Leistungssportpolitik in Schule und Verein (Drucksache 12/1178),

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schulsport als Grundlage einer Breitensportförderung stärken (Drucksache 12/1182).

Zur Begründung des Antrags der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Meiser das Wort.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können heute eine positive Bilanz der Breiten- und Leistungssportpolitik im Saarland ziehen. Es tut dem Sport gut, dass diese Regierung und Opposition, dass CDU und SPD, dies gemeinsam tun können, und dass Sportpolitik ein großes Stück Gemeinsamkeit in unserem Land bedeutet.

Nach dem Regierungswechsel 1999 hat die CDU-geführte Landesregierung auf einer guten Basis im Sport aufbauen und weiterarbeiten können. Genauso wenig wird heute jemand bestreiten, dass die neue CDU-geführte Landesregierung seitdem die Unterstützung für den Sport intensiviert, viele neue Akzente und positive Initiativen entwickelt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute über Sport in unserem Land diskutieren, denke ich, sind wir uns der großen Verantwortung bewusst, die die Politik im Umgang mit dem Sport hat. Unser Leitbild ist nicht Vereinnahmung des Sports durch Politik und Ideologie, sondern freie Entfaltung des Sports, unterstützt durch gute politische Rahmenbedingungen. Dies war und ist keine Selbstverständlichkeit, wie ein Blick in die Sportgeschichte zeigt. Der Integrationsprozess des Sports in unserer Gesellschaft, in unserer Kultur hat eine lange Geschichte. Der Sport war immer selbstverständlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Es würde heute zu weit führen, die Ägypter, die Römer und die Griechen zu zitieren. Aber man kann sicherlich feststellen, der Sport hat im 20. Jahrhundert eine überragende Bedeutung in unserer Gesellschaft erlangt. Wenn wir heute eine positive Bilanz im Saarland ziehen, dann wollen wir nicht vergessen, dass diese Entwicklung gerade im 20. Jahrhundert auch mit beängstigenden Entwicklungen verbunden war. Ich will nur wenige Beispiele nennen: Sport als Teil des Machtsystems im Dritten Reich, die hemmungslose Kommerzialisierung oder auch Chemie als Teil des Erfolges.

Auch die Sportpolitik an der Saar war nicht immer unkritisch zu sehen. Zu Beginn der Fünfzigerjahre wurde das Saarland unabhängige Sportnation, die nicht nur mit eigener Nationalmannschaft an Europa- und Weltmeisterschaften teilnahm, sondern auch olympische Nation war. Diese sportpolitische Autonomie von 1945 bis 1957, die eines der spannendsten Kapitel saarländischer Sportgeschichte darstellt, stand auch im Dienste staatspolitischer Ziele. In der Verwirklichung der eigenständigen Sportnation lässt sich deutlich die Idee, die es weltweit immer gegeben hat, des Nationbuilding through Sports erkennen. Positiv können wir heute feststellen, dass in den Fünfzigerjahren mit die wichtigsten Entscheidungen gefallen sind, die bis heute die entscheidenden Grundlagen für einen unabhängigen Saar-Sport bilden. Ich nenne als Erstes das so genannte Sporttätel nach dem Sportwettengesetz, von dem der Saar-Sport heute jährlich mit bis zu 15 Millionen Euro profitiert. Ich nenne die Sportplanungs-

kommission, die bis heute weit mehr als 100 Millionen DM ausgegeben hat, um Sportstätten und Sportprojekte im Saarland zu fördern. Ohne diese Eckpfeiler, die die saarländische Politik bis heute nicht angetastet hat - in dieser Feststellung ist der Appell enthalten, dies auch in Zukunft nicht zu tun -, wäre die positive Entwicklung des Breiten- und Spitzensports in unserem Land undenkbar. Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich dieses Haus mit beiden großen Fraktionen heute dazu bekennt, dass Totomittel nicht Bestandteil des Landeshaushalts sein sollen und dass sie weiterhin die Unabhängigkeit des Saar-Sports gewährleisten.

Schon die nackten Zahlen zeigen, dass das Saarland ein sportbegeistertes Land ist mit leistungsfähigen Vereinen und einem hohen ehrenamtlichen Engagement. Fast 450.000 Saarländerinnen und Saarländer sind im Sport organisiert. Rund 40 Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder in Sportvereinen. Es gibt fast 3.000 Sportvereine im Saarland, das ist Spitze in Deutschland. 30 Prozent der Vereinsmitglieder sind unter 18 Jahre alt, das heißt rund 130.000 Kinder und Jugendliche sind in Vereinen organisiert. Ich nenne eine weitere und letzte beeindruckende Zahl: Die Arbeit unserer Vereine wird von zirka 30.000 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern getragen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD.)

Die Sportbegeisterung in unserem Land zeigt sich auch außerhalb der Vereine. Ich erinnere an die Sportabzeichen-Aktionen. Hier belegt das Saarland bundesweit den zweiten Platz. Die Landesregierung unterstreicht durch ihre maßgebliche Unterstützung dieser Aktion den Stellenwert des Breitensports und seiner positiven Effekte für unsere Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine gute Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung des Vereins- und Leistungssports in unserem Land. Auch hier belegen die Zahlen eindrucksvoll unsere guten Rahmenbedingungen. Ob es 500 Sporthallen sind, ob es mehr als 100 Bäder sind, ob es - wenn ich Paul Hans sehe, will ich auch dies nicht unerwähnt lassen - über 200 Tennisanlagen sind oder ob es weit über 500 Sportplätze sind, so ist vieles, wenn nicht gar alles unter maßgeblicher Mithilfe der Sportplanungskommission entstanden.

Ich habe meinem Fraktionsvorsitzenden versprochen, heute das Thema neues Stadion für den 1. FC Saarbrücken nicht anzusprechen. Deshalb sage ich nur so viel: Unserem Land und der Landeshauptstadt stünde es natürlich sehr gut an, wenn wir eine Multifunktionsarena hätten im Wettbewerb der Regionen für Open Air mit Gronemeyer oder Maffay, für den Katholikentag oder für ein Fußball-Länderspiel. Wenn dann auch der 1. FC Saarbrücken in dieser Arena spielen würde, hätte ich nichts dagegen. So viel zu diesem Thema

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU. - Teilweise Heiterkeit.)

Wir wissen alle, dass die finanziellen Ressourcen in diesem Lande knapp sind und dass der Breitensport, dass die vielen Vereine Vorrang haben müssen. Auch dies will ich im Zusammenhang mit diesem Thema feststellen. Damit bin ich auch schon dabei, einen weiteren Eckpfeiler der Sportpolitik in diesem Lande anzusprechen. Mit Blick darauf, dass viele kommunale Sporthallen - ich habe eben die Zahl von über 500 im Lande genannt - in die Jahre gekommen sind, dass es den Städten und Gemeinden schwer fällt, aus eigener Kraft alles zu sanieren, dass die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen schwierig sind, hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Landessportverband ein fünfjähriges Investitionsprogramm zur Sanierung aufgelegt. Hier ist in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein Pott mit zehn Millionen Euro an Zuschussmitteln zur Verfügung gestellt worden. Ich denke, es ist erfreulich, dass der Präsident des Landessportverbandes im Zusammenhang mit dieser Aktion darauf hingewiesen und darauf hingewirkt hat, dass die Städte und Gemeinden die Sporthallen, die unter dieser Mithilfe saniert werden, für Kinder- und Jugendsport möglichst kostengünstig oder sogar kostenfrei zur Verfügung stellen.

(Abg. Meiser)

Nicht vergessen will ich in diesem Zusammenhang die behindertenfreundlichen Sportstätten. Statistisch betrachtet können wir uns auch auf diesem Feld sehen lassen. Wir liegen etwa zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt und haben vor wenigen Monaten einen besonderen Akzent gesetzt, indem die Leichtathletikanlage im Stadion Lebach für die Ausrichtung der Landesjugendspiele für Behinderte ausgebaut worden ist.

(Beifall bei der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ungeachtet dessen übersehen wir nicht, dass im Behinderten- und für den Behindertensport noch viel getan werden kann.

Auch die Sportstätten für den Spitzensport in unserem Lande haben in den vergangenen Jahren eine erhebliche Aufwertung erfahren. Die Landessportschule hat mit der neuen Schwimmhalle, mit der neuen Leichtathletikhalle und den Trainings- und Spielmöglichkeiten für den Badminton sport die Voraussetzungen für unseren Olympiastützpunkt mit den Triathleten und den Schwimmern optimiert. Ich darf in diesem Zusammenhang den NOK-Präsidenten Dr. Klaus Steinbach zitieren - im Übrigen wiederum ein gutes Beispiel, dass große Sportpersönlichkeiten aus dem Saarland kommen, das gehört auch zur Bilanz -, der die hervorragenden Trainingsmöglichkeiten im Saariand folgendermaßen umschrieben hat: "Ich würde mir wünschen, dass die außerordentlich guten Sportmöglichkeiten im Saarland in der Kombination von Hermann-Neuberger-Schule mit Olympiastützpunkt, dem Gymnasium am Rotenbühl, der angeschlossenen Universität und dem zukünftigen Haus der Athleten im ganzen Bundesgebiet bekannt werden. Dann wird sicher der eine oder andere Fachverband einen neuen Leistungsschwerpunkt ins Saarland verlegen." Ich will in diesem Zusammenhang noch ein weiteres Standortqualitätsmerkmal mit internationalem Renommee nicht vergessen, nämlich unser Sportwissenschaftliches Institut mit Professor Kindermann.

Wenn ich den Spitzensport anspreche und das Rotenbühl-Gymnasium genannt habe, dann will ich auch ein Zukunftsprojekt nicht vergessen. Ich hoffe, dass gemeinsame Kraftanstrengungen dazu führen werden, dass wir nicht nur ein Gymnasium mit Sportzweig, sondern ein echtes Sportgymnasium mit Internat und allem, was dazugehört, bauen, einrichten und nutzen können. Wenn man sich den Vergleich der Bundesländer anschaut, dann wird deutlich, dass die Bundesländer, die solche Schulen bereits haben, die Nase vorn haben. Wer Spitzensport ernst nimmt und Spitzensport entwickeln will, von Kindern über Jugendliche bis ins Erwachsenenendasein, der muss dazu stehen, dass wir auf Dauer ein Sportgymnasium im Saarland einrichten.

Wir freuen uns natürlich, dass diese Spitzensportförderung Früchte zeigt und dass das Saarland in diesem Jahr, wenn ich es recht sehe, 16 Teilnehmer - drei mehr als im Jahr 2000 - nach Athen entsenden wird. Wir haben die Hoffnung, dass beispielsweise Boris Henry, der vor wenigen Tagen deutscher Meister geworden ist, vielleicht auch eine Medaille ins Saarland bringt, denn Spitzensport lebt auch davon, dass ein Olympiastützpunkt Erfolge aufzeigen kann. Das wollen wir nicht vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Image eines Landes sowie die Lebens- und Standortqualität sind auch mit einem guten Veranstaltungsangebot verbunden, ebenso mit der Unterhaltung im Sport. Auch der Zuschauer, die nur konsumiert, will in einem Land etwas vorfinden. Die Bilanz der letzten Jahre ist hier, so denke ich, gut. Ich will an wenige Ereignisse erinnern. Einige davon sind einmalig; viele schon seit Jahren etabliert: die Tour de France, die Deutschland-Tour, Europe TOP 12 im Tischtennis, die ADAC-Rallye-WM, die Deutschen Meisterschaften im Tennis und im Schach, Internationale Badminton Open und natürlich nicht zuletzt seit Jahrzehnten das Internationale Leichtathletiksportfest in Rehlingen. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Das ist schon beeindruckend. Ich denke, wir sollten daran weiterarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Europäische Parlament und der Rat haben das Jahr 2004 zum europäischen Jahr der Erziehung durch Sport ausgerufen. Damit will die EU auf die Potenziale und die besondere Bedeutung des Sportes im Bereich der Erzie-

hung aufmerksam machen und für die Möglichkeiten von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Sportorganisationen sensibilisieren. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass Sport und das damit verbundene Vereinsleben in unserer Gesellschaft, im Miteinander der Generationen, bei der Integration von Ausländern und bei der Sozialisation unserer Kinder und Jugendlichen eine große Rolle spielt.

Wir alle wissen, dass wir Sport zu Recht mit positiven Begriffen und Attributen verbinden. Ich erinnere an Fairness, Teamgeist und vieles andere mehr. Vor diesem Hintergrund hat der Sport eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe in Schulen und Kindergärten. Ich will nur wenige Beispiele nennen. So ist im Stadtverband Saarbrücken das Modellprojekt "Kids immer in Bewegung" angelaufen, in dem zehn Kindergärten in Kooperationen mit Sportvereinen Bewegungsstunden anbieten. Diese Maßnahme soll auf weitere Kindergärten in anderen Kreisen übertragen werden. Ich hoffe, das wird in den kommenden Jahren gelingen.

Ich will heute nicht verschweigen, dass es uns bisher aus finanziellen Gründen nicht gelungen ist, die dritte Sportstunde wieder einzuführen. Ich will hier keine bildungspolitische Debatte entfachen, aber alle hier im Hause wissen, wie schwierig es war, die Stundentafel in den Grundschulen wieder zu erweitern und dass in diesem Rahmen andere Dinge Vorrang hatten. Ob es auf Dauer wieder gelingen wird, wissen wir nicht. Aber dennoch kann ich feststellen: Vieles ist getan worden, um den Schulsport modern und attraktiv zu gestalten. Das Schulprojekt "Schule und Leistungssport" umfasst fast 20 Partnerschulen an acht Standorten. Ich habe eben schon erwähnt, dass das Rotenbühl-Gymnasium einen Sportzweig eröffnet hat. Das Projekt "Schule und Verein" mit Breitensportlicher und gesundheitspolitischer Zielsetzung umfasst zurzeit fast 90 Kooperationsmaßnahmen in 20 verschiedenen Sportarten.

Gerade mit Blick auf die Grundschulen will ich nicht unerwähnt lassen, dass die Landesregierung seit einem Jahr acht Sportlehrer für jeweils einen Tag pro Woche vom Unterricht freistellt, damit diese als Moderatoren an allen Schulregionen vor Ort Lehrkräfte an Grundschulen beim Sportunterricht unterstützen, beraten und weiterbilden können. Hinzu kommt, dass unser Verband mit rund 1.600 zur Verfügung gestellten und über Saartoto finanzierten Stunden Übungsleiter und Trainer unterstützt, die die Arbeit der so genannten Moderatoren in den interessierten Grundschulen fortführen und ergänzen. Ich sage dies mit Blick auf den Landessportverband.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine bundesweit richtungsweisende Initiative ist sicherlich die Gründung des Vereins "Wir im Verein mit dem Kind" in fünf Aktionsfeldern sowohl dem Leistungs- als auch dem Breitensport in Schule und Verein dient. Zum einen erhält der Breitensport eine massive Unterstützung durch die Aktion "Grundschulkindern in Sportvereinen". Viele der Kolleginnen und Kollegen hier haben vor Ort entsprechende Veranstaltungen erleben können und waren ausnahmslos - denke ich - beeindruckt. Bisher wurden mehr als 10.000 Kinder erreicht und mehr als 300 Vereine einbezogen. Das Bemerkenswerteste ist, dass mehr als 1.000 Kinder so motiviert werden konnten, in einen Sportverein zu gehen. Die Rheinland-pfälzische Landesregierung hat nicht von ungefähr diese Aktion komplett übernommen.

Es ist nicht nur die Frage, ob Kinder in Sportvereine gelenkt werden, sondern es ist auch die Frage, was kann und soll die Wirkung dieser Maßnahme sein. Wenn wir uns vor Augen halten, was diese Gesellschaft für einen Jugendhilfefall pro Jahr ausgibt - ein Kind, ein jugendlicher im Heim kostet fast 50.000 Euro, fast 100.000 DM -, wenn wir uns vor Augen halten, was für die Kinder und Jugendlichen damit verbunden ist und dann die Alternative sehen, wenn die Kinder und Jugendlichen auf gutem Weg begleitet werden, wenn sie Sozialisation, Anbindung bei Jugendbetreuern und anderen Jugendlichen erfahren, wenn sie ihre Grenzen finden, Teamgeist und Fairness erfahren und dadurch viele Kinder und Jugendliche eben davor bewahrt werden, dass sie in die so genannten Reparaturwerkstätten dieser Gesellschaft müssen, dann, so denke ich, wird jedem klar, dass wir insgesamt hinterfragen müssen, ob die Schwerpunkte bei uns, in unserer Gesellschaft, richtig gesetzt sind.

(Abg. Meiser)

Ein Jugendhilfefall kostet pro Jahr fast 50.000 Euro. Jeder Kommunalpolitiker frage sich einmal, wie wir um 100 Euro Zuschuss pro Jahr für irgendeinen Verein in den kommunalen Gremien feilschen müssen. Deshalb ist es ein richtiges Signal, dass die Innenministerin für die Kommunen Leine gegeben hat. Es wird heute nicht mehr gesagt: Das sind freiwillige Leistungen, die als erste gestrichen werden müssen. Deshalb unterstreiche ich heute diese Aktion "GrundschulKinder in Vereinen", weil das der richtige Einsatz für Prävention, Heimat und Anbindung von Kindern und Jugendlichen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will kurz eine weitere Initiative nennen. Der Verein hat Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen angestoßen. Er hat in Brennpunkten mitgeholfen, Multifunktionsfelder zu bauen. Er bildet Jugendtrainer und Betreuer in Sportvereinen, aber auch weitere Interessierte aus, die in unserem Land erzieherisch tätig werden wollen. Das wird heute auch ein Thema im Bereich Ehrenamt sein. Diese Personen werden durch zeitgemäße Fortbildungsmaßnahmen für diese Aufgabe fit gemacht. Ich denke auch, dass das ein einmaliges Projekt ist.

Führen und leiten von Gruppen, Teams und Klassen. Coolnesstraining, gewaltlose Konfliktlösung, Psychomotorik, Sport und Gesundheit. Das alles sind Themen, die wir angesichts der immer größer werdenden *Gewaltbereitschaft und angesichts der Probleme, die wir in den Kommunen lösen wollen*, sehr ernst nehmen müssen. Kinder und Jugendliche im Freizeitloch sowie entsprechende Reaktionen und Verhaltensweisen: Den Dingen kann am wirksamsten in Vereinen und im Sport entgegen gewirkt werden.

Ich will eine letzte Initiative erwähnen, nämlich das erlebnispädagogische Zentrum Saar, das am Bostalsee errichtet worden ist. Hier werden über das Medium Sport die wichtigen Sozialkompetenzen vermittelt, die leider heute in vielen Familien zu kurz kommen. Bis heute sind schon über 2.000 Kinder für diese Erfahrung angemeldet, und ich denke, es ist eine spannende Sache. Die Schulen werden davon Gebrauch machen. Wir müssen jetzt nicht mehr nach Nordrhein-Westfalen fahren; das kann heute auch im Saarland stattfinden.

(Beifall bei der CDU.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die Fußball-Europameisterschaft verfolgt hat oder derzeit die Diskussion über den Bundestrainer verfolgt - Bewerbungen werden noch entgegengenommen -, könnte den Eindruck gewinnen, dass sich in unserem Land die derzeit pessimistische Grundhaltung auch im Sport breit macht. Aber ich sage heute Morgen in aller Klarheit: Das mag für den Fußball und die Nationalmannschaft gelten. In unserer Gesellschaft verbinden wir mit dem Sport zum Glück viel mehr, nämlich auch Bewegung und Gesundheit, Teamgeist und Gemeinschaft, Fairness und Kameradschaft, Integration - das heißt Miteinander von ausländischen und deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen -, Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, Erziehung und Sozialisation. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Und wenn man sich diese Werte und Attribute betrachtet, dann haben wir im Saarland - so meine ich - sicherlich Anlass zum Optimismus. Der Saar-Sport hat nämlich - das will ich unterstreichen - in beispielhafter Weise Verantwortung übernommen, um die positiven Seiten des Sports in unserer Gesellschaft wirken zu lassen. Deshalb danken wir heute allen, die für den Sport an der Saar stehen und arbeiten. An dieser Stelle darf ich stellvertretend den Landessportverband mit allen angeschlossenen Fachverbänden erwähnen, und ich darf den Präsidenten des Landessportverbandes, Gerd Meyer, herzlich in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall des Hauses.)

Obwohl er aus der Politik kommt, hat er es, denke ich, wie kein anderer verstanden, das Primat der Unabhängigkeit des Sports von der Politik und die Gemeinsamkeit zwischen Sport und Politik miteinander zu verbinden.

(Abg. Henz (SPD): Weil er aus der Politik kommt.)

Und ich wiederhole: Diese Gemeinsamkeit tut dem Saar-Sport gut.

Weil die Sportministerin als Chefin darauf näher eingehen wird, erlauben Sie mir nur ganz kurz, noch einen zweiten Mann zu erwähnen, nämlich Otmar Kipper. Er ist seit mehr als vier Jahren Leiter der Sportabteilung im Ministerium für Inneres und Sport und wird sich heute in den Ruhestand verabschieden. Lieber Otmar, die Würdigung wird deine Chefin vornehmen, aber wer kann schon von sich sagen, dass zu seinem Abschied als Abteilungsleiter der Landtag eigens eine sportpolitische Debatte führt? Das wird dir keiner nachmachen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Dank an alle, die sich im Saar-Sport und für ihn engagieren, wollen wir heute mit der Zusage verbinden, dass der Landtag des Saarlandes weiterhin die erfolgreichen Initiativen für den Breiten- und Leistungssport im Saarland unterstützen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Stefan Pauluhn das Wort.

Abg. Pauluhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Darf man sich wundern, wenn fünf Jahre vergehen mussten, bis in der voraussichtlich letzten Plenarsitzung - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Herr Hans, vielleicht lassen Sie mich einmal meinen Satz zu Ende sagen. Dann geben Sie mir, statt sich jetzt gleich schon zu echauffieren, möglicherweise Recht.

Darf man sich also wundern, wenn fünf Jahre vergehen mussten, ehe heute in der voraussichtlich letzten Plenarsitzung dieser zwölften Legislaturperiode des saarländischen Landtags die Sportpolitik in den Mittelpunkt der Debatte gerückt wird? Das hat ganz sicher überhaupt nichts mit dem anstehenden Landtagswahlkampf zu tun, und es geht bestimmt auch nicht um eine zielgruppenorientierte Ansprache. Aber dennoch gab es offenbar - wenn wir die eine oder andere kleinere Diskussion über den Schulsport einmal in Klammern setzen - fünf Jahre lang keinen Grund, das Parlament mit umfassenden Anträgen zum Sport zu befassen. Das meine ich gar nicht als Vorwurf, Herr Hans. Wem gegenüber sollte ich einen solchen Vorwurf auch erheben? Auch ich selbst oder meine Fraktion hätten dieses Thema in den Fokus der Diskussion in diesem Haus rücken können. Der Grund dafür, dass dies beide Landtagsfraktionen nicht getan haben, dürfte wohl darin liegen, dass Sportpolitik an der Saar allerspätestens seit Hermann Neuberger und seiner Idee des saarländischen Sonderwegs der Sportfinanzierung - nämlich außerhalb des Landeshaushalts - größtenteils, ich würde sogar sagen zu hundert Prozent konsensual behandelt wurde und wird. Darum beneiden uns viele Sportpolitiker in anderen Bundesländern. Diese Erfahrung habe ich in den Konferenzen der sportpolitischen Sprecher selbst gemacht, so zuletzt vor einem Jahr in Bremen. Um unseren Weg beneiden uns auch die allermeisten Landessportverbände und mit ihnen auch viele Sportlerinnen und Sportler selbst.

Die Kontinuität in der saarländischen Sportpolitik ist zum Markenzeichen unseres gemeinsamen Handelns geworden. Keine Einweihung, keine Ehrung, keine Verleihung wichtiger Preise, ohne dass die parteiübergreifende Bereitschaft, dem Saar-Sport zu einem Erfolg zu verhelfen, beschworen wurde und wird.

Auch in den letzten fünf Jahren wurde dieses zum Programm gewordene Leben des Saar-Sports eindrucksvoll unter Beweis gestellt, und zwar zum Ersten durch die Erfolge der saarländischen Sportlerinnen und Sportler, zum Zweiten durch Leuchttürme besonderer sportlicher Wettkämpfe wie - um nur einen zu nennen - die

(Abg. Pauluhn)

Etappe der Tour de France vor zwei Jahren und nicht zuletzt zum Dritten durch die Weiterentwicklung der Sportstätten - das Fundament für den Erfolg in der Vergangenheit, heute und in der Zukunft. Dass dies so gekommen ist, ist auch ein Verdienst der unermüdlichen Bemühungen des Landessportverbandes des Saarlandes und seines hartnäckigen Bestrebens nach Erstklassigkeit. Der LSVS ist der größte Verbund im Saarland; er bündelt die Interessen von über 440.000 Mitgliedern. Er ist es, der mit seinen Mitgliedern die Voraussetzungen zur Förderung des Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssports ebenso schafft wie jene zur Förderung des Leistungs- und Spitzensports. Lassen Sie mich deshalb stellvertretend seinem Präsidenten - nachdem er schon begrüßt wurde - für diese Arbeit ein recht herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall des Hauses.)

Ganz anders als in den anderen Bundesländern unterhalten sich bei uns nicht Haushaltsexperten während der Etatberatungen über die Mittelsätze für den Sport. Vielmehr verteilt der Landessportverband des Saarlandes selbst die ihm zufließenden Mittel des Sportachters aus den Wetteinnahmen der Saarland Sporttoto GmbH und ist damit für die Förderung des Sports im Saarland selbst mitverantwortlich. Der LSVS übernimmt darüber hinaus die Planung und den Ausbau von Sportanlagen und immer öfter die Durchführung repräsentativer Sportveranstaltungen. Er wirkt bei der Gestaltung von Zuschüssen für sportliche Zwecke mit und beteiligt sich an sportbezogenen Einrichtungen. Und sozusagen als Sahnehäubchen ist er der Träger der zentralen Sporteinrichtung im Land: der Hermann-Neuberger-Sportschule, die auch Heimat des Olympiastützpunktes Rheinland-Pfalz/Saarland ist.

Dass heute diese Sportschule allenthalben liebevoll als unser Schmuckkästchen bezeichnet wird, ist Ausdruck einer über Jahrzehnte gelungenen Entwicklung zum Wohle des gesamten Saar-Sports. Mit der neuesten Inbetriebnahme des umgebauten und renovierten Gästehauses bietet die Sportschule nach den letzten Eröffnungen der Leichtathletik-, Badminton- und Schwimmhalle ein weiteres Glanzlicht. Alle Einweihungen dieser Legislaturperiode gehen auch noch auf Planungen und Initiativen der Zeit davor zurück. Auch dies ist Beweis der parteiübergreifenden Kontinuität im Handeln rund um den Saar-Sport.

Aber der Saar-Sport leuchtet auch im Licht anderer ausgezeichnete Glanzpunkte. Sport-Events und die Sportschule habe ich genannt, bleiben Personen und Vereine. Von erstklassigem Fußball dürfen die Saarländer - wie wir eben schon gehört haben - momentan nur träumen. Dafür spielte aber das Frauen-Team des FCS - bedauerlicherweise nur bis zum Rundenwechsel - zunächst noch erstklassig in der höchsten deutschen Spielklasse. Aber auch mit 14 anderen Sportarten ist das Saarland in der Bundesliga vertreten. Das wissen die allermeisten gar nicht. Das Saarland stellte in der letzten Saison Bundesligateams in den Sportarten Prellball, Bogenschießen, Billard, Kegeln, Squash, Schach, Baseball, Tanzsport, Badminton, American Football, Geräteturnen, Basketball, Leichtathletik und Ringen. Stellvertretend möchte ich neben dem genannten 1. FC Saarbrücken den LC Rehlingen und den SV Saar 05 aus dem Bereich Leichtathletik, den KSV Köllerbach im Ringen und den TSC Blau-Gold Saarlouis mit seiner Jazz- und Modern-Dance-Formation "Autre Chose" nennen.

(Beifall.)

Ja, da ist Applaus angebracht. Auch das habe ich in den letzten Jahren meiner Tätigkeit hier gelernt, dass "Autre Chose" eine ganz besondere Perle des Saar-Sports ist. Ihre Auftritte beispielsweise bei der Verleihung des Hermann-Neuberger-Preises sind Glanzpunkte solcher Inszenierungen. Der TSC Blau-Gold Saarlouis ist Spitzenreiter bei den ersten Platzierungen insgesamt in der Republik seit Bestehen der Bundesliga in dieser Sparte. 19 Mal stand er auf Platz 1. Diese und andere Spitzenangebote sichern dem Saar-Sport durch ihre Top-Leistung auch die Nachfrage und das Interesse in der Breite. Es gilt der Satz: Ohne Breite keine Spitze, ohne Spitze keine Breite.

Es sind die Personen, Namen und Gesichter des Saar-Sports, von denen ich einige - man kann es nicht für alle tun - nennen will. Es sind jene, die bereits Geschichte geschrieben haben und jene, von denen wir hoffen, dass sie in naher Zukunft Geschichte schreiben werden. Da ist als allererstes ein Name zu nennen, der für den Saar-Sport insgesamt steht. Er wurde von mir in meiner Rede schon zwei Mal genannt: Hermann Neuberger, dieser großartige Stratege. Er legte gleich zu Beginn der Geschichte unseres Bundeslandes die Grundsteine, auf die wir noch heute im Saar-Sport bauen. Darüber hinaus war er später ein DFB-Präsident, wie man sich heute - mancherorts zumindest, wenn man die Presse verfolgt - den Boss des größten deutschen Sportverbandes gerne wünschen würde. Da ist ganz aktuell Klaus Steinbach, der als bekennender Saarländer dem Nationalen Olympischen Komitee vorsteht, sein Präsident ist. Aber auch ein saarländischer Sportmediziner schrieb und schreibt Geschichte. Den Namen Professor Wilfried Kindermann kennen weit über die Grenzen der saarländischen Sportszene hinaus viele. Auch das sportwissenschaftliche Institut unter der Leitung von Professor Wydra hat weit über die Grenzen unseres Landes Beachtung gefunden.

Es waren und sind aber gerade die exzellenten Sportler selbst, die den Saar-Sport repräsentieren. Unvergessen und in diesem Jahr, seinem 50. Geburtstag, zahlreich geehrt ist Joachim Deckarm, der großartige Handballer, der Mann mit einer großartigen Lebensleistung, von der sich viele von uns just zu seinem Geburtstag noch einmal überzeugen konnten. Dann aber auch die Größen wie Boris Henry, der aktuelle deutsche Meister im Speerwurf und eine unserer Medaillenhoffnungen für Athen. Von dieser Stelle noch einmal herzlichen Glückwunsch zur Nominierung für Athen und zur deutschen Meisterschaft.

(Beifall.)

Diese Leuchttürme strahlen. Aber ohne das solide Fundament im Breitensport sind solche Leistungsträger nicht denkbar. Darum dürfen wir in der Anstrengung um eine gute sportliche Entwicklung schon vom Kindesalter an nicht müde werden. Dazu bedarf es eines qualitativ guten und interessanten Sportunterrichtes in den Schulen und einer kindgerecht angelegten sportlichen Frühförderung. Darauf muss auch die Ausbildung der Lehrkräfte in den Schulen sowie die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher für die Kindergärten reflektieren. Daraus ergibt sich, dass Sportpädagogik zu einem festen Bestandteil der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und -lehrern gemacht werden muss. Man darf im Bemühen, die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen zu verstärken, nicht aufhören - gerade auch im Hinblick auf den vermehrt stattfindenden Unterricht am Nachmittag.

Um die Gesundheit der Kleinen muss es gehen. Viele Kinder - das ist kein Geheimnis, denn die Presse spricht wöchentlich davon - leiden an Rückenproblemen, einer Folge mangelnder Bewegung. Mit gezielten Übungen können Kinder auf spielerische Weise lernen, beispielsweise ihren Rücken zu entlasten. Ein weiteres Problem, das immer mehr Kinder und Familien betrifft, ist falsche Ernährung. Anstatt nach einer ordentlichen Mahlzeit beispielsweise auf dem Fußballplatz herumzutollen, hocken viele vor dem Fernseher oder dem PC. Fettreiche Fast-Food-Kost und Süßigkeiten stehen hoch im Kurs, körperliche Bewegung verbunden mit Spiel und Spaß sowie eine gesunde Ernährung dagegen sind immer öfter out. Hier muss Sportpolitik ansetzen - auch und gerade durch die Unterstützung von kindgerechten Angeboten im Kindergarten und in der Schule. Spaß am Sport und an Bewegung kann man lernen, ja muss man lernen.

Dass Sport zur Stressbewältigung beiträgt, ist bekannt. Das geht außerhalb der Schule am besten im Verein. Darum möchte ich einen weiteren Punkt hinzufügen. Die Vereine dürfen und müssen auf Unterstützung bauen. Da war die Anhebung der steuerfreien Übungsleiterpauschale durch die Bundesregierung ein hilfreiches Instrument. Wir sind es den Vereinen vor Ort auch schuldig, dass mit vernünftigen Sanierungsunterstützungen für die bestehenden Sportanlagen der Erhalt des Angebotes in der Fläche auf Dauer sicher-

(Abg. Pauluhn)

gestellt wird. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des größten Problems der Sportvereine an der Saar, dem Geburtenrückgang und der demographischen Entwicklung insgesamt. Vor wenigen Jahren hatte im Bereich Fußball - für andere Massensportarten gilt sicher das Gleiche - noch jeder Verein genug Jugendliche, um vom Eintrittsalter bis hin zum aktiven Bereich jede Jugendklasse in einer Mannschaft abzubilden. Bei größeren Vereinen waren es sogar mehrere. Heute sind Jugendspielgemeinschaften von drei, vier oder fünf Vereinen zusammen eher die Regel als die Ausnahme. Der Wettbewerb unter den Sportvereinen um die Jugend hat bereits begonnen.

Heute sind infrastrukturelle Fragen mit entscheidend für die Wahl der Eltern, wenn es darum geht, den besten Verein für ihr Kind zu finden. Eine gute Infrastruktur bedeutet aber auch den Einsatz von Finanzmitteln, die in Sportvereinen nur selten selbst umfassend zu erwirtschaften sind. Kunstrasen, Rasen oder Brasche, ist eine der aktuellen Fragen im Fußball. Wie sieht die Halle aus, in der mein Kind sich sportlich betätigt, lautet sie in anderen Sportarten. Hier brauchen die Vereine noch größere Unterstützung und zunehmend intensive Begleitung. Ich bin zuversichtlich, dass der LSVS und die Sportplanungskommission, die diese Aufgabe seit vielen Jahren vorbildlich wahrnehmen, diesem Anspruch auch in Zukunft gerecht werden können.

Wir sollten heute gerade im Geiste der vorliegenden Anträge und der vielen Worte an dieser Stelle, aber auch der vielen Reden, die anlässlich der Sommersportfeste landauf landab gehalten werden, ein Signal setzen in den Saar-Sport hinein: Die bewährte Sportförderung und -finanzierung über das Sportachtel ist unabdingbar zu erhalten und wird auch künftig in Zeiten immer knapperer Kassen unangetastet bleiben müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist unsere Botschaft an den Saar-Sport. - In diesem Sinne herzlichen Dank, Glückauf!

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat die Innenministerin Kramp-Karrenbauer. Sie hat vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Ministerin Kramp-Karrenbauer:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich darf mich heute an dieser Stelle ganz herzlich bei der CDU-Landtagsfraktion bedanken dafür, dass sie diese Debatte initiiert hat; sie ist eine gute Möglichkeit, am Ende einer Legislaturperiode über den Sport als Ganzes - unabhängig von fachlichen Aspekten, die wir im Innenausschuss, aber auch im Plenum das eine oder andere Mal besprochen haben - ein Resümee zu ziehen, ein Resümee über das, was in den vergangenen fünf Jahren geleistet worden ist.

Vor dem Hintergrund der Leistungsbilanz gilt es - und das wird aus der Debatte heute Morgen wie auch aus den vorliegenden Anträgen deutlich - sich bei vielen zu bedanken. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass das, was in den letzten fünf Jahren geleistet worden ist, auf einer langen und guten Sporttradition in unserem Land basiert, auch auf dem, was Vorgänger in den Sportverbänden, in den Sportvereinen, aber auch in der Sportpolitik dieses Landes geleistet haben. Es ist die Fortsetzung einer guten Tradition - die beiden Vorredner haben eben darauf hingewiesen -, dass im Saarland Sport eine gemeinsame Sache ist und, wie ich hoffe, auch in der Zukunft eine gemeinsame Anstrengung und Sache sein wird, eine gemeinsame Sache aller Parteien, eine gemeinsame Sache der Verantwortlichen in den Sportverbänden und -vereinen, aber auch in der Politik.

Die guten Ergebnisse, die die beiden Redner heute Morgen erwähnt haben, sind die Ergebnisse aller, die in den letzten Jahren daran mitgewirkt haben. Es sind nicht nur die Ergebnisse einer guten Tradition, sondern es sind die Ergebnisse richtiger Weichenstellung,

die Ergebnisse harter Arbeit, die Ergebnisse von großem persönlichen Einsatz vieler. Dafür möchte ich an dieser Stelle im Namen des gesamten Saar-Sportes herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Dieser Dank gilt an allererster Stelle denjenigen, die den Sport als eigentliches Geschäft betreiben. Das sind die Sportlerinnen und Sportler sowohl in der Breite als auch in der Spitze, die gerade in ihrer Funktion als Spitzensportlerinnen und -sportler unser Land repräsentieren und für das Saarland als Sportland stehen. Es sind aber auch die vielen Verantwortlichen im Sport selbst, auf der ehrenamtlichen Ebene des Vereines, sei es als Vorstandsmitglieder, sei es als Betreuer, sei es als Trainer. Es sind die Ehrenamtlichen, die in den Verbänden, bis hin zum großen Dachverband des Landesportverbandes, ihre Arbeit geleistet haben. Auch ich als zuständige Ministerin darf mich an dieser Stelle ganz herzlich bei all diesen Männern und Frauen - stellvertretend beim Präsidenten des Landesportverbandes Gerd Meyer - für diese Unterstützung des Sportes hier im Saarland und für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall bei der CDU.)

Mein Dank geht aber auch an diejenigen, die in den Institutionen des Landes den Sport unterstützt haben und die in den letzten fünf Jahren deutlich gemacht haben, dass Sport zwar allgemein als die schönste Nebensache der Welt gilt, dass er im Saarland aber nicht als Nebensache behandelt wird, sondern dass er einer der politischen Schwerpunkte in diesem Land ist, dass man mit den Anliegen des Sportes immer und jederzeit ernst genommen wird und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem Engagement den Sport umfassend unterstützt haben.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle - heute Nachmittag werden wir das in einer internen Veranstaltung machen - ganz herzlich beim Abteilungsleiter der Sportabteilung im Innenministerium, dem Kollegen Otmar Kipper, stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den letzten Jahren dort gearbeitet haben, bedanken. Die Reaktionen aus dem Sport zeigen es: Er war in den letzten fünf Jahren der richtige Mann an dieser Stelle. Er war ein immer wahrer Ansprechpartner und Motor für die Sportentwicklung im Lande. Dafür von dieser Stelle aus ein herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik kann Sport nicht machen. Politik soll Sport auch nicht vereinnahmen. Wohin eine solche Vereinnahmung führt, kann man an der jüngeren deutschen Geschichte etwa im östlichen Teil unseres Vaterlandes, erkennen. Aber Politik muss, wenn sie Sport ernst nimmt, ihn unterstützen. Politik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass Sport sich entwickeln kann, und zwar von seiner Grundlegenden Ausprägung in der Breite bis hin zum Spitzensport in diesem Lande.

Dafür haben wir mit Unterstützung dieses Parlamentes in den letzten fünf Jahren hart gearbeitet und einiges erreicht. Unser Ziel war es, dass wir dem saarländischen Sport, aber auch dem Saarland in der Sportpolitik in Deutschland eine gewichtige Stimme geben. Gerade als kleines Bundesland müssen wir wissen, dass wir über die persönlichen Kontakte, über die Reputation, die unser Land auch im Sportbereich hat, Helfer brauchen, die uns in unseren sportpolitischen Anliegen unterstützen. Das zweite Ziel war, dass wir Sport zu einem allumfassenden und mitreißenden Erlebnis in unserem Lande machen wollten, nicht nur im Bereich des Zuschauens bei Spitzensportereignissen, sondern auch im Sinne eines Mitmachens auf allen Ebenen. Das Dritte ist, dass wir dazu die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten und verbessern wollten.

Wir haben diese drei Ziele mit großer Hartnäckigkeit, mit harter Arbeit und mit viel Unterstützung der unterschiedlichsten Stellen verfolgt. Ich denke, wir können heute feststellen, dass wir diese Ziele auch erreicht haben.

Das Saarland hatte das Glück, in den Jahren 2001 bis 2003 den Vorsitz in der deutschen Sportministerkonferenz inne zu haben.

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

Alle, bis hin zum Präsidenten des Deutschen Sportbundes, haben uns bestätigt, dass es in der Geschichte der deutschen Sportministerkonferenz noch nie eine Phase gegeben hat, die so fruchtbar für den deutschen Sport, aber auch für das Saarland war. Noch nie haben die Saarländerinnen und Saarländer, die dort engagiert waren, im nationalen Sportdialog, so viele Akzente gesetzt wie in diesen beiden Jahren.

Ich will das an einigen Punkten deutlich machen. In der Zeit des Vorsitzes des Saarlandes in der Sportministerkonferenz ist es gelungen, nach vielen Querelen und quälenden Debatten die Angebote der Sportvereine unter dem Siegel "Sport pro Gesundheit" in die entsprechenden Leistungskataloge der Krankenkassen zur Förderung mit aufzunehmen. Es ist uns gelungen, die höchst umstrittene Frage der Aufenthaltserlaubnis ausländischer Berufssportler aus Nicht-EU-Ländern - eine Frage, die gerade nach dem Abschneiden der deutschen Nationalmannschaft bei der EM in Portugal noch einmal an sportpolitischer Bedeutung gewonnen hat - gemeinsam mit der Innenministerkonferenz in zwei harten Jahren, in zwei harten Diskussionsrunden einer Regelung zuzuführen, die auch von den Sportfachverbänden akzeptiert wird.

Es ist uns gelungen, das Thema Alkoholverbot in Fußballstadien, bei dem es eine Richtlinie der Innenministerkonferenz gab, an die sich aber der DFB und insbesondere die Profivereine bis auf ganz wenige Ausnahmen nie gehalten haben, konstruktiv neu zu fassen. Es ist gelungen, dazu eine Beschlussfassung in der Sportministerkonferenz herbeizuführen. Es wurde mittlerweile erreicht, dass der DFB mit seinen angeschlossenen Profivereinen die Richtlinie zum Alkoholverbot in Fußballstadien umgesetzt hat. Es ist erreicht worden, dass zum Beispiel bei Fußballspielen, bei denen problematische Fanggruppen auftreten, die Polizei als Einsatzleitung das letzte Wort über die Frage Alkoholverbot hat. Das ist ein gravierender Fortschritt. Das war ein schwieriger Diskussionsprozess, aber es ist gelungen und darauf können wir gemeinsam hier im Saarland stolz sein.

Es ist uns auch gelungen - und darauf bin ich auch persönlich stolz -, dass die Gründung der Nationalen Anti Doping Agentur, der NADA, eng verbunden ist mit dem Engagement des Saarlandes. Diese NADA ist zu unserer Zeit in der Sportministerkonferenz gegründet worden. Sie ist damals nicht nur gegründet worden, sondern sie ist geschäftsfähig gemacht worden. Alle, die diese Debatte damals verfolgt haben, wissen, wie schwierig das damals war. Und auch das möchte ich an dieser Stelle erwähnen: Das ist insbesondere das Verdienst des Sportreferenten im Innenministerium, Lothar Altmeyer, gewesen, der in zahlreichen Einzelgesprächen alle Beteiligten dazu gebracht hat, dass die NADA starten konnte. Darauf sind wir mit Recht stolz. Hier hat das Saarland nationale Sportgeschichte geschrieben. Auch das ist ein Erfolg für das Saarland!

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben diese Zeit auch genutzt, um ein Programm zu entwickeln und ein Gefühl zu entwickeln, das latent im Land sowieso vorhanden ist, das wir aber mit dieser Politik unterstützen wollten, dass Sport nämlich ein allumfassendes Programm ist, das wir auf allen Ebenen unterstützen. Wir haben zu Beginn der Sportministerkonferenz ein Programm aufleben lassen "Sportministerkonferenz in Bewegung", ganz zu schweigen davon, dass die Sportministerkonferenz unter unserem Vorsitz ein eigenes Logo und eine eigene Farbe entwickelt hat, die mittlerweile auch zum Siegel dieser Konferenz geworden sind. Wir haben dieses Programm "Sportministerkonferenz - immer in Bewegung" entwickelt und wir haben es weiterentwickelt zum Programm "Saarland - immer in Bewegung", das seitdem Jahr für Jahr aufgelegt wird. In diesem Programm "Saarland - immer in Bewegung" wird einiges gebündelt. Es bündeln sich dort natürlich die Sporttermine, es bündeln sich dort aber auch die Diskussionsforen, die wir anbieten, es bündeln sich dort die Fachveranstaltungen, die wir durchführen bis hin zur Saarländischen-Sportkonferenz, die wir ins Leben gerufen haben. Das ist eine Konferenz, die einmal im Jahr tagt, bei der sich alle Verantwortlichen des Saarsportes aus den Verbänden und aus der Politik in einer mehrstündigen Klausur über wichtige anstehende Themen, vom Sportstättenbau über den Schulsport bis zur Bewegungsförderung schon im Vorschulalter, unter-

halten. Dort werden inhaltliche Akzente für den Saar-Sport gesetzt. Diese Konferenz hat in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt. Man merkt das von Jahr zu Jahr. Die Qualität wird immer besser, die Teilnehmerzahl wird immer größer. Ich glaube, das ist eine Einrichtungsleistung, die aus dem saarländischen Sport nicht mehr wegzudenken ist.

Dieses "Saarland - immer in Bewegung", das nehmen wir ernst. Das nehmen wir deshalb ernst, weil wir nicht nur darauf setzen, dass wir das eine oder andere sportliche Großereignis ins Land bekommen, sondern weil wir darauf setzen, dass sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sportlich betätigen. Wir versuchen hier wirklich, für alle etwas anzubieten. Ich darf beginnen mit der jüngsten Initiative aus dem Gesundheitsministerium - und daran sehen Sie, dass Sport eine Querschnittsaufgabe in dieser Landesregierung ist und nicht nur etwas, womit sich eine Fachministerin beschäftigt -, dem Aerobicprogramm, das es jedem von uns, der lange tagsüber am Schreibtisch sitzt, ermöglicht, sich wirklich ganz niedrigschwellig zu bewegen. Vielleicht kann man dadurch für den einen oder anderen, der noch nie auf die Idee gekommen ist, sich sportlich zu betätigen, die Hemmschwelle herabsetzen und für eine sportliche Betätigung werben.

Es geht weiter mit der Aktion Sportabzeichen. Auch das ist vorhin angesprochen worden. Wir halten nicht nur Sonntagsreden beim Sportabzeichen, sondern wir gehen - und ich bin sehr froh, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus dem saarländischen Landtag das auch begleiten - mit gutem Beispiel voran. Ich danke auch hier ganz besonders den Medienpartnern, die es möglich gemacht haben, im Rahmen vieler persönlicher Werbeaktionen und Sportfeste, die wir in diesem Bereich machen, für diese Aktion zu werben. Ich bedanke mich bei den Kollegen der Landesregierung, dass es möglich ist, in den einzelnen Häusern Sportabzeichengruppen zu bilden, gemeinsame Trainingsstunden anzubieten, um deutlich zu machen: wir reden nicht nur über Sport, sondern wir nehmen uns selbst auch in die Pflicht.

Und wenn dann der Deutsche Sportbund die zentrale Gedenkfeier, die zentrale Veranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum des Sportabzeichens in Saarbrücken macht, dann ist das kein Zufall, dann ist das Anerkennung für die Bemühungen des Saarlandes und das ist auch ein Stück Hochachtung gegenüber der Sportpolitik in diesem Lande. Wir sind jetzt gerade dabei zu versuchen, den Sportabzeichenrekord im Saarland zu knacken. Wir wollen das sportlichste Bundesland in Deutschland werden gemessen an der Relation der Absolventen des Sportabzeichens und der Einwohnerzahl. Wir liegen im Moment noch auf Platz 2 hinter Niedersachsen, aber auch hier wollen wir Aufsteigerland bis ganz in die Spitze werden. Und deswegen nochmals von dieser Stelle meine herzliche Bitte und mein Appell an alle, die heute hier zuhören: Wenn Sie das Sportabzeichen noch nicht abgelegt haben, machen Sie sich auf den Weg, noch ist Zeit genug! Legen Sie bitte das Sportabzeichen ab, damit wir auch beim Sportabzeichen Nummer 1 in Deutschland werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zur Faszination des Sportes gehören natürlich auch die Sportevents. - Dass eben keine Reaktion erfolgt ist - vielleicht für die Zuhörer und Zuschauer -, hat nichts damit zu tun, dass die Kollegen desinteressiert wären, es liegt an der Konzentration, mit der sie sich schon mit den abzulegenden Leistungen auseinander gesetzt haben. Das war die mentale Vorbereitung auf das Sportabzeichen. - Sportevents gehören dazu, denn über Sportevents wird die Faszination des Sports transportiert. Wichtig ist aber, dass wir im Saarland nicht nur Showveranstaltungen machen, sondern wichtig ist, dass wir neben diesen Showeffekten nationale und internationale Meisterschaften haben. Wichtig ist auch, dass wir die Events, die wir ins Land nehmen, so nutzen, dass ein möglichst breiter Gewinn daraus zu erzielen ist. Und deswegen ist es gut und richtig - und ich bin auch sehr dankbar für das entsprechende Gesetz -, dass wir, ausgestattet auch mit Totomitteln, sportliche Großveranstaltungen in diesem Land fördern können. Ich darf vielleicht einige in Erinnerung rufen. Die Liste insgesamt aufzuzählen, würde bei aller Zeitverlängerung den Rahmen heute sprengen. Ich darf zum Beispiel erinnern an die Deutschen Meisterschaften im Radsport in Wadern im Jahr 2001, ich darf erinnern - ebenfalls im Jahr 2001 - an die Deutschen Meister-

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

schaften im Karate der Junioren und Senioren in Völklingen, ich darf erinnern an die Europameisterschaft im Mountainbike in St. Wendel, an den ADAC Weltmeisterschaftslauf, der einzige Weltmeisterschaftsrallyelauf, der in Deutschland stattfindet - mittlerweile mit Schwerpunkt im Saarland.

Ich darf an viele eingeführte Sportveranstaltungen erinnern, die wir auch unterstützen und die wir nicht vergessen wollen: an die Gymotion, die jedes Jahr im Dezember die Faszination des Turnens in seiner ganzen Bandbreite präsentiert. Ich darf erinnern und mich auch ganz herzlich bei den Veranstaltern vor Ort für ihre Anstrengungen beim Hela-Cup der Jugendnationalmannschaften im Handball bedanken. Wer einmal erlebt hat, was es in Merzig für eine Begeisterung gibt, wenn die A-Jugend-Nationalmannschaften aus ganz Europa dort spielen, der kann sich der Faszination dieses Sportes nicht entziehen. Und genauso ist es beim Ladys-Cup der Handballfrauen in Schmelz. Ich darf erinnern an die BMW Badminton Open, die mittlerweile ja von Eurosport weltweit übertragen werden und die den Austragungsort Saarbrücken zu einer festen Größe etwa im asiatischen Sport gemacht haben, weil das einfach weit über unsere Grenzen hinaus bekannt wird. Ich darf natürlich erinnern an das Traditionssportfest in Rehlingen, das gerade in diesem Jahr noch einmal mit hervorragenden Leistungen aufhorchen ließ. Und ich darf zum Beispiel erinnern an den Großen Preis der Saar im Reitsport, ein Preis, der Preis des Ministerpräsidenten, der erst unter dieser Landesregierung nochmals so ausgestattet worden ist, dass wir wieder nationale Spitzenreiter hier im Land sehen können. Das ist ein Preis, den die Vorgängerregierung leider abserviert hatte, was ich persönlich für einen großen Fehler hielt.

Ich darf an die neuen Sportformen erinnern, an die Saarland-Skatedays, die am kommenden Wochenende zum zweiten Mal stattfinden werden. Durch diese Skatedays werden das Saarland und Saarbrücken in dieser Trendsportart weit über die nationalen Grenzen hinaus bekannt gemacht.

Ich darf erinnern an den Staffelmaraathon der Kommunen, den wir im vergangenen Jahr erstmals durchgeführt haben. Dieser Staffelmaraathon erfreut sich einer großen und steigenden Beliebtheit: In diesem Jahr beteiligten sich fast alle Kommunen mit mehreren Teams.

Ich darf aber auch an die großen Showveranstaltungen erinnern, etwa an die Davis-Cup-Revanche mit Boris Becker und Michael Stich und der damaligen französischen Nationalmannschaft. Diese Veranstaltung ist weit über die Grenzen des Landes hinaus wahrgenommen worden. Ich erinnere an die European-Top-Ten im Tischtennis. Wir hoffen sehr, dass wir gemeinsam mit dem Tischtennisverband wieder eine ähnliche Veranstaltung durchführen können.

Ich darf erinnern an die großen Radsportereignisse: an die Etappe des Giro d'Italia, an die Deutschlandtour und natürlich - sicherlich ein Höhepunkt der vergangenen Jahre - an die Etappe der Tour de France. Bei der Tour de France war das ganze Land auf den Beinen. Von dieser Etappe schwärmen noch heute die Verantwortlichen und auch die Fahrer, die im Feld der Tour de France mitfahren, weil sie eine solche Begeisterung, wie sie ihnen im Saarland begegnet ist, noch nie erlebt haben.

Gerade die Tour de France ist aber auch ein Beispiel dafür, dass wir Sportereignisse nicht nur um der Sportereignisse willen durchführen, sondern vielmehr versuchen, aus ihnen für die Imagewerbung des Landes, aber auch für das Sporttreiben im Land den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Ich darf daran erinnern, dass wir die Schulmeisterschaften rund um die Etappe um den Losheimer Stausee durchgeführt haben. Ich darf daran erinnern, dass wir für den französischen Sprachunterricht eigens Unterrichtsmaterialien zur Tour de France erstellt haben - das hat bundesweit für große Schlagzeilen gesorgt und Nachahmer gefunden. Ich darf daran erinnern, dass wir auch mit dem Jedermannfahren versucht haben, dem Radsport im Land insgesamt noch einmal zu einem Auftrieb zu verhelfen.

Wenngleich diese Veranstaltung nun schon zwei Jahre zurückliegt, so möchte ich mich an dieser Stelle doch noch einmal bei allen Saarländerinnen und Saarländern bedanken, die durch ihr Engage-

ment dieses Ereignis zu dem Medienereignis gemacht haben, das es letztlich wurde. Man hatte ja wirklich das Gefühl, dass es in diesem Land niemanden gab, der die Tour de France nicht unterstützte. Noch heute bekommt man - zumindest geht es mir so - eine Gänsehaut, wenn man sich die Bilder betrachtet. An dieser Stelle nochmals: herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles geht aber nur, wenn man die Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet. An der Verbesserung der Rahmenbedingungen haben wir in den vergangenen Jahren intensiv gearbeitet. Wir haben versucht, die präventive Wirkung des Sports zu betonen.

Klaus Meiser hat es schon angesprochen: Wir haben mit der Gründung von „Wir im Verein mit dir“ ein Projekt im Saarland geschaffen und vorgebracht, das mittlerweile in Deutschland Nachahmer findet. Mittlerweile wird dieses Projekt in Deutschland in einer Vorreiterrolle gesehen. Ich möchte mich hier ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen von „Wir im Verein mit dir“, mit dem Landesbeauftragten für pädagogische Prävention Leo Meiser an der Spitze, für dieses Engagement bedanken. Es ist uns in zahlreichen Veranstaltungen gelungen, im Grundschulbereich die Kinder - auch Kinder, die zuvor keinen Sport getrieben haben - mit den Vereinen zusammenzubringen. Es ist uns, und das wird uns von den Vereinen bestätigt, gelungen, auch Kinder für Vereinsarbeit, für Sport zu rekrutieren, sie in eine sportliche Betätigung hineinzubringen.

„Wir im Verein mit dir“ leistet aber noch sehr viel mehr. Diese Initiative leistet einen massiven Beitrag zur Integration, zur Prävention, indem sich Kinder sinnvoll betätigen. Wichtig ist aber auch - und ich halte das für den richtigen Ansatz -, dass wir mit dieser Initiative diejenigen, die im Sportbereich ehrenamtlich tätig sind, nicht mit den entstehenden Problemen alleine lassen. Vergegenwärtigen wir uns doch einmal die Situation der Übungsleiter und Trainer der Sportvereine: Häufig haben diese Übungsleiter und Trainer mit Kindern und Jugendlichen zu tun, die schon durch einige Raster gefallen sind - durch das Raster des Elternhauses, durch das Raster der Schule. Diese Kinder und Jugendlichen kommen nun im Verein in einer Trainingsgruppe mit 20 oder 30 Kindern zusammen, und man erwartet von den ehrenamtlichen Übungsleitern, den Verein als Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Defizite auszugestalten.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Das ist nicht die Aufgabe ehrenamtlichen Engagements, das kann nicht die Aufgabe ehrenamtlichen Engagements in Vereinen sein. Vereine liefern einen sinnvollen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft, sie sind aber nicht der Reparaturbetrieb für all das, was an anderer Stelle nicht geleistet werden kann.

(Beifall von der CDU.)

Es ist ein Gebot verantwortlichen Handelns, das nicht nur festzustellen, sondern die Übungsleiterinnen und Übungsleiter in dieser Situation nicht alleine zu lassen. Man muss ihnen Hilfe anbieten. In Anbetracht der vielfältigen Belastungen, denen Ehrenamtliche heute ausgesetzt sind, kann man auch nicht nur sagen: Es gibt in einem halben Jahr an einem Samstagabend um 18.00 Uhr ein Seminar an der Sportschule XY; dort kannst du dich gerne anmelden. - Notwendig ist vielmehr, dass wir aufsuchende Hilfe leisten. Eben das wird von „Wir im Verein mit dir“ geleistet. Wir richten das Angebot, die Gestaltung, die Organisation dieser Veranstaltungen nach den Bedürfnissen vor Ort aus. Es hat sich gezeigt, dass erst auf dieser Grundlage diese Hilfen richtig angenommen werden und so die Qualität der Betreuung in den Sportvereinen, auch die Qualität der sozialpädagogischen Betreuung, verbessert wird.

„Wir im Verein mit dir“ leistet aber auch einen Beitrag im Rahmen des großen erlebnispädagogischen Zentrums, das wir rund um den Bostalsee aufgebaut haben. Auch das ist etwas, was in Deutschland mit großem Interesse zur Kenntnis genommen wird, weil es das in dieser Form und in dieser Bündelung andernorts nicht gibt. Auch das ist etwas, mit dem wir in Deutschland Akzente gesetzt haben.

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

Das Gleiche gilt auch für die Sportschule und für den Olympiastützpunkt. Der Weg des Betriebes des Olympiastützpunktes gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, dieser Weg, der auch schon in der Vergangenheit beschritten wurde, ist ein zukunftsweisender Weg, weil wir in diesen Bereichen noch einiges an Bereinigung erleben werden. Wir können aber sagen: Im Saarland sind wir mit unserer Sportschule und unserem Olympiastützpunkt mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt. Wir sind gut aufgestellt hinsichtlich der Infrastruktur: Die Leichtathletikhalle und die Schwimmhalle wurden schon erwähnt. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang aber insbesondere auch auf das „Haus der Athleten“, das in den kommenden Jahren gebaut werden soll.

Wir sind aber auch deshalb so gut aufgestellt, weil an diesem Olympiastützpunkt alle Hand in Hand zusammenarbeiten: das sportmedizinische Institut, das sportwissenschaftliche Institut, das Sportgymnasium Am Rothenbühl, die Universität des Saarlandes mit ihren Einrichtungen - die Universität des Saarlandes hat ja übrigens auch die Kooperation zur besonderen Förderung der Spitzensportler unterschrieben. Dies alles zusammen, auch in einen engen räumlichen Zusammenhang gestellt, bildet eine Infrastruktur, die man andernorts in Deutschland fast nicht findet. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können - weit über die Landesgrenzen hinaus. Mittlerweile gibt es Anfragen nicht nur von nationalen, sondern auch von internationalen Sportverbänden, die ihre internationalen oder europaweiten Trainingszentren nicht etwa in Paris oder an anderen bekannten Orten, sondern eben in Saarbrücken installieren wollen. Auch das ist die Frucht unserer gemeinsamen Investition in die Infrastruktur der Landessportschule, des Olympiastützpunktes.

Das Gleiche muss aber auch für die Sportstätten in unserem Land gelten. Es nützt nichts, einen hervorragenden Olympiastützpunkt zu haben, ansonsten aber keine Struktur, die Breitensport ermöglichen würde. Deswegen war es richtig, dass unter dieser Landesregierung eine flächendeckende Sportstättenstatistik aufgelegt worden ist.

Aus diesem Grunde war es auch richtig, dass wir gemeinsam mit der Universität in Frankfurt am Main, gemeinsam mit Professor Eike Emrich, die erste Sportstättenentwicklungsplanung durchgeführt haben; hier greift der Antrag der Opposition also etwas auf, was in der kommenden Woche bereits vorgestellt werden wird. Diese Planung wurde keineswegs nur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung vorgenommen, sondern auch angesichts empirischer Erfahrungen zur Entwicklung von Sportverhalten, erfasst durch Interviews. Mit dieser Sportstättenentwicklungsplanung wollen wir gerade auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel unseren Städten ein Planungsinstrument an die Hand geben, damit diese die Sportinfrastruktur zielgenau gestalten können.

Es ist auch wichtig und richtig, dass wir gemeinsam die Erhaltung der vorhandenen Sportstätten unterstützen. Wir haben zurzeit nach unserer Statistik rund 1.650 Sportstätten. Davon befinden sich 60 Prozent in Trägerschaft und Kostenverantwortung der Kommunen. Von den 1.650 Sportstätten sind 70 Prozent vor 1990 gebaut oder generalisiert worden. Deswegen kann es nicht verwundern, dass von diesen 1.650 Sportstätten rund 50 Prozent sanierungsbedürftig sind. Das war der Grund, weshalb diese Landesregierung am 01. Januar 2003 gemeinsam mit dem Landessportverband, der Sportplanungskommission und den Saarland-Spielbanken ein Programm aufgelegt hat, das in fünf Jahren den Städten und Gemeinden 10 Millionen Euro zur Verfügung stellt, um die Hallen - insbesondere die kommunalen Sporthallen - entsprechend zu erhalten, damit dort auch klar ist: Wir wollen Spitzensport, auch in der Infrastruktur. Wir brauchen aber auch gut ausgestattete Infrastruktur, um in der Breite - im Schulsport - die Grundlagen legen zu können. Auch hier geht nochmals mein besonderer Dank an die Verantwortlichen aus dem Sport, dass sie bereit waren, hier auch finanziell beizutragen, dass wir den Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe helfen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Rahmenbedingung heißt aber auch, dass wir schon in Kindergarten und Schule versuchen, Weichen für die Sportausübung zu stellen.

Wir haben mit der Aktion „Kindergartenkids in Bewegung“, die wir in Kooperation mit dem Landessportverband und den Sportvereinen initiiert haben, eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, damit Kinder frühzeitig über den Spaß an Bewegung und Sport zu einer gesunden Lebensweise erzogen werden können. Ich bin der festen Überzeugung, dass jedes Kind einen natürlichen Bewegungsdrang hat, den es zu fördern und ausprägen gilt, dass wir aber heute in einer Gesellschaft und einem Umfeld leben, in dem dieser Bewegungsdrang - aus welchen Gründen auch immer - oft unterdrückt wird. Deswegen müssen wir sehr frühzeitig anfangen. Wir können nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen, dass sich Kinder bewegen, sondern wir müssen anfangen, im Kindergarten schon entsprechend nachzuarbeiten.

Das Gleiche gilt auch für die Grundschulen. Ich bin froh - Klaus Meiser hat es angesprochen -, dass sich die Debatte mittlerweile nicht mehr summarisch nur noch um die Frage der dritten Sportstunde dreht. Ich sage es ganz offen als Sportministerin: Je mehr Sportstunden es an einer Schule gibt, desto lieber ist es mir. Aber ich sage auch ganz offen: Es geht nicht nur um die Zahl der Sportstunden. Es geht auch um die Qualität von Sportunterricht, weil wir auch dort ganz andere Kinder haben, als das vor einigen Jahrzehnten noch der Fall war. Die Bewegungs-CD „Bewegungsspaß für Groß und Klein“, die auf Grund der Initiative, die wir im Saarland gemacht haben, entstanden ist, wird mittlerweile flächendeckend an allen bayerischen Grundschulen verteilt.

Es ist wichtig, dass wir nicht nur irgendeine Fortbildungsveranstaltung für Sportlehrer oder Grundschullehrer anbieten, sondern dass wir Sportlehrer vor Ort in den Unterricht schicken, unterstützt von Trainern und Übungsleitern aus den Vereinen, die vor Ort im Unterricht selbst praktische Tipps geben und sagen: „Das kann man neu machen, damit kann man Kinder zu Bewegung animieren.“ Das ist ein Gewinn für die Qualität des Sportunterrichts für die Kinder, aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer, die das unterrichten. Auch hier bin ich sehr dankbar, dass wir das in Kooperation mit dem Landessportverband durchführen konnten.

Dazu gehört auch etwa die Einrichtung des Modellprojektes „Sportbetonte Grundschule“ in Köllerbach - wie könnte es anders sein, dem Heimatort des Präsidenten des Landessportverbandes -, insbesondere in der Sportart Ringen. Auch diese Wahl ist kein Zufall, wenn man weiß, dass der Bundesligaverband aus Köllerbach kommt. Dieses Modellprojekt hat sich sehr gut bewährt. Mit drei zusätzlichen Sportstunden pro Woche legt es wirklich eine Grundlage für eine breite und umfassende Sportbildung auch für Grundschulkindern an dieser Schule. Diese Grundlage brauchen wir, wenn wir das an anderen Schulen weiterführen wollen.

Es ist auch das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit mit dem Kultusministerium, dass an den weiterführenden Schulen in allen Landkreisen und dem Stadtverband Saarbrücken seit dem Jahr 2000 sportbetonte Klassen eingerichtet wurden, in denen die Schülerinnen und Schüler sechs Sportstunden pro Woche erhalten. Insgesamt - wenn man das zusammenrechnet - wurden fast 70 Lehrerstunden für zusätzliche Sportförderung zur Verfügung gestellt.

Natürlich muss das dann auch eine gewisse Spitze haben. Diese Spitze liegt im Sportgymnasium Am Rothenbühl. Wir wollen dort nicht nur einen sportbetonten Zweig, sondern wir kämpfen mit der Infrastruktur der Landessportschule und dem Haus der Athleten, das wir bauen wollen, darum, dass wir die Anerkennung als Eliteschule des Leistungssports bekommen. Das ist ein Prädikat, das in ganz Deutschland nur sehr restriktiv verliehen wird. Es ist unser erklärtes Ziel - gemeinsam mit dem Landessportverband und dem Kollegen Jürgen Schreier -, dass wir dieses Etikett für das Gymnasium Am Rothenbühl bekommen. Auch das ist Ausdruck von Exzellenz und Höchstleistung in unserem Land, die einem Aufsteigerland gut zu Gesicht steht. Alle Verantwortlichen ziehen hier an einem Strang. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das schaffen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

Dazu passt es dann auch, dass es gerade dem kleinen Saarland gelungen ist, im Rahmen des Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004 den Zuschlag für ein Projekt von der Europäischen Kommission zu erhalten, das die verschiedenen Schule-Leistungssport-Verbundsysteme in der Großregion evaluiert. Es ist im Übrigen das einzige deutsche Projekt, das von der EU gefördert worden ist. Es hat zum Beispiel dazu geführt, dass mittlerweile drei unterschiedliche Austausch stattgefunden haben, dass es Synergieeffekte gibt, dass mittlerweile Luxemburger Spitzensportler im Saarland trainieren, dass saarländische Spitzensportlerinnen und -sportler französisches Know-how und französische Einrichtungen mitnutzen können. Auch das ist gelebtes Europa - hier im Sport. Wir sind stolz darauf, dass diese Initiative durch die Europäische Union im Saarland anerkannt worden ist und dass wir hier auch wieder - wie in vielen anderen Bereichen des Sports - den anderen Bundesländern ein Stück voraus sind. Auch das ist Ausdruck der Qualität der Sportförderung in unserem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich kann feststellen: Wir haben in den letzten fünf Jahren wirklich hart gearbeitet. Sowohl die Verantwortlichen im Sport als auch diejenigen, die Sport treiben oder sich ehrenamtlich im Sport engagieren, haben sehr wohl ein feines Gespür dafür, ob sich die Politik in Sonntagsreden ergeht oder ob sie wirklich etwas in die Hand nimmt, um für den Sport zu arbeiten. Dazu gehört auch, dass es wie in keinem anderen Bundesland eine Selbstverständlichkeit ist, dass diejenigen, die Verantwortung für den Sport tragen - vom Verbandswesen bis zur Sportpolitik -, bei den Sportveranstaltungen vor Ort präsent sind, und zwar nicht nur bei einer Tour-de-France-Etappe oder einem Bundesligaspiel etwa des 1. FC Saarbrücken, sondern auch bei einem E-Jugend-Turnier, bei einem Kegler-Turnier, bei Modern Dance oder anderen Sportarten. All das ist ein Zeichen - das wird im Saarland wahrgenommen -: Diese Landesregierung und dieser Landtag - ich schließe den Landtag wirklich in seiner Gesamtheit mit ein - reden nicht nur von der Unterstützung des saarländischen Sports, sondern sie leisten sie de facto auch. Das hat dem Sport im Saarland in den letzten fünf Jahren gut getan.

(Abg. Lang (SPD): Und davor.)

Ich habe ja gesagt: Nicht nur in den letzten fünf Jahren, sondern auch davor. - Lassen Sie uns bitte im Interesse des Sports alle gemeinsam dafür sorgen, dass es auch in den nächsten fünf Jahren so bleibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider.

Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sport im Saarland ist eine Erfolgsgeschichte. Das wurde in den Redebeiträgen ganz eindeutig dargestellt; es ist auch eine Sache, die nicht erst seit gestern und heute bekannt ist und an der viele mitgearbeitet haben. Sport ist auch eine gemeinsame Sache - das ist auch deutlich geworden. Vielleicht ist das auch der Grund, warum Sport nicht ständig auf der Tagesordnung dieses Plenums steht. Wenn man sich aber bei den einzelnen Sportveranstaltungen umsieht - nicht nur bei den großen, sondern auch bei den Vereinsveranstaltungen vor Ort -, trifft man sehr viele Politiker, nicht nur Landtagsabgeordnete, sondern auch Kommunalpolitiker. Auch das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass der Sport bei den Politikern anerkannt wird und einen hohen Stellenwert hat.

Wie das mit dem Erfolg so ist - er hat viele Väter und Mütter, und auf die möchte ich hier eingehen. Ich möchte die Politik zuerst nennen, obwohl ich nicht sage, dass sie die bedeutendste Rolle spielt. Aber die Politik setzt die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Sport im Saarland. Wir können die Erfolge nicht selbst erzielen, aber es ist klar: Wenn wir die Rahmenbedingungen nicht schaffen, dann ist sportlicher Erfolg hier nicht möglich. Ganz klar ist: Das Sporttätel, das das Saarland über das Sportwettengesetz bereitstellt, ist auch verglichen mit anderen Landesverbänden, die oft viel größer sind als wir, eine bedeutende Sache für den Saar-Sport. Die Finanzierung ist

sichergestellt, und insbesondere für die Verbände, die nicht so viele Sponsorengelder erhalten, ist es wichtig, dass Finanzierung bereitgestellt wird. Deshalb auch hier ein Appell dafür, an dem Sporttätel auch weiterhin festzuhalten. Aber in den bisherigen Beiträgen ist ja klargestellt worden, dass es keine Initiativen in andere Richtung geben wird.

Die Entwicklung des Saar-Sportes - was dort in den letzten Jahrzehnten investiert wurde - wird mir persönlich immer deutlich, wenn ich die Sportschule, den Olympiastützpunkt in Saarbrücken, besuche. Als ich als Sportlerin vor zwanzig Jahren dort meinen Sport betrieben habe im Saarländischen Tischtennisbund, da spielten wir in einer Halle, wo nicht alles so ordentlich ist wie heute; wir waren untergebracht in Vierbettzimmern - das hatte natürlich auch seinen unterhaltsamen Wert -.

(Lachen und Heiterkeit)

und wenn ich heute dort hingehe, dann sehe ich, welche Voraussetzungen geschaffen wurden, damit Leistungssport betrieben wird. Danach hätten wir uns damals gewünscht. Es wurde sehr viel investiert. Der Olympiastützpunkt, die Sportschule im Saarland, die mit Rheinland-Pfalz zusammen betrieben wird, ist bundesweit zu beachten und wird auch bundesweit beachtet.

Natürlich sind es die Sportler, die den entscheidenden Anteil haben an dem Erfolg im saarländischen Sport. Zunächst einmal die Leistungssportler, die ja namentlich genannt wurden - die Gesichter des Saar-Sports, die in den Zeitungen, in den Medien sind, die mit Preisen ausgezeichnet werden und im öffentlichen Interesse stehen. Aber ich glaube, der Breitensport hat eine genauso wichtige Rolle im Saarland. Nicht nur dass wir eine wirklich beeindruckende Anzahl von Menschen haben, die sich in den Sportvereinen engagieren als Sportler, als Trainer. Ich glaube, das ist eine Sache, die auch ganz besonders für das Saarland spricht. Und wenn andere Leute hierher kommen, sind sie auch immer ganz beeindruckt, wie rege unser Vereinsleben ist und was wir im Saarland auch im Breitensport so alles hinbekommen.

Ich möchte aber auch einen Bereich ansprechen, der mir persönlich ganz besonders wichtig ist und der mich am meisten beeindruckt, das ist der Behindertensport. Wir sehen viele sportliche Leistungen, von denen wir total beeindruckt sind. Der Behindertensport - -

(Fortdauerndes Sprechen und Unruhe.)

Präsident Ley:

Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Frau Abgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider.

Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD):

Vielen Dank - Der Behindertensport zeigt, dass man unter Voraussetzungen, die für andere vielleicht selbstverständlich sind, aber für einen persönlich nicht, beachtliche Leistungen bringen kann. Und wenn ich selbst früher gegen behinderte Tischtennispieler gespielt habe, war ich oft etwas im Nachteil und habe gesehen, dass man auch mit Behinderungen wirklich hervorragende Leistungen bringen kann. Deshalb sage ich: Leistungssport ist wichtig für das Image und im Interesse des Saarlandes. Breitensport ist eine Sache, an der wir alle teilnehmen, aber der Behindertensport, das ist die echte saarländische Leistung, der echte Leistungssport hier im Saarland.

(Beifall bei der SPD.)

Diese sportlichen Leistungen sind natürlich nicht möglich ohne die Verbände, die Vereine, die Funktionäre, die Trainer, aber auch die Eltern. Wir wissen alle, dass es in den Vereinen etwas mau aussieht, und wenn wir Nachwuchs suchen für Trainer und Funktionäre, sind viele nicht mehr bereit, das zu leisten, was früher mal selbstverständlich war. Aber auch die Eltern sind wichtig dabei. Es ist kein Leistungssport im Saarland möglich, wenn die Eltern nicht mitziehen, es ist wichtig, dass sie bereit sind, ihre Kinder zu den Sportwettbewerben zu bringen, dass sie bereit sind, auch einmal auf familiäres Leben zu verzichten im Interesse des Saar-Sportes. Deshalb

(Abg. Hoffmann-Bethscheider)

hier auch ein Dank an die Vereine, die Verbände, die Funktionäre, an die Trainer und Eltern - an der Spitze natürlich der Landessportverband, aber es sind die Einzelverbände, die sehr gute Arbeit leisten. Ich bin Mitglied beim saarländischen Turnerbund, ich weiß, was meine Kollegen jedes Wochenende in den Sporthallen leisten, was sie bereit sind für andere zu tun: nicht im Mittelpunkt zu stehen, sondern für die anderen - damit diese im Mittelpunkt stehen - Leistung zu bringen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte die Harmonie nicht stören, aber dennoch jetzt ein paar kritische Anmerkungen machen - einfach weil ich in meiner Funktion als Beauftragte für Schule und Verein beim saarländischen Turnerbund oft darauf hingewiesen werde, was man im Bereich des Schulsportes noch besser machen kann. Ich sage nicht, dass es schlecht ist, es gibt bestimmt auch andere Dinge, wo mehr zu tun ist. aber es gibt auch Dinge, die man besser machen kann.

Alarmierende Feststellungen - darauf wurde in einer umfassenden Debatte in diesem Jahr schon einmal hingewiesen -: Unsere Kinder haben Übergewicht, sie haben Haltungsschäden und Konzentrationschwierigkeiten. Eine Sache, mit der wir uns zu beschäftigen haben, weil sie auch gesellschaftliche Auswirkungen hat. Dem muss man entgegenwirken. Und wir als Politiker haben ja auch die Möglichkeiten im Bereich der Politik, des Schulsportes, da entgegenzuwirken. Deshalb möchte ich auch appellieren: Der Schulsport braucht in der Schule einen höheren Stellenwert! Ich sage nicht, dass Mathematik, Deutsch, Erdkunde, Sprachen nicht wichtig sind. Aber mein Eindruck ist, dass in den letzten Jahren der Schulsport etwas nach hinten gedrückt wurde, dass man der Ansicht ist, dass es wichtiger ist, Mathematik- und Deutschkenntnisse zu haben, als vielleicht sportlich aktiv zu sein. Ich glaube, man darf das eine gegen das andere nicht ausspielen. Denn der Schulsport bringt eines, was für andere Fächer genauso wichtig ist wie für den Sport selbst: Man lernt sich anzustrengen, man lernt Erfolge zu genießen und Niederlagen einzustecken. Man lernt sich zu konzentrieren, man lernt, mit anderen gemeinsam etwas zu tun. Und ich glaube, das sind Werte - die auch im Antrag der CDU aufgegriffen worden sind -, die nicht nur für den Sport wichtig sind, sondern für die ganze Schulausbildung. Ich würde sogar noch darüber hinausgehen und sagen: für das ganze Leben.

Und deshalb: Diese Wertevermittlung braucht einen hohen Stellenwert. Deshalb darf der Schulsport nicht an den Rand gedrängt werden, sondern sollte zum zentralen Bestandteil des Unterrichts auch in den Schulen gemacht werden. Für Viele ist es der erste und oft auch der einzige Kontakt mit dem Sport, mit der Bewegung. Früher haben die Kinder auf der Straße, im Wald gespielt, sie konnten sich zu Hause auch sportlich betätigen. Sie waren nicht unbedingt auf den Unterricht angewiesen. Aber wie sieht es heute aus? Man kann doch nicht mit ruhigem Gewissen ein Kind auf der Straße spielen lassen. Die Bewegungsmöglichkeiten für Kinder sind eingeschränkt. Und es kommt noch hinzu, dass viele sich lieber an den PC setzen, als vielleicht mit ihren Schulkameraden auf der Straße Fußball zu spielen. Deshalb haben auch hier Schule und Kindergarten eine neue Aufgabe - die nicht heißt, dass man den Eltern nicht sagen soll, sie sollten auch zu Hause darauf achten, dass ihre Kinder sich bewegen -, eine Verantwortung, der wir gerecht werden müssen. Ich sage auch hier nicht, dass wir unbedingt die dritte Sportstunde einrichten müssen. Ich sage: Wir müssen erst die Qualität in den Unterrichtsstunden steigern, dann können wir über die Quantität noch nachdenken. Aber wie gesagt, das ist nicht das vorrangigste Ziel, dass wir die dritte Sportstunde einsetzen, sondern das wir mit unseren Möglichkeiten den Sportunterricht verbessern. Aus vielen Diskussionsrunden, Gruppengesprächen mit Leuten, die sich in Schule und Verein betätigen, ist mir oft gesagt worden, das ist ein Problem, dass in den Grundschulen viele fachfremde Lehrer Sportunterricht erteilen müssen. Deshalb wieder ein Appell von uns: Dass wir die Sportpädagogik zum festen Bestandteil der Grundschulausbildung machen, damit auch jeder Lehrer zumindest Grundfertigkeiten in diesem Bereich hat.

Jetzt werden Sie berechtigterweise darauf hinweisen, dass das nicht alleine Sache des Saarlandes ist, weil wir gemeinsam mit Rhein-

land-Pfalz unsere Grundschullehrer ausbilden. Aber ein Appell an Sie: Mit Rheinland-Pfalz zu reden. Das Problem dort ist mit Sicherheit nicht geringer als bei uns hier im Saarland. Es kommt darauf an darauf hinzuwirken, dass Sportpädagogik ein fester Bestandteil der Ausbildung wird.

Wir haben wirklich hervorragende Weiterbildungsmöglichkeiten im Saarland. Aber man muss darauf hinwirken, dass die auch wahrgenommen werden. Deshalb fordern wir, dass die Weiterbildung verpflichtend wird, dass man nicht darauf angewiesen ist, dass ein Lehrer das Problem selbst erkennt, sondern dass man darauf hinwirkt, dass wirklich Weiterbildung betrieben wird.

Es wurde darauf hingewiesen, dass ein Sportstättenentwicklungsplan erstellt wird. Ich glaube, jeder, der sich in den Sporthallen befindet und dort Sport treibt, weiß, wie notwendig das im Saarland ist. Ich möchte auch hier nicht sagen, dass es ein Problem von heute ist - das hat sich lange entwickelt, und die finanzielle Situation der Länder und Kommunen spiegelt sich wirklich ganz deutlich bei den Sportstätten wider. Oft wurde mir auch von Lehrern gesagt, denen ich gesagt habe, macht doch mehr Geräteturnen - Turnen ist eine wichtige Sache, damit die Grundmotorik ausgebildet wird -: Frau Hoffmann-Bethscheider, das ist ja alles gut und schön, aber wenn ich dieses Sportgerät aufstelle, dann bin ich mir nicht sicher, ob sich nicht ein Kind daran verletzt. Also lieber lasse ich es, bevor ich noch jemanden zu Schaden bringe. Das zeigt auch symptomatisch, dass wir mehr darauf achten müssen, die Sportstätten in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten, weshalb ich diesen Sportstättenentwicklungsplan - der natürlich auch nicht alles sofort und direkt verwirklichen kann - für den richtigen Ansatz halte. Wir müssen zielgenau schauen, wo wir in unseren Sportstätten den Problemen entgegenwirken können, weil es in der Tat manchmal etwas bedauerlich ist, wie unsere Sportstätten aussehen.

Es ist ganz wichtig, die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen auszubauen. Ich möchte an erster Stelle die Verbände nennen. Denn es ist auch hier so, dass es diese Kooperation nicht erst seit heute gibt. Es gibt sehr viele Verbände beim Landessportverband, die seit langer Zeit diese Kooperationen praktizieren, und man muss da auch Widerstände abbauen. Widerstände bei den Lehrern, die Angst haben, dass man sie vom Verband her bevormunden will, aber auch Widerstände in den Vereinen, die sagen: Sollen wir dem Kultusministerium Geld sparen, in den Unterricht gehen und dort den Unterricht halten? Wir müssen den Vereinen und den Schulen klar machen, dass diese Kooperation beiden dient. Es dient der Befruchtung des Sportunterrichts. es dient aber auch dazu, dass Kinder in die Vereine gehen, dass der Kontakt hergestellt wird. Durch diese Netzwerke kann man, wie ich sehe, eine Nachhaltigkeit des Projekts "wir im Verein mit dir" herstellen. Denn es nutzt nichts, nur schöne Aktionen zu machen. Ich finde sie ganz toll, ich finde auch ganz toll, was der Verein "wir im Verein mit dir" macht, aber es ist wichtig, dass die Verbände und Vereine dies weiter tragen und eine Nachhaltigkeit herein bringen.

Auch ein kritisches Wort zu den Schulsportwettbewerben. Die halte ich grundsätzlich für eine wirklich gute Sache, die Kinder sind immer begeistert, die Lehrer auch. Aber auch hier haben mir Lehrer gesagt, dass das Interesse rückläufig ist, weil sie ohnehin den Eindruck haben, sie müssten mehr arbeiten. Da sagen sie, dann werde die Zahl der außerschulischen Aktivitäten rückläufig. Ich glaube, auch hier muss man bei den Lehrern dafür werben, dass es für die Klassengemeinschaft, für die Gemeinschaft mit dem Lehrer wichtig ist, mal außerhalb des Schulunterrichtes ein Projekt zu starten, an Wettbewerben teilzunehmen. Wie gesagt, wer dorthin geht, sieht, mit welcher Begeisterung die Schüler das wahrnehmen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Fahrkostenerstattung schwieriger geworden ist. Ich glaube, da sollten wir nicht an einem Bus sparen, dadurch wird der saarländische Haushalt nicht saniert werden. Wir müssen schauen, dass wir diese Schulwettbewerbe, die sehr gut funktioniert haben, wieder in Gang bringen und wieder mehr dafür werben, dass auch Lehrer daran teilnehmen.

Schließen möchte ich mit dem olympischen Motto, das lautet: "Höher, weiter, schneller" - die saarländische Landesregierung hat es

(Abg. Hoffmann-Bethscheider)

etwas abgeändert auf saarländisch übersetzt: "Schnella. Höa. Weida". Im Schulsport müssen wir noch ein anderes Motto haben; wir müssen es einfach noch ein Stück besser machen. Ich möchte nicht die Harmonie hier in Frage stellen, aber es gibt Dinge, wo wir auch bei allem Selbstlob sagen müssen: Hier müssen wir noch etwas tun.

Zuletzt möchte ich ganz persönlich - auch im Namen der SPD-Fraktion - Herrn Otmar Kipper danken. Wir haben uns bei vielen Veranstaltungen kennen gelernt. - Er ist ein angenehmer Gesprächspartner, er hat immer ein offenes Ohr für den Sport. Und ich glaube, auch wenn er jetzt aus dem Ministerium ausscheidet, dem saarländischen Sport geht er nicht verloren. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Helma Kuhn-Theis.

Abg. Kuhn-Theis (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist am Anfang der Debatte auch darüber gerätselt worden, wieso sich der saarländische Landtag heute in seiner letzten Sitzung ausgerechnet mit dem Sport beschäftigt. - Ich kann nur dazu sagen, dass es uns als CDU-Fraktion ein großes Anliegen war, nicht nur hiermit einerseits die positive Entwicklung des Sportes an der Saar zu signalisieren, sondern dass dieser Antrag für uns auch eine gewisse Symbolik hat. Steht der Sport für Kraft, Ausdauer und Leistungsmotivation, so zeigt diese Sportpolitik parallel dazu die Ergebnisse der gesamten Landespolitik in allen seinen Feldern.

(Beifall von der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Meine Vorredner haben viele Bereiche des Saar-Sportes aufgezeigt. Lassen Sie mich an einigen Beispielen vertiefend sagen, dass wir im Saarland mit dem Saar-Sport und all seinen Anlagen, die wir haben, Leuchttürme geschaffen haben. Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass das, was an der Sportschule, am SWI und am Olympiastützpunkt in den letzten Jahren passiert ist, richtungweisend für den Sport an der Saar war und für andere Bundesländer und auch auf der europäischen Ebene Vorbildcharakter hat. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, an dieser Stelle allen Dank zu sagen, die in jahrelanger harter Arbeit daran gewirkt haben, dass es so ist, wie es heute ist und dass das Saarland ein Aushängeschild für den Sport geworden ist. Und das war nicht immer einfach.

Ich möchte an dieser Stelle einige Namen nennen. Ich möchte den ehemaligen Präsidenten des Landessportverbandes, Herrn Albert Wagner, nennen, der ebenso wie sein Nachfolger, Herr Gerd Meyer - der heute unter uns ist -, mit sehr viel Herzblut die saarländische Entwicklung im Sport vorangetrieben hat. Jeder, der heute an die Sportschule kommt, weiß, was hier passiert ist. Vor allem diejenigen, die auch früher einmal sich mit Sport beschäftigt haben. Ich kann mich zum Beispiel an meine Studentenzeit erinnern, als wir in einer düsteren Leichtathletikhalle unsere Kurse absolvieren mussten. Wir mussten in einem Schwimmbad trainieren, das die Voraussetzungen bei weitem nicht mehr erfüllt hatte. Heute, muss ich auch gestehen, schaue ich mit etwas Wehmut auf diese neuen Anlagen, und ich wünschte mir eigentlich auch, heute wieder Sportstudentin zu sein, um all diese Vorzüge der Trainingsmöglichkeiten genießen zu können.

(Zurufe des Abgeordneten Braun (SPD).)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur saarländische Sportler haben hier die besten Rahmenbedingungen, sondern auch Sportler aus aller Welt haben hier die besten Trainingsmöglichkeiten. - Aber nicht nur für den Spitzensport, sondern auch für den Breitensport, weil alle Vereine, die sich im Saarland betätigen, die Möglichkeit haben, ihre Sportart zu betreiben.

Ich denke, es ist wichtig als kleines Land, das sich auch in vielen Bereichen profilieren muss, dass bekannt wird, dass es uns gemeinsam gelungen ist, gerade den Sport als Aushängeschild für unser Saarland so zu gestalten, wie das heute ist. Nochmals mein herzlicher Dank an alle, die hier dazu beigetragen haben.

Immer dann, wenn es um Erfolge geht, geht es um handelnde Personen. Ich möchte auch an dieser Stelle unsere Innenministerin nennen. Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich wie fast keiner ihrer Vorgänger für den saarländischen Sport eingesetzt. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss heute Morgen in dieser Debatte gesagt werden. Ich möchte der Innenministerin für ihr Engagement herzlich danken und hoffe, dass der Sport weiterhin ein Schwerpunkt ihrer Arbeit sein wird.

(Beifall von der CDU.)

Ich möchte aber auch, wenn es um den Olympiastützpunkt geht, eine Person nennen, die mit ihrem herausragenden Sachverstand vieles für den Saar-Sport getan hat, und über die Sportstättenentwicklung hin zu vielen anderen Dingen auch dafür gesorgt hat, dass diese positive Entwicklung im Saar-Sport zu verzeichnen ist, Herrn Dr. Eike Emrich. Es ist uns gelungen, die Mitglieder des Präsidiums wissen das, dass Dr. Eike Emrich uns weiterhin für den Saar-Sport erhalten bleibt - auch das war nicht einfach. Dafür möchte ich mich auch bei Herrn Meyer sehr herzlich bedanken, dass er diese Gespräche so erfolgreich hat führen können.

(Beifall von der CDU.)

Herr Kipper, nicht dass Sie meinen, wir hätten Sie vergessen, auch ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Wie Frau Hoffmann-Bethscheider schon gesagt hat, Sie waren immer ein sehr angenehmer Gesprächspartner und haben oftmals viel Geduld aufbringen müssen - aber es hat immer gut funktioniert. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ein weiteres Thema, das immer wieder die Gemüter erregt, wenn es um den Sport geht, ist der Schulsport. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass noch mehr getan werden muss und wo es fehlt. Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass es uns in dieser Legislaturperiode gelungen ist, sehr viel beim Schulsport zu erreichen. Ich nenne hier an erster Stelle die Qualitäts-offensive für den Schulsport an Grundschulen. Wie wir alle wissen, ist es ja in den wenigsten Grundschulen so, dass wir Grundschullehrer haben, die eine Sportausbildung genossen haben. Das heißt, viele Grundschullehrer müssen halt fachfremd diesen Sportunterricht gestalten. Das fällt nicht immer leicht. Deswegen haben wir in einer gemeinschaftlichen Aktion beginnend im Landkreis Merzig-Wadern ein Pilotprojekt gestartet: "Dezentrale Weiterbildung für Grundschullehrer", das mittlerweile auf das ganze Saarland ausgeweitet worden ist. Ich denke, das war ein wesentlicher Fortschritt für eine gute qualitative Ausbildung der Grundschullehrer für den Sportunterricht. Ich denke, dieses Engagement zeigt, wie ernst es die Politik im Saarland nimmt, gerade, was den Schulsport anbetrifft. Es war uns ein besonderes Anliegen, gerade in diesem Bereich dafür zu sorgen, dass die Qualität verbessert wird, denn der natürliche Bewegungsdrang von Kindern sowohl im Kindergarten als auch in der Grundschule ist nie mehr so hoch wie in diesem Alter. Diese natürliche Anlage muss genutzt werden für die Bewegungserziehung insgesamt, aber auch andererseits, um mögliche Bewegungstalente schon im frühen Kindesalter und auch im Grundschulalter zu sehen.

Es ist genau wie mit dem frühen Lernen. Niemals später im fortgeschrittenen Lebensalter sind die Kinder bewegungsfreudiger, bewegungsmotivierter und auch bewegungsbegabter als gerade in diesem Alter. Deswegen war diese Qualitäts-offensive für den Schulsport gerade für mich als Sportpädagogin ein ganz wesentlicher Fortschritt für die Entwicklung des Schulsports im Saarland. Dafür möchte ich mich bei allen Akteuren, bei dem Landessportverband, bei dem Bildungsministerium und allen, die dazu beigetragen haben, herzlich bedanken, weil es ganz einfach der wichtigste Baustein ist, auf dem Sport und Bewegungserziehung aufbauen.

Zum Thema Gesundheit. Auch das ist eben angesprochen worden. Natürlich ist es wichtig, dass Kinder sich bewegen. Wir kennen alle die Defizite am Bewegungsapparat, die Erkrankungen schon im Kindesalter. Herz-/Kreislaufgeschichten, Diabetes und so weiter. Auch hier haben wir eine große Verantwortung. Aber der Sport alleine kann das nicht leisten. Auch das will ich heute an dieser Stelle sa-

(Abg. Kuhn-Theis)

gen. Eine zielgerichtete und fundierte Gesundheitserziehung muss neben der Bewegungserziehung eine gesunde Ernährungserziehung beachten. Deswegen bin ich dem Kultusminister außerordentlich dankbar, dass er jetzt die Initiative für gesunde Ernährung in der Grundschule ergriffen hat. Daran müssen wir noch arbeiten. Ich wünsche mir, dass wir am Ende dieser Verhandlungen und all dieser Arbeiten, die jetzt fortschreiten, ein Konzept für eine moderne Gesundheitserziehung an Grundschulen haben mit den Bausteinen Bewegung und Ernährung.

(Abg. Stritter (SPD): Und Benimm, wie sie essen.)

Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Dann haben wir eine Bewegungserziehung, die den Ansprüchen einer modernen Gesundheitserziehung entspricht. Ich hoffe, dass wir uns hier im Parlament einig sind, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Ich bin überzeugt, dass wir positiv auf diesem Wege weitermachen werden.

Zum Abschluss möchte ich noch daran erinnern, dass das Thema Europa im Saarland, auch, was den Sport anbetrifft, eine zunehmend größere Rolle spielt. Die Innenministerin hat schon darauf hingewiesen, dass es ein Projekt gab, bei dem das Saarland den Zuschlag bekommen hat, obwohl sehr viele andere Bewerbungen vorgelegen haben. Wir haben in Brüssel an einem Sportforum teilgenommen, wo es uns gelungen ist, das Projekt "Wir im Verein mit dir" europaweit bekannt zu machen. Wir haben schon Partner. Interessierte aus England, Spanien und Italien, die sich auch gerne mit diesem Projekt "Wir im Verein mit dir" auseinandersetzen wollen. Ich denke, das ist für uns der beste Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Wege sind, nicht nur hier im Saarland, sondern auch europaweit.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute doch in einem recht großen Konsens diese sportpolitische Debatte bestritten haben. Ich denke, gerade, was den Sport anbetrifft, gab es in der Vergangenheit weniger kontroverse Diskussionen. An dem einen oder anderen Punkt hakte es. Aber ich denke, zusammenfassend können wir sagen, dieses Land ist und bleibt in Bewegung. Ich bin mir sicher, dass dieses Saarland, auch, was den Sport anbetrifft, eine gute Zukunft haben wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1178 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1178 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1182 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1182 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung im Saarland (Drucksache 12/1149).

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Becker das Wort.

Abg. Becker (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung betreffend Gesetz über die Rechtsanwaltsversorgung im Saarland (Drucksache 12/1149) wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 23. Juni 2004 in Erster Lesung einstimmig

angenommen und zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsfragen überwiesen.

Inhalt dieses Gesetzes ist die berufsständische Versorgung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Saarland. Bis heute wurde sie lediglich durch Satzung des Versorgungswerkes der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes geregelt. Mit diesem Gesetz nun wird im Saarland - wie in anderen Bundesländern auch - die Rechtsanwaltsversorgung auf eine solide gesetzliche Basis gestellt.

Der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsfragen hat sich in seiner Sitzung am 02. Juli dieses Jahres mit diesem Gesetzentwurf befasst. Der Entwurf wurde gelesen. Von einer Anhörung hat der Rechtsausschuss abgesehen. Denn mit Schreiben vom 15. Juni dieses Jahres hat der Präsident der saarländischen Rechtsanwaltskammer uns darüber unterrichtet, dass der vorliegende Gesetzentwurf auf eine Initiative der Rechtsanwaltskammer und damit der saarländischen Anwaltschaft zurückgeht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsfragen hat das Gesetz über die Rechtsanwaltsversorgung im Saarland - Drucksache 12/1149 - einstimmig angenommen. Er bittet nun das Plenum, diesem Gesetz in Zweiter und letzter Lesung zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 12/1149 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Inneres und Sport eingebrachten Antrag betreffend: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam fortsetzen (Drucksache 12/1180).

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Georg Jungmann das Wort.

Abg. Jungmann (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Plenum des Landtages hat in seiner 26. Sitzung vom 23. Mai 2001 sowie in seiner 35. Sitzung am 23. Januar 2002 die Anträge der beiden Landtagsfraktionen - Drucksachen 12/415 und 12/421 beziehungsweise 12/519 und 12/524 - zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen. Alle vier Anträge befassen sich mit möglichen Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in unserer Gesellschaft. Dem federführenden Ausschuss für Inneres und Sport wurde aufgegeben, zu seinen Beratungen auch die Ausschüsse für Bildung, Kultur und Wissenschaft, für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Wirtschaft hinzuzuziehen.

Diesem Auftrag des Plenums wurde der Ausschuss für Inneres und Sport wie folgt gerecht. In einem ersten Beratungsschritt fand am 28. November 2002 ein Informations- und Gedankenaustausch mit dem ehemaligen Mitglied der Bundestagsenquete "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements", Herrn Barthle, statt. Die mit Herrn Barthle geführte Diskussion firmierte unter der Überschrift "Stärkung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in der Gesellschaft - Handlungsoptionen und Handlungsbedarf für die Politik".

In einem zweiten Schritt wurde am 20. März 2003 eine breit angelegte ganztägige Anhörung unter anderem unter Beteiligung der LAG "Pro Ehrenamt", der Hilfsdienste, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, des Landessportverbandes, des Landesjugendrings, der

(Abg. Jungmann)

Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer sowie der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung durchgeführt. Auf Veranlassung des Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Sport fand am 23. März 2004 ein Koordinierungsgespräch statt, zu dem die Vorsitzenden beziehungsweise stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse für Inneres und Sport, für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, für Bildung, Kultur und Wissenschaft, für Wirtschaft sowie der Kinder- und Jugendkommission eingeladen wurden.

Auf der Grundlage einer Zusammenfassung der zur Anhörung eingegangenen Stellungnahmen wurden den beteiligten Ausschüssen ausschuss- und ressortspezifische Beratungsgegenstände zugewiesen. Die Sitzungsteilnehmer kamen überein, dass die einzelnen Ausschüsse zunächst intern eine Auswertung der Anhörung in Form der ihnen zugewiesenen Beratungsgegenstände vornehmen. Nach Abschluss dieses Arbeitsvorgangs sollten die Empfehlungen der einzelnen Ausschüsse zusammengeführt werden und Eingang in eine vom federführenden Ausschuss zu erarbeitende Beschlussempfehlung finden. Als Terminvorgabe verständigten wir uns auf die heutige Plenarsitzung.

Nachdem die beteiligten Ausschüsse Stellungnahmen der betroffenen Ministerien zu den ressortspezifischen Forderungen aus der Anhörung eingeholt und ihre Voten erarbeitet hatten, befasste sich der Ausschuss für Inneres und Sport in seinen Sitzungen vom 08. Juli beziehungsweise vom gestrigen Tage mit der Erarbeitung der Beschlussempfehlung, die Ihnen als Drucksache 12/1180 vorliegt und Ihnen einstimmig zur Annahme empfohlen wird. Der Antrag unterstreicht nochmals grundsätzlich die herausragende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft. Der Landtag hat sich daher auch stets dafür eingesetzt, die guten Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Saarland zu erhalten und schrittweise zu verbessern.

Hinsichtlich der im Zuge der ganztägigen Anhörung vorgebrachten Vorschläge, die eingehend beraten wurden, ist der Ausschuss zu folgender Auffassung gelangt. Um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement bundesweit zu verbessern, werden die Bundesratsinitiativen für ein umfassendes Freiwilligengesetz sowie zur Befreiung des Ehrenamtes von der Sozialversicherungspflicht begrüßt. Dies gilt auch für eine grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts für Vereine im Zuge des allgemeinen Bestrebens nach Vereinfachung von Besteuerungsvorschriften. Weiterhin erscheint eine Ausweitung der Regelung des § 13 a Wehrpflichtgesetz über die Mitwirkungen im Zivilschutz oder Katastrophenschutz auf ehrenamtliche Tätigkeiten in anderen Organisationen grundsätzlich diskussionswürdig. Diese Diskussion muss im Lichte der Diskussion um das Wehrpflichtgesetz insgesamt geführt werden, so die Auffassung des Ausschusses.

Der Ausschuss begrüßt ebenfalls, dass die Landesregierung derzeit Voraussetzungen und Möglichkeiten einer landesgesetzlichen Regelung in Bezug auf die Förderung der freiwilligen Dienste prüft. Dabei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass Ehrenamt, Beruf und Familie - gerade für Frauen und Familien mit Kindern - miteinander vereinbar sind. Unterstützt werden auch Initiativen an saarländischen Schulen, um Schülerinnen und Schüler zu mehr Gemeinsinn zu erziehen und sie zu vermehrtem bürgerschaftlichem Engagement zu ermuntern.

Der Ausschuss begrüßt außerdem, dass die Ehrenamtsbörsen auf Landkreisebene nach derzeitigem Stand abgesichert sind und spricht sich für deren Fortbestand aus. Weiterhin werden folgende Anregungen gegeben. Bei Einstellung oder Beförderung im öffentlichen Dienst soll bei gleichen Qualifikationen unter strikter Beachtung des Leistungsprinzips das ehrenamtliche Engagement als zusätzliches Merkmal berücksichtigt werden. Der Wirtschaft wird empfohlen, gleichermaßen zu verfahren. Die grenzüberschreitende ehrenamtliche Arbeit ist zu fördern und zu forcieren. Diese Arbeiten können kurzfristig bei den bestehenden Ehrenamtsbörsen in den Kreisen angesiedelt werden. Mittel- und langfristig soll bei veränderten Rahmenbedingungen die Schaffung einer grenzüberschreitenden Ehrenamtsbörse nicht aus den Augen verloren werden.

Über mehrere Jahre geleistetes ehrenamtliches Engagement und Freiwilligendienst sollen bei der Aufnahme von Studiengängen an Hochschulen und im beruflichen Bereich auf freiwilliger Basis als Praktika anerkannt werden. Als wesentliche Forderung wird angeregt, dass ein Fonds oder eine Bürgerstiftung eingerichtet werden soll, die sich aus Mitteln der öffentlichen Hand, der Wirtschaft, aus privaten Quellen sowie sonstigen Zuwendungen finanziert. Mit diesen Mitteln soll insbesondere Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeit unterstützt werden. Schließlich soll ein Preis für Firmen und Ämter ins Leben gerufen werden, welche ehrenamtliche Mitarbeiter auf freiwilliger Basis in besonderer Weise unterstützen und fördern.

Nicht zuletzt begrüßen wir die Initiative der saarländischen Landesregierung, nach der zum 01. Januar 2005 eine Haftpflicht- und eine Unfallsammelversicherung für Ehrenamtliche und freiwillig Tätige im Saarland in Kraft treten wird, die Anhebung der so genannten Übungsleiterpauschale und deren Ausweitung auch über den Personenkreis der Übungsleiter hinaus sowie die Gesetzesinitiative des Bundes zur besseren versicherungsrechtlichen Absicherung ehrenamtlich Tätiger. Mit diesen Maßnahmen wurden die Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich engagierte Personen weiter verbessert. Sie sind gleichzeitig Zeichen des Dankes und der Anerkennung des Staates und sollen dazu ermuntern, im ehrenamtlichen Engagement für unsere Gemeinschaft nicht nachzulassen.

Hinsichtlich der in der Anhörung erhobenen Forderungen in Richtung der saarländischen Städte und Gemeinden ist der Ausschuss der Auffassung, dass diesen nicht gefolgt werden kann, da diese zu weiteren finanziellen Belastungen der Kommunen sowie zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung führen würden. Dessen unbeschadet bleibt eine teilweise Umsetzung kostenwirksamer Forderungen in Richtung der Kommunen den Gebietskörperschaften im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung selbst überlassen. Für die saarländischen Städte und Gemeinden ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Im kommunalen Selbstverwaltungsgesetz kommt das gesetzgeberische Ziel der Information und aktiven Bürgerbeteiligung am gemeindlichen Willensbildungsprozess in vielen Normen zum Ausdruck, die auch künftig einer ständigen Überprüfung und Fortentwicklung durch den Gesetzgeber unterworfen sind.

Zum Schluss meiner Berichterstattung möchte ich nicht nur im Namen des gesamten Hauses allen Bürgerinnen und Bürgern für ihr ehrenamtliches Engagement danken und sie ermuntern, hierin fortzufahren, sondern auch meinen Dank aussprechen an alle, die an den Beratungen beteiligt waren. In einem fairen und sachlichen Dialog zwischen den Fraktionen einerseits und den angehörten Verbänden und Organisationen - stellvertretend möchte ich hier die LAG "Pro Ehrenamt" nennen - ist es gelungen, Ihnen eine von beiden Fraktionen getragene Beschlussempfehlung vorzulegen. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Plenum einstimmig die Annahme des Ihnen als Drucksache 12/1180 vorliegenden Antrags.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir - es ist etwas ungewöhnlich - als Vorsitzendem des federführenden Ausschusses eine persönliche Anmerkung im Anschluss an diese Berichterstattung. Ich bedanke mich bei allen, die am Zustandekommen dieses gemeinsamen Beschlussantrages beteiligt waren. Ich bedanke mich bei Ihnen, den Ausschussmitgliedern. Vor allem bedanke ich mich bei den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse, die dies sehr kooperativ zu Stande gebracht haben. Ich möchte mich auch bei der LAG Pro Ehrenamt bedanken, die sich ebenfalls kooperativ gezeigt hat.

Ein gemeinsamer Antrag nach drei Jahren Diskussion - und das unmittelbar vor der Landtagswahl - ist, so glaube ich, ein Zeichen der Wertschätzung, die dieses Haus der ehrenamtlichen Arbeit, die in diesem Land erbracht wird, entgegenbringt. Ich denke, ich kann in Ihrer aller Namen, im Namen aller Abgeordneten, all denjenigen danken, die sich in diesem Land ehrenamtlich betätigen. Ohne Sie, ohne die Ehrenämter, wäre unser Land ärmer. Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern - ich möchte, dass dieser gemeinsame Antrag auch genauso verstanden wird -: Fahren Sie

(Abg. Jungmann)

in Ihrem ehrenamtlichen Engagement fort! Das Land braucht Sie! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Petra Scherer.

Abg. Scherer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut. Nachdem wir hier schon viele Debatten zur Förderung des Ehrenamtes geführt haben, liegt heute, in der voraussichtlich letzten Sitzung dieser Legislaturperiode, endlich ein gemeinsamer Antrag vor.

In den zurückliegenden Monaten haben wir hier im Landtag sehr intensiv über das Thema Ehrenamt und freiwilliges Engagement beraten und diskutiert. Mein Kollege Georg Jungmann hat dies eben ausführlich dargestellt. Wenn wir heute einen gemeinsamen Antrag beider Fraktionen vorlegen, dann ist dies ein Zeichen dafür, wie wichtig dieses Thema uns allen hier im Landtag ist. Bei allen Diskussionen in der Vergangenheit waren wir uns über das Ziel, das ehrenamtliche Engagement im Saarland stärker zu fördern und zu unterstützen, immer einig. Gestritten haben wir uns nur über den Weg, den wir gehen wollen. Aber der nun vorliegende Antrag - ein gemeinsamer Antrag beider Fraktionen - zeigt, dass es viele Übereinstimmungen zwischen den Fraktionen gibt. Unser Antrag ist daher eine gute Grundlage zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Saarland.

Lassen Sie mich einige kurze Anmerkungen zu unserem Antrag machen. Wir sind uns einig, dass es ein umfassendes Freiwilligen-gesetz auf Bundesebene geben muss. Wir befürworten beide eine Vereinfachung des Steuerrechts für Vereine im Zuge einer allgemeinen Vereinfachung von Besteuerungsvorschriften. Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement müssen so gestaltet werden, dass Ehrenamt, Beruf und Familie - insbesondere für Frauen und für Familien mit Kindern - miteinander zu vereinbaren sind. Auch darüber sind wir uns einig.

Es besteht Konsens darüber, dass ehrenamtliche Arbeit nur zusätzlich sein kann. Sie darf keinesfalls öffentliche Pflichtaufgaben erfüllen oder dazu führen, dass bezahlte Arbeit abgebaut wird. Im Gegenteil. Ehrenamt braucht Hauptamtlichkeit und schafft und sichert somit auch Arbeitsplätze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei jungen Menschen hat ehrenamtliches Engagement einen sehr hohen Stellenwert. Viele Jugendliche und junge Erwachsene sind ehrenamtlich aktiv. Meine Kollegin Monika Bachmann und ich waren am vergangenen Samstag bei einem Treffen der Jugendfeuerwehr im Kreis Saarlouis. Es war ein beeindruckendes Bild zu sehen, wie viele junge Menschen dort engagiert sind. Unser gemeinsames Ziel ist es, junge Menschen weiterhin zu fördern und zu ermutigen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Deshalb regen wir in unserem Antrag unter anderem an, dass langjähriges ehrenamtliches Engagement an Hochschulen und in der beruflichen Ausbildung als Praktikum anerkannt werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Ehrenamtsbörsen, die es in den einzelnen Landkreisen gibt, sind Maßstäbe gesetzt worden. Deshalb sprechen wir uns gemeinsam dafür aus, dass diese Einrichtungen abzusichern und zu erhalten sind. Kontroverse Diskussionen gab es in den zurückliegenden Monaten aber über eine grenzüberschreitende Ehrenamtsbörse. Ministerpräsident Müller hatte sie versprochen. Das Versprechen konnte er leider nicht halten, wie sich später herausstellte. Wir haben uns jetzt darauf verständigt - mein Kollege hat es eben schon gesagt -, dass die Aufgaben einer grenzüberschreitenden Ehrenamtsbörse kurzfristig bei den Ehrenamtsbörsen in den Kreisen angesiedelt werden können. Mittel- bis langfristig halten wir aber an dem Ziel fest, eine grenzüberschreitende Ehrenamtsbörse einzurichten. Diese in die Tat umzusetzen, wird dann Aufgabe einer neuen Landesregierung sein.

Meine Damen und Herren, eine der wichtigsten Forderungen der SPD-Landtagsfraktion zur Förderung des Ehrenamtes ist es, das Gesetz über Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit dahingehend zu ändern, dass der eventuell entstandene Lohn- oder Gehaltsausfall aus Landesmitteln erstattet wird. Darüber haben wir in den Ausschusssitzungen sehr ausführlich diskutiert und mit der Fondslösung - so glaube ich - einen guten Kompromiss gefunden. Jetzt ist es unsere Aufgabe, diesen Fonds mit Geld zu füllen - mit öffentlichen Mitteln, aber auch mit Spenden aus der Wirtschaft. Herr Dr. Georgi ist leider nicht hier, aber ich hoffe, er wird uns als Wirtschaftsminister tatkräftig dabei unterstützen.

(Abg. Lang (SPD): Aber nicht mehr lange. Das ist das Problem. Nicht mehr lange.)

Nicht mehr lange, gut. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderung des Ehrenamtes ist nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene ein wichtiges politisches Anliegen. Die rot-grüne Bundesregierung hat daher wichtige Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern. Ich erinnere daran, dass die Übungsleiterpauschale angehoben und der Personenkreis, der davon profitiert, erweitert worden ist. Eine Gesetzesinitiative des Bundes zur Verbesserung der versicherungsrechtlichen Absicherung für Ehrenamtliche ist vor wenigen Tagen in Berlin auf den Weg gebracht worden.

Auch die saarländische Landesregierung hat zugesagt, dass es ab 01. Januar 2005 im Saarland eine Haftpflicht- und Unfallversicherung für ehrenamtlich Tätige geben soll. In unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz arbeitet die Landesregierung anscheinend etwas schneller. Dort gibt es diese Versicherung schon längst. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, besser spät als nie. Deshalb freuen wir uns natürlich, dass eine unserer Forderungen nun endlich realisiert wird.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass wir als SPD-Landtagsfraktion mit dem vorliegenden Antrag nicht zu 100 Prozent zufrieden sind. Zum einen bedauern wir, dass wir erst heute einen gemeinsamen Antrag vorlegen und zu einem Beschluss kommen. Herr Kollege Jungmann hat es eben schon gesagt. Wir haben erstmals im Mai 2001 über bürgerschaftliches Engagement diskutiert. Ministerpräsident Müller hatte damals eine Regierungserklärung zu dem Thema abgegeben. Damit wurden natürlich bei den vielen ehrenamtlich Tätigen im Land Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Lange Zeit passierte dann nichts. Deshalb hatten wir als SPD-Landtagsfraktion zwischendurch weitere Anträge zum Thema "Förderung des Ehrenamtes" eingebracht. In dem heute vorliegenden Antrag sind einige unserer Forderungen enthalten und darüber sind wir natürlich froh. Aber lassen Sie mich dennoch eines kritisch anmerken. Wenn wir einige Dinge schon früher hier beschlossen hätten, dann wären sie heute vielleicht schon umgesetzt und die ehrenamtlich Tätigen im Land könnten bereits davon profitieren.

(Beifall bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum anderen haben nicht alle unserer Forderungen Eingang in den Antrag gefunden. Ich nenne als Beispiel unsere Forderung, den Weiterbildungsurlaub unter bestimmten Voraussetzungen dazu zu nutzen, um sich für ehrenamtliches Engagement weiter zu qualifizieren. Wir haben ja darüber auch hier an dieser Stelle schon ausführlich diskutiert. Aber Politik ist die Kunst, Kompromisse zu machen. Die Diskussion um das ehrenamtliche Engagement ist ja mit dem heutigen Antrag nicht beendet. Ich bin sicher, es wird auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt werden.

(Abg. Hans (CDU): Fortsetzung folgt.)

Fortsetzung folgt, Herr Kollege, genau.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Scherer)

Herr Kollege, Fortsetzung folgt, aber ich denke, mit anderen Mehrheiten. Insofern werden wir mit dem nächsten Antrag vielleicht zu 100 Prozent zufrieden sein können.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU). - Weitere Zurufe.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heutigen gemeinsamen Antrag zur Förderung des Ehrenamtes senden wir ein positives Signal an die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Saarland in vielfältiger Art und Weise ehrenamtlich und freiwillig engagieren. Ihnen gilt an dieser Stelle unser herzlicher Dank,

(Beifall bei der SPD)

denn sie tragen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement dazu bei, dass unser Land so lebens- und liebenswert ist. Dafür sagen wir ihnen ein herzliches Dankeschön.

(Erneuter Beifall bei der SPD.)

Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU für die wirklich konstruktive Zusammenarbeit und natürlich bei der Landesarbeitsgemeinschaft "Pro Ehrenamt" - insbesondere bei Hans Joachim Müller - für die Unterstützung während unserer Beratungen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1180 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1180 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten eingebrachten Antrag betreffend: Erteilung der Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 2001 (Drucksache 12/1174).

Zur Berichterstattung erteile ich Frau Abgeordneter Anke Heimes das Wort.

Abg. Heimes (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Auftrag des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten erstatte ich den Bericht des Unterausschusses zur Prüfung der Haushaltsrechnungen über die Prüfung der Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 2001.

Der Landtag hat in seiner 57. Sitzung am 10. September 2003 der Landesregierung Entlastung für die Haushaltsrechnung 2000 erteilt und sie gleichzeitig gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen im mündlichen Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten zu beachten sowie dem Landtag über das Veranlassete zu berichten. Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 04. Februar 2004 die erbetene Stellungnahme zu den in der 57. Landtagssitzung angesprochenen Sachverhalten des Berichts des Rechnungshofes für das Jahr 2001 vorgelegt.

Der Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnungen hat sich in mehreren Sitzungen, erstmals am 27. April 2004, eingehend mit den Ausführungen der Landesregierung befasst und konnte dabei feststellen, dass den Empfehlungen des Parlaments im Wesentlichen Rechnung getragen worden ist. So wurde etwa das Schuldenmanagement des Landes einer kritischen Prüfung unterzogen. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2003 wurden stärker als in früheren Jahren darauf gerichtet, gemeinsam mit anderen Ländern

Landesschatzanweisungen großvolumiger Art abzuschließen, um in großem Maße marktgerechte Verzinsungen zu erzielen. Erstmals hat die Landesregierung zu Beginn dieses Jahres zusammen mit dem gesetzlich notwendigen Bericht über die Entwicklung des Schuldenwesens entsprechend einer Forderung des Haushalts- und Finanzausschusses auch einen gesonderten Bericht über Umfang und Ergebnisse des Einsatzes von Zinsbegleitvereinbarungen, den so genannten Derivatbericht, vorgelegt, der im Haushalts- und Finanzausschuss bereits eingehend beraten worden ist.

Auch der Anregung des Rechnungshofes, anforderungsgerechte Aus- und Bildungsmaßnahmen für Sachgebietsleiter der Finanzämter anzubieten, ist die Landesregierung gefolgt. Neben Schulungsmaßnahmen sollen künftig in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern Seminare mit den Themenschwerpunkten "Personalführung" und "Verwaltungsmanagement" durchgeführt werden. Die Empfehlung des Landtages, im Falle der Novellierung von § 80 des Personalvertretungsgesetzes die Prüfungsrechte des Rechnungshofes klarzustellen, will die Landesregierung ebenfalls aufgreifen.

Darüber hinaus waren die Finanzhilfen und Zuschüsse an Privatschulen erneut Thema der Beratungen des Ausschusses. Der Rechnungshof hatte Kritik daran geübt, dass die Bezuschussung privater Schulen im Vergleich zu den öffentlichen Schulen in erheblichem Maße überhöht war, dass die erhobenen Schulgelder nicht auf die öffentlichen Zuschüsse angerechnet wurden und dass die Privatschullehrer im Vergleich zu denen an öffentlichen Schulen unterdurchschnittlich entlohnt werden. Die Landesregierung hat die hinsichtlich der Haushaltsführung festgestellten Mängel weitgehend eingeräumt und die Feststellungen des Rechnungshofes inzwischen zum Anlass genommen, die betroffenen Schulen auf die Einhaltung der Landeshaushaltsordnung hinzuweisen.

Dagegen besteht weiterhin Dissens hinsichtlich der Frage, ob Elternbeiträge zu den laufenden Einnahmen zählen, die der Finanzierung des allgemeinen Schulbetriebs dienen, oder ob sie ausschließlich nicht zuschussfähige schulspezifische Zusatzleistungen ermöglichen sollen. Bei der Würdigung der Überprüfung der wirtschaftlichen Existenz betroffener Lehrkräfte an privaten Schulen besonderer pädagogischer Prägung ist nach Auskunft der Landesregierung zu berücksichtigen, dass wegen der besonderen Unterrichtsinhalte an dieser Schulform und der unterschiedlichen Qualifikation der dort beschäftigten Lehrkräfte eine geringere Alimentation in der Regel vertretbar ist. Dabei ist - so die Landesregierung weiter - zu beachten, dass von den zurzeit 146 an dieser Schulform beschäftigten Lehrkräften nur 32 die an die Lehrkräfte vergleichbarer staatlicher Schulen gestellten Voraussetzungen erfüllen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten hat beantragt, der Regierung des Saarlandes gemäß Artikel 106 Absatz 1 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 114 Absatz 1 der Haushaltsordnung des Saarlandes für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 2001 Entlastung zu erteilen. Der Ihnen als Drucksache 12/1174 vorliegende Antrag des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten beruht im Wesentlichen auf den Feststellungen im Jahresbericht des Rechnungshofes 2002 über die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Saarlandes sowie den Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2001. Der Rechnungshof hat in diesem Zusammenhang festgestellt, dass die in der Haushaltsrechnung und in den Büchern der Landeshauptkasse aufgeführten Beträge übereinstimmen und dass die Belegung der geprüften Einnahmen und Ausgaben keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen gegeben hat.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltsrechnung hat der Rechnungshof bemängelt, dass nach wie vor weder in der Gesamtrechnung noch in der Rechnung der Einzelpläne die Vorgriffe entsprechend ausgewiesen sind. Die Überschreitungen des Haushaltssolls bei den einzelnen Ausgabeiteln bewegen sich unter Berücksichtigung der Ausgabereste mit rund 368 Millionen DM praktisch auf Vorjahreshöhe. Rund 40 Millionen DM wurden als über- und außerplanmäßige Ausgaben getätigt, deren Finanzierung in vollem Umfang durch Einsparungen bei anderen

(Abg. Heimes)

Ausgaben erfolgte, und 600.000 DM wurden als Vorgriffe geleistet. Die zur Finanzierung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben erforderlichen Einsparungen wurden mit 28 Millionen DM im konsumtiven Bereich und mit 11 Millionen DM bei den Investitionen vorgenommen. Hinsichtlich der ungenehmigten Mittelüberschreitungen hat sich der Haushalts- und Finanzausschuss dafür ausgesprochen, die Dienststellen, die ihre Mittel ohne Genehmigung überschritten haben, schriftlich zu rügen und ihnen aufzugeben, die Überschreitungen nachträglich durch Mittelkürzungen an anderer Stelle zu kompensieren. Damit soll vermieden werden, dass die Ressorts, die ihre Mittelüberschreitungen ordnungsgemäß beantragt haben und Einsparungen in gleicher Höhe an anderer Stelle erzielen müssen, schlechter gestellt werden als diejenigen, die ihre Mittelüberschreitungen nicht haben genehmigen lassen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch das Thema "Ausgabereise" ist im Haushaltsausschuss erneut eingehend beraten worden. Mit 543 Millionen DM haben die Ausgabereise im Rechnungsjahr 2001 einen absoluten Höchststand erreicht. Der Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnungen hat die Konsolidierungserfolge der Landesregierung ausdrücklich gewürdigt, jedoch auch kritisch angemerkt, dass die Ausgabereise zu einer Budgetflexibilisierung führen, die den Schwerpunktsetzungen des Haushaltsgesetzgebers auch zuwiderlaufen kann, obwohl den Ausgabesteigerungen durch die Bedingungen für die Teilentschuldung und durch die Vorgaben des Finanzplanungsrates Grenzen gezogen sind. Nach Ansicht des Ausschusses ist hier allein eine deutliche Zurückführung der Haushaltsausgabereise zielführend - allerdings auf die Bereiche begrenzt, in denen die Realisierung bestehender Verpflichtungen nicht gefährdet ist. Dies betrifft insbesondere auch die Finanzierung kommunaler Projekte.

Bei den Ausschussberatungen hat sich die Frage gestellt, ob es angesichts der dramatischen Entwicklung des Landeshaushalts nicht angezeigt ist, einmal festzustellen, an welchen Stellen in den letzten Jahren Ausgabereise aufgelaufen sind, welche Reste auf gesetzliche Verpflichtungen zurückzuführen und welche disponibel sind. Als Zeitpunkt für derartige Überlegungen bietet sich nach Ansicht des Ausschusses das Auslaufen der Teilentschuldung Ende 2004 an. Auf dieser Basis würde das Parlament in die Lage versetzt zu entscheiden, welche Maßnahmen zurückliegender Haushaltsjahre nach wie vor für sinnvoll und erhaltenswert eingestuft werden und von welchen man Abstand nehmen sollte. Insbesondere möchte der Ausschuss einen Denkprozess zur Vorbereitung einer eigenständigen politisch-strukturellen Entscheidung in der beschriebenen Art und Weise anregen.

Bei der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen besteht Handlungsbedarf angesichts der Tatsache, dass der Verpflichtungsrahmen wiederum nur mäßig ausgeschöpft worden ist. Auffallend waren dabei die Abweichungen im Bereich der Krankenhausfinanzierung sowie der Wirtschafts- und Verkehrsförderung, wo jeweils rund 50 Millionen Euro nicht in Anspruch genommen wurden. Der Unterausschuss hat dies zum Anlass genommen, die Landesregierung aufzufordern, den Verpflichtungsrahmen in dem erforderlichen Maße zu halten.

Der Unterausschuss musste bei seiner Prüfung feststellen, dass nach Beanstandungen in der Vergangenheit im Bereich der Landesbetriebe Anlass zur Kritik besteht. So wurde festgestellt, dass der Jahresabschluss 2001 des Landesbetriebes "Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie" erst mit der Jahresrechnung 2002 geliefert wurde. Der Ausschuss hat dies zum Anlass genommen, den Landesbetrieb mit Nachdruck darauf hinzuweisen, künftige Jahresabschlüsse zeitgerecht vorzulegen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2001 hat erneut erkennen lassen, dass sich das Saarland nach wie vor in einer äußerst schwierigen Haushaltslage befindet, die es zwingend notwendig macht, auch weiterhin am Kurs deutlicher Ausgabenreduzierungen festzuhalten, aber auch Einnahmeverbesserungen zu erzielen. Die vom Rechnungshof in seinem Bericht aufgezeigte Situation verdeutlicht, dass trotz der von 1994 bis 2002 geflossenen Teilentschuldungshilfen von insgesamt

mehr als 6 Milliarden Euro eine Beseitigung des strukturell bedingten Ungleichgewichts des Landeshaushalts bisher nicht gelungen ist.

Hauptursache hierfür sind die mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik seit Jahren einhergehenden Einbrüche bei den Steuereinnahmen, die das Erreichen des Sanierungsziels - Beseitigung der strukturellen Unterdeckung - enorm behindert haben. Es muss daher nach Auffassung des Ausschusses bei den mittelbewirtschaftenden Stellen noch stärker ins Bewusstsein gerückt werden, dass bei wegbrechenden laufenden Einnahmen konsequent bei laufenden Ausgaben eingespart werden muss.

Das Land wird trotz der bisherigen Konsolidierungsbemühungen ernsthaft prüfen müssen, ob es nach dem Vorbild anderer Bundesländer bei nicht unbedingt ortsgebundenen staatlichen Dienstleistungen Kooperationen anstrebt. Dabei solle nach Ansicht des Ausschusses auch untersucht werden, inwieweit sich die Tätigkeit einzelner Landesbehörden noch enger auf die Erledigung der eigentlichen Sachaufgaben beschränken lässt.

Eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der laufenden Ausgaben und damit letztlich die Frage einer ausgeglichenen Haushaltsstruktur spielt auch die Finanzierung der Investitionsausgaben. Kapitalmarktkredite können auch für sogenannte wachstumsfördernde Investitionen nur insoweit in Anspruch genommen werden, als die hieraus resultierenden Zinsbelastungen durch laufende Einnahmen gedeckt werden können.

Ungeachtet der Tatsache, dass das Saarland seine Sparbemühungen auch in den nächsten Jahren fortsetzen muss, hat das Land weniger ein Ausgaben- als ein Einnahmeproblem. Bei kritischer Würdigung der aktuellen finanzwirtschaftlichen Eckwerte des Landeshaushalts wird nach Einschätzung des Ausschusses kurzfristig das zu erwartende Wirtschaftswachstum allein nicht ausreichen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Eine Beschränkung auf den Kernbereich staatlicher Aufgabenerfüllung scheint daher zwingend notwendig zu sein.

Die Bewertung der Haushaltssituation des Landes kann auch die äußerst schwierige Finanzlage der saarländischen Kommunen nicht außer Betracht lassen. Allerdings ist das Land im Hinblick auf die zurzeit bestehende Einnahme- und Lastenverteilung zwischen den öffentlichen Ebenen nicht in der Lage, seinen Gemeinden noch größere Hilfestellungen zu leisten. Hier kann unseres Erachtens nur eine durchgreifende bundeseinheitliche Gemeindefinanzreform wirksam Abhilfe schaffen.

Aus dem besonderen Teil der Rechnungsprüfung darf ich einige Sachverhalte ansprechen, die der Ausschuss bei seinen Beratungen für wesentlich erachtet hat. Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport: Textziffer 17, Haushalts- und Wirtschaftsführung der Saarländischen Verwaltungsschule. Der Unterausschuss hat bei seiner Prüfung festgestellt, dass die bereits im Jahre 1999 in Bezug auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Saarländischen Verwaltungsschule festgestellten Mängel trotz entsprechender Zusage für eine Abhilfe größtenteils nicht abgestellt waren. So hat etwa der Schullehrverband - obwohl hier nicht zuständig - die Honorarordnung für Fortbildungsveranstaltungen der Schule zwar neu geregelt, dennoch weist die neue Honorarordnung immer noch völlig überzogene Honorarsätze für Dozenten aus.

Das Ministerium vertritt dennoch die Auffassung, die Differenzierungen seien hinnehmbar, zumal der Schullehrverband als eigenständige Körperschaft berechtigt sei, eine auf seine Verhältnisse zugeschnittene Gebührenstaffel zu erlassen. Der Unterausschuss hat dieser Auffassung ausdrücklich widersprochen und stellt als Ergebnis seiner Prüfung fest, dass es der Saarländischen Verwaltungsschule - wie allen vergleichbaren Einrichtungen auch - möglich sein muss, zu Vergütungssätzen, die den Richtlinien des Ministeriums entsprechen, geeignetes Lehrpersonal einzuwerben.

Die im weiteren Verlauf der Prüfung festgestellten Mängel haben den Unterausschuss veranlasst, der Landesregierung zu empfehlen, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten auf die zuständigen Gremien

(Abg. Heimes)

der Saarländischen Verwaltungsschule einzuwirken, sich künftig bei Entscheidungen, die die Haushalts- und Wirtschaftsführung betreffen, von einem stärkeren Kostenbewusstsein leiten zu lassen, aber auch die Honorarordnung einer erneuten kritischen Prüfung zu unterziehen. Gleichzeitig hält es der Unterausschuss für wichtig, die Verwaltungsschule erneut anzuweisen, künftig die rechtzeitige Versendung der Kontrollmitteilungen über gezahlte Honorare an die Finanzämter sicherzustellen.

Zu Textziffer 18, Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes. Die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse durch den Rechnungshof hat zu einer Reihe von - teils gravierenden - Beanstandungen geführt. Beispielfähig möchte ich erwähnen, dass sich die Kasse durch Beschluss des Verwaltungsbeirats für einen Drei-Jahres-Zeitraum vom Gebot der Einhaltung der Vergabevorschriften im Baubereich hat entbinden lassen, obwohl diese nach einem Grundsatzbeschluss der Landesregierung auch für den Kommunalbereich verbindlich ist.

Die Notwendigkeit der Beschaffung eines personenbezogenen Dienstwagens für die Vergangenheit wurde nicht nachgewiesen. Sie ist erst dann gegeben, wenn - wie zugesagt - der Dienstwagen künftig nicht nur personenbezogen dem Direktor zur Verfügung steht, sondern auch durch weitere Bedienstete der Kasse für dienstliche Zwecke genutzt wird. Weiter hat der Rechnungshof festgestellt, dass die Mittel zur Beschaffung des Fahrzeuges nicht offen in den Haushaltsplänen als Investition veranschlagt wurden, sondern verdeckt über laufende Sachausgaben finanziert wurden.

Für besoldungsrechtlich unzulässig halten sowohl der Rechnungshof als auch der Unterausschuss die unentgeltliche Überlassung des Dienstwagens zu privaten Zwecken. Unkorrektheiten ergaben sich verschiedentlich bei der Abrechnung und Belegung von Reisekosten; festgestellte Überzahlungen wurden nach Mitteilung der Kasse inzwischen wieder ausgeglichen.

Beanstandet wurde auch ein Beschluss des Verwaltungsbeirats, der der RZVK die Aufnahme von Krediten mit dem Ziel der Kapitalanlage erlaubt. Dieses Vorgehen ist mit der Satzung nicht zu vereinbaren, trotzdem sind konkrete Forderungen des zuständigen Ministeriums bisher unterblieben. Der Ausschuss hält es daher für notwendig, alsbald eine Entscheidung über die künftige Verfahrensweise bei der Anlage von Kasservermögen herbeizuführen. Insgesamt ist der Rechnungshof auf Grund seiner Feststellungen zu der Auffassung gelangt, dass die Kontrollmechanismen der Kasse nicht hinreichend greifen.

Nach den Kenntnissen des Ausschusses sind zur Verbesserung der Situation inzwischen zwar organisatorische Änderungen vollzogen worden, allerdings steht etwa die Veranlassung überörtlicher Prüfungen laut Satzung weiterhin im Belieben des Verwaltungsbeirats der Kasse. Der Unterausschuss gibt daher zu überlegen, verbindliche Regelungen zur inhaltlichen Ausgestaltung überörtlicher Prüfungen, etwa durch Wirtschaftsprüfer, anzustreben.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass das zuständige Ministerium im Rahmen der Körperschaftaufsicht schon deshalb kaum zu Beanstandungen gegenüber der RZVK kommen konnte, weil der im Ministerium zuständigen Stelle bestimmte Entscheidungen der Beiräte nicht bekannt geworden sind. Dennoch konnte sich der Unterausschuss unter dem Aspekt der Selbstverwaltung und aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen nicht der Forderung des Rechnungshofes anschließen, die Einführung der in früheren Jahren bestehenden Zuleitungspflicht der Beschlüsse der Beiräte an das Ministerium zu empfehlen.

Der Unterausschuss hat grundsätzlich empfohlen, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, alle wesentlichen Rechtsgrundlagen für die RZVK bei einer Novelle der entsprechenden Rechtsgrundlagen mit klar definierten Ermächtigungsnormen für Verordnungen zusammenzufassen. Im Übrigen erkennt der Unterausschuss an, dass die Kasse einer Reihe berechtigter Beanstandungen des Rechnungshofes bereits abgeholfen hat, nimmt die Prüfung aber auch

zum Anlass, die zuständigen Gremien mit allem Nachdruck auf die Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Haushalts- und Wirtschaftsführung hinzuweisen.

Zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft. Textziffer 22, Untersuchung der organisatorischen und personellen Strukturen der Technischen Betriebsdirektion der Universität des Saarlandes. Der Rechnungshof hat bei der Prüfung der organisatorischen und personellen Strukturen der Technischen Betriebsdirektion der Universität erhebliche Mängel in der Aufbau- und Ablauforganisation festgestellt. Er hat hinsichtlich der Auftragsvergabe an Fremdfirmen, bei der Gebäudetechnik, beim Abschluss von Wartungsverträgen, bei der Lagerhaltung und dem Vergabewesen zur Beseitigung festgestellter Mängel umfassende Verbesserungsvorschläge gemacht, die künftig erhebliche Einsparungen und eine effiziente Mittelbewirtschaftung erwarten lassen. Der Rechnungshof hat auch gerügt, dass Aufträge vielfach ohne Ausschreibung freihändig oder in Form einer beschränkten Ausschreibung an ausgewählte Einzelfirmen vergeben wurden.

Diese Verfahrensweise hat den Unterausschuss veranlasst, auf die Gefahr der Korruption hinzuweisen. Er fordert die Landesregierung auf, auch im Bereich der Universität des Saarlandes sicherzustellen, dass die Richtlinien zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der Landesverwaltung Beachtung finden.

Darüber hinaus fordert der Unterausschuss die Universität auf, das inzwischen vorliegende Konzept zur Reorganisation der technischen Betriebsdirektion zügig umzusetzen und bereits jetzt alle Maßnahmen einzuleiten, die kurzfristig eine weit gehende Behebung der festgestellten Mängel erwarten lassen.

Ich komme zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Umwelt, Textziffer 27, Waldzustand der aufgeförmten Orkanflächen von 1990. Als Folge der schweren Orkane im Frühjahr 1990 entstanden im saarländischen Staatswald Kahlfächen in einer Größenordnung von insgesamt rund 3.000 Hektar, das waren fast 8 Prozent der landeseigenen Waldfläche.

Nach den Feststellungen des Rechnungshofes waren die nach den Sturmschäden mit einem Kostenaufwand von 10,2 Millionen Euro im saarländischen Staatswald durchgeführten Wiederbewaldungsmaßnahmen zu einem erheblichen Teil misslungen oder nur bedingt erfolgreich. Die Erhaltung beziehungsweise Neubegründung der Jungwälder hat nochmals umfangreiche Maßnahmen erfordert, die über ein dreijähriges Sonderpflegeprogramm mit einem jährlichen Finanzvolumen von zirka 200.000 Euro sichergestellt werden sollen.

Das Ministerium hat eingeräumt, dass sich die Feststellungen des Rechnungshofes im Ergebnis mit nachträglich durchgeführten Erhebungen des SaarForst Landesbetriebes deckten. Auf den misslungenen Anpflanzungsflächen habe sich inzwischen auch durch natürliche Sukzession - demnach ohne finanzielle Aufwendungen - Wald aus verschiedenen Baumarten entwickelt.

Der Unterausschuss hat gewürdigt, dass die Orkane von 1990 ein einmaliges Ereignis waren, dessen Folgen bis dahin vergleichbare Schäden bei weitem übertroffen haben und dessen Bewältigung für die Forstverwaltung eine einmalige Herausforderung darstellte. Er begrüßt, dass die aus den Wiederbewaldungsmaßnahmen gewonnenen Erkenntnisse aber in die inzwischen neu gefassten Richtlinien für die Waldbewirtschaftung eingeflossen sind.

Textziffer 28, Personalwirtschaft beim Amt für Landentwicklung. Eine äußerst positive Resonanz durch den Ausschuss fanden die vom Rechnungshof angeregten strukturellen Verbesserungen von verschiedenen arbeits-, dienst- und tarifvertraglichen Arbeitsabläufen, die zu spürbaren Effizienzgewinnen beim Amt für Landentwicklung geführt haben. Früheren Beanstandungen von Rechnungshof und Parlament wurde damit in vollem Umfang abgeholfen.

Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Finanzen und Bundesangelegenheiten, Textziffer 30, Verwaltung der Landesbeteiligungen. Der Rechnungshof fordert in seinem Monitum, die Verwaltung der

(Abg. Heimes)

Beteiligungen mittelfristig durch ein wirksames Beteiligungscontrolling zu ergänzen, um die Beteiligungsgesellschaften zu einem effizienteren Einsatz ihrer Mittel und zu Kosteneinsparungen zu veranlassen.

Da sich bisher die dem Rechnungshof zuzuleitenden Prüfungsberichte der Beteiligungsverwaltung im Wesentlichen auf die Wiederholung betriebswirtschaftlicher, vom Wirtschaftsprüfer bereits hinreichend behandelte Sachverhalte beschränken, hat der Rechnungshof angelegt, künftig auch in Form einheitlich definierter Kennzahlen zu unterrichten und den steuerungs- und kontrollrelevanten Informationsfluss zwischen den Unternehmensorganen und dem zuständigen Ministerium zu verbessern.

Schließlich hält es der Ausschuss für sinnvoll, dass die Prüfungsberichte auch Aussagen darüber enthalten, welche Unternehmensziele aus den allgemeinen politischen Zielen abgeleitet worden sind.

Der Unterausschuss hat darüber hinaus festgestellt, dass gelegentlich eine effektive Beratung der Landesvertreter in den Überwachungsorganen landesbeteiligter Unternehmen durch die Beteiligungsverwaltung nicht möglich war, weil einzelne Unternehmen erforderliche Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt haben. Er hält es daher für wünschenswert, wenn künftig auch die aus anderen Ressorts stammenden Landesvertreter das Expertenwissen der Beteiligungsverwaltung stärker nutzen und eine Zusammenarbeit mit ihr suchen würden.

Seiner Ansicht nach ist es unerlässlich, dass die Mitglieder der Überwachungsorgane landesbeteiligter Unternehmen hinreichend Gelegenheit bekommen, sich auf die jeweiligen Sitzungen vorzubereiten. Um dies zu gewährleisten, sollte nach Auffassung des Ausschusses generell eine Einberufungsfrist von mindestens zwei Wochen vorgesehen werden.

Der Ausschuss begrüßt im Übrigen die Bemühungen der Landesregierung, das vom Rechnungshof empfohlene Beteiligungscontrolling trotz des damit verbundenen Personalaufwandes zumindest mittel- bis langfristig umzusetzen und darüber hinaus mittelfristig auch auf die Erstellung eines Beteiligungsberichts hinzuwirken.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnungen hat nach eingehender Beratung des Berichts, der dazu abgegebenen Stellungnahmen der Landesregierung und unter Würdigung der vom Präsidenten des Rechnungshofes über die Verwendung der Haushaltsmittel verschiedener Titel abgegebenen Erklärungen die abschließende Feststellung getroffen, dass die Prüfung keinen Anlass zu Beanstandungen gibt, die für die Entlastung der Landesregierung in Bezug auf die Haushaltsrechnung 2001 von Bedeutung sein könnten.

Der Beschlussvorschlag des Ausschusses hinsichtlich der Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofes basiert auf der Prüfung, die der Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnungen am 14. Juli 2003 in den Räumlichkeiten des Rechnungshofes durchgeführt hat. Beanstandungen, die einer Entlastung entgegenstehen würden, haben sich dabei nicht ergeben.

Ich bitte daher, dem Antrag des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten, der Ihnen als Drucksache 12/1174 vorliegt, zuzustimmen und sowohl der Landesregierung als auch dem Präsidenten des Rechnungshofes Entlastung für die Haushaltsrechnung 2001 zu erteilen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung des Antrages des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1174 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1174 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 19) (Drucksache 12/1169).

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1169 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1169 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Mündlicher Jahresbericht des Ausschusses für Eingaben gemäß § 25 der Geschäftsordnung - Statistik (Drucksache 12/1170).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung der Frau Abgeordneten Anita Girst. Für Frau Girst ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Abg. Girst (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass Berichte eher etwas ermüden. Trotzdem bitte ich Sie, jetzt alle hellwach zu werden und die Zeitungen zuzuschlagen - -

(Zurufe.)

Ich habe in eine bestimmte Richtung gesehen. Klappen Sie einfach mal die Zeitung zu - -

(Abg. Jost (SPD): Das wird eine Petition nach sich ziehen! - Heiterkeit.)

In Ordnung! - Was ich zu berichten habe, betrifft nämlich die Menschen in unserem Lande, und ich glaube, das ist für das Parlament von höchstem Interesse.

Herr Präsident, Sie haben gerade auf § 25 unserer Geschäftsordnung hingewiesen. Dort ist festgeschrieben, dass der Ausschuss für Eingaben mindestens jährlich dem Parlament mündlich berichtet. Dieser Verpflichtung komme ich als Vorsitzende des Ausschusses sehr gerne nach und berichte dem Hohen Hause heute über die Tätigkeit des Eingabenausschusses im zurückliegenden Jahr 2003.

Im Jahre 2003 haben sich wieder mehr Bürgerinnen und Bürger an den Ausschuss gewandt als im Jahr 2002. Diese Entwicklung kann unterschiedliche Ursachen haben. Welcher Aspekt dabei den Ausschlag gibt, lässt sich anhand der eingegangenen Zuschriften, der einzigen Informationsbasis des Ausschusses nicht ermitteln. Ich will es positiv ausdrücken und sagen: Der vertrauensvolle Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern, bei Bitten und Beschwerden die Unterstützung des saarländischen Parlaments zu suchen, ist im vergangenen Jahr erfreulicherweise wieder angestiegen.

Die gleiche Tatsache kann ich aber auch negativ umschreiben, beispielsweise so: Im letzten Jahr haben bedauerlicherweise wieder mehr Menschen Veranlassung gesehen, bestimmte Verfahrensweisen öffentlicher Verwaltungsstellen im Saarland gegenüber dem Landtag zu beanstanden. Eventuell haben aber auch meine erstmals im Jahr 2003 in den Landkreisen durchgeführten Bürgersprechstunden das Wirken und Arbeiten unseres Ausschusses stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt, sodass mehr Menschen durch diese praktizierte Bürgernähe ermutigt wurden, sich vertrauensvoll mit Bitten, Anregungen und Beschwerden an das Parlament zu wenden.

Wie dem auch sei - gegenüber dem Jahr 2002 hat sich im Jahr 2003 die Zahl der zu behandelnden Eingaben um rund 20 Prozent erhöht,

(Abg. Girst)

von 210 auf 230. Diese Zahlen bestätigen erneut die langjährige Erfahrung, dass die jährliche Entwicklung der Petitionsnachfrage deutlichen Schwankungen unterliegt. Gezielte Ursachen oder gar längerwirkende Tendenzen ausmachen zu wollen, entbehrt einer soliden Grundlage und entspräche eher Kaffeesatzleserei. In der längerfristigen Rückschau wird jedoch erkennbar, dass das Vorjahresergebnis von 230 Eingaben trotz zwanzigprozentigen Wachstums auf einem Niveau verharrt, das dem unteren Ende der bekannten Schwankungsbreite des Petitionsaufkommens entspricht.

Die vom Ausschuss als Drucksache 12/1170 vorgelegte Statistik enthält zu Stand und Entwicklung der Petitionsnachfrage einige weiterführende Angaben. Die Aufgliederung nach Zuständigkeitsbereichen lässt erkennen, wie sich der Zuwachs des Petitionsaufkommens auf die einzelnen Geschäftsbereiche der Landesregierung verteilt. Dabei fällt auf, dass die diesmaligen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf besonders hohen Zuwachsraten in solchen Geschäftsbereichen beruhen, die zum Gesamtaufkommen in eher unterdurchschnittlicher Weise beitragen. Nur vier der - mit der Staatskanzlei - acht Geschäftsbereiche der Regierung weisen überhaupt Zuwächse auf. Und über die Hälfte dieser Zuwachsraten lässt sich zwei Ressorts zuordnen, die im Hinblick auf Petitionen eher weniger ins Gewicht fallen: dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft und dem Ministerium für Wirtschaft. Die restlichen Zuwachsanteile verteilen sich auf das Umweltministerium mit einem ebenfalls recht hohen sowie auf das Sozialministerium mit einem demgegenüber relativ geringen Nachfrageplus.

Die vorliegende Statistik schlüsselt neben der Höhe des Petitionsaufkommens auch das Beschlussverhalten des Ausschusses auf. In über 62 Prozent aller Fälle - und damit in der Größenordnung der Vorjahre - hat der Ausschuss keine Veranlassung gesehen, ministerielle Prüfungsergebnisse zu eingereichten Petitionen zu beanstanden. Er hat in diesen Fällen die eingeholte Stellungnahme der Landesregierung bestätigt und die betreffende Eingabe für erledigt erklärt. Der im letzten Jahresbericht verzeichnete Rekordwert von knapp 22 Prozent positiver Beschlussfassungen konnte im Jahr 2003 nicht erreicht werden. Diesmal ist dem Ausschuss eine erfolgreiche Intervention zugunsten der Petenten nur in knapp über 15 Prozent der Fälle geglückt. Gleichwohl stimmt mich diese Feststellung nicht pessimistisch oder stellt die Arbeit des Ausschusses in Frage. Wir stehen alle, parteiübergreifend von unserem Selbstverständnis her, auf der Seite der Petenten. Wir sind immer sehr bemüht, den vorgelegten Anliegen Rechnung zu tragen und möchten manches Mal mehr im Sinne der Petenten entscheiden als uns dies möglich ist. Aber - und das ist für uns als Legislative ganz klar - wir erkennen unsere Grenzen, die uns bestehende Gesetze, Verordnungen oder Gerichtsurteile auferlegen. Es sind bisher eher Ausnahmen, dass uns Petitionen veranlassen, beispielsweise Verordnungen in Frage zu stellen oder deren Änderungen anzuregen. Aber hierzu später mehr, wenn ich Einzelfälle vorstelle.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich den Blick des Hohen Hauses für einen Moment vom Alltagsgeschäft des Eingabenausschusses abwenden und Ihre Aufmerksamkeit auf ein Ereignis lenken, das im vergangenen Jahr den Stellenwert des Petitionswesens in unserem Land und darüber hinaus in besonderer Weise beleuchtet und hervorgehoben hat. Am 04. November 2003 unterzeichneten die Vorsitzenden beziehungsweise Beauftragten der für Bürgerfragen zuständigen Parlaments- und Regierungsgremien im Großraum Saar-Lor-Lux in Trier eine Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern in der Großregion.

Ausgangspunkt für diese Initiative war die gemeinsame Willensbekundung des 6. Gipfels der Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Wallonien, Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens am 12. November 2001 im luxemburgischen Bad Mondorf. Auf dieser Konferenz hatten die beteiligten Regierungs- und Verwaltungschefs bekanntlich ihren Willen bekundet, diesen grenzüberschreitenden Großraum zu einer erfolgreichen europäischen Modellregion weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund konstituierte sich Anfang 2003 eine grenzüberschreitende Projektgruppe unter der Bezeichnung Netzwerk der Bürgerbeauftragten

der Großregion. Diese Projektgruppe, in der das Saarland durch mich als Vorsitzende und später auch durch die stellvertretende Vorsitzende des Landtagsausschusses für Eingaben sowie durch den Bürgerbeauftragten der Staatskanzlei vertreten ist, hat im Laufe des zurückliegenden Jahres mehrere Besprechungen - unter anderem auch in Saarbrücken - durchgeführt und bei diesen Gelegenheiten die gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit erarbeitet und schließlich verabschiedet.

In dieser Erklärung kommen die für Bitten und Beschwerden innerhalb der Großregion zuständigen Personen und Institutionen überein, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Zielsetzung ist es, Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Möglichkeit zu geben, Einwände gegen Fehlentscheidungen von Behörden der Partnerregionen im Hinblick auf grenzüberschreitende Fragen vorzubringen. Die Kooperationspartner verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, soweit Bitten und Beschwerden insbesondere Verwaltungs- und Gesetzgebungsfragen in Partnerregionen betreffen. Bei Eingaben von grenzüberschreitendem Interesse soll darüber hinaus ein gegenseitiger Informationsaustausch stattfinden. Schließlich wollen die zusammenwirkenden Gremien einen regelmäßigen Meinungsaustausch pflegen, um gemeinsam interessierende Fragen zu Bitten und Beschwerden zu erörtern. Einem Koordinationsausschuss wird die Umsetzung dieser gemeinsamen Erklärung obliegen.

Das Netzwerk der Bürgerbeauftragten der Großregion hat neben der genannten Erklärung auch eine gemeinsame Informationsbroschüre erstellt. Mithilfe dieser Broschüre sollen die Bürgerinnen und Bürger der Großregion mit den einzelnen Ansprechpartnern und deren Tätigkeitsfeld im Hinblick auf Bitten und Beschwerden in kompakter Form vertraut gemacht werden. Die hierfür erforderlichen Vorbereitungen waren jedoch im Berichtszeitraum 2003 noch nicht abgeschlossen. Zwischenzeitlich liegen die Broschüren vor und wir werden uns im Eingabenausschuss darüber verständigen, wie wir sie im Einzelnen in unserem Land verteilen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt wieder auf das Alltagsgeschäft im Ausschuss zurück. Auch in der heutigen Berichterstattung darf eine kleine Auswahl von Einzelfällen nicht fehlen, an denen die Tätigkeit des Ausschusses handgreiflich und anschaulich wird. Ich beginne mit der Skizzierung zweier Vorgänge, bei denen vergangenes Jahr eine erfolgreiche Intervention zugunsten der Beschwerdeführer gelang. Zum ersten Fall. Ein Bürger führte Klage über die Feuerschutzsirene in seiner Wohngemeinde. Er habe mehrfach versucht, die Gemeindeverwaltung für eine Änderung des Standorts und für eine Verkürzung des Probelaufs der Sirene zu gewinnen. Die Anlage befinde sich auf dem Gelände eines Kinderspielplatzes - bloße zwei Meter von einem hohen Klettergerüst entfernt. Bei Ertönen der Sirene komme es oftmals zu gefährlichen Situationen. Aufgeschreckte Kinder flüchteten panikartig vom Spielplatzgelände und erhöhten die Gefahr von Verkehrsunfällen. Ein Kind sei bereits vom Klettergerüst gefallen und habe sich dabei schmerzhaft Prellungen zugezogen. Eine Versetzung der Sirene um 100 Meter an den Ortsausgang sei somit geboten, angezeigt und auch machbar.

Im Übrigen frage er sich, warum nicht - wie in anderen Orten üblich - die Alarmprüfung auf ein kurzes Anlaufen der Sirene, das nur einige Sekunden dauere, beschränkt werden könne. In seiner Gemeinde erfolge die Funktionsprüfung immer in voller Länge über drei Sirenentöne.

Diese Angelegenheit war sowohl in immissionsschutzrechtlicher wie auch in brandschutzrechtlicher Sicht zu prüfen. Das Umweltministerium veranlasste zur Beurteilung der Lärmsituation eigens eine Schallpegelmessung durch das Landesamt für Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz. Die Messung hat ergeben, dass bei der Sirenenanlage eine deutliche Überschreitung der hier zu Grunde zu legenden Immissionswerte für seltene Ereignisse vorlag. Auf Grund dieses überhöhten Geräuschpegels sei aus immissionsschutzrechtlicher Sicht eine Verlagerung der Sirene geboten. Allerdings könne die Immissionsschutzbehörde nicht selbst gegen die Anlage einschreiten, der Betrieb der Anlage sei nämlich der Wahrnehmung

(Abg. Girst)

hoheitlicher Aufgaben der Gemeinde zugeordnet. Nur die Gemeinde selbst sei als hoheitlich handelnde juristische Person des öffentlichen Rechts befugt. Maßnahmen der Gefahrenabwehr zu ergreifen, soweit sich aus ihrer Tätigkeit heraus ein entsprechender Handlungsbedarf ergebe.

Das für Brandschutzfragen zuständige Innenministerium teilte dem Ausschuss mit, dass Feuerschutzsirenen von den Gemeinden in eigener Zuständigkeit aufgestellt würden. Dabei sei insbesondere die örtliche Topographie maßgebend. Um Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten, würden als Standorte für die Sirenen vorzugsweise gemeindeeigene Grundstücke ausgewählt. So verhalte es sich auch im vorliegenden Fall.

Zur Gestaltung des Probealarms wird ausgeführt, dass die fragile Gemeinde von der Möglichkeit einer Überprüfung der Sirenen lediglich einmal im Monat in der vorgeschriebenen Form Gebrauch mache. Auf eine regelmäßige Funktionsüberprüfung könne aus Sicherheitsgründen selbstverständlich nicht verzichtet werden, um im Einzelfall eine ordnungsgemäße Alarmierung der Feuerwehr sicherzustellen.

Das parlamentarische Prüfungsverfahren brachte in die Sache des Petenten erfreulicherweise die gewünschte Bewegung. Seitens der Gemeinde wurde nämlich die Absicht bekundet, die Sirenenanlage an einen anderen Standort zu verlegen, um so die angesprochenen Probleme aus der Welt zu schaffen. Dies ist zwischenzeitlich so geschehen.

Eine Erfolgsgeschichte der besonderen Art entwickelte sich im folgenden Fall, auf den ich im allgemeinen Teil bereits kurz hinwies. Ein Schüler der gymnasialen Oberstufe sah sich angesichts wachsender Leistungsschwäche zum Verlassen des Gymnasiums veranlasst. Nachdem er die Zulassungsvoraussetzungen der Abiturprüfung im ersten Anlauf nicht erfüllt hatte, entschied er sich für die Wiederholung des betreffenden Kurshalbjahres, dies in der Hoffnung, das Ziel im zweiten Anlauf zu schaffen. Doch die Sache ging schief, und zwar so gründlich, dass der Schaden nach dem zweiten Versuch noch größer war als nach dem ersten. Die Leistungsbilanz des Schülers sah nämlich nach der Wiederholung so mager aus, dass er nicht nur ein zweites Mal die Zulassung zur Abiturprüfung verpasste, sondern auch noch seinen Anspruch auf Zuerkennung des schulischen Teils der Fachhochschulreife verlor. Diesen Anspruch hatte er durch ein günstigeres Leistungsbild im ersten Durchgang noch erwerben können.

Grund der Schlechterstellung durch Kurswiederholung war eine Vorschrift in der Oberstufenverordnung. Gemäß dieser Vorschrift werden im Fall der Wiederholung von Unterrichtseinheiten die im ersten Durchgang erzielten Noten annulliert und in Folgezeugnissen die im zweiten Durchgang erreichten Noten ausgewiesen.

Der ehemalige Gymnasiast wandte sich nun an den Ausschuss mit der Bitte, ihm mit Blick auf die Zuerkennung des schulischen Teils der Fachhochschulreife, die bei Zugrundelegung der Vorjahresnoten problemlos erfolgt wäre, unter den jetzt erschwerten Umständen behilflich zu sein. Sollte die genannte Rechtslage Bestand haben, stehe er vor dem Schicksal der Arbeitslosigkeit - ohne Hochschulreife und auch ohne Fachhochschulreife, ausgestattet nur mit der vor Jahren erworbenen Mittleren Reife. Dieses Schicksal könne ihm erspart werden, würden die annullierten Noten im Nachhinein anerkannt. Inzwischen habe er nämlich einen Studienplatz an einer saarländischen Berufsakademie in Aussicht. Für dessen Zuteilung fehle ihm aber eben das, was er mit seiner Eingabe begehre: die schulische Fachhochschulqualifikation.

Das Anliegen des Petenten stieß im Ausschuss auf wohlwollende Aufnahme. Der - wie von ihm selbst offen zugegeben - auch durch eigenes Fehlverhalten in seine missliche Lage geratene Jugendliche hatte auf überzeugende Weise dargelegt, dass er Opfer einer nicht ganz unproblematischen Rechtslage geworden war. Einerseits leuchtet es ohne weiteres ein, dass bei der Entscheidung über die Zulassung zur Abiturprüfung die Leistungen eines Wiederholungsjahres zu Grunde gelegt werden, wenn das Verfehlen der Leistungsvoraussetzung

im ersten Versuch die Wiederholung erforderlich macht. Andererseits vermag diese Verfahrensweise aber dann nicht zu überzeugen, wenn die Frage einer Zuerkennung der Fachhochschulreife im Raum steht. Denn ein im ersten Durchgang erworbener Anspruch auf diese Qualifikationsstufe bietet an sich keinen Anlass für eine Kurswiederholung. Die Betrachtung allein der unzureichenden Noten beim zweiten Anlauf auf ein weiter gehendes Bildungsziel geht in diesem Falle ins Leere.

Ich habe mit mehreren Ausschusskollegen im zuständigen Bildungsministerium für diese Sicht der Dinge geworben. Es ist uns gelungen, den Minister höchstpersönlich dafür zu gewinnen, dem vorgetragenen Anliegen Rechnung zu tragen. Herr Minister, das war eine unglaublich unbürokratische Entscheidung, und es ist nicht heute nur - -

(Beifall von der CDU und Sprechen bei der SPD.)

Es ist nicht der Tag der Lobeshymnen. Wo aber Lob hingehört, da möchte ich es doch wirklich an den Mann - in diesem Fall: an den Kultusminister - bringen.

(Zurufe von der SPD.)

Nein, nein, das war knallharte Politik und eben Verständnis. Ergebnis ist auch, dass wir aus dem Fall gelernt haben, der sich vor zwei Jahren in Erfurt ereignet hat.

In der schriftlichen Stellungnahme des Ministeriums war zu lesen, dass der vorliegende Fall Veranlassung zur Prüfung einer Änderung der Oberstufenverordnung gegeben habe. Das Ergebnis dieser Prüfung fasste das Ministerium in folgende Worte - ich zitiere wörtlich: „Der Grundsatz, dass im Falle einer Wiederholung nur die im zweiten Durchgang erbrachten Leistungen zählen, ist nach wie vor richtig und muss weiterhin auch dann aufrechterhalten bleiben, wenn der Schüler an der Schule bleibt und die Abiturprüfung ablegt. Soweit es jedoch um die bereits erreichte Qualifikation des schulischen Teils der Fachhochschulzugangsberechtigung geht, soll dem Schüler, wenn er im ersten Durchgang die Qualifikationsvoraussetzungen erfüllt hat, dieser Qualifikationsstand auch dann erhalten bleiben, wenn er im zweiten Durchgang diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt.“

Das Ministerium kündigt eine entsprechende Änderung der Oberstufenverordnung an und teilt mit, dass dem Petenten im Vorgriff auf diese Neuregelung nunmehr wunschgemäß der schulische Teil der Fachhochschulzugangsberechtigung bescheinigt werde.

Eine abschließende Bemerkung zu diesem Fall: Hier mündete der Einsatz des Ausschusses in einen vollen Erfolg - sogar einen Erfolg mit einer ganz besonderen Note. Nach den Erfahrungen des Ausschusses hinsichtlich des Umganges der Regierung mit Petitionen ist üblicherweise nicht davon auszugehen, dass ein Ministerium zur Erfüllung eines Petitionsantrags kurzerhand eine Rechtsänderung in die Wege leitet und notfalls auch noch vorgehend das künftige Recht zur Anwendung bringt. Es wird die Regierung daher sicherlich nicht wundern, wenn der um die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bemühte Ausschuss dieses Hauses die außeralltägliche Erfahrung des vorliegenden Falles mit außergewöhnlichem Interesse zur Kenntnis nimmt. Der Ausschuss - und das sage ich mit einem gewissen Schmunzeln - behält es sich vor, bei geeigneten Gelegenheiten auf die unausweichliche Präzedenzwirkung dieser entgegenkommenden Reaktionsweise zurückzukommen.

In der folgenden Angelegenheit ist eine solche Bezugnahme allerdings ausgeschlossen. Ein vor dem Abriss seines Anwesens stehender Bürger wandte sich sozusagen in letzter Minute an den Ausschuss, um sein Schicksal abzuwenden. Das vor Jahrzehnten im Außenbereich einer Gemeinde errichtete Gebäude sei, so der Petent, unter anderem im Vertrauen auf die Äußerungen des zuständigen Landrats, dass gegen illegale Bauten dieses Alters nicht mehr eingeschritten werde, käuflich erworben worden. Sollte die bestandskräftige Beseitigungsverfügung der Unteren Bauaufsichtsbehörde umgesetzt werden, sei seine wirtschaftliche Existenz ernsthaft in

(Abg. Girst)

Gefahr, denn er habe zur Finanzierung des von ihm bewohnten Anwesens sein Elternhaus belasten müssen, das im Abrissfall selbst vor der Zwangsversteigerung stehe und ihn zum Sozialfall machen würde. Um den drohenden Ruin abzuwenden, sei er bei Gewährung eines Nießbrauchsrechts sogar bereit, das illegale Bauwerk einer gemeinnützigen Naturschutzstiftung zu schenken.

Das um Stellungnahme gebetene Umweltministerium fand zu diesem Anliegen deutliche und unmissverständliche Worte, die die Angelegenheit in ein durchaus anderes Licht rückten. Das Ministerium nahm Bezug auf eine in zweiter Instanz bestätigte Verwaltungsgerichtsentscheidung, die einen Antrag des Petenten auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Vollstreckung der baubehördlichen Beseitigungsverfügung zurückwies. Der dem Ausschuss vorliegende Gerichtsbeschluss enthielt eine aufschlussreiche Darstellung über Entstehung, Entwicklung und wechselnde Eigentumsverhältnisse bezüglich des nach dem Krieg ohne Baugenehmigung errichteten Gebäudes. Das Gericht wies außerdem darauf hin, dass dem Petenten als Grundstückserwerber gemäß notariellem Kaufvertrag eindeutig bekannt gewesen sei, dass gegebenenfalls die Beseitigung der Baulichkeiten durchgesetzt werden könne. Das Ministerium stellte fest, dass die Beseitigung des Petenten-Anwesens im Zusammenhang mit dem Einschreiten der Bauaufsichtsbehörde gegen weitere Bauanlagen im fraglichen Außenbereich stehe. Weit über zehn illegale Gebäude würden nach und nach aufgegriffen.

Das bereits mit mehreren Fällen beschäftigte Verwaltungsgericht habe dabei auch die Verfahrensweise der Bauverwaltungen problematisiert. Es sei nämlich beanstandet worden, dass die Bauaufsichtsbehörden durch eine inkonsequente baurechtliche Behandlung einzelner Objekte das Anwachsen des illegalen Baubestandes mitverursacht hätten. Allerdings habe das Gericht im Hinblick auf die laufenden Zwangsvollstreckungen anerkannt, dass die erlassenen Beseitigungsverfügungen tatsächlich darauf abzielten, rechtmäßige Zustände herzustellen und deshalb die angegriffenen Beseitigungsverfügungen für rechtmäßig erachtet. Beseitigungsverfügungen wären wegen Zweckverfehlung rechtswidrig, wenn aus dem Vollzugsverhalten der Behörde offenkundig würde, dass sie die Beseitigungsverfügungen nur noch zum Schein erlässt und sich in Wahrheit mit dem vorhandenen illegalen Baubestand abgefunden hat. Ein Absehen von der Vollstreckung der Beseitigungsverfügung gegen den Petenten - so das Ministerium - würde damit ein Einschreiten gegen den illegalen Baubestand in der Umgebung unmöglich machen. Zu Ungunsten des Petenten hatte das Verwaltungsgericht zusätzlich festgestellt, dass eine Legalisierung aufgegriffener Baulichkeiten nicht in Sicht sei, dass der Betroffene genügend Zeit gehabt habe, sich auf die Beseitigung einzustellen und dass ihm bei Obdachlosigkeit eine angemessene Unterkunft zugewiesen werden könne.

Das Ministerium machte abschließend von einer interessanten Bitte des Verwaltungsgerichts an seine Adresse Mitteilung. Gegenstand dieser Bitte sei gewesen, dass eine fachaufsichtliche Weisung einer landeseinheitlich konsequenten Behandlung von Schwarzbauten im Außenbereich herbeizuführen sei. Daraufhin seien die zuständigen Gebietskörperschaften - übrigens zum wiederholten Male - auf die verheerenden ordnungspolitischen Auswirkungen einer jahre- bis jahrzehntelangen Untätigkeit der Unteren Bauaufsichtsbehörden hingewiesen worden. Man habe erneut ein zeitnahes und konsequentes Einschreiten in den betreffenden Fällen angemahnt.

Bei diesem Stand der Dinge sah der Ausschuss beim besten Willen keinerlei Möglichkeit, das Anliegen des Petenten zu unterstützen. Der Ausschuss konnte sich den überzeugenden Argumenten der Behörden und Gerichte nicht verschließen und hielt es daher für angezeigt, die Stellungnahme der Regierung zu bestätigen.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kam im Zusammenhang mit dieser Sache leider zu einem kritikwürdigen Vorfall in diesem Haus. Ich spreche dies kurz an, weil von diesem Vorgang die Pflege des Vertrauens der hilfesuchenden Menschen, das diese dem Eingabenausschuss entgegenbringen, unmittelbar betroffen ist. Es kam zu einem bedauerlichen Vorfall der öffentlichen Bekanntmachung von Auszügen aus der Petitionsakte durch einen Abgeordneten-

kollegen. Nachdem diese Auszüge teilweise in Presseveröffentlichungen nachzulesen waren, hatte ich alle Mühe, den aufgebrachten Petenten wieder zu einem vernünftigen Kommunikationsverhalten zurückzuführen.

Im Ausschuss habe ich auf die einschlägigen Rechtsvorschriften zur informationellen Selbstbestimmung, den Datenschutz und Vertraulichkeit hingewiesen. Meine Missbilligung des Vorfalles stieß auf allgemeine Betroffenheit. In einem Schreiben an die Fraktionsführungen dieses Hauses bat ich darum, im Rahmen ihrer Möglichkeiten wiederum dabei mitzuwirken, dass sich ein solcher Vorfall nicht wiederholt.

Ich komme zur letzten Eingabe in der heutigen Berichterstattung. Es geht dabei um die leidvoll bekannte Problematik des Drogenhilfezentrums in Saarbrücken in der Brauerstraße. Auch hierzu erreichte den Ausschuss ein Beschwerdeschreiben, das die dort zu beklagenden Geschehnisse mit deutlichen Worten ansprach. Ein ansässiger Geschäftsmann kennzeichnete die Situation als für die Anwohner sowie seine Kundschaft inzwischen unzumutbar. Die überhandnehmenden Begleitumstände von Rauschgiftkonsum und Straßenprostitution im unmittelbaren Lebensumfeld hätten bei Tag und Nacht ein Ausmaß angenommen, das den Gedanken an eine Regressforderung in Richtung Landeshauptstadt aufkommen lasse. Seine hochbetagten Eltern trauten sich nicht mehr aus dem Haus; der Verkehrswert aller umliegenden Immobilien sei gleich null.

Die Komplexität der Materie machte Stellungnahmen sowohl des Gesundheits- wie des Innenministeriums erforderlich. Das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales erinnerte an die im parteipolitischen Konsens aller Beteiligten erfolgte Einrichtung des Drogenkonsumraums im Gebäude des seit über zehn Jahren in der Saarbrücker Brauerstraße befindlichen Drogenhilfezentrums. Das damit verfolgte Ziel, den Suchtkranken auf dem Weg aus ihrer Krankheit zu helfen und so auch die Gesellschaft von dadurch verursachten Kosten zu entlasten, sei weitgehend erreicht worden. Andererseits seien die vom Petenten wie von weiteren Anliegern genannten Probleme und Sorgen, die sich seit Bestehen des Drogenhilfezentrums herauskristallisiert hätten, durchaus ernster Natur. Für eine ansatzweise Lösung der Probleme seien mehrere Elemente in Anschlag zu bringen. Einmal die bereits laufenden Bemühungen um eine größere Akzeptanz des Drogenkonsumraums bei der Bevölkerung, sodann der ebenfalls bereits erhöhte Polizeieinsatz unter anderem gegen Drogenhändler und Prostituierte, des Weiteren eine von der Landeshauptstadt zu fordernde Ausweitung des Sperrbezirks auf den an die Brauerstraße angrenzenden Bereich und schließlich der schon eingerichtete Dienst zum Einsammeln der Spritzen. Im Hinblick auf eine mögliche Regresspflicht der Stadt Saarbrücken verweist das Ministerium auf die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Demnach könne bei nachgewiesener Ursächlichkeit der mit dem Betrieb eines Drogenhilfezentrums verbundenen Auswirkungen für Störungen auf Nachbargrundstücken ein geldwerter Ausgleichsanspruch angemeldet werden.

Das Ministerium für Inneres und Sport machte ergänzende Ausführungen hinsichtlich der polizeilichen Vorgehensweise zur Konsolidierung der Drogensituation in Saarbrücken. Ein Polizeibeamter habe dem Petenten in einem persönlichen Gespräch das langfristig angelegte Maßnahmenkonzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität im fraglichen Bereich erläutert und dabei bereits auch auf erste Erfolge hinweisen können.

Eine über den aktuellen Stand hinausgehende Verbesserung der Situation sei mit polizeilichen Mitteln allerdings nicht zu erwarten. Beide Ministerien wägen auch das Für und Wider einer Standortverlegung des Drogenhilfezentrums ab. Verständlicherweise kam keine leichte Antwort zu Stande. Einerseits müsse eine Ortsverlagerung auch vom Besucherkreis des Zentrums angenommen werden. Zum andern bedeute eine in diesem Sinne erfolgreiche Verlagerung natürlich, dass auch eine Verlagerung der damit zusammenhängenden Probleme einherginge. Deshalb sei unabhängig vom Standort davon auszugehen, dass ein Drogenhilfezentrum als Servicestelle der Drogenszene ein immanentes Störungspotenzial berge, das Einfluss auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausübe.

(Abg. Girst)

Es wird das Hohe Haus nicht überraschen zu erfahren, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit keine andere Möglichkeit sah, als die beiden Stellungnahmen der Regierung zu bestätigen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Am Ende meiner Berichterstattung sage ich wie immer: Herzlichen Dank allen, die in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich mitgewirkt haben. Sie haben alle engagiert und kompetent mitgewirkt, dass wir als Ausschuss den Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger in bestmöglicher Weise entsprechen konnten. Mein Dank gilt dem Mitarbeiter des Landtags Herrn Dr. Schwickert, dem Stenografischen Dienst und den Sekretärinnen, die mit viel Fleiß die Protokolle und die vielen Schreiben, die wir an die Petenten richten und damit ihre Petitionen zum Abschluss bringen, bewältigt haben. Ihnen gebührt mein ganz besonderer Dank. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Danke!

(Lebhafter anhaltender Beifall des Hauses.)

Präsident Ley:

Ich danke auch Ihnen, Frau Vorsitzende, im Namen des Hauses.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Von daher schließe ich die Aussprache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 13.30 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 12.27 Uhr bis 13.30 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort und kommen zu den Punkten 7 und 12 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Innere Sicherheit stärken - Erfolgreiche Sicherheitspolitik fortsetzen (Drucksache 12/1179),

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger stärken - Vorteile des Föderalismus bei der Terrorismusbekämpfung effektiv nutzen (Drucksache 12/1183).

Zur Begründung des Antrags der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Georg Jungmann das Wort. Für Herrn Abgeordneten Jungmann ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird stattgegeben.

Abg. Jungmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Die Sicherstellung der inneren Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben staatlichen Handelns. Dies war eine der Maximen, die die CDU vor fünf Jahren für sich in Anspruch genommen hat, als sie 1999 die Regierungsverantwortung übernommen hat. Es war eine der wichtigsten Aufgaben, ein Megathema für die neue Landesregierung. Dies wurde bereits dokumentiert durch die Tatsache, dass der Ministerpräsident unmittelbar nach seiner Vereidigung als allererste Maßnahme eine Polizeidienststelle besucht hat.

Die Bürger verlangen von ihrer Polizei Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Um dies zu gewährleisten, brauchen die Polizisten aber den notwendigen rechtlichen Rahmen, sie brauchen die Rahmenbedingungen, mit denen sie arbeiten können. In den früheren Jahren, vor 1999, waren diese Rahmenbedingungen nicht gegeben. Es wurde jahrelang - ich möchte fast sagen ein Jahrzehnt lang - über grundsätzliche Dinge, Arbeitszeug für die Polizei diskutiert. Die neue Landesregierung hat unmittelbar nach Regierungsbildung eine Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes auf den Weg gebracht.

Mit diesem Polizeigesetz wurden dann fünf ganz wichtige Punkte - Werkzeug, Arbeitszeug für die Polizei - in das Saarländische Polizeigesetz wieder aufgenommen. Es waren dies die Wiedereinführung

des Begriffes der öffentlichen Ordnung als polizeiliches Schutzgut, die Lagebild abhängige Kontrolle, die so genannte Schleyer-Fahndung, die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten, der Unterbindungsgewahrsam wurde auf acht Tage erhöht. Und schließlich - dies will ich dann auch hier sagen - wurde gemeinsam mit der Opposition der finale Rettungsschuss ins Polizeigesetz aufgenommen. Danach gab es aber noch mehrere Gesetzesänderungen, denn der Vorrang der öffentlichen Ordnung, der Vorrang der inneren Sicherheit wurde durch diese Landesregierung konsequent fortgeschrieben. Es wurde im Anschluss noch durch mehrere Gesetze das Polizeigesetz geändert. Es wurden unter anderem die Vorschriften der Rasterfahndung präzisiert. Dies wurde nach dem 11. September 2001 erforderlich. Es wurde die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt eingeführt, Aufenthaltsverbote zur Bekämpfung der offenen Trunkszene wurden installiert, Erleichterung der Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten für die Polizei wurden ermöglicht, und die Befugnisse der Ortspolizeibehörden - eine Forderung des Städte- und Gemeindetages, eine Forderung der Städte und Gemeinden - wurden ebenfalls im Polizeigesetz verankert. Um nur einige wenige Punkte zu nennen.

Neben der Änderung des Polizeigesetzes wurde aber auch beim Verfassungsschutzgesetz dieser Weg konsequent fortgesetzt, und so wurde dem Landesamt für Verfassungsschutz die Möglichkeit gegeben, die organisierte Kriminalität zu beobachten durch eine Gesetzesänderung. Es wurde ermöglicht die Beobachtung von Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung, und es wurde dem Landesamt für Verfassungsschutz eine Erleichterung bei der Möglichkeit der Auskunftseinholung gemacht.

Meine Damen und Herren, ich will diese Punkte an den Anfang meiner Rede stellen, weil es deutlich macht, dass diese Landesregierung keine Zeit verstreichen ließ, um Gesetzesänderungen vorzunehmen, um das Handwerkszeug für die Polizei, für das Landesamt für Verfassungsschutz, für unsere Sicherheitskräfte auf den Weg zu bringen.

Neben diesen Änderungen der Vorschriften für das Handwerkszeug wurde auch ein grundsätzlicher Politikwechsel der Vorgängerregierung korrigiert, es wurde nämlich der Abbau von Polizeikräften gestoppt und es wurde mit einem Aufbau begonnen. Von 1990 bis 1999 wurde im Saldo netto - wenn man Zugänge und Abgänge saldiert - ein Personalabbau von fast 500 Polizeikräften bei der saarländischen Polizei vollzogen; bei einem Personalkörper von etwas über 3.000 ist das eine Menge. Eine Entwicklung, die ohne weiteres eigentlich nicht verkraftbar ist. Dies hat man auch gemerkt, meine Damen und Herren, denn es musste dann auch eine Polizeireform durchgeführt werden, weil die Arbeitsfähigkeit der Polizei in ihrer alten Struktur nicht mehr gewährleistet war.

Wenn wir uns dann den Zeitraum von 2000 bis 2004 anschauen - und jetzt beziehe ich den 31. August 2004 mit ein, dort werden wieder 85 neue Polizeikräfte eingestellt -, wird Ende August dieses Jahres ein Nettosaldo von plus 269 Polizeivollzugskräften zu verzeichnen sein. Also: In den Neunzigerjahren ein Abbau von rund 500 Polizeikräften, von 2000 bis 2004, innerhalb einer Legislaturperiode, ein Aufbau von 270 Kräften. Dies zeigt deutlich, wo die Schwerpunktsetzungen der Politik der alten Regierung waren und wo die Schwerpunktsetzung der Politik der neuen Regierung ist.

Ich habe eben die Polizeireform angesprochen; sie musste durchgeführt werden, weil die alten Strukturen nicht mehr geeignet waren, mit dem bestehenden Personalkörper die Arbeit effizient zu machen. Deshalb musste eine neue Organisationsstruktur geschaffen werden, die die Polizei strafft und die die Arbeit effizienter erledigen lässt. Es wurde auch sichergestellt, dass die Ortsnähe der Polizei erhöht wurde. Alle 20 Polizeiinspektionen sind rund um die Uhr erreichbar, Kontaktpolizisten zeigen stete Präsenz in der Öffentlichkeit. Die Polizeireform, meine Damen und Herren, wurde der Polizei nicht von oben herab - per ordre du mufti - vorgegeben, sondern es war eine Reform, die von der Polizei selbst organisiert wurde. Deshalb wurde sie auch von der Polizei verstanden und wurde vor allen Dingen von der Polizei, von der Spitze bis zu den Wachen, akzeptiert.

(Abg. Jungmann)

Was nützt die beste Organisationsstruktur, wenn das Personal den Eindruck hat, dass es überfordert wird und dass es einfach in seinen beruflichen Fortkommensmöglichkeiten nicht so gestellt ist, wie es sich gehört. Das war auch ein Punkt, den wir uns zu Herzen genommen haben. Wir haben also das Beförderungsbudget im ersten Jahr nach der Wahl verdoppelt. Diese Verdoppelung haben wir dann durchgehend beibehalten, über die ganze Legislaturperiode; vom ersten bis zum letzten Jahr haben wir dieses hohe Beförderungsbudget beibehalten. Dies, meine Damen und Herren, hat zur Motivation der Kolleginnen und Kollegen beigetragen. Es hat dazu geführt, dass es eine hohe Motivation bei der Polizei gibt.

Wir haben aber dann auch aktuelle Ereignisse zu konstatieren gehabt - den 11. September. Die Terrorismusbekämpfung wurde vorher eher stiefmütterlich behandelt - nicht nur im Saarland, sondern in der gesamten Republik. Als Günter Beckstein als bayerischer Innenminister immer wieder von den islamistischen Terroristen gesprochen und vor dieser Bedrohung gewarnt hat, ist er jahrelang als Exot hingestellt worden. Er hat traurigerweise Recht bekommen. Auch hier mussten wir uns der Dinge annehmen, und das Staatsschutzdezernat, das unter der Vorgängerregierung bis auf 11 Arbeitskräfte zusammengeschrumpft ist, wurde in einem ersten Schritt im Jahr 2001 auf 14 Mitarbeiter erhöht, in einem zweiten Schritt - in der Folge der Attentate des 11. September - auf 15 Mitarbeiter. Danach gab es eine Sonderkommission mit 40 Mitarbeitern, die die Rasterfahndung durchgeführt hat, die natürlich nach Beendigung ihrer Arbeit aufgelöst wurde.

Die Umorganisation der saarländischen Polizei zum 01. März 2002 hat dazu geführt, dass der Staatsschutz mit vier Mitarbeitern auf 19 aufgestockt wurde. Wir haben uns jetzt entschlossen, bis 2006 stufenweise das Staatsschutzdezernat im LKA auf 34 Mitarbeiter aufzustocken, um eben den Herausforderungen der jetzigen Zeit, der terroristischen Bedrohung besser gerecht zu werden. Auch beim Landesamt für Verfassungsschutz wurde ein eklatanter Personalabbau durch die Vorgängerregierung betrieben - 70 Mitarbeiter waren es am Ende. Wir haben das Landesamt für Verfassungsschutz auf 77 aufgestockt und sind dabei, diesen Aufbau fortzusetzen.

Meine Damen und Herren. Alle diese Maßnahmen machen deutlich, dass innere Sicherheit eben, wie ich Ihnen schon sagte, eines der Hauptthemen, ein Megathema für diese Landesregierung und diese Fraktion ist. Ich kann feststellen, die innere Sicherheit ist bei der CDU in guten Händen.

(Beifall von der CDU.)

Den Erfolg dieser Politik pro Sicherheit belegen die Bürger selbst. Bei bundesweiten Befragungen durch das Nachrichtenmagazin Focus erhält das Saarland Spitzenplätze. Zum Beispiel bei den Punkten "Zufriedenheit mit der Polizei": Rang 3; "Zuverlässigkeit der Polizei": Rang 3 - jeweils immer hinter Bayern und Schleswig-Holstein -; "allgemeines Sicherheitsgefühl": Rang 5. In allen Meinungsumfragen hat die CDU mit weitem Abstand, gerade auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, einen weiten Kompetenzvorsprung vor der Opposition. Meine Damen und Herren, man kann feststellen, die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. An dieser konsequenten Politik der inneren Sicherheit halten wir weiter fest.

Vor diesem Hintergrund haben wir den heutigen Antrag vorgelegt. Er beinhaltet im wesentlichen die "Saarbrücker Erklärung" der Innenminister der CDU/CSU-geführten Länder. Die beiden zentralen Punkte sind das gemeinsame Lage- und Analysezentrum von Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Zollkriminalamt. Des Weiteren wird die Einrichtung einer bundesweiten Antiterrordatei befürwortet. Nicht nur die Innenminister der CDU/CSU-regierten Länder, meine Damen und Herren, sondern sehr viele Fachleute beklagen Defizite beim Kampf gegen den Terrorismus. Vor allen Dingen wird angeprangert, dass erhebliche Defizite beim Austausch von Daten und Informationen zwischen den einzelnen Behörden und zwischen den Bundesländern bestehen; im horizontalen, im vertikalen Bereich, überall werden Versäumnisse, werden Probleme beim Austausch

von Informationen und Daten gesehen. Die "Saarbrücker Erklärung" zeigt hier Lösungswege auf. Sie wurde maßgeblich durch die saarländische Innenministerin beeinflusst. Ich zitiere den Innenminister des Freistaates Bayern, Herrn Günther Beckstein, aus der Saarbrücker Zeitung vom 03.07.2004: "Die so genannte B-Innenministerkonferenz hat ihre zentralen Forderungen zur Verbesserung der Strukturen der Aufklärung des islamistischen Terrorismus in eine 'Saarbrücker Erklärung' verpackt. Die trage, so Beckstein, maßgeblich die Handschrift der saarländischen Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer."

Meine Damen und Herren, damit wird deutlich, dass von Saarbrücken, vom Saarland aus maßgebliche Impulse zur Bekämpfung des Terrorismus und für die innere Sicherheit gesetzt werden. Einen ersten Erfolg hat die Innenministerin des Saarlandes zu verzeichnen, denn bei der Innenministerkonferenz wurden die Forderungen der "Saarbrücker Erklärung" durch die Innenminister aller Bundesländer einvernehmlich übernommen. Es soll eine Gesetzesinitiative im Bundesrat auf den Weg gebracht werden, in der die Inhalte der "Saarbrücker Erklärung" eingebracht werden. In Einzelpunkten besteht sicherlich noch Klärungsbedarf, denn die Antiterrordatei sollte nach Auffassung der CDU nicht, wie dies von Bundesinnenminister Schily vorgesehen ist, als eine Art Indexdatei, als eine Fundstellendatei geführt werden. Wir sind der Auffassung, dass dies eine Textdatei werden soll, mit konkreten Hinweisen auf mögliche Auffälligkeiten derjenigen, die in dieser Datei aufgeführt sind.

Die "Saarbrücker Erklärung" ist also von allen als hervorragende Grundlage der weiteren Arbeit gelobt worden. Vor allen Dingen macht sie deutlich, dass der Föderalismus, dass der föderalistische Aufbau unseres Landes und auch unserer Sicherheitsbehörden genau der richtige Ansatz sind, um den Terrorismus zu bekämpfen. Dass wir eben diesen föderalistischen Aufbau beibehalten sollen, und uns eben nicht für eine "Bundes-Mammutbehörde" aussprechen sollen, wie sie Bundesinnenminister Schily ins Gespräch gebracht hat. Eines ist auch sicher, eine solche Bundesbehörde ist ja nicht unbedingt Garant dafür, dass dadurch die Terrorismusbekämpfung besser wird, denn in Amerika gibt es eine große Bundesbehörde, in Spanien gibt es große Bundesbehörden. Und trotzdem sind gerade in diesen beiden Ländern die großen Anschläge verübt worden. Es gibt eben keine Garantie dafür, dass eine große Mammutbehörde die innere Sicherheit besser sichern würde als unser föderalistisches System. Man kann sogar der Auffassung sein, dass eher das Gegenteil der Fall sein wird.

Vor diesem Hintergrund hat es natürlich schon etwas befremdlich gestimmt, wenn in einer Presseerklärung des Generalsekretärs der SPD Saar Folgendes zu lesen ist; Tabillion: "kein Provinzialismus bei der Terrorismusbekämpfung". So provinziell kann es gar nicht gewesen sein, wenn alle anderen Innenminister und auch der Bundesinnenminister Schily dies als den richtigen Weg ansehen. Ich glaube, hier lag der Generalsekretär unserer Opposition wohl, wie schon öfters, etwas daneben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU. - Zurufe von der SPD.)

In dieser Presseerklärung geht es noch weiter, und das stimmt dann eher bedenklich, meine Damen und Herren. Es steht geschrieben: "Gerade die jüngsten Erkenntnisse über den mindestens zweijährigen Aufenthalt des Top-Terroristen und Kopfes der Madrider Anschläge, Rabei Osman Al Sayed Ahmed, im Saarland weisen auf eklatante Informationsdefizite hin". Weiter schreibt Herr Tabillion in seiner Presseerklärung: "Trotz dieser Terroristenkarriere habe Ahmed im Saarland, im saarländischen Aufnahmelager Lebach aktiv militanten Islamismus predigen können, ohne dass irgendjemand erkannt habe, wer sich da eingenistet hatte".

Ich glaube, meine Damen und Herren, eine solche Presseerklärung ist schon ein starkes Stück. Denn erstens, von dem zweijährigen Aufenthalt war "Mohamed der Ägypter" - von dem hier die Rede ist - ein Jahr in Abschiebehaft. "Mohamed der Ägypter" ist, als er die Grenze nach Frankreich passieren wollte, von den französischen Behörden festgenommen und dem Saarland überstellt worden. Er kam bei uns in Abschiebehaft. Und nur deswegen, weil seine Herkunft,

(Abg. Jungmann)

seine Nationalität nicht zweifelsfrei festgestellt werden konnte, blieb er ein Jahr in Abschiebehaft. Nach einem Jahr hat sich die Staatsanwaltschaft, meines Erachtens auch zu Recht, die Frage gestellt: Ist das überhaupt noch verhältnismäßig, dass jemand ein Jahr in Abschiebehaft sitzt und man kann ihn nicht abschieben? Er wurde dann entlassen, kam ins Aufnahmelager Lebach, dort hat er sich als Imam betätigt und hat auch dort gepredigt. Aber er war damals - und ich spreche hier von einer Zeit vor dem 11. September 2001, meine Damen und Herren - unter Beobachtung des saarländischen Verfassungsschutzes. Es war also genau das passiert, was man eigentlich in solchen Fällen vom Staat erwarten kann - er war unter Beobachtung.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob eine solche Reaktion dann wirklich gerechtfertigt ist. Wenn der Innenausschuss des saarländischen Landtages sich mit dieser Problematik befasst - in aller epischen Breite werden die Dinge dargelegt -, muss dies auch dem Generalsekretär der Opposition in diesem Hause bekannt gewesen sein. Dann solche Äußerungen zu machen - ich will es ganz vorsichtig ausdrücken -, hat einen faden Beigeschmack, meine Damen und Herren. Eine solche Vorgehensweise hat einen faden Beigeschmack. Ich denke, man sollte sich vielleicht erkundigen, weil ich ihm eben nicht unterstelle, dass er absichtlich gehandelt hat. Denn hätte er es gewusst, dann müsste ich ja unterstellen, dass er bewusst hier einige Dinge behaupten würde, die der Diskreditierung dienen. Da ich aber der Auffassung bin und in dieser letzten Landtags-sitzung in dieser Legislaturperiode nicht unbedingt solche Unterstellungen machen möchte, nehme ich einmal zu seinen Gunsten an, dass er es nicht gewusst hat.

Meine Damen und Herren, für die CDU jedenfalls gilt, dass die innere Sicherheit für uns - dies war ein Punkt - ein Thema ist, bei dem wir uns nicht nur landesspezifisch betätigen, sondern auch bundesweit Anstöße geben. Die Innenministerin - ich habe es eben deutlich gemacht - hat hier ein deutliches Beispiel gegeben. Es gibt aber auch ein weiteres Beispiel, wie aus dem Saarland im Bereich der inneren Sicherheit deutliche Anstöße in der Bundespolitik gegeben werden. Ich spreche hier von den Diskussionen um den Zuwanderungskompromiss, den unser Ministerpräsident Peter Müller von Seiten der CDU maßgeblich beeinflusst hat. Man kann feststellen - dies ist in der vergangenen Woche, als die Diskussionen im Bundestag und im Bundesrat waren, von allen Seiten, auch von Bundesinnenminister Otto Schily, immer wieder lobend erwähnt worden -, welche Rolle Peter Müller in diesem ganzen Prozess innegehabt hat. Es ist unserem Ministerpräsidenten zu verdanken, dass gerade im Bereich der inneren Sicherheit erhebliche Verbesserungen beim Zuwanderungsgesetz erzielt werden können.

Ich will einige Punkte einmal ansprechen, die unser Ministerpräsident in den Zuwanderungskompromiss hineinverhandelt hat, meist gegen die Grünen, das ist richtig. Aber immerhin, er hat sich gegen die Koalition durchgesetzt. Es wurde auf Anregung unseres Ministerpräsidenten die Einführung einer Abschiebungsanordnung gegen "Topgefährder" hineinverhandelt, die Einführung einer zwingenden Ausweisung von Schleusern, die zu Freiheitsstrafen von einem Jahr oder mehr verurteilt wurden, Verbesserungen bei der Regelausweisung von Sicherheitsgefährdern, Regelausweisung von Leitern verbotener extremistischer Organisationen, die Möglichkeit der Ausweisung von Hasspredigern, Kontaktsperre für Gefährder einschließlich des Verbotes, bestimmte Kommunikationsmittel überhaupt zu benutzen und die gesetzliche Verpflichtung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz nicht nur vor der Einbürgerung, sondern auch vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis.

Meine Damen und Herren, dies sind Punkte, die die innere Sicherheit in Deutschland erheblich aufwerten. Es war wichtig, dass dies von der CDU und maßgeblich von unserem Ministerpräsidenten in den Kompromiss hineinverhandelt wurde. Auch dies ist ein Beispiel, meine Damen und Herren, wie vom Saarland aus erhebliche Impulse in der bundesdeutschen Debatte um die innere Sicherheit, um die Terrorismusbekämpfung hineingebracht werden. Die CDU redet nicht nur von innerer Sicherheit, die CDU handelt. Sie handelt nicht nur hier im Lande, die CDU handelt auch auf Bundesebene. Ich denke, dies ist gut so.

Wir werden, meine Damen und Herren, nicht nur die Vergangenheit betrachtend deutlich sagen, das, was wir gemacht haben, war wichtig, war gut und richtig, wir werden auch in Zukunft daran festhalten, dass wir die Partei der inneren Sicherheit sind. So wenden wir uns - dies werden wir in der nächsten Legislaturperiode noch deutlicher machen - mit aller Entschiedenheit gegen eine Bagatellisierung alltäglicher Straftaten. Wir werden einige Punkte, die ich jetzt ganz kurz noch ansprechen will, mit Sicherheit in Gesetzesform gießen, wo wir die innere Sicherheit einfach stärken wollen und stärken werden. Wir wollen diesen Weg, den wir seit 1999 eingeschlagen haben, konsequent weitergehen.

So werden wir zur Verhinderung schwerer Straftaten die Befugnisse der Polizei zu gefahrenabwehrenden Wohnraum- und Telekommunikationsüberwachung im Polizeigesetz verankern. Wir werden im saarländischen Polizeigesetz die Möglichkeit zur automatisierten Fahndung mittels elektronischer Überwachung des fließenden Straßenverkehrs schaffen. Wir werden uns für die Fortentwicklung des Datenschutzes einsetzen, der bei der Beachtung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung einen optimalen Datenaustausch zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung zwischen den Sicherheitsbehörden gewährleistet. Wir wollen auch intern, nicht nur nach außen, sicherstellen, dass der Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden nicht an unserer Meinung nach zu hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen scheitern wird. Wir werden auch die Anwendung der DNA-Analyse ausweiten und den Richtervorbehalt bei der DNA-Untersuchung von Spuren abschaffen.

Ich habe nur vier Punkte genannt, die wir in den nächsten Jahren als Zeichen oder als Fortentwicklung der inneren Sicherheit in Gesetzesform gießen werden. Darüber hinaus werden wir den von uns eingeschlagenen Weg des kontinuierlichen Aufbaus der Polizei weiterführen. Das, was wir in der Vergangenheit getan haben, werden wir auch in Zukunft so tun. Wir werden die innere Sicherheit stärken. Wir werden, wir sind und bleiben die Partei der inneren Sicherheit.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend will ich deutlich machen, dass vom Saarland aus die Impulse bei der bundesdeutschen Debatte zur Bekämpfung des Terrorismus gegeben wurden. Vom Saarland aus wurden Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit in unserem Lande gemacht. Innere Sicherheit ist und bleibt für die CDU Saar Megathema. Die CDU Saar wird weiterhin diesem Megathema höchste Aufmerksamkeit geben. Wir werden sowohl gesetzgeberisch als auch im personellen Bereich diese Politik fortsetzen.

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass diese Politik von den Bürgern unterstützt wird, dies nicht nur in Meinungsumfragen. Wir sind davon überzeugt, diese Unterstützung wird es auch bei der Wahl am 05. September geben, damit wir diese Politik konsequent zur inneren Sicherheit unseres Landes fortführen können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Reinhold Jost das Wort. Es ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird stattgegeben.

Abg. Jost (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zu den zugrunde liegenden Anträgen komme, einen Punkt zurechtücken. Das ist die Äußerung, die der Kollege Jungmann zu dem Thema einer so genannten Mammutbehörde auf Bundesebene getätigt hat, die er dem Innenminister Schily zugeschrieben hat. Ich will die Gefahren, die er daraus sieht, noch einmal kurz reflektieren, weil es aus meiner Sicht schon einen gewissen Erklärungsbedarf gibt, wenn man uns gegenüber, der SPD, vorwirft, wir würden uns für eine so genannte Mammutbehörde auf Bundesebene einsetzen und auf der anderen Seite muss man das gleiche auf der Diskussions-ebene bei der CDU vermerken.

(Abg. Jost)

Ich zitiere Ihnen nur "Die Welt" vom 30. Juni dieses Jahres: "Die CDU/CSU-Fraktion will die Sicherheitsbehörden auf Bundesebene völlig neu organisieren und dafür ein ‚Bundespolizeipräsidium‘ sowie ein ‚Gemeinsames Zentrum zur Terrorismusbekämpfung‘ schaffen. ... Die Innenexperten der Unionsfraktion schlagen einen Mittelweg vor, der zwar einerseits die Unabhängigkeit der Landesbehörden sichert, aber andererseits neue - große - "Organisationsstrukturen auf Bundesebene schafft".

Da muss man sich schon die Frage stellen, was Sie eigentlich wollen. Entweder uns kritisieren auf Grund der Diskussion, eine solche vermeintliche Mammutbehörde schaffen zu wollen, oder letztendlich einzugestehen, dass Ihre eigene Fraktion auf Bundesebene Gleiches tun will. Beides geht nicht. Das ist ein Spagat, den Sie nicht aushalten werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte noch mal auf die zu Grunde liegenden Anträge zurückkommen. Da stelle ich schlichtweg fest, dass es keinen Unterschied in den Auffassungen gibt. Wir unterstützen Ihren Antrag und stimmen ihm zu, weil er nicht zuletzt auch die gemeinsame Beschlussempfehlung und auch das Ergebnis der Innenministerkonferenz darstellt. Ich bin froh, dass es in der Innenministerkonferenz gelungen ist, den einen oder anderen inhaltlichen oder auch ideologischen Graben zuzuschütten, man sich an der Sache orientiert und noch mal vergewärtigt hat, dass es zu allererst darum geht, dass jeder seine bis jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten, zugewiesenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten wahrnimmt.

Es macht keinen Sinn zu beklagen, dass etwas nicht funktioniert, wenn man es nicht vernünftig anwendet, wenn man also darüber redet, dass das Ergebnis nicht in Ordnung ist, statt sich darüber Gedanken zu machen, wie man es mit den bereits jetzt vorhandenen Möglichkeiten auch tatsächlich umsetzt. Ich bin der Auffassung, wenn jeder seine Arbeit in dem jetzt gegebenen Rahmen vernünftig erledigt, kommt man schon einen großen Schritt weiter hin zu mehr innerer Sicherheit, insbesondere auch bezogen auf den internationalen Terrorismus. Es geht nicht darum, diese Diskussion unter dem Aspekt der Zentralisierung, also der Auflösung des jetzigen föderalen Aufbaus, zu führen, sondern dass man sich darüber Gedanken macht, wie jeder seiner Aufgabe gerecht werden kann. Dann hätte jeder erstens genug zu tun und zum Zweiten wären die Chancen, dass man sich im Interesse des Abwehrkampfes gegen den internationalen Terrorismus ein Stück weit voran bewegt, wesentlich besser.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage dies auch in dem Bewusstsein, dass es in meiner eigenen Partei hierzu unterschiedliche Auffassungen gibt. Da ist es mir auch egal, wenn der Bundesinnenminister als Mitglied der SPD eine Auffassung vertritt, die ich für falsch halte. Ich meine, wir haben in dieser Frage auf dem föderativen Weg mehr Ansatzpunkte, zu besseren Informationen, zu einer besseren Lösung und insbesondere auch zu mehr innerer Sicherheit zu kommen, als wenn man alles auf eine Stelle konzentriert. Ich bin der Auffassung, statt eine Zentralstelle zu fordern, sollte man sich darüber im Klaren sein, dass der föderative Aufbau seine Chancen hat und mehr Sicherheit schafft.

Mir geht es in diesem Zusammenhang auch darum, über das Beschlossene hinaus den einen oder anderen Denkanstoß zu geben, auch an der einen oder anderen Stelle darauf hinzuweisen, dass bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus hinsichtlich der Funktion der Zentraldatei auch andere Speichermöglichkeiten in die Debatte eingebracht werden sollten. Aus meiner Sicht ist es nicht zielführend, eine DNA-Datei beispielsweise für gefährliche Sexualstraftäter zu fordern, wenn man sich diesbezüglich über den Bereich des internationalen Terrorismus noch keine Gedanken gemacht hat. Wenn man der Auffassung ist, dass es eventuell Möglichkeiten gibt, vorhandene und zuordnungsfähige Spuren zu speichern, sollte man dies tun. Das hat dann vielleicht sogar noch wesentlich mehr Effekte, als wenn man das nur mit

dem Fingerabdruck oder den Personaldaten macht. Ich bin in dieser Frage sehr offen und weiß, dass sie in meiner Partei, aber auch in der CDU/CSU kontrovers diskutiert wird.

Ich bin mir in dieser Frage auch persönlich darüber im Klaren, dass man über den einen oder anderen Tabubruch diskutieren und nachdenken muss. Bis zu einem gewissen Grad habe ich Verständnis für die Auffassung, dass es ein striktes Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und der Polizei geben muss. Ich sage an dieser Stelle aber auch, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland eine einmalige Situation haben, dass wir im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern hier eine Sonderstellung einnehmen. Das strikte Trennungsgebot hat mit Sicherheit auch seine historische Begründung, die möchte ich auch nicht in Abrede stellen. Aber ich sage andererseits auch, man muss sich darüber im Klaren sein, dass wir mit anderen Methoden, aber auch mit anderen Problemen konfrontiert sind, als dies vielleicht vor 50 Jahren der Fall war. Man sollte sich darüber Gedanken machen, ob das in dieser Starrheit, wie es jetzt der Fall ist, weiter Bestand haben muss, weil ich der Auffassung bin, dass der Gegner wesentlich gefährlicher ist als in früheren Zeiten.

Wir müssen auch zu einer besseren Zusammenarbeit und Koordination aller Behörden und Organisationen im Bereich der Sicherheitsarchitektur kommen. Man muss auch an der einen oder anderen Stelle Grenzen einreißen, die teilweise noch in den Köpfen vorhanden sind, ob das im Bereich des Zolls, des Bundesgrenzschutzes, der Länderpolizeien oder der Nachrichtendienste ist. Wir müssen nicht nur zu einer Vernetzung der Informationssammlung, sondern auch stärker als bisher zu einer Zusammenarbeit und Auswertung der konkreten Fälle kommen.

Ich möchte einen Punkt aufgreifen, den auch der Kollege Jungmann angesprochen hat und zu dem wohl auch die Frau Innenministerin nachher noch etwas sagt, das ist die Frage des Datenschutzes. Ich bin der Meinung, dass der Datenschutz seine Berechtigung, seinen Platz und seinen Stellenwert hat, was niemand in Abrede stellen will insbesondere angesichts der zu Grunde liegenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Ich sage aber auch, dass wir uns in dieser Frage, was den internationalen Terrorismus, was den Austausch von gesammelten Informationen und damit auch entsprechende Lagebilder zum Thema innere Sicherheit angeht, nicht irre leiten lassen dürfen. Der Datenschutz darf uns nicht daran hindern, mögliche Anschläge im Vorfeld aufzudecken oder gar zu vereiteln. Hier muss man über das Thema Datenschutz noch einmal nachdenken und auch sehen, dass es dort Grenzen gibt. Nach meiner Meinung darf es auf Grund des Datenschutzes keine gegenseitige Abschottung der beteiligten Behörden geben. Ich glaube, dass es hier einen vernünftigen Mittelweg gibt. Die Äußerungen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder lassen ja Hoffnung aufkeimen, dass man in diesem Zusammenhang Wege aufzeigt, die nicht auf Konfrontation setzen, sondern die kooperativ sein können.

Ich habe gesagt, dass wir dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, zumal unser Antrag in die gleiche Richtung geht. Wir haben uns erspart, das, was im Antrag der CDU aufgeführt wurde, zu wiederholen. Es sind die Punkte, die auch in der "Saarbrücker Erklärung" aufgeführt sind. Aber die Sicherheitslage im Saarland, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht in erster Linie vom internationalen Terrorismus geprägt. Das zu behaupten wäre vermessend, genauso wie es vermessend wäre zu sagen, dass wir vom Saarland aus alleine den Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufnehmen können. Wir sind mit unserer Behördenstruktur und unseren Sicherheitsorganen ein wichtiger Bestandteil, aber wir sind - das muss man sich immer vergegenwärtigen - ein Teil des Räderwerks zum Thema innere Sicherheit.

Wesentlich stärker beeinflusst wird die Sicherheitslage im Saarland von der normalen Kriminalitätsentwicklung und vom Thema Sicherheit im Straßenverkehr, was zum Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger beiträgt. An dieser Stelle kann ich dem Kollegen Jungmann nicht zustimmen, wenn er sagt, dass das Thema innere Sicherheit bei der CDU in den besten Händen sei. Wir

(Abg. Jost)

müssen vielmehr feststellen, dass die innere Sicherheit im Saarland in den letzten Jahren eben nicht besser, sondern schlechter geworden ist und dass die Menschen die Empfindung haben, dass es im Saarland nicht sicherer, sondern unsicherer geworden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte die Verschlechterung des Empfindens und der Stimmung nicht nur der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei an verschiedenen Parametern und Kennzeichen verdeutlichen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es einen Personalaufbau bei der Polizei gegeben hat. Das ist nicht zu kritisieren, ganz im Gegenteil, das begrüßen wir und tragen es mit. Aber das Mehr an Polizeibeamten alleine führt nicht automatisch zu mehr innerer Sicherheit, genauso wenig wie das Mehr und das schärfere Abfassen von Gesetzen automatisch zu mehr innerer Sicherheit führen würde. Das haben wir auf Grund der Diskussion der letzten Jahre erkannt, Sie haben darauf hingewiesen. Es gibt jetzt schärfere Gesetze, die aber nicht automatisch zu mehr Sicherheit geführt haben, im Gegenteil. Die Rahmenbedingungen sind zwar verbessert worden, aber es fehlt nach den Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger die Präsenz der Polizei in der Fläche. Sie haben das Gefühl, dass es eben nicht mehr so ist, dass ihnen der Schutzmann an der Ecke zur Verfügung steht. Die saarländische Polizei ist aus unserer Sicht nicht so optimal organisiert, wie das hätte sein können.

Ich verstehe dies als konstruktiv-kritische Anmerkung und als Angebot, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie die Personalisierung der saarländischen Polizei in den kommenden Jahren vorstatten gehen kann. In dieser Woche war in der "Deutschen Polizei" im Bericht des Leiters der Arbeitsgruppe Personaleinsatz, Harald Jenal, nachzulesen, welche Grundlage der Bericht hat und wie sich die Zahlen darstellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da habe ich und nicht nur ich, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, noch im Hinterkopf, was die Aussage dieser CDU vor der Wahl war und was auch postuliert wurde, dass nämlich angeblich bis zum Jahr 2008 2.900 Polizeivollzugsbeamte zur Verfügung stehen sollten - ohne Anwärter. Von diesem Versprechen hat man sich wohl verabschiedet. Wir wollen diese Diskussion auch im Parlament führen. Ich bitte darum, dass wir uns schnellstmöglich mit diesem Bericht auseinandersetzen. Das wird wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode möglich sein, aber doch in der nächsten. Das soll konstruktiv und kritisch geschehen, damit alle, die daran gearbeitet haben, das Gefühl haben, sie werden zumindest in ihrer Arbeit ernst genommen. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie wir die Personalisierung optimal auf den Weg bringen können, damit tatsächlich alle etwas damit anfangen können. Ich glaube, das sind wir insbesondere der guten Arbeit der saarländischen Polizei schuldig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben in diesem Zusammenhang auch aus unserer Situation heraus das Fehlen eines ganzheitlichen Ansatzes festzustellen. Das bestätigen uns die Zahlen und die entsprechenden Mitteilungen und Empfindungen, die wir bekommen. Das betrifft die Diskussion über das Thema Verwahrlosung oder das Thema weniger Sicherheitsgefühl - ein größeres Unsicherheitsgefühl, wenn man das so sagen will. Sie haben eben davon geredet, dass das Ranking bezogen auf eine Umfrage bei Focus für das Saarland so gut ist.

Ich kann Ihnen nicht ersparen, das noch einmal vorzulesen, was das R&V Infocenter, eine Institution der Raiffeisen- und Volksbanken, zum Thema Sicherheit und Ängste der Deutschen in einem Vergleich der Bundesländer schreibt. Da sind wir, was die Ängste insbesondere zum Thema Kriminalität angeht, im Saarland auf dem vorletzten Platz - auf Platz 15 - gelandet. Schlimmer ist das Empfinden zum Thema Ängste der Deutschen im Vergleich der Bundesländer nur noch in Sachsen. Danach kommt direkt schon das Saarland, zusammen mit Rheinland-Pfalz. Also ist dieses Empfinden sehr unterschiedlich ausgeprägt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist auch in der Diskussion zu berücksichtigen.

Man weiß, dass es beispielsweise in vielen Kommunen Bereiche mit beginnender Verwahrlosung durch Graffiti, Sachbeschädigungen oder Vermüllung gibt. Man hat insbesondere bezogen auf Saarbrücken durch die hohe Kriminalitätsbelastung und das Vermehren der Bereiche beginnender Verwahrlosung, aber auch durch vergangene Ereignisse den Anspruch der Bevölkerung auf gesamtgesellschaftlich präventives Handeln enorm gesteigert. Die Folgen der Zunahme des Unsicherheitsgefühls sind sehr vielfältig und gravierend bis hin zur Abnahme der Mechanismen informeller Sozialkontrolle, also das Anzeigeverhalten bis hin zur Einschüchterung. Das wird nicht nur von uns festgehalten, sondern von Ihnen selbst in Form von gestellten Anträgen. Sie beziehen sich zum Beispiel auf den Stadtrat in Saarbrücken oder aber auf Feststellungen, die die Innenministerin selbst trifft, dass es in diesem Land in vielen Kommunen Bereiche mit beginnender Verwahrlosung, Graffiti, Sachbeschädigung und Vermüllung gibt. Das sind aus unserer Sicht dramatische Zeichen dafür, dass es eben mit dem Thema innere Sicherheit nicht so zum Besten gestellt ist, wie Sie das immer sagen.

Vermüllung und Verwahrlosung - das ist immer der beginnende Prozess hin zu mehr Kriminalität. Dort, wo das zugelassen wird und wo die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass man eben nicht mehr Herr dieser Sache wird, führt das zu Kriminalität. Verwahrlosung ist eine Vorstufe zu Kriminalität. Das gilt es anzugehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben diesen Ängsten eine Arbeit unserer Polizei entgegenzusetzen, die den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl gibt, dass sie optimal aufgestellt ist und mit den jeweiligen Handlungsmöglichkeiten ausgestattet wird. Ich bestreite nicht, dass die Handlungsmöglichkeiten gut sind, was die Gesetzeslage angeht. Ich bestreite aber, dass wir in diesem Land optimal aufgestellt sind, was die Polizei angeht. Wir sind nicht optimal aufgestellt. Es gibt Dienststellen, die massiv unterpersonalisiert sind. Das ist nicht zurückzuführen auf den Abbau während unserer Regierungsverantwortung, sondern durch eine Neuorganisation in den Jahren 2001 und 2002, die Personal aus der Fläche abgezogen hat.

Letzte Belege dafür, dass es mit dem Thema Sicherheit in diesem Land nicht zum Besten gestellt ist, sind die Vergleiche der Kriminalitätsstatistik. Wir haben im Jahr 2002 und im Jahr 2003 Höchststände der jeweils erfassten Kriminalität in diesem Land. Es sind jeden Tag über 200 Straftaten, die im Jahr 2003 registriert wurden. Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sie mit der Kriminalität alleine gelassen werden.

Wir haben eine unglaubliche Anzahl von brutalen Übergriffen auf die Polizei in diesem Land. Auch das wird von der Landesregierung selbst beklagt und mit entsprechenden Strategien versehen, wie man dem entgegentreten kann. Das darf letztendlich nicht hingenommen werden. Wir müssen diesbezüglich entsprechende Strategien entwickeln. Diese sind nur gesamtgesellschaftlich zu entwickeln, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das geht nur, indem die Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Wohnumfeld, die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen der Polizei in diesem Land und die politisch Verantwortlichen in den jeweiligen Situationen diesen Anforderungen gerecht werden.

Wir haben festzustellen, dass wir in den kommenden Jahren enorme Herausforderungen bezogen auf das große Thema des internationalen Terrorismus zu bewältigen haben. Ich bin froh, dass wir uns nicht nur im Lande, sondern auch auf Bundesebene in einer einheitlichen und nach vorne gerichteten Diskussion befinden. Ich sage umgekehrt aber auch, dass hier im Land längst nicht alles zum Besten gestellt ist - auch in den vergangenen fünf Jahren nicht -, was die originär von den Bürgerinnen und Bürgern empfundene Kriminalität angeht. Dafür ist die Anzahl der Straftaten und die Anzahl der Verkehrsunfälle in diesem Land immer noch zu hoch. Wir haben historische Höchststände. Und dann davon zu reden, dass dieses Land bezogen auf das Thema innere Sicherheit bei der CDU in guten Händen ist, ist aus meiner Sicht eine Nicht-zur-Kennntnisnahme der Wirklichkeit. - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Frau Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer hat vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird stattgegeben.

Ministerin Kramp-Karrenbauer:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich bin froh, dass wir diese Sicherheitsdebatte am heutigen Nachmittag, insbesondere bezogen auf die Frage der Bedrohung durch internationalen Terrorismus, sehr ruhig im Ton und in der Sache gesehen in großer Übereinstimmung führen.

Trotzdem will ich nicht verhehlen, dass ich zu Beginn der Rede des Kollegen der Opposition etwas verblüfft war ob der einen oder anderen inhaltlichen Positionierung. Da Reisen aber bekanntlich bildet, habe ich das dem Aufenthalt in Australien zugute gehalten. Allerdings ist er im zweiten Teil der Rede noch einmal in das alte Muster verfallen. Deswegen gestatten Sie mir, bevor ich auf das Thema des heutigen Tages - eigentlich zu Recht - zurückkomme, noch etwas zu den Anmerkungen der SPD zur allgemeinen Sicherheitslage im Saarland zu sagen.

(Unruhe und Sprechen.)

Diese Anmerkungen sind heute in einem bewusst staatsmännischen und daher etwas ruhigeren Ton vorgetragen worden. Allerdings sind sie in der Sache noch genauso falsch wie in den Debatten vorher, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Es wird wiederholt der Versuch gemacht, anhand von Zahlen den Eindruck zu erwecken, das Saarland sei das Mekka der Gewaltverbrecher und auf den Straßen herrsche Mord und Totschlag. Ich will das noch einmal ganz ruhig und sachlich an den Fakten deutlich machen. Ja, wir haben einen Anstieg in der registrierten Kriminalität. Ich darf noch einmal deutlich machen, was registrierte Kriminalität in der Kriminalstatistik bedeutet. Registrierte Kriminalität kann bedeuten, dass die Kriminalität wirklich angestiegen ist. Das ist im Saarland der Fall, genauso wie in den anderen Bundesländern. Sie kann bedeuten, dass das Erfassungssystem genauer geworden ist. Das ist im Saarland seit zwei Jahren der Fall. Wir haben ein elektronisches System entwickelt, in dem jeder Vorgang, und wenn es ein gesamter Lebenssachverhalt in einer Tat ist, in den strafrechtlich relevanten Einzelvorgängen erfasst wird. Es kann dazu führen, dass sich gerade in den gestiegenen Fallzahlen Erfolge der Polizei spiegeln.

Das wird deutlich, wenn Sie sich den Bereich der Rauschgiftkriminalität ansehen. Wenn Sie feststellen, dass in diesem Bereich unter Ihrer Verantwortung die Polizei über Jahre hinweg nicht gut aufgestellt war, während wir es jetzt geschafft haben, nicht zuletzt auch mit Hilfe der von Ihnen kritisierten Umstrukturierung wieder Polizei frei zu bekommen, um diese spezielle Holkriminalität in das Hellfeld hineinzurücken, dann wird hier deutlich, dass die gestiegenen Fallzahlen auch ein Stück weit Erfolg der saarländischen Polizei sind und dass Repression immer erst zeitverzögert zu Prävention führt. Deswegen wird man sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren genau anschauen müssen.

Sie kritisieren, dass die Zahl der Verkehrstoten im vergangenen Jahr angestiegen sei. Das ist wahr, und ich bedauere jedes einzelne Opfer eines Verkehrsunfalls. Umso schändlicher finde ich es jedoch, wenn mit der Zahl der Verkehrstoten permanent versucht wird, Wahlkampf zu betreiben. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Wir hatten in diesem Land unter einer SPD-Regierung Jahre, in denen die Verunglücktenrate wesentlich höher als im vergangenen Jahr lag. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass im Saarland jemals eine Debatte über die politische Verantwortung für Verkehrsunfallopfer geführt worden ist. Ich finde, meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Verhalten ist eine schäbige Art und Weise, mit den Verkehrsunfallopfern Politik zu betreiben.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie die gestiegene Opferzahl darauf zurückführen, dass bei der Verkehrspolizei Personal umstrukturiert worden sei, dann betone ich noch einmal: Bei der Verkehrspolizei ist nicht nur das Personal umstrukturiert worden; es sind auch Aufgaben zu anderen Stellen verlagert worden. Und wenn Sie behaupten, die jüngsten Verkehrsunfallzahlen beruhen auf dem zurückgegangenen Überwachungsdruck, dann ist das de facto eine Falschaussage, denn alle objektiven Zahlen belegen, dass in den vergangenen Jahren jedes Jahr zunehmend kontrolliert worden ist. Dies kann man aus der Arbeitsstatistik der Verkehrspolizei erkennen. Deswegen stimmt dieser Zusammenhang, den Sie hier herstellen, nicht.

Und ein Weiteres will ich Ihnen sagen. Es gibt in diesem Land einen strukturellen Ansatz, wie wir versuchen, insbesondere bei Verkehrsunfall-schwerpunkten der Dingen Herr zu werden: die Einrichtung der Verkehrsunfallkommission, und zwar nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf der Ebene der einzelnen Landkreise. Wir sind das erste Bundesland, das eine solche Kommission eingerichtet hat. Die CDU-geführte Landesregierung hat sie auf Vorschlag eines Mitarbeiters im Innenministerium auf den Weg gebracht. Ihre Arbeit hat schon Erfolge gezeitigt - etwa bei den Bundesautobahnen, auf denen mit Hilfe entsprechender Überwachungsmaßnahmen, aber auch baulicher Veränderungen Unfallschwerpunkte entschärft wurden und die Verkehrsunfallzahlen zurückgegangen sind. Das ist ein intelligenter Ansatz, um Verkehrsunfälle zu verhindern. Das ist ordnungsgemäße und verantwortungsvolle Politik, nicht das politisch vordergründige Zuschieben eines Schwarzen Peters, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn dann der dritte Vorwurf kommt, die Polizei sei falsch aufgestellt, nehme ich zur Kenntnis, dass die SPD mit dem, was die saarländische Polizei im Reformprozess für sich selbst als Organisationsform gewählt hat, nicht einverstanden ist. Das, was wir heute an Polizeiorganisation haben, ist das Ergebnis der Diskussions- und Entscheidungsprozesse der saarländischen Polizei selbst. Das Innenministerium hatte lediglich vorgegeben, dass die Polizeipräsenz - insbesondere die kriminalpolizeiliche - in der Fläche gestärkt werden muss und Hierarchien verflacht werden müssen. Danach hat sich die saarländische Polizei selbst aufgestellt - erfolgreich, wie ich meine, denn dies lassen auch die Rückmeldungen erkennen, die wir von ihr haben. Natürlich drückt das Personalproblem an allen Ecken und Enden, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD: Wir haben bei der Polizei nicht deshalb zu wenig Personal, weil nach Ihrer Sprachregelung zu viele Leute in den Stäben, in den Inspektionen oder sonst wo sitzen, sondern wir haben zu wenig Personal, weil unter Ihrer Regierungsverantwortung fast 500 Stellen abgebaut worden sind. Und weil Sie nicht nur Stellen abgebaut, sondern auch die Ruhestandsversetzungen nicht ersetzt haben, haben Sie dafür gesorgt, dass wir mittlerweile die älteste Polizei in Deutschland haben.

Deswegen ist der Bericht der Arbeitsgruppe Harald Jenal so wichtig. Sie untersucht nicht nur die Frage, was wir zahlenmäßig in der saarländischen Polizei brauchen, sondern setzt sich angesichts des Altersdurchschnitts unserer Polizeibeamten auch sehr gezielt mit der Frage auseinander, wie man über Dienstzeitmodelle die Belastungen für die lebensälteren Kolleginnen und Kollegen so gestalten kann, dass der Dienst sozusagen nicht vorzeitig beendet werden muss, sondern dass der Polizeiberuf bis zum Ende der Erwerbszeit ausgeübt werden kann. Dies ist die Frage, die wir zu debattieren haben. Die Debatte läuft in der Polizei bereits, und wir werden sie sicherlich in der nächsten Legislaturperiode in aller Ruhe und Sachlichkeit ebenfalls angehen.

Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen, meine Damen und Herren von der SPD. Ich finde schon erstaunlich, was Sie zum Thema "Sicherheitspartnerschaften vor Ort" gesagt haben. Das ist nicht ganz schlüssig und spiegelt im Übrigen eine Verhaltensweise wider, die auch beim Thema "Terrorismusbekämpfung" zu Tage tritt. Auf der einen Seite sagen Sie, wir bräuchten ein abgestimmtes Gesamtkonzept. Da gebe ich Ihnen Recht. Kriminalitätsbekämpfung und auch die Bekämpfung niederschwelliger Phänomene wie Vermüllung, die an sich noch keine kriminelle Handlung ist, jedoch das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen massiv beeinträchtigt, kann und soll auch nicht Aufgabe der Polizei sein. Wir

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

können im Saarland nicht so viele Polizeibeamte einstellen, dass jede weggeworfene Coladose oder Zigarettenskippe geahndet werden kann. Hier gibt es vielmehr einen Gesamtzusammenhang und eine Aufgabe, in die sich alle einzubringen haben, auch die Städte und Gemeinden.

Und da finde ich es schon bemerkenswert, wenn auf Drängen des Saarländischen Städte- und Gemeindetages - in Person des Oberbürgermeisters der Stadt Neunkirchen, sozusagen Ihres Schattenmanns - gefordert wird, mit einer Änderung des entsprechenden Gesetzes die Kompetenzen der kommunalen Ordnungsbehörden massiv zu verstärken. In Ihrem Wahlprogramm, meine Damen und Herren von der SPD, lese ich allerdings, es sei doch eine Unmöglichkeit, dass die CDU den Kommunen hier mehr Kompetenzen einräumt, weil dies im Umkehrschluss bedeute, dass sie sich vor Aufgaben drücken und kostenlastig etwas verlagern wolle. Ich finde es in der Tat bemerkenswert, dass Sie Ihrem Schattenminister, der noch nicht einmal im Amt ist, schon vorausleitend den Gehorsam verweigern. Das sind keine guten Vorzeichen für die Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich - ebenfalls mit Bezug auf Ihr Wahlprogramm - noch eine Anmerkung zur Sicherheitslage machen. Sie behaupten permanent, die kriminalpolizeiliche Präsenz in der Fläche sei abgebaut worden. Ich sage Ihnen klipp und klar: Das ist eine eindeutige Falschaussage. Entweder wissen Sie es nicht besser, oder Sie sagen es bewusst falsch, was ich als noch schlimmer empfinden würde. Wir haben das Landeskriminalamt von fremden Aufgaben entlastet und wieder auf die Aufgaben konzentriert, die ihm nach dem entsprechenden Gesetz zukommen. Mit der Kriminalpolizeiinspektion, den beiden Außenkommissariaten in Saarlouis und Neunkirchen sowie der Beibehaltung jedes einzelnen Kriminaldienstes haben wir die kriminalpolizeiliche Präsenz in der Fläche verstärkt. Kein einziger Kriminaldienst ist abgebaut oder geschlossen worden. Wenn Sie das Gegenteil in Ihr Wahlprogramm schreiben, dann beweisen Sie es, oder räumen Sie ein, dass Sie sich geirrt oder gelogen haben! So kann man das nicht stehen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU.)

Nun will ich zum eigentlichen Thema kommen. Was der Kollege der SPD gesagt hat, hat sich alles wunderbar angehört. Es ist richtig: Die Debatte, die wir hier führen, ist keine ideologische CDU-SPD-Debatte, sondern die Debatte zwischen den zentralen Interessen von Bundespolitikern und den Interessen des Föderalismus. Es gibt auch bei der Bundes-CDU massive Stimmen, die sich für starke Bundesbehörden einsetzen. Deswegen war es wichtig, dass sich die CDU-geführten Innenminister unter unserer Federführung auf einen Gegenvorschlag geeinigt haben, der ja auch die Zustimmung in der Innenministerkonferenz gefunden hat. Aber eines gehört auch zur Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren: Kollege Schily ist derjenige, der in den letzten Wochen und insbesondere nach den Anschlägen von Madrid nicht von einer effizienteren föderalen Struktur, sondern von einer Auflösung der Landesämter für Verfassungsschutz und der Einrichtung eines zentralen Bundesamtes gesprochen hat. Das hat Kollege Schily von der SPD und nicht jemand von der CDU gefordert.

Und ich will auch noch einmal Folgendes sagen. Die Innenministerkollegen der SPD haben auf der Innenministerkonferenz die Position des Saarlandes in dieser Frage geteilt. Dies hat dazu geführt, dass der Saarländische Rundfunk kommentiert hat, es sei bemerkenswert, dass alle Innenminister - auch die der SPD angehörig - dieser Position zustimmen, nur die SPD Saar nicht. Damals war Ihr Antrag von heute noch nicht bekannt. Bekannt war jedoch die Presseerklärung Ihres Generalsekretärs. Da darf ich doch einmal zitieren. Denn es ist für mich ein erstaunlicher Weg der SPD innerhalb von zwei Wochen von dieser Presseerklärung zu dem, was Sie heute als Antrag vorlegen. Ich darf Rainer Tabillion aus seiner Presseerklärung zitieren: Tabillion: Kein Provinzialismus bei Terrorismusbekämpfung. Der Geschäftsführer der SPD-Landtags-

fraktion Rainer Tabillion warnt vor Provinzialismus bei der Bekämpfung des Terrorismus. Es gehe um mehr Effizienz und nicht um föderale Rechthaberei. Die aktuelle Gefährdungslage erfordere neuere Strukturen der terroristischen Früherkennung. Dabei müsse der Bund, aber auch die europäische Ebene mehr Kompetenzen und besseren Zugriff auf die Informationen erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ging, geht und wird auch in Zukunft bei diesem Thema nie um föderale Rechthaberei gehen. Es geht um die fachliche Debatte, wie wir uns am besten auf die Herausforderungen und Bedrohungen des internationalen Terrorismus einstellen. Wenn wir uns einem Phänomen gegenübersehen, das sich an keinerlei Grenzen hält, das über Staats- und Bundesgrenzen hinweg agiert, dann ist es sinnvoll, dass auch wir über Bundes- und Ländergrenzen hinweg miteinander kooperieren und deutlich machen, dass wir die Stellen vor Ort brauchen, die die Verhältnisse kennen und möglichst viele Informationen sammeln. Und wir brauchen eine zentrale Stelle, die diese Informationen verarbeitet.

Es ist wie ein großes Puzzle. Jeder sammelt seine Puzzleteile, aber wir brauchen eine zentrale Stelle, die daraus möglichst schnell ein Bild anfertigt. Das ist das Wichtige und das haben im Übrigen auch alle Länderkollegen so gesagt. Der Einzige, der es nicht so angenommen hat, war der Bundesinnenminister. Es ist wichtig, dass dieses Bild nicht nur erstellt wird, sondern auch direkt wieder an die Länder zurückprojiziert wird, damit man dort den Rahmen hat und die Informationen auswerten kann.

Lassen Sie mich ein Wort zum Thema "Mohamed der Ägypter" sagen. Der Kollege Tabillion hat - kurz vor einer entscheidenden Phase in der Kommunalwahl, das aber nur für den Hinterkopf - quasi den Eindruck erweckt, bei "Mohamed der Ägypter" sei die saarländische Landesregierung sozusagen mitverantwortlich für die Terroranschläge in Madrid. Außerdem habe es bei "Mohamed der Ägypter" wieder eine unglaubliche Schlamperei innerhalb der saarländischen Sicherheitsbehörden gegeben. Bei allem Verständnis für die Ruhe und Gelassenheit des Kollegen Jungmann: Ich kann das - gelinde ausgedrückt - nicht so gelassen hinnehmen. Ich empfinde es als eine Unverschämtheit gegenüber den Sicherheitsbehörden in diesem Land. Und es ist schon zum zweiten Mal passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Sie haben damals im Fall Pascal Zimmer den ersten Anschein genommen und von einem der größten Ermittlungsskandale in der saarländischen und deutschen Polizeigeschichte gesprochen. Es hat sich Fakt für Fakt erwiesen, dass an diesem Vorwurf nichts, aber auch gar nichts dran war. Auf Ihre Entschuldigung wartet die Polizei noch heute. Sie haben im Fall von "Mohamed der Ägypter" den saarländischen Sicherheitsbehörden Versäumnisse vorgeworfen, ohne dass Sie es mit irgendetwas belegen konnten. Auf Ihre Entschuldigung warten die saarländischen Sicherheitsbehörden noch heute. Was Sie demonstrieren, ist, dass die saarländische Polizei und die saarländischen Sicherheitsbehörden bei der SPD im Grunde genommen in der Vergangenheit nie einen Rückhalt hatten. Sie haben ihn auch jetzt nicht und werden ihn auch in Zukunft wahrscheinlich nie haben.

(Beifall von der CDU.)

Wenn Sie "Mohamed der Ägypter" als Fall heranziehen, lassen Sie sich eines gesagt sein. In diesem Fall haben die saarländischen Behörden sehr akkurat gearbeitet. Wir haben im November 2001, direkt nachdem das LfV uns entsprechend informiert hatte, diese Spur an das BKA übersandt, mit der Bitte, diesen Mann auch im Hinblick auf die Anschläge auf das World Trade Center zu überprüfen. Wenn das BKA dann einige Monate später Hinweise der spanischen Behörden bekommt und diese Hinweise erst mit einer Zeitverzögerung von acht Monaten an das Saarland weitergeleitet werden beziehungsweise nach fast einem ganzen Jahr beim Saarland nachgefragt wird, ob uns ein Mann namens "Mohamed der Ägypter" bekannt ist, und wir dann sagen müssen: Freunde, diese Spur haben wir euch vor dreieinviertel Jahren mit der Bitte um

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

Überprüfung gegeben, dann frage ich Sie, wo hier das Versagen des föderalen Systems und der saarländischen Behörden ist. Hier hat man an ganz anderer Stelle versagt. Das ist die Wahrheit in diesem Fall. Das Versagen liegt nicht bei den saarländischen Behörden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir alle gemeinsam in dieser Debatte, die jetzt geführt wird, ganz deutlich machen, dass wir uns als Länder keinen schwarzen Peter zuschieben lassen, der da heißt: Nur zentrale Behörden sind in der Lage, gegen internationalen Terrorismus vorzugehen. - Dazu fehlt jeder Beweis. Dazu gibt es keinen Beweis! Bundesbehörde bedeutet nicht per se effektives Handeln. Wenn es so wäre, dann müsste die Bundesagentur für Arbeit ein Ausbund an Effektivität sein, was sie sicherlich ganz und gar nicht ist.

Vielmehr hat sich die föderale Struktur bewahrt. Sie hat sich bewährt. Was wir in einer föderalen Struktur brauchen, ist ein besonders sorgfältig abgestimmtes miteinander Arbeiten, ein Weitergeben von entsprechenden Informationen und auch die Rückgabe dieser Informationen an die Länder. Ich habe aus dem Grunde auch mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass die SPD insbesondere im Bereich des Verfassungsschutzes die verstärkte Zusammenarbeit in Saar-Lor-Lux fordert.

Ich wäre froh gewesen, Sie hätten diesen Antrag schon vorige Woche eingebracht. Denn bei einem Thema bin ich vom Kollegen Schily besonders heftig kritisiert worden. Das ging um meine Aussage in der Pressekonferenz, dass wir über alle europäischen Regelungen hinweg - die aus meiner Sicht in dem Bereich sehr unzureichend sind - im Saar-Lor-Lux-Raum eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Partnerdiensten haben. Es ist einfach unser Vorteil, dass wir in Saar-Lor-Lux so eng dran sind. Daraufhin hat der Kollege Schily den Ländern und insbesondere mir Großmannssucht vorgeworfen. Es sei unerträglich, dass die Länder jetzt mit europäischen Partnerdiensten zusammenarbeiten würden. Das sei einzig und allein Sache des Bundes.

Ich habe kein Problem damit, dass Kollege Schily versucht, sich auf europäischer Ebene durchzusetzen und dort in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Diensten ein vernünftiges Informationssystem aufzubauen. Aber solange das nicht der Fall ist, wird im Saarland jede Information, ob sie von Frankreich, Belgien, Luxemburg oder woher auch immer kommt, aufgenommen und verarbeitet. Das ist der Vorteil, den wir in dieser Region haben. Das ist der Vorteil des Föderalismus, den wir nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen werden, bloß weil der Bund das Gefühl hat, hier komme ihm irgendjemand in die Quere.

(Beifall von der CDU.)

Die Bekämpfung des Terrorismus ist neben der Bewältigung der allgemeinen Sicherheitslage eine der Hauptaufgaben. Dieser Bekämpfung des Terrorismus müssen wir alle ein großes Augenmerk widmen. Es geht bei dieser Debatte, die wir zurzeit führen, nicht darum, Eifersüchteleien zwischen dem Bund und den Ländern auszutragen, sondern darum, das effektivste System zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten.

Deswegen bin ich froh, wenn wir heute zu diesen beiden Anträgen kommen. Denn sie stärken unsere Position, nicht nur im Rahmen der Debatte zwischen dem Bundesinnenminister und der Innenministerkonferenz. Sie stärken unsere Position - und darauf müssen wir achten - auch in der anstehenden Debatte in der Föderalismus-Kommission. Die Sicherheitsthemen werden in den kommenden Wochen und Monaten Themen in der Föderalismus-Kommission sein. Auch dort muss Maßstab aller Dinge sein, wie wir den effektivsten Schutz für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande schaffen - und nicht: Was gebe ich dir, und was kannst du mir geben?

Nachdem Otto Schily bei der Innenministerkonferenz auch bei seinen eigenen Kollegen mit seinen zentralistischen Träumereien etwas auf die Nase gefallen ist, hat er in der Zeitung angekündigt, er werde das Thema in die Föderalismus-Kommission hineingeben. Da kann ich nur alle Kolleginnen und Kollegen auch des saarländischen Landtags herzlich bitten, mit darauf zu achten, dass in der Föderalismus-Kommission eine Struktur, die sich aus meiner Sicht bewährt hat, die man ohne Frage verbessern kann und auch muss, die aber von der Grundanlage her eine erfolgreiche Struktur ist, nicht zerschlagen wird. Dazu sind die beiden Anträge heute sicherlich hilfreich.

Wir werden aus Sicht der saarländischen Landesregierung und - ich hoffe - auch mit entsprechender Unterstützung nicht nur der Mehrheitsfraktion, sondern auch der Opposition in den nächsten Monaten und Jahren den konsequenten Weg, den wir in den letzten fünf Jahren gegangen sind, weitergehen: Innere Sicherheit hat im Saarland Vorrang und ist eine der vorrangigsten und vornehmsten Aufgaben eines Staates. Wir werden dieser Aufgabe auch in Zukunft den entsprechenden Stellenwert einräumen. Darauf konnten sich die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber auch die Beamtinnen und Beamten der saarländischen Sicherheitsbehörden in den vergangenen fünf Jahren verlassen und darauf können sie sich auch in den nächsten fünf Jahren verlassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 12/1179. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 12/1179 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1179 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 12/1183. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1183 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1183 ebenfalls einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Für Transparenz und Wettbewerb bei der Vergabe von Gutachten, Beraterverträgen und sonstigen freiberuflichen Leistungen sowie bei den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation (Drucksache 12/1175).

Zur Begründung erteile ich Frau Abgeordneter Lawall das Wort. Für Frau Abgeordnete Lawall ist Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird stattgegeben.

Abg. Lawall (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hat heute einen Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt. Wir wollen, dass das ausufernde Berater- und Gutachterwesen der Landesregierung in seine Schranken verwiesen wird. Wir wollen ferner, dass die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit auf das unbedingt Notwendige begrenzt werden. In Anbetracht des überschuldeten Landeshaushaltes kann es nicht sein, dass Kosten für die Selbstdarstellung der Staatskanzlei und der Minister und Ministerinnen zu Lasten des Landeshaushaltes gehen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, das Parlament beschäftigt sich seit Jahresbeginn mit den von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten, Umfragen und Beraterverträgen und den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in dieser Legislaturperiode. Die Kontrolle

(Abg. Lawall)

und Einflussnahme auf die Regierung ist ein Kernelement unserer Demokratie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was aber die Opposition in puncto Informationsrecht des Parlamentes in den letzten Monaten im Haushalts- und Finanzausschuss von Seiten der Landesregierung erlebt hat an Verzögerungstaktik, an Hinhaltetaktik, an Halbwahrheiten, an Salamtaktik und lapidaren Verströmungen, war ein beispielloser Vorgang in diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Saarbrücker Zeitung hat dazu am 30.01. in einem Kommentar geschrieben: Die saarländische Regierung lässt sich offensichtlich nur ungern in die Karten kucken, was ihre Beraterverträge angeht. Die Beantwortung verschiedener Fragen zu dieser Sache lässt jedenfalls auf sich warten. - Weiter: Die Verschuldung wächst auch im Saarland. Da muss die Frage erlaubt sein, wie die Landesregierung mit dem Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger umgeht. Es muss offen gelegt werden, wie viel die Mannschaft von Peter Müller jährlich für externe Berater ausgibt und was lässt sie sich die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung kosten. - Weiter SZ: Deshalb wundert es uns schon, warum die Landesregierung auf unsere konkreten Fragen bislang noch immer keine klaren Antworten weiß. Entweder hat da niemand den richtigen Überblick oder die Beratergelder vertragen nicht das Licht der Öffentlichkeit. Wir warten. - So die SZ am 30.01.

Meine Damen und Herren, da half auch nicht die Antwort auf die bestellten Fragen des Kollegen Toscani.

(Abg. Toscani (CDU): Es ist mein gutes Recht als Abgeordneter, Fragen zu stellen!)

Wie wir zwischenzeitlich nämlich feststellen konnten, war ein Großteil von Gutachten und Beratungen in der Antwort der Landesregierung auf die Fragen von Herrn Toscani nicht aufgeführt. Deshalb sagen wir noch einmal: Antwort auf bestellte Fragen.

Hierzu gab es am 28.02. wiederum einen Kommentar in der SZ. Auch hier noch einmal das Resümee: Nach sechs langen Wochen hätten wir - das sagen die Redakteure der SZ - jedenfalls eine zufrieden stellendere Antwort erwartet als das lückenhafte Herumgestottere, das uns Freitag geboten wurde. Das überzeugt nicht und zeugt nicht von Qualität.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Noch einmal: Entweder ist die Landesregierung gut organisiert und verfügt über ein Controlling, dann lägen alle Zahlen auf dem Tisch. In jedem Wirtschaftsunternehmen gäbe es bei ähnlicher Transusigkeit die rote Karte. Oder es gibt etwas zu verbergen bei Müller & Co.

(Beifall bei der SPD. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Mit den lückenhaften Antworten auf die Fragen der Abgeordneten hat die Landesregierung sich in ein schlechtes Licht gerückt. Scheibchenweise und nur mit wochenlangem Verzögerung werden nach und nach weitere Gutachter- und Beraterverträge in Millionenhöhe nachgeschoben. Statt 9 Millionen Euro sind es mittlerweile rund 13 Millionen Euro Steuergelder. Statt 307 Gutachter- und Beraterverträge sind es letztlich nach jetzigem Erkenntnisstand 467 - 160 mehr, als die Landesregierung angenommen hat.

Meine Damen und Herren, wenn im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages die Opposition nicht ständig nachgehakt hätte, wenn der Druck der Öffentlichkeit in dieser Sache nicht gewesen wäre, dann müssten wir heute noch warten, Herr Hans. Dann wäre noch vieles im Dunkeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Es stellt sich für uns die Frage, ob das Parlament bewusst getäuscht worden ist, um die Verschwendung von Steuergeldern zu kaschieren. So ist nach Durchsicht der Ergebnisse unserer parla-

mentarischen Anfrage zu den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung die Behauptung der Landesregierung und der Staatskanzlei, diese Landesregierung habe weniger Geld ausgegeben für Öffentlichkeitsarbeit als die Vorgängerregierung, wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Noch schwer wiegender ist jedoch, dass die Antwort ganz offensichtlich manipuliert worden ist.

Die Behauptung der Landesregierung, im Jahr 2002 hätten nur das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Ministerium für Umwelt so genannte projektgebundene Eigenmittel für die Öffentlichkeitsarbeit verwandt, aber nicht das Ministerium für Wirtschaft, ist völlig aus der Luft gegriffen und widerlegbar. Als Gegenbeispiel nenne ich entsprechende Ausgaben, die das Ministerium für Wirtschaft in besagtem Jahr, nämlich 2002, in dem laut Antwort der Landesregierung angeblich keine Werbemaßnahmen durchgeführt worden sind, gehabt hat. Ich nenne zum Beispiel: Durchführung von Tourismusförderung - 128.000 Euro; ein werbewirksamer Logistik-Kongress - 230.000 Euro; außerdem eine Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen und Broschüren. Aber ein ganz dicker Brocken, Herr Wirtschaftsminister, sind die Werbemaßnahmen in Zusammenhang mit dem Marketingvertrag mit der Bahn "Generation Zukunft".

(Abg. Hans (CDU): Wer hat den abgeschlossen?)

Den haben wir abgeschlossen, Herr Hans, im Jahre 1998. Wir streiten hier nicht über die Sinnhaftigkeit, wir streiten hier über die Ehrlichkeit und Vollständigkeit von Antworten der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Herr Hans, hören Sie mir bitte mal genau zu. 300.000 Euro - wir haben das auf Anfrage bestätigt bekommen - gibt der Wirtschaftsminister, der das Projekt weitergeführt hat, jährlich für dieses Projekt aus. Das sind öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Das sind 1,2 Millionen Euro, die Sie in dieser Antwort verschwiegen haben.

(Abg. Gillo (SPD): Das muss man sich mal vorstellen!)

Der eigentliche Punkt ist aber der, Herr Hans, dass Sie diese Ausgaben für das Jahr 1999, als es um den Vergleich zwischen Kosten bei der früheren Landesregierung und Kosten bei der jetzigen Landesregierung ging, da haben Sie das Projekt aufgeführt! Das ist doch ganz plumpe Fälschung!

(Beifall bei der SPD.)

Das ist zutiefst unseriös und deshalb stimmt Ihre gesamte Rechnung nicht. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Saarlandvertretung in Berlin sind nahezu vollständig unter den Teppich gekehrt worden. Nach den Haushaltsrechnungen der Jahre 2001 und folgende hat die zuständige Staatssekretärin in 2001 für Empfänge und Konferenzen über 170.000 Euro ausgegeben. Im Jahre 2002 waren es 99.000 Euro und im Jahre 2003 135.000 Euro. In der Antwort der Landesregierung - die Staatskanzlei ist ja verantwortlich für die Antwort auf unsere Anfrage Öffentlichkeitsarbeit - finden diese Beträge überhaupt keine Erwähnung, obwohl die Staatskanzlei für die Saarlandvertretung in Berlin zuständig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! An dieser Stelle ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass vorsätzlich gegenüber dem Parlament Ausgaben verschwiegen worden sind. Und ich denke, der Ministerpräsident, der ausschließlich und an erster Stelle für die Saarlandvertretung verantwortlich ist, ebenso wie der Chef der Staatskanzlei, die auch verantwortlich zeichnen für die Antwort auf eine Anfrage, die waren doch genau informiert über das Ausgabengebühren ihrer Staatssekretärin in Berlin. Da können Sie uns doch nichts vormachen. Der Landesregierung ist offenbar jedes Mittel recht, um das Parlament zu täuschen und auch die Öffentlichkeit darüber hinwegzuzusuchen, wie sie und in welchem Umfang sie Steuergelder verschwendet. Das müssen wir hier einmal festhalten!

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Lawall)

Meine Damen und Herren, ich komme nochmals zum Thema Gutachter und Beraterverträge. Es ist völlig unbestritten und das streiten wir auch nicht ab: Keine Regierung kann gänzlich auf externen Sachverstand verzichten. Wo eigener spezieller Sachverstand in der Verwaltung nicht vorhanden ist, sind externe Fachleute durchaus wichtig. Aber darum geht es auch gar nicht, zumal es wirklich wirtschaftlicher ist, in bestimmten speziellen Fragen externe Fachleute kurzfristig zu beschäftigen als sie dauerhaft anzustellen. Nicht akzeptabel sind aber Gefälligkeitsgutachten, die hart an der Grenze der Seriosität und ohne jegliche Substanz sind und denen jeder Erkenntnisgewinn fehlt. Meine Damen und Herren, Beispiele hierfür haben meine Kollegen, Frau Kolb und Herr Commerçon und meine Person bei unserer Akteneinsicht in der Staatskanzlei, im Wirtschafts- und im Umweltministerium zuhause feststellen können, obwohl wir uns in der Kürze der Zeit nur auf einen ganz kleinen Ausschnitt begrenzen mussten.

In der Staatskanzlei sind 21 Gutachten mit einem Auftragsvolumen von über 600.000 Euro eingesehen worden. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Landesregierung die Ausnahme zur Regel gemacht hat und Gutachten fast ausschließlich freihändig vergeben hat. Von den 21 überprüften Gutachten der Staatskanzlei haben - bis auf ganz wenige Ausnahmen - fast keine Einfluss in die politische Arbeit gefunden. Wobei sich hier noch die Frage stellt, ob man diese Gutachten nicht mit dem eigenen Personal hätte erarbeiten können, ob also die Vergabe an Externe wirklich begründet war. Alle übrigen Gutachten verstauben in den Schubladen der Staatskanzlei. Das konnten wir feststellen. Und das ist ein Indiz für die Fragwürdigkeit und für die mangelnde Seriosität Ihrer Aufträge.

(Beifall bei der SPD.)

Insbesondere der Ministerpräsident muss sich fragen lassen, wie er mit den ihm anvertrauten Steuergeldern umgeht. Da gab es einen Beratervertrag zwischen dem Ministerpräsidenten und einem früher bundesweit bekannten Medienmann. Dieser Vertrag hat das Land rund 54.000 Euro gekostet.

(Zuruf: Und was hat der gebracht?)

Ja, das fragen wir uns allerdings auch. Wir sind immer noch am Rätseln, Herr Hans, was dieser Mann gebracht hat. - Der so genannte Berater hat über zwei Jahre für publizistische und kulturelle Beratung ein monatliches Honorar von über 2.000 Euro ohne Auslagerstattung erhalten. Ich mache darauf aufmerksam, dass es zu diesem Zeitpunkt, als dieser Vertrag lief, mit Herrn Friedman noch einen Kulturberater gab. Also, beschränken wir uns einmal auf die publizistische Beratung. Es gab keine publizistische Beratung. Es gab weder eine konkrete Aufgabenstellung in diesem äußerst dünnen Vertrag, der uns vorgelegen hat, noch gab es Arbeitsergebnisse, außer, dass zwischen den beiden Beteiligten ganz strenges Stillschweigen vereinbart worden war. Das kulturpolitische Chaos folgte nachher. Wir haben auch davon Kenntnis, dass man den Mann dann wohl zu irgendeinem Zeitpunkt von dritter Seite außer Landes geschickt hat.

Meine Damen und Herren, es ist schlicht inakzeptabel - und der Verdacht ist nach all unseren Informationen auch nicht von der Hand zu weisen -, wenn Steuergelder für einen Medienexperten verschwendet werden, um dem Ministerpräsidenten die Tür zu Fernsehauftritten zu öffnen, zumal der besagte Berater zu diesem Zeitpunkt bei einer entsprechenden Produktionsfirma gearbeitet hat. Das ist ein unglaublicher Vorgang, und alles, was die Staatskanzlei bisher hierzu an Erklärungsversuchen abgeliefert hat, ist absolut dürftig und absolut haltlos. Dieser Mann - er hat 54.000 Euro gekostet - hat für das Saarland nichts, aber auch gar nichts gebracht. Er hat zwar wahrscheinlich für den Parteivorsitzenden der CDU etwas gebracht, aber es würde Ihnen gut anstehen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie diese 54.000 Euro umgehend an unsere Not leidende Staatskasse zurückzahlen würden.

(Beifall bei der SPD.)

Da passt auch ein anderes höchst dubioses Gutachten ins Bild, ein so genanntes Sachverständigengutachten mit dem verheißungsvollen

Titel: Projekt morgen leben und arbeiten im 21. Jahrhundert. Dieses Projekt ist unter Mitarbeit von Bediensteten der Staatskanzlei erstellt worden. Herr Hans, ich kann Ihnen nur empfehlen, diese Studie einmal zu lesen.

(Abg. Hans (CDU): Das ist ungeheuerlich!)

Auftragsgegenstand ist eine ominöse Machbarkeitsstudie für den ehemaligen Bergbaustandort Göttelborn.

(Abg. Hans (CDU): Veruntreuung von Steuergeldern, das ist ein Straftatbestand!)

Vizepräsidentin Hollinger:

Herr Abgeordneter Hans, ich bitte Sie! Das Wort hat Frau Abgeordnete Karin Lawall.

Abg. Lawall (SPD):

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur skandalös, dass die Berater - -

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Hans (CDU).)

Vizepräsidentin Hollinger:

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte jetzt, die Abgeordnete Lawall reden zu lassen. Sie hat das Wort. Und Sie, Herr Abgeordneter Hans und jeder andere Abgeordnete der CDU-Fraktion, haben das Recht, sich anschließend zu Wort zu melden.

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Lawall (SPD):

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt noch einmal auf dieses dubiose Gutachten - Projekt morgen leben und arbeiten im 21. Jahrhundert. Dieses Gutachten wurde unter Mitarbeit von Bediensteten der Staatskanzlei erstellt. Auftragsgegenstand ist eine ominöse Machbarkeitsstudie für den ehemaligen Bergbaustandort Göttelborn. Meine Damen und Herren, es ist skandalös, dass dieses inhaltslose Geschwafel, das wir da lesen mussten, in der Schublade verstaubt, weil es substanzvoll so leer ist, dass es wahrscheinlich das Licht der Öffentlichkeit scheuen muss. Aber dass man dafür auch noch 25.000 Euro bezahlt hat, wo zum gleichen Zeitpunkt die Industriekultur Saar in Göttelborn für denselben Zweck, nämlich für Studien, Gutachter- und Beraterverträge, 600.000 Euro ausgegeben hat, das ist wirklich des Guten zu viel. Das zeigt, wie hier Steuergelder in großem Umfang verschwendet worden sind.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, das riecht alles nach Günstlingswirtschaft und Filz, genauso wie Gutachten mit dem Titel praxisorientiertes Modell zur Entwicklung innovativer Geschäftsideen - -

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Ja, Willi, das musst Du Dir einmal auf der Zunge zergehen lassen. Dieser schöne Titel praxisorientiertes Modell zur Entwicklung innovativer Geschäftsideen zu erfolgreichen start ups im Saarland. Das ist ein schöner Titel. Bei näherem Hinsehen gab es wenig erkenntnisreiche Floskeln. Ich würde empfehlen in jedem Handbuch, die es zum Thema Existenzgründung zuhause gibt, nachzulesen; da liest man Besseres dazu. Auch dieses Gutachten für immerhin 10.000 Euro ist wirkungslos geblieben. Es war im Grunde für die Katz.

Meine Damen und Herren, leichtes Geld verdient haben auch die Gutachter für ein Konzept „Entwicklung von Kommunikationsmaßnahmen für Innovationscluster im Saarland“. Das hört sich nun zwar alles gut an - es gab aber überhaupt kein Gutachten. Nein, es gab kein Gutachten! Es gab nur eine Loseblattsammlung der Staatskanzlei, ihre Newsletter, die sie in die Verwaltung verschickt und die sicherlich dem einen oder anderen hier bekannt sind. Und es gab ein paar aus dem Internet ausgedruckte Seiten mit Portraits von saarländischen Forschern. Nirgendwo taucht zwar

(Abg. Lawall)

der Name des Büros auf, doch hat ein Berliner Büro dafür immerhin 10.000 Euro kassiert. Außer dieser Loseblattsammlung gab es aber kein Gutachten.

Herr Hans, ich muss Ihnen sagen: Wir waren zweimal dort, wir haben zweimal nachgeschaut. Wir dachten, vielleicht käme ja doch noch etwas Fundiertes. Aber nein - beim zweiten Mal war es das selbe dürrtige Papier. Wenn in diesem Fall nicht mehr auf den Tisch gelegt wird als diese Loseblattsammlung der Staatskanzlei, dann kann man nur von „Teurer Untreue“ reden, wie ein Presseorgan zu einem anderen Fall in der Bundesrepublik formuliert hat. Und dabei, Herr Hans, bleiben wir auch.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Meine Damen und Herren, es ist auch anrühlich, wenn ein Unternehmen, an dessen Spitze ein enger Berater des Ministerpräsidenten steht, einen lukrativen Gutachterauftrag für mehr als 100.000 Euro erhält, der Wirtschaftsminister aber zum gleichen Thema mit einer anderen Firma einen Gutachter-, einen Beratervertrag in Höhe von 79.000 Euro abschließt.

(Abg. Lang (SPD): Keiner traut dem anderen!)

Keiner traut dem andern, so ist es. Zwei Berater für eine Beratung - das zeigt doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass hier jede Bodenhaftung verloren gegangen ist.

(Beifall von der SPD.)

Meine Damen und Herren, auffällig ist nicht nur, dass die Gutachten allesamt freihändig vergeben wurden, auffällig ist auch, dass eine Vielzahl von Fremdgutachten zum Informations- und Kommunikationsbereich der Landesverwaltung eingeholt wurde, obwohl in der Staatskanzlei seit dem Jahre 2000 eine teure - eine wirklich teure - Innovationsstelle mit hoch bezahlten Mitarbeitern eingerichtet worden ist - mit Kosten von 200.000 bis 300.000 Euro pro Jahr.

Darüber hinaus ist in der Staatskanzlei mit Kosten in Höhe von sage und schreibe 700.000 Mark ein IT-Innovationszentrum eingerichtet worden.

(Zuruf von der SPD: Euro!)

Entschuldigung, 700.000 Euro natürlich. - Trotz dieser Einrichtungen wurde eine Vielzahl von Beraterverträgen zum Bereich der Kommunikation und Innovation vergeben. Es muss doch wirklich erlaubt sein zu fragen: Warum wird bei diesem teuren Mitarbeiterstab für viel Geld noch Sachverstand von außen eingekauft?

Ich könnte nun noch auf weitere Gutachten im Bereich der Staatskanzlei verweisen. Ich möchte aber noch gerne das Wirtschaftsministerium ansprechen, und meine Redezeit ist begrenzt.

(Zuruf von der CDU.)

Meine Damen und Herren, diese Vergabepaxis ist nicht in Ordnung, von der Flut unnötiger Gutachten, Herr Vogtel, ganz zu schweigen.

Ich möchte nun gleich die konkreten Fälle beim Wirtschaftsministerium ansprechen. Zunächst aber wende ich mich an alle, die hier abstreiten, dass wir fundierte Kenntnisse über diese Art von Beraterverträgen haben, an alle, die unsere Kenntnisse, die wir ja auch der Öffentlichkeit mitteilen, anzweifeln: Ich fordere Sie - und natürlich insbesondere auch die Landesregierung - auf, die von uns eingesehenen Gutachten zu veröffentlichen. Tun Sie das! Veröffentlichen Sie diese Berater- und Gutachterverträge! Dann kann sich die Öffentlichkeit ein Bild über die Qualität und die Angemessenheit Ihres Ausgabengebarens machen.

(Beifall von der SPD.)

Auch im Wirtschaftsministerium sind wir auf Gutachten von fragwürdiger Bedeutung gestoßen. Ein Beispiel ist eine Expertise zur

Gemeindefinanzreform, die 31.000 Euro gekostet hat. Man muss sich das einmal vorstellen: Da hat sich doch ein Arbeitskreis, zusammengesetzt aus Bund und Ländern, aus BDI und Gewerkschaften und aus Verbänden, über ein Jahr lang mit dem Thema der Gemeindefinanzreform befasst. Es wurden umfangreiche Expertisen, auch bezahlte Expertisen, erstellt, beispielsweise auch vom BDI, wie man eine Gewerbesteuerreform vorantreiben könnte, welche Modelle man diskutieren könnte. Und just zum gleichen Zeitpunkt macht der Wirtschaftsminister eines Landes, das sich in einer Haushaltsnotlage befindet, eine eigene Expertise zu diesem Thema - obwohl solche Expertisen bundesweit zuhauf vorlagen! Herr Wirtschaftsminister, das war in dieser Haushaltssituation kein verantwortungsbewusstes Handeln! Sie hätten das Geld besser zur Schaffung der Arbeitsplätze ausgegeben, die wir so dringend bräuchten! Auch hier müssen wir sagen: - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ja nun, Herr Hans, Sie sagen, Sie erachteten das alles für richtig.

(Abg. Hans (CDU): Wenn es seriös ist - ja.)

Da muss ich Sie nun aber doch fragen: Inwieweit denken Sie als Parlamentarier angesichts der Haushaltssituation des Landes eigentlich darüber nach, was Ihre Landesregierung so alles treibt?

(Zuruf von der CDU. - Sprechen bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass auch Sie diese Liste durchgeschaut haben, dass Sie das wissen. Ich denke, Sie haben mittlerweile auch das Volumen, das ausgegeben worden ist, verinnerlicht. Ihnen ist sicherlich auch aufgefallen, dass in den meisten Fällen der teure Sachverstand weder Impulse gesetzt noch irgendeine Berücksichtigung bei Entscheidungen der Landesregierung gefunden hat.

So gab es auch eine rund 18.000 Euro teure Bürgerbefragung über das Internet. Es ist ja ganz interessant zu erfahren, dass es im Saarland weniger Internetnutzer gibt als im bundesweiten Durchschnitt. Muss man aber für diese Erkenntnis 18.000 Euro ausgeben? Auch das war beispielsweise eine Beratung, eine Umfrage,

(Abg. Hans (CDU): Referenzumfragen?)

die, Herr Hans, keinerlei wirtschafts- oder strukturpolitischen Folgen hatte.

Ich komme zu einem weiteren Punkt: Auch die Vergaberegeln hat der Wirtschaftsminister außer Acht gelassen.

(Sprechen bei der CDU.)

Ausgerechnet der Wirtschaftsminister! Das müssen wir hier doch sehr kritisieren. Zur Abwicklung der EU-Programme wurden Gutachten in einem Umfang von 202.000 Euro bei der Beraterfirma Arthur Anderson in Auftrag gegeben. Es gab ein Folgegutachten - für immerhin 179.000 Euro -, das an denselben Berater vergeben wurde. Nach VOF ist aber, wie jeder und insbesondere die Landesregierung weiß, ab einem Auftragsvolumen von 200.000 Euro, das an Freiberufler vergeben werden soll, eine EU-weite Ausschreibung zwingend erforderlich.

Meine Damen und Herren, die freihändige Vergabe sollte eigentlich die Ausnahme sein. Gerade der Wirtschaftsminister sollte sich das doch zu Eigen machen. Bei Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, ist es aber gerade umgekehrt, bei Ihnen ist die freihändige Vergabe die Regel.

Meine Damen und Herren, ich will nun noch auf ein Gutachten zu sprechen kommen, das unter dem Stichwort „Analyse“ nachgeliefert wurde und nicht in der Antwort der Landesregierung aufgeführt war.

(Abg. Hans (CDU): Ja nun, wenn Sie danach gefragt hätten! - Lachen bei der SPD.)

(Abg. Lawall)

Es handelt sich um das freihändig vergebene Gutachten mit dem Titel „Geschäftsbesorgung Machbarkeitsstudie, Planungsleistungen, Nutzungs- und Belegungsvarianten für das Haus der Wirtschaftsförderung“. Dieses Gutachten hat 606.000 Euro gekostet.

(Lachen bei der SPD. - Zurufe von der SPD: 606.000 Euro! Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, der ominöse Beratervertrag ist nun ausgerechnet zeitnah an den Investor gegangen, der dem Wirtschaftsminister eine feudale Unterbringung in besagtem Haus der Wirtschaftsförderung in der Hardenbergstraße baut.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Herr Hans, halten Sie es für eine normale Gepflogenheit, dass ein Investor kurz nach dem Erhalt eines Auftrages für ein 30-Millionen-Projekt auch noch mit einem Gutachten für 606.000 Euro betraut wird?

(Sprechen. - Abg. Lang (SPD): Also 30,6 Millionen Euro!)

Herr Hans, das riecht für mich nach Mauschelei. Wir haben das schon deutlich gemacht: Das riecht nun wirklich nach Mauschelei!

(Beifall von der SPD.)

Die Akten - oder besser: die Unterlagen, denn Akten hat es dazu nicht gegeben, man kann nicht von Akten reden - die Unterlagen, die uns vorgelegt wurden, die wir eingesehen haben, waren an Merkwürdigkeiten nicht zu überbieten. So gab es eine Hochglanz-Fotobroschüre, die 35.000 Euro gekostet hat. Es gab eine Rechnung über die Vorbereitung einer Landespressekonferenz des Ministers zum Thema „Haus der Wirtschaftsförderung“ in Höhe von 28.000 Euro.

(Lachen bei der SPD.)

Enthalten ist auch eine CD mit Filmaufnahmen vom Haus der Wirtschaftsförderung. Wir als Abgeordnete haben die CD ja nicht bekommen. Ein Journalist hat sie uns aber zur Verfügung gestellt, und wir haben sie einmal angeschaut. Auf dieser CD, auf der einige Filmaufnahmen und einige Bauskizzen erfasst sind, steht als Herausgeber „Unternehmensgruppe Saarland Bauträger“. Das ist der Investor. Vom Wirtschaftsministerium steht nirgends etwas.

Dann gab es noch ein Modell des Hauses aus Pappe. Das haben wir auch nicht gesehen, man hat uns nur erzählt, dass es existiert. Es ist dem Wirtschaftsministerium in dem Gutachten mit 15.000 Euro in Rechnung gestellt worden. Herr Hans, finden Sie nicht, dass das sehr eigenartig ist? Bezahlen Sie als Mieter, wenn Sie sich für 1,1 Millionen Euro irgendwo einmieten, demjenigen, dem das Objekt zumindest zu dem Zeitpunkt gehört, auch noch seine Präsentationskosten, seine Internetpräsentation oder seine Fotobroschüren? Das sind doch alles Kosten, die der Bauträger zu zahlen hat, nicht der Mieter! Ja, wo sind wir denn?

(Beifall von der SPD.)

Das waren alles Kosten, die allein im Zusammenhang mit der Vermarktung der Vermietung standen. Zu dem Zeitpunkt hatte das Land seinen Mietvertrag längst abgeschlossen.

Wir fragen uns auch: Was hat den Minister dazu bewogen, dem Investor weitere horrenden Summen für die Bau- und Ausstattungsbeschreibung zu zahlen? Auch das sind Gelder, die der Bauträger bezahlt und nicht der Mieter. Ist es auch nicht merkwürdig, dass Belegungspläne für das Haus der Wirtschaftsförderung mit fast 200.000 Euro zu Buche geschlagen haben? Ebenso wie horrenden Summen für Skizzen einer vorgesehenen Atriumsüberdachung. Wir fragen uns: Gibt es im Ministerium nicht eine Liegenschaftsabteilung und eine Hochbauabteilung? Gibt es nicht ein Organisationsreferat? Werden die Belegungspläne normalerweise nicht von den Mitarbeitern in eigener Verantwortung gemacht? Ist es verantwortlich,

Steuergelder in diesem Ausmaß zu verschleudern? Wir fragen uns auch: Wurde der Auftrag nicht gestückelt? Es gab zwei Rechnungen, eine von 188.000 Euro, eine von 417.000 Euro. Ist hier nicht eindeutig gegen die Vergaberichtlinien verstoßen worden? Ich habe es eben gesagt: Ab 200.000 Euro muss europaweit ausgeschrieben werden. Was besonders interessant ist: Wer hat dafür im Ministerium die Unterschrift gegeben? Wir haben keine gefunden. Offenbar niemand. Auf unsere Nachfrage gibt es noch nicht einmal eine schriftliche Auftragserteilung.

(Lachen bei der SPD.)

Und das für einen Auftrag mit einem Volumen von über 600.000 Euro!

(Abg. Gillo (SPD): Freihändige Vergabe!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellt sich hier nicht die Frage eines verdeckten Nachtrages? Fragen über Fragen. Dieses Gutachten wird sicherlich auch den Landtag in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen. Davon können Sie ausgehen, Herr Minister.

Genauso betrachte ich das, was in der Hardenbergstraße läuft, als Größenwahnsinn. Im Haushaltsausschuss werden wir ständig damit konfrontiert, dass dieses Projekt - das neue Ministerium - das Land über den Zeitraum des Mietvertrages über 30 Millionen Euro kosten wird. Und das für ein Land, das vor dem Bankrott steht! Wir werden ständig damit konfrontiert, dass weitere Kosten in Millionenhöhe für technische und andere Einrichtungen auf das Land zukommen.

Meine Damen und Herren! Ausgerechnet der Wirtschaftsminister, der fachlich für das Vergabewesen und das Wettbewerbsrecht zuständig ist, leistet sich ein solch ungeheuerliches Vorgehen! Nach der Landeshaushaltsordnung ist zwar vorgeschrieben, dass dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss, aber wir haben den Eindruck, diese Landesregierung kümmert sich einen feuchten Kehrloch um ihre eigenen Vorschriften.

Die CDU-Landesregierung hat für Gutachter und Berater jährlich vier Mal so viel ausgegeben wie die frühere Landesregierung. Das konnten wir mittlerweile recherchieren. Die CDU-Landesregierung hat mehr Personal als die frühere Landesregierung. Wenn Sie in der Öffentlichkeit behaupten, sie hätten auf externe Berater zurückgreifen müssen, weil das Saarland so wenig Personal beschäftige, dann ist das definitiv falsch! Nur die saarländischen Kommunen liegen bei den Beschäftigtenzahlen unter dem Bundesdurchschnitt. Die saarländische Landesregierung hat aber insbesondere seit 1999 draufgesattelt. Das zeigen uns die Zahlen, das ist nicht von der Hand zu weisen. Deshalb hat das Saarland - die Landesregierung - mittlerweile mit 27 Bediensteten auf 1.000 Einwohner die üppigste Personalausstattung aller westlichen Flächenländer. Also auch diese Behauptung, Sie müssten wegen des geringen Personalbestands im öffentlichen Dienst auf externe Beratung zurückgreifen, bricht zusammen wie ein Kartenhaus.

Meine Damen und Herren! Wir müssen Instrumente und Kontrollmechanismen entwickeln, die dieses ausufernde Beratungswesen in seine Schranken verweisen. Wir betonen von Seiten der SPD ausdrücklich, dass wir nicht generell gegen die Beschäftigung von externem Sachverstand sind. Mauscheleien und Gefälligkeitsgutachten auf Kosten der Steuerzahler müssen aber verhindert werden!

(Beifall von der SPD.)

Deshalb fordern wir heute in unserem Antrag den Landtag auf zu beschließen, die Vergabe von Gutachten und Beraterverträgen oder sonstigen freiberuflichen Leistungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken und sicher zu stellen, dass sämtliche Aufträge sachgerecht sind und den gesetzlichen Bestimmungen genügen. Beschaffungsanordnungen beziehungsweise Richtlinien für Liefer- und Dienstleistungsaufträge für den Bereich des Landes sind mit zusätzlichen Schwellenwerten zu erlassen. Die Öffentlichkeitsarbeit muss auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt

(Abg. Lawall)

werden. In diesem Bereich muss eine strenge Ausgabendisziplin geübt werden. Wir fordern auch dazu auf, den Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie Bundesangelegenheiten halbjährlich über die Ausschreibung und Vergabe von Gutachten, Beraterverträgen und sonstigen freiberuflichen Leistungen sowie die Entwicklung der Ausgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu unterrichten. Mit dieser Maßgabe würde in einer bestimmten Form ein Controlling eingeführt, und es wäre bei den jeweils Regierenden eine gewisse Vorsicht angemahnt, in diesem Bereich die Ausgaben zu drosseln. Wir fordern außerdem - das halten wir für besonders wichtig -, die Ergebnisse der Studien und Gutachten und anderer Beratertätigkeit zu veröffentlichen, sofern einer Veröffentlichung keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Wir meinen, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu sehen, wofür Steuergelder verwendet werden.

Die CDU hat ja keinen Antrag zu diesem Thema abgegeben. Wir appellieren noch einmal an die Mehrheitsfraktion, unserem Antrag noch vor Ende der Legislaturperiode stattzugeben, damit in Zukunft solche Dinge, wie wir sie festgestellt haben, ausgeschlossen werden können. - Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Stephan Toscani.

Abg. Toscani (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute haben wir die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause, die letzte in dieser Legislaturperiode. Leider beendet die SPD diese Legislaturperiode in dem Stil, in dem sie sie über weite Strecken gestaltet hat: keine Ideen,

(Beifall von der CDU. - Abg. Lang (SPD): Angriff ist die beste Verteidigung!)

wenig sachliche Konzepte, dafür viel Diffamierung, viele Unterstellungen, viele Verleumdungen. Das Einzige, was Sie von der SPD wirklich beherrschen, ist die Politik der Dreckschleuder. Das haben wir heute wieder erlebt!

(Beifall von der CDU.)

Zu den Fakten. Herr Kollege Maas, Ihre finanzpolitische Sprecherin hat eben gesagt, ein Beratervertrag, den die Staatskanzlei abgeschlossen hat, war in Wahrheit eine Dienstleistung für die CDU.

(Abg. Maas (SPD): Das hat sie nicht gesagt.)

Sie hat gesagt, diese Dienstleistung sei der CDU als Partei zugute gekommen, und deshalb müsse die CDU als Partei das an die Staatskasse zurückzahlen. Genau das hat sie gesagt! Wissen Sie, was Sie damit gesagt haben? Die Landesregierung hätte Steuermittel zu Parteizwecken eingesetzt. Wissen Sie, was das bedeutet? Sie haben in den Raum gestellt, dass erstens die Landesregierung Steuermittel veruntreue und dass zweitens die CDU Saar eine illegale Parteienfinanzierung betreibe. Das ist eine üble Unterstellung. Liebe Frau Lawall, entweder Sie belegen das jetzt und legen Beweise vor, oder Sie entschuldigen sich für diese unglaubliche Dreckschleuderei!

(Beifall von der CDU.)

Was mich so betroffen macht, ist, dass wir heute eine weitere Aufführung einer üblen Vorstellung erleben, die wir bereits mehrmals erleben mussten. Dieses Stück heißt: Polemik statt Politik - Dreckschleuder statt politischer Kultur im Saarland! Dieses Schmierstück hat die SPD mehrfach in dieser Legislaturperiode aufgeführt. Ich will noch einmal zurückblicken, was Sie hier bereits alles aufgeführt haben und was wir bereits erleben mussten.

(Zuruf von der SPD.)

Keine Sorge! Ich gehe im Einzelnen auf das ein, was die Kollegin Lawall gesagt hat. Aber um deutlich zu machen, dass das heute kein einzelner Ausfall ist, sondern eine Linie, die sich kontinuierlich über die Legislaturperiode hingezogen hat, sollten wir zurückblenden auf eine Debatte, die wir vor zwei Jahren geführt haben.

Vor zwei Jahren gab es auf den Antrag der CDU-Fraktion eine Debatte zum Fall Hoffmann. Damals war Hajo Hoffmann gerade in erster Instanz verurteilt wegen Untreue zum Nachteil städtischer Gesellschaften - eine Geldstrafe in Höhe von 25.000 Euro. Damals hat an dieser Stelle der Generalsekretär der SPD gesagt - hier im Landtag! -: "Das Verfahren gegen Hajo Hoffmann ist längst zu einem politischen Schauprozess geworden." Meine Damen und Herren, politische Schauprozesse kennen wir aus der Geschichte. Wir kennen sie von den Nazis und wir kennen sie von den Kommunisten. Stalin hat politische Schauprozesse führen lassen. Wenn die SPD Saar das rechtsstaatliche Verfahren gegen Hajo Hoffmann mit politischen Schauprozessen in Diktaturen vergleicht, dann macht das doch deutlich: Die SPD Saar befindet sich jenseits von Gut und Böse. Sie haben unterstellt, dass die Landesregierung in einen solchen Prozess eingegriffen hätte, Sie haben unterstellt, dass die Richter im Saarland nicht unabhängig sind. Das waren üble, das waren infame Unterstellungen von der Qualität, wie wir sie heute erlebt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Maas, Sie hatten damals nicht die Kraft, sich von Hajo Hoffmann zu trennen. Und Sie haben bis heute nicht die Größe und die Kraft besessen, sich für diese üble Diffamierung zu entschuldigen im Namen der SPD!

(Beifall bei der CDU.)

Die Innenministerin hat vorhin in der Debatte um die innere Sicherheit den Fall Pascal angesprochen. Auch da dasselbe Muster. Der SPD-Landesvorsitzende hat damals wörtlich gesagt: "Es könnte sich um einen der größten Ermittlungsskandale in der saarländischen Nachkriegsgeschichte handeln." Er hat der saarländischen Polizei Aussageerpressung und mögliche Strafvereitelung unterstellt. Wenn man der Polizei Strafvereitelung und Aussageerpressung vorwirft - oder dies als Verdacht in den Raum stellt, dann ist das so ziemlich das Übelste, was man mit der Polizei tun kann, weil das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Solidität, in die Redlichkeit der Polizei erschüttert wird. Nach wenigen Monaten hat sich herausgestellt: Diese Vorwürfe waren jenseits von Gut und Böse, das war eine absolute Luftnummer! Bis heute aber wartet die saarländische Polizei auf eine Entschuldigung. Die SPD hat die persönliche Belastung der betroffenen Polizeibeamten in Kauf genommen und sie hat die Schädigung des Rufes der saarländischen Polizei in ganz Deutschland in Kauf genommen. Nur, um vielleicht der Innenministerin am Zeug flicken zu können. Nur damit vielleicht von dem Dreck, den Sie schmeißen, ein bisschen was hängen bleibt. Sie haben ohne Rücksicht auf Verluste dem Ansehen der Polizei schweren Schaden zugefügt. Und Sie hatten nicht die Kraft, sich dafür zu entschuldigen. Auch das: Dreckschleuderei in Reinform!

(Beifall bei der CDU.)

In diese Linie passt auch das, was wir an Diskussionen im Saarland um die Totomittel erlebt haben. Bei der Vergabe von Totomitteln hatten wir dasselbe Muster. Wieder ultraschweres Geschütz, Riesenkanonenkugeln: Verleumdung, Veruntreuung, schwarze Kassen, Zweckentfremdung. Und am Ende haben wir gesehen: Viel Lärm um nichts, viel Rauch und null Substanz.

Die Kollegin Hoffmann-Bethscheider hat sich in der Sportdebatte heute Morgen hier hingestellt und gesagt: Eine oberste Priorität für sie sei der Behindertensport. Diese Kollegin Hoffmann-Bethscheider von der SPD hat im Eppelborner Gemeindeboten eine Anzeige für die SPD geschaltet mit dem Titel - -

(Zuruf von der SPD.)

(Abg. Toscani)

Ach was, Herr Maas, nur Geduld, damit werden wir uns im Einzelnen auseinander setzen. Aber es ist Ihnen wahrscheinlich unangenehm, wenn Sie hier mal den Spiegel vorgehalten bekommen, wie Sie agieren im Land.

(Erneuter Beifall von der CDU. - Zurufe von der SPD.)

Also, die Kollegin Hoffmann-Bethscheider stellt sich heute Morgen in der Sportdebatte hier hin und sagt: Behindertensport hat für die SPD Saar absolute Priorität, ist absolut wichtig. Dieselbe Kollegin schaltet eine Anzeige mit dem Titel "SPD: Totomittel - schwarze Kassen und Zweckentfremdung", eine Anzeige im Illinger Gemeindeblatt.

(Zuruf.)

Verzeihung, im Eppelborner Gemeindeblatt. Und da steht: "Zweifelhafte Mittelverwendung - Totomittel - schwarze Kassen - Zweckentfremdung. So sei zum Beispiel mit 10.000 Euro eine Kunststoffbahn eines Sportvereins gefördert worden."

Also: illegale Mittelverwendung, schwarze Kassen, Veruntreuung von Totomitteln, weil eine Kunststofflaufbahn in Lebach mit Totogeldern unterstützt worden ist. Und wenn man dann nachfragt und genau recherchiert, was passiert ist, so stellt sich heraus: Da ist mit Totomitteln die einzige Kunststoffbahn für behinderte Rollstuhlfahrer im Saarland gefördert worden. Es ist dafür gesorgt worden, dass behinderte Menschen im Saarland endlich ihren Sport ausüben können. Die SPD bezeichnet das als Veruntreuung von Totomitteln. Das ist unterste Schublade, meine Damen und Herren, das ist zynisch.

(Beifall bei der CDU.)

Sie betreiben auf dem Rücken behinderter Menschen Ihre üble Dreckschleuderpolitik. Und wenn Sie erappt werden, haben Sie nicht einmal die Größe, sich dafür zu entschuldigen. Das ist das Schlimmste!

(Erneuter Beifall bei der CDU.)

Dasselbe Spiel - genau dieses Muster - erleben wir jetzt bei den Gutachten und bei den Beraterverträgen. Wieder wüste Behauptungen. Ich habe mal mitgeschrieben, was Frau Lawall so alles gesagt hat. Sie hat folgende Begriffe genannt: Manipulation, Fälschung, vorsätzliches Verschweigen von Mitteln, illegale Parteienfinanzierung, Veruntreuung von Steuergeldern.

Meine Damen und Herren, jetzt schauen wir uns die Dinge mal Punkt für Punkt an. Wir werden das Punkt für Punkt durchdeklinieren. Sie haben mir vorgeworfen - was schon, vorsichtig ausgedrückt, eine Unkollegialität ist -, ich hätte bestellte Anfragen gestellt. Meine Damen und Herren, Sie haben im Januar angefangen Gerüchte zu streuen. Und wir haben gesagt, wir informieren uns in der Sache. Es ist das gute Recht jedes Parlamentarier, eine Anfrage zu stellen. Während Sie Gerüchte gestreut haben, habe ich mich um sachliche Information bemüht. Und Sie haben keine Anfragen gestellt.

(Beifall bei der CDU.)

Es ging dann weiter: "Die Landesregierung mauert, die Landesregierung blockiert." Die Landesregierung hat, um meine Anfrage zu beantworten, einen Monat gebraucht. Und sie hat sehr detailliert geantwortet, in über 90 Seiten meine Fragen beantwortet. Machen wir mal einen Vergleich, was Landesregierungen für Zeit in Anspruch nehmen, um Anfragen zu beantworten. Die frühere Kollegin Monika Beck hat einmal für die CDU Mitte der Neunzigerjahre eine ähnliche Anfrage gestellt. Sie hat damals die SPD-Landesregierung gefragt: Was gibt es denn so an Gutachten? Welche Ministerien haben wie viele Gutachten vergeben? Wer wurde da beauftragt? Auf welche Höhe beliefen sich diese Gutachten?

Was denken Sie denn, wie lange die damalige SPD-Landesregierung gebraucht hat, um die Anfrage der Kollegin Beck zu beantworten?

Es hat über ein ganzes Jahr gedauert, bis eine Antwort kam! Die Landesregierung der CDU antwortet innerhalb eines Monats. Die frühere SPD-Landesregierung braucht mehr als ein Jahr. Die frühere Landesregierung hat gemauert, unsere Landesregierung hat zügig und umfassend geantwortet. Das ist die Wahrheit in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU.)

Und dann, einfach mal in den Raum gestellt: Verschwendung. Schauen wir uns doch mal die Zahlen an, wenn wir eine gewisse Sachlichkeit in die Debatte bringen wollen. Meine Anfrage hat sich auf die Gutachten und Beraterverträge für die Jahre 1999 bis Anfang 2004, also auf gut dreieinhalb Jahre, bezogen.

Was hat die Landesregierung an Gutachten und Beraterverträgen in Auftrag gegeben? In freier Entscheidung hat die Landesregierung in vier Jahren für 4,7 Millionen Euro Gutachten und Beraterverträge erteilt. Man muss das Ganze, um es wirklich in Relation setzen zu können, mit anderen Bundesländern vergleichen. Ich habe recherchiert und bin zu dem Ergebnis gekommen: In der gleichen Zeit hat die Landesregierung in Schleswig-Holstein, das von der Einwohnerzahl her etwa doppelt so groß ist wie das Saarland, vier Mal so viel ausgegeben wie die saarländische Landesregierung. Wenn man hier den Vorwurf der Mittelverschwendung erhebt, muss man die Zahlen auf den Tisch legen.

(Zurufe der Abgeordneten Stritter (SPD) und Wirtz (SPD).)

Nur um das parteipolitisch anders einzuordnen: Was macht die Bundesregierung? Als Größenordnung zum Vergleich: Von 1999 bis 2003 gab es bei der Bundesregierung Beraterverträge für über eine Milliarde Euro. Öffentlichkeitsarbeit allein im Jahr 2004 für 200 Millionen Euro.

(Unruhe und Zurufe von der SPD.)

Wenn Sie den Splitter im Auge Ihres Nächsten kritisieren, dann übersehen Sie bitte nicht den Balken in Ihrem eigenen Auge.

(Beifall von der CDU.)

Dann eine weitere Unterstellung, die nicht einfach so stehen bleiben darf. Sie haben gesagt, Kollegin Lawall, die Landesregierung hat unvollständig, hat lückenhaft auf Anfragen geantwortet. Ich habe in meiner Anfrage - um das noch mal zu präzisieren, damit es auch die Öffentlichkeit versteht - gefragt, welche Gutachten und welche Beraterverträge die Landesregierung in Auftrag gegeben hat. Darauf hat die Landesregierung dann geantwortet. Also was an Gutachten und Beraterverträgen in Auftrag gegeben wurde. Dann geht die SPD hin und sagt, das ist eine unvollständige Antwort, denn die Landesregierung hat gar nicht geantwortet, was für Workshops, Analysen und Studien in Auftrag gegeben wurde, die Landesregierung hat gar nicht darauf geantwortet und verschwiegen, was an Gutachten bei Landesgesellschaften in Auftrag gegeben wurde.

(Abg. Lawall (SPD): Das verstehen Sie unter einer Anfrage?)

Das Problem ist nur, ich hatte überhaupt nicht danach gefragt. Wenn ich nach A frage, die Regierung zu A antwortet, gehen Sie hin und sagen: Unverschämtheit, dass nicht auf die Frage B geantwortet wurde, das ist unvollständig, so geht es doch nicht. Das ist Ihre Strategie, Dinge zu unterstellen und zu unterschieben, die überhaupt nicht gefragt wurden. So kann man natürlich leicht zum Ergebnis kommen, dass lückenhaft informiert wurde. - Auch das zeigt, wie unredlich und unsauber hier gearbeitet wird.

(Beifall von der CDU.)

Sie haben gesagt, Gutachten hätten keine Auswirkung gehabt, wurden überhaupt nicht in der politischen Praxis umgesetzt. Ein Gutachten, das Sie in Ihrer Pressemeldung ansprechen, das Sie mehrfach erwähnt haben, bezog sich zum Beispiel auf die Neuordnung der saarländischen Museumslandschaft. Dazu gab es ein Gutachten.

(Abg. Maas (SPD): Es gab sogar zwei.)

(Abg. Toscani)

Es gab zwei Gutachten dazu. Alle Experten haben gesagt, das sind sehr sinnvolle Vorschläge, die in den Gutachten gemacht wurden, wie man dieses seit Jahren diskutierte Thema - Neuordnung der saarländischen Museumslandschaft - in den Griff bekommen kann.

(Abg. Lawall (SPD): Warum denn zwei Gutachten?)

Sie selber, korrigieren Sie mich, haben auch gesagt, dass es sinnvoll ist, die Museumslandschaft neu zu strukturieren; auf der einen Seite der Saar die alte Kunst und auf der anderen Seite der Saar die neue Kunst. Was im Grunde auch wesentliches Ergebnis der Gutachten war. Deshalb: Bei den Gutachten waren wir uns im Grunde in der sachpolitischen Frage ja einig.

(Zuruf der Abgeordneten Lawall (SPD).)

Jetzt gehen Sie hin und sagen: Diese Gutachten haben überhaupt keine Auswirkung. Das stimmt doch nicht.

(Erneuter Zuruf der Abgeordneten Lawall (SPD).)

Am kommenden Sonntag wird - wenige hundert Meter von hier entfernt - die renovierte Schlosskirche eingeweiht. Da entsteht künftig das Museum für sakrale Kunst im Saarland. Das ist ein ganz konkretes, ein ganz greifbares Ergebnis dieser Gutachten, die sinnvolle und gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall von der CDU.)

Dann haben Sie ein Gutachten in Sachen Medienberatung angesprochen. Ich würde Sie bitten, auch einmal zu bedenken, ob nicht durch ein Gutachten der Staatskanzlei, das sich auf Medienfragen bezogen hat, Aufträge für saarländische Unternehmen in der Medienbranche ins Land gekommen sind? Ob das Gutachten, das in Wahrheit rundfunkpolitische und auch kulturpolitische Fragen zusätzlich zum Gegenstand hatte, einen sinnvollen Nutzen hatte?

(Abg. Lawall (SPD): Oh je! - Abg. Stritter (SPD): Jetzt wird es peinlich.)

Sie gehen hin und unterstellen etwas, so nach dem Motto: Vermittlung in Talkshows, ist das nicht der Zweck gewesen? Das war ja das, was Gabriel notwendig hatte. Gabriel, der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen, hatte sich ja von einem Medienberater in Talkshows vermitteln lassen.

(Zurufe von der SPD.)

Ich glaube, Sie haben das Gutachten deshalb kritisiert und angesprochen und Unterstellungen gemacht, weil Sie sich in Wahrheit ärgern, dass unser Ministerpräsident sehr häufig Gast in wichtigen nationalen Politik-Talkshows ist und Ihr Spitzenkandidat von den nationalen Medien nicht gefragt wird.

(Beifall von der CDU. - Zuruf von der SPD: Es ist wie im Kindergarten!)

Kindergarten ist die Frage, die man bezogen auf den Beitrag der Kollegin Lawall stellen müsste.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Die Frage für mich ist: Wenn man in einer Rede so viele Verleumdungen hört, wenn man vieles unterstellt bekommt, muss man sich am Ende nicht die Frage stellen, ist das alles Wahlkampfgetöse? Meine Damen und Herren, sicherlich sind Wahlkampffahre Jahre, in denen mit härteren Bandagen gekämpft wird. Aber: Derjenige, der mit so viel Dreck um sich wirft, muss am Ende aufpassen, dass er nicht vor der eigenen Tür kehren muss.

Das ist nicht mein Problem, das ist nicht unser Problem. Was ich aber schlimm finde, ist, dass die politische Kultur im Saarland an dieser Art der Diskussion Schaden nimmt. Wenn Begriffe wie Ver-

untreuung, Straftaten, illegale Parteienfinanzierung einfach mal in den Raum geworfen werden, keine Belege und nicht einmal Entschuldigungen folgen, wenn es sich erwiesenermaßen als falsch herausstellt. Ich mache mir Sorgen, dass darunter die politische Kultur leidet, dass im Grunde alle Parteien darunter leiden, nicht nur diejenigen, die sich solcher Mittel bedienen.

Ich bin der Meinung, auch in Wahlkampffahren ist nicht jedes Mittel recht, es darf uns nicht jedes Mittel recht sein. Deshalb appelliere ich an die SPD vor diesen Wahlen: Kehren Sie zu einer sachlichen Auseinandersetzung zurück, sorgen Sie dafür, dass wir im Saarland wieder eine ordentliche, eine niveaувolle politische Kultur bekommen!

(Anhaltender Beifall von der CDU. - Abg. Stritter (SPD): Das war es schon!)

Vizepräsident Schoenen:

Das Wort hat Herr Kollege Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Toscani! Sie sind ja Bildungspolitiker von Haus aus. Ich muss Ihnen sagen, nach Ihrer Rede gibt es einen passenden Begriff aus der Schulpraxis, der lautet: Thema verfehlt, sechs, setzen. Herr Kollege Toscani, Sie haben in keiner Weise auf nur ein einziges Argument der Kollegin Lawall Bezug genommen, Sie haben versucht, abzulenken, und Sie haben hier Wahlkampf betrieben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD.)

Herr Kollege Toscani, es ist ohnehin befremdlich, dass Sie hier geredet haben. Das ist deswegen nicht befremdlich, dass Sie nichts zur Sache sagen konnten, denn, Herr Kollege Toscani - das muss man den Kolleginnen und Kollegen, das muss man den Menschen draußen im Lande auch sagen -, Sie haben kein einziges Mal an der Einsichtnahme in den Ministerien teilgenommen. Sie haben doch, Herr Kollege Toscani, kein einziges dieser Gutachten, die Sie jetzt so vehement versucht haben zu verteidigen, einsehen können. Sie können doch überhaupt gar nicht beurteilen, worüber wir hier diskutieren. Allein deswegen ist es schon klar, dass Sie an dieser Stelle das Thema verfehlen mussten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD. - Zurufe von der CDU.)

Zur dritten Vorbemerkung, die ich noch zu Ihnen machen muss, Herr Kollege Toscani, ansonsten lohnt es sich nicht, sich mit den Dingen auseinander zu setzen, die Sie hier angesprochen haben, weil Sie kaum von den Gutachten und Beraterverträgen gesprochen haben, die eben jetzt Tagesordnungspunkt sind und nicht irgendwelche andere Geschichten, die Sie vielleicht ärgern: Sie haben davon gesprochen, wie schnell die Antwort der Landesregierung war. Das Problem, Herr Kollege Toscani, ist nur, es kommt nicht nur auf Schnelligkeit an, es kommt auch darauf an, dass Antworten auf parlamentarische Anfragen wahrheitsgemäß sind, und das war diese Antwort auf Ihre Anfrage leider nicht.

(Beifall von der SPD. - Zurufe von der CDU.)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist im Übrigen auch bezeichnend, die Kollegin Lawall hat es nur in einem Nebensatz erwähnt, dass die CDU-Fraktion heute überhaupt keinen Antrag zu diesem Thema vorgelegt hat. Ich kann daraus nur eines schließen: Das Thema ist Ihnen wohl allzu heiß.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Der Kollege Hans hat gerade das Wort Schwachsinn verwendet, das ist nicht unsere Wortwahl, Herr Kollege Hans. Ich weiß auch nicht, ob das hier die richtige Ebene ist. Ich sage Ihnen nur eins: So wie Sie eben schon auf die Kollegin Lawall reagiert haben, müssen Sie in Wahrheit im Kern sehr tief getroffen sein von den Vorwürfen, die wir hier zu Recht erheben. Das ist die einzige logische Erklärung

(Abg. Commerçon)

für Ihre Anwürfe und für Ihren Stil, den Sie jetzt hier in die Debatte einführen.

(Beifall von der SPD. - Zurufe von der CDU.)

Sie haben, meine Damen und Herren, keinen Antrag vorgelegt. Das Thema ist Ihnen wohl einfach zu heiß, deswegen wollen Sie sich nicht schriftlich zu diesem Thema äußern, weil man Ihnen das dann im Nachhinein wahrscheinlich vorwerfen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Aber ich möchte jetzt, nachdem wir eben schon über die Staatskanzlei und über das Wirtschaftsministerium gesprochen haben, zum Ministerium für Umwelt kommen - ein nicht unerheblicher Bereich der Gutachtenvergabe. Die Kollegin Lawall hat darauf hingewiesen, es sind mittlerweile seitens der Landesregierung aus der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode insgesamt 467 Gutachten, Beraterverträge und Studien zugestanden worden. 273 von diesen 467 hat Minister Mörsdorf in Auftrag gegeben. Er hat damit, um in der Naturschutzbund-Sprache zu bleiben, den Vogel abgeschossen.

(Abg. Hans (CDU): Naturschützer schießen keine Vögel ab. - Heiterkeit bei der CDU.)

Er hat allein von den 13 Millionen Euro 6,2 Millionen Euro - - Um in der Sprache zu bleiben. Sie können noch nicht einmal richtig zuhören. 6,2 Millionen Euro haben Sie ausgegeben. Das ist rund die Hälfte der Gesamtsumme, die diese Landesregierung für Gutachten ausgegeben hat. Dabei ist noch zu bemerken - auch das, Herr Kollege Toscani sei Ihnen an dieser Stelle gesagt -: eine Million Euro davon wurden zunächst einmal verschwiegen. Sie waren in der Anfrage überhaupt nicht da. Es ging da nicht um irgendein Unternehmen jenseits der eigentlichen Landesverwaltung. Es ging um ein Landesamt selbst. Ansonsten waren die Landesämter alle mit drin. Das Landesamt für Umweltschutz hat man an dieser Stelle aus der Anfrage schlicht und einfach herausgelassen. Auch das ist ein weiterer Beweis dafür, meine Damen und Herren, dass Sie unseriös mit diesen Fragen in der vergangenen Legislaturperiode umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD.)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Minister Mörsdorf hat in der letzten Plenarsitzung des saarländischen Landtages darauf hingewiesen, ich hätte nicht genug Zahlen genannt. Ich will jetzt einmal ein bisschen etwas zu Zahlen sagen. Vielleicht ist es Ihnen dann etwas einleuchtender. Ich will aber vor allem etwas dazu sagen, wie Sie und Ihr umweltpolitischer Sprecher, Herr Kollege Karren, mit Zahlen umgehen und auch in der letzten Plenarsitzung schon mit Zahlen umgegangen sind. Der Kollege Karren schreibt in einer Pressemitteilung vom 09. März des Jahres 2004 zum Thema Gutachten - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident -: Anstelle der Opposition wäre ich mit solchen Vorwürfen vorsichtiger. Wie der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der CDU-Landtagsfraktion leicht zu entnehmen ist, beläuft sich die Gesamtsumme der zwischen 1985 und 1999 von der SPD-Vorgängerregierung vergebenen Gutachter- und Beraterverträge auf eine Gesamtsumme von über 25,5 Millionen DM. Dies beweist, dass die früheren SPD-Umweltminister noch stärker auf Sachverstand von außen angewiesen waren als der heutige Minister. Zum Vergleich: Von Oktober 1999 bis Januar 2004 gab das Umweltministerium lediglich 2,1 Millionen Euro für Gutachten und Beraterverträge auf der Grundlage einer freien Entscheidung aus.

Das klingt, meine Damen und Herren, zunächst einmal ganz nett, es zeigt aber auch, wie unseriös Sie an dieser Stelle mit Zahlen umgehen. Es zeigt, wie Sie hier den fünffachen Versuch - ich werde Ihnen das jetzt nachweisen - unternommen haben, die Öffentlichkeit zu täuschen. Zunächst einmal sprechen Sie von D-Mark, wenn es um die SPD-Gutachten geht, Sie sprechen von Euro, wenn es um die CDU-Gutachten geht. Erster Betrug bei dieser ganzen Sache, meine Damen und Herren.

(Abg. Hans (CDU): Das war die Währung in dieser Zeit. - Abg. Karren (CDU): Man kann davon ausgehen, dass der Wähler zwischen D-Mark und Euro unterscheiden kann. - Abg. Vogtel (CDU): Das ist ein Rücktrittsgrund.)

Zum Zweiten. - Lassen Sie mich das doch einmal fertig machen. Auch hier können Sie doch nachher wieder reden. Sie nehmen Bezug auf die gesamte Regierungszeit, anstatt es jahresbezogen zu machen. Wenn Sie das einmal außen vor lassen würden, wären Sie allein an dieser Stelle schon dazu gekommen, wenn Sie das gegengerechnet hätten, dass es auf der gleichen jahresbezogenen Ebene gewesen wäre, nur mit Ihren Zahlen.

Zum Dritten. Das ist der dritte Betrug, den Sie in der Öffentlichkeit oder an der Öffentlichkeit unternehmen.

(Abg. Karren (CDU): Wissen Sie, was Sie da sagen? Wissen Sie, was Betrug ist?)

Bei der SPD werden alle Gutachten mit hineingenommen, bei der CDU nur die, bei denen Sie denken, die seien auf Basis einer freien Entscheidung vergeben worden. Aber bei der SPD werden alle mit hineingenommen. Nun mag man noch darüber streiten, ob bei Ihnen alle, die angeblich auf gesetzlicher Grundlage vergeben wurden, unbedingt nötig gewesen wären. Das will ich an dieser Stelle gar nicht tun. Aber Sie müssen schon die einen mit den anderen auf der gleichen Datenbasis vergleichen. Alles andere ist unseriös.

(Unruhe. - Sprechen.)

Der vierte Punkt, bei dem Sie die Öffentlichkeit täuschen: Sie haben die eine Million Euro, die aus dem Landesamt für Umweltschutz dabei war - bei der SPD waren die aus dem LfU dabei, bei Ihnen waren sie nicht dabei -, verschwiegen.

Zum Fünften. Das ist natürlich der absolute Klopfer, das wissen wir. Wenn man sich den Ministeriumszuschnitt ansieht, hat dieser Minister noch ein Ministerium, das ein Drittel des Haushaltsvolumens ausmacht, das die SPD-Umweltminister in den letzten Jahren zu verantworten hatten. Wenn ich das alles zusammenrechne, wenn ich nicht einmal den Ressortzuschnitt mitberücksichtige, dann zeigt sich Ihr Versuch, mit Zahlen zu täuschen. Dann zeigt sich nämlich ganz eindeutig, die SPD-Umweltminister haben bei sehr viel größerer Ressortzuständigkeit 890.000 Euro im Jahr ausgegeben.

(Zuruf aus der CDU.)

Herr Minister Mörsdorf hat 1,4 Millionen Euro im Jahr ausgegeben. Das ist schon allein das 1,6-fache. Wenn ich dann noch die Steigerung mit einrechne, die natürlich bei einem dreimal so großen Ministerium berücksichtigt werden muss, haben Sie gemessen an Ihrem Haushaltsvolumen das Vierfache dessen ausgegeben, was SPD-Umweltminister vorher ausgegeben haben. Allein das zeigt schon, wie sehr Sie offenbar wirklich auf Sachverstand von außen angewiesen sind. Verwunderlich an dieser ganzen Sache ist nur, dass Sie auf der anderen Seite Ihr Ministerium gerade um den Minister herum erheblich erweitert haben. Aber da haben Sie wohl - diesen Verdacht hatten wir ohnehin schon - nicht unbedingt Sachverstand zur Grundlage der Entscheidung gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Man könnte noch darüber reden, dass man mehr für Gutachten ausgibt, wenn denn wenigstens irgendetwas dabei herausgekommen wäre, meine Damen und Herren. Auch da zeigt sich, was sich in der ganzen Legislaturperiode bei diesem Umweltminister gezeigt hat. Es ist überhaupt nichts herausgekommen. Es sind Gutachten herausgekommen, die heute in der Schublade vergilben. Das vor dem Hintergrund, dass erhebliche Gutachten erstellt wurden, die teilweise allenfalls als Fragmente der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden, dann bezahlt wurden und anschließend in die Schublade gesteckt wurden, wo sie jetzt vergilben, meine Damen und Herren, während zu der SPD-Regierungszeit noch wesentliche Projekte in diesem Ministerium nach vorne gebracht wurden. Ich nenne nur einmal den Fernwärmeausbau, den Kraftwerksausbau und nicht zuletzt das große Infrastrukturprojekt Saarbahn, das auch bei diesen ganzen Gutachten eine Rolle spielte.

(Abg. Commerçon)

Ich will, meine Damen und Herren, an vier einfachen Beispielen noch erwähnen, welche Gutachten an dieser Stelle vergeben wurden. Wir kommen zunächst zu einem Projekt des ehemaligen NABU-Vorsitzenden. Das Projekt Erlebniswald Rappweiler. Hier sind zwei Gutachten vergeben worden, meine Damen und Herren, in einer Größenordnung von 23.000 Euro. Ich sage das hier an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich. Ich habe das auch in unseren Pressekonferenzen gesagt, ich habe darauf immer in den Pressemitteilungen hingewiesen. Es sind ausnahmsweise einmal zwei Gutachten von erheblicher Qualität, von ganz hoher Qualität, fachlich hochwertig, politisch interessant. Das Problem ist nur, Sie hatten als NABU-Vorsitzender schon das Rappweiler-Desaster zu verantworten. Dann hatten Sie, nachdem Sie Minister geworden sind, erheblichen Widerstand der lokalen CDU, und Sie sind letztlich an der eigenen Unzulänglichkeit gescheitert. Ich betone, es ist bedauerlich, dass aus diesem Gutachten nichts geworden ist. Es ist aber symptomatisch für Ihre Umweltpolitik. Sie spucken große Worte und nichts kommt dabei heraus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ähnlich verhält es sich mit der Biosphäre Bliesgau. Man kann das stichwortartig machen. 350.000 Euro sind hier für Gutachten verausgabt worden. Ich nenne nur Folgendes beispielhaft. Erstens. Nachhaltige Nutzung der Biosphäre Bliesgau: 40.000 Euro. Zweitens. Nachhaltige Entwicklung des Bliesgaus - zwei unterschiedliche Gutachten, fast der gleiche Titel -: 75.000 Euro. Wo ist es angekommen? Was ist daraus geworden? - Nichts. Nicht einmal in Ihrer politischen Praxis. Die Biosphäre Bliesgau fristet ein trauriges Dasein. Es geht nicht voran.

(Unruhe. - Sprechen. - Abg. Maas (SPD): Man kann es auch übertreiben, Herr Präsident.)

Dann haben Sie bei Biosphäre Bliesgau eine Vorteilsanalyse für den Sektor Landwirtschaft im Hinblick auf die geplante Biosphärenregion Bliesgau erstellen lassen. Kosten in Höhe von 14.000 Euro, meine Damen und Herren. Ergebnis: Sie haben nichts erreicht. Ich spreche noch mal die Vorteilsanalyse für den Sektor Landwirtschaft im Hinblick auf die Biosphärenregion Bliesgau an. Noch gestern Abend habe ich an einer öffentlichen Diskussion teilgenommen, wo ich auch mit Landwirten gesprochen habe. Sie haben mit Ihren Studien das Gegenteil erreicht. Sie haben insbesondere gegenüber vielen Nutzern auf lange Sicht die Biosphärenidee diskreditiert, vor allem durch ein weiteres Gutachten unter dem Titel "Auswirkungen des Biosphärenreservates Bliesgau aus Marketing-Sicht", in dem mikropolitische Maßnahmen empfohlen werden, die so weit gehen, dass Druck auf die Nutzer ausgeübt werden soll, wenn sie sich der Biosphärenidee verschließen.

Aus Zeitgründen kann ich nicht näher auf einen weiteren Flop eingehen, den Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV. Ab dem Jahr 2000 sollte er fortgeschrieben werden. Sie haben dabei rund 300.000 Euro an Steuergeldern verschleudert, von denen wir nie wieder etwas sehen werden.

Lassen Sie mich aber zum Abschluss noch auf den absolut größten Flop eingehen, den Sie zu verantworten haben. Das ist wieder ein Skandal, worüber sich der Kollege Hans nachher noch mal aufregen kann. Es gibt eine parlamentarische Anfrage von mir zum Thema EVS-Gesetz, deren Antwort vom August 2002 datiert. Ich hatte gefragt: Hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode im Geschäftsbereich des Umweltministeriums über die in der Drucksache 12/695 angegebenen Gutachten an McKinsey hinaus weitere Gutachten in Zusammenhang mit dem EVS vergeben? Darauf kam folgende Antwort: "Das Umweltministerium hat über die in der Drucksache 12/695 angegebenen Gutachten hinaus keine weiteren Gutachten in Zusammenhang mit dem EVS vergeben. Die Rechtsanwälte Frau Dr. Mühl-Jäckel und Herr Dr. Sondermann wurden am 23.01.2002 lediglich beauftragt, die Novellierung des EVS-Gesetzes anwaltlich zu begleiten und damit in Zusammenhang stehende Rechtsfragen zu klären." Die Kosten verschweigen Sie uns. Es hat sich mittlerweile herausgestellt, dass dieses Gutachten - es war eben doch eins - 56.000 Euro gekostet hat. Bei Akteneinsicht im Ministerium mussten wir dann allerdings feststellen, dass dieses

Gutachten ein kompletter Gesetzentwurf war inklusive ausführlicher Begründung. Es ist schon beschämend, dass Sie im Ministerium nicht mehr den Sachverstand haben, selbst Gesetzentwürfe abzufassen, und damit Anwaltskanzleien beauftragen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Verschärft wird dieser Sachverhalt noch durch die nebulöse Antwort unter Verschweigen der Kosten, die absolute Krönung. Der eigentliche Skandal aber ist, dass der Gesetzentwurf fast wortgleich von der CDU-Fraktion in dieses Haus eingebracht wurde.

(Abg. Hans (CDU): Weil er gut war. - Weitere Zurufe von der CDU.)

Uns haben Sie dieses Gutachten verschwiegen. Die Regierung hat es Ihnen zur Verfügung gestellt, und Sie bringen es dann ins Parlament ein. Sie lassen sich ein Gutachten in Höhe von 56.000 Euro von dieser Landesregierung aus Steuermitteln bezahlen, um Ihre parlamentarische Arbeit hier zu tun.

(Widerspruch von der CDU. - Beifall bei der SPD. - Unruhe.)

Uns werden die Gutachten nicht zur Verfügung gestellt, die CDU-Mehrheitsfraktion bekommt sie. An dieser Stelle zeigt sich eines: Sie behandeln den Staat teilweise schon wie Ihr Eigentum, Sie wissen nicht mehr sauber zu trennen zwischen Staat und Partei. Genau das ist der Kern unseres Vorwurfes.

(Beifall bei der SPD. - Fortdauernd Zurufe von der CDU.)

Vizepräsident Schoenen:

Herr Kollege Commerçon, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Commerçon (SPD):

Wenn ich ausreden darf, bin ich nach drei Sätzen fertig, Herr Präsident. Lassen Sie mich zum Abschluss noch mal zwei Forderungen aus unserem Antrag - -

(Weiterhin Zurufe von der CDU und große Unruhe.)

Vizepräsident Schoenen:

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Kollegen Commerçon, dessen Redezeit zu Ende ist. Bitte beenden Sie Ihre Rede!

Abg. Commerçon (SPD):

Lassen Sie mich noch mal zwei Forderungen aus unserem Antrag herausstellen, die auch Ihnen einleuchten müssten. Erstens fordern wir, dass der Haushalts- und Finanzausschuss in Zukunft regelmäßig über Ausschreibung und Vergabe von Gutachten und Beraterverträgen zu unterrichten ist. Zweitens fordern wir, dass Gutachten, Beraterverträge und Ihre Studien nach Möglichkeit veröffentlicht werden. Entweder sind Gutachten sachlich wertvoll, dann haben alle Anspruch auf ihre Ergebnisse und nicht nur ausgewählte Personen. Oder sie sind nicht wertvoll, dann würden sie besser gar nicht erst vergeben. Tertium non datur! - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Schoenen:

Das Wort hat Wirtschaftsminister Dr. Hanspeter Georgi. Er hat vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Minister Dr. Georgi:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Vorwürfen bezogen auf Projekte des Wirtschaftsministeriums Stellung nehmen und sage vorab an Ihre Adresse, Frau Abgeordnete Lawall: Schlecht recherchiert, Fakten verfälscht, Zeiträume willkürlich zusammengelegt. An Hand einiger Beispiele werde ich mein Fazit auch begründen.

Zunächst zum Haus der Wirtschaftsförderung. Als es 1995 um die Frage ging, ob man das Haus des Wirtschaftsministeriums und des Umweltministeriums, im Volksmund Blauer Affe genannt, sanieren oder

(Minister Dr. Georgi)

abreißen soll, ist die damalige Landesregierung nach Abwägung von Wirtschaftlichkeitsaspekten zu der Entscheidung gekommen, dass es abgerissen werden soll. Mit gleichem Kabinettsbeschluss ist die damalige Wirtschafts- und Finanzministerin beauftragt worden, die Planungen so weit nach vorne zu treiben, dass Anfang 1997 der Spatenstich für einen Neubau erfolgen kann.

Ich weise zum wiederholten Male darauf hin, dass das Wirtschaftsministerium heute an fünf Standorten arbeitet. Mit dem Neubau werden wir neben dem Ministerium die SIKB, die Tourismus-Zentrale und die Strukturholding Saarland unter ein Dach bringen. Wir machen damit etwas sachlich Notwendiges, etwas Zweckmäßiges und für Saarbrücken stadtentwicklungspolitisch Vernünftiges.

(Abg. Hans (CDU): Und konjunkturell vernünftig.)

Die Worte "konjunkturell vernünftig" passen auch wunderbar in diesen Zusammenhang. Wir tun das jetzt also, und Sie versuchen krampfhaft - weil Sie sich darüber ärgern, es nicht selbst zu Stande gebracht zu haben -, Haare in der Suppe zu finden. Deshalb sprechen Sie in Presseerklärungen davon - heute haben Sie es wörtlich wiederholt -, dass das Wirtschaftsministerium ominöse Beraterverträge in Auftrag gegeben habe mit einem Volumen von 606.000 Euro. Das Einzige, was an Ihren Behauptungen zutreffend ist, ist die Summe von 606.000 Euro. Sie setzt sich aus mehreren Teilsummen zusammen. Sie haben falsch recherchiert, obwohl Ihnen die Unterlagen genauso zur Verfügung stehen wie mir auch.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Sie haben keinen Beratervertrag entdeckt, Sie haben auch kein Gutachten entdeckt. Was die 606.000 Euro in der Summe ausmacht, sind Geschäftsbesorgungsverträge der Landesregierung, von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium mit Gekoba. Die finanzpolitische Sprecherin in einem Landtag, auch im saarländischen Landtag, sollte wissen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Beratervertrag, Gutachten und Geschäftsbesorgung. Wenn Sie von dieser Summe von rund 600.000 Euro, Frau Lawall, 100.000 Euro abziehen für unseren Auftrag auszurechnen, ob das Projekt, wie es von der Jury entschieden worden ist - -

(Zuruf von der SPD.)

Aber es hat kein Dach. Es ist ein Atriumgebäude mit einem wunderschönen, großen Innenhof, aber es hat kein Dach.

(Abg. Lang (SPD): Ein Haus ohne Dach? - Heiterkeit bei der SPD.)

Herr Armin Lang, Sie kommen doch nun oft genug in Deutschland rum. Ich sehe Sie doch auch ab und zu im Flugzeug, wenn wir gemeinsam nach Berlin fliegen. Haben Sie noch nie ein Atriumgebäude gesehen? Atriumgebäude sind doch normalerweise - -

(Sprechen und Unruhe bei der SPD.)

Machen Sie sich doch selbst nicht lächerlich. Ich wiederhole noch einmal. Dieses Haus der Wirtschaftsförderung ist von der Jury unter elf Projekten ausgewählt worden. Jetzt habe ich natürlich auch gesagt, man muss schon überlegen, ob man unter Nutzung von Solarenergie und erneuerbaren Energien dort noch eine Konstruktion wählen kann, damit der Nutzwert des Gebäudes dadurch steigt. Dann ist es eben kein Atrium mehr, sondern dann wird es überdacht. Herr Gillo, das spricht sicherlich Ihr Herz und Ihre Seele an, wenn man daran denkt, auch erneuerbare Energien zu nutzen.

(Sprechen und Unruhe bei der SPD.)

Dieses Gutachten hat rund 100.000 Euro gekostet. Ziehen Sie dies von den 606.000 Euro ab. Es ist selbstverständlich, dass die Mieter und wir alle Varianten erstellen, um es insgesamt zu optimieren. Ich kenne das aus meiner früheren Tätigkeit, als das Haus der Wirtschaft zusammen mit dem BDI, Deutscher Industrie- und Handelskammer und BDA in Berlin gebaut worden ist. Das war auch ein Investorenprojekt. Selbstverständlich haben die künftigen Mieter, die einen

langfristigen Mietvertrag abschließen, noch bestimmte Problemstellungen zu lösen, zum Beispiel die Optimierung der Raumbedürfnisse der einzelnen Mieter. Selbstverständlich ist das nicht Aufgabe des Investors. Das ist Aufgabe von uns. Weil das GEKOB selbst nicht leisten konnte und weil das heute mit modernsten IT-Tools geschieht, hat man das an incopa vergeben. Das sind rund 188.000 Euro.

Ziehen Sie einmal die 100.000 und die 188.000 ab, dann kommen Sie rund auf 300.000. Ich rechne das jetzt über den Daumen. Es bleiben 300.000 Euro für bestimmte Teilaufträge übrig, die wir zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegeben haben. Frau Lawall, Sie haben sicherlich richtig recherchiert. Das sind insgesamt sieben Teilaufträge zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewesen. Wenn man diese 300.000 Euro auf das Investitionsvolumen bezieht, dann kommen Sie auf einen Prozentsatz von zirka einem Prozent.

(Sprechen und Unruhe bei der SPD.)

Jetzt zur Relation. Ich wollte mich auf dieses Niveau, auf das Frau Lawall einen zu zwingen versucht, überhaupt nicht begeben. Deswegen habe ich meinem Haus auch nicht den Auftrag gegeben, alles, was vor 1999 war, genau zu recherchieren. Aber durch Zufall habe ich etwas erfahren. Ich beschäftige mich seit über drei Jahren intensiv mit der Frage, wie muss ich die SIKB - die Saarländische Investitions- und Kreditbank - weiterentwickeln, damit sie angesichts der veränderten Herausforderungen für die mittelständische Wirtschaft eine ordentliche öffentliche Mittelstandsbank ist. Ich habe eine bestimmte Konzeption entwickelt. Irgendwann habe ich die verantwortlichen Mitarbeiter meines Hauses zu einem Gespräch gebeten und habe gesagt, so stelle ich mir vor, die SIKB neu zu ordnen, zum einen, was die Vorstandsetage, zum anderen, was das Portfolio der SIKB angeht. Da sagte auf einmal ein Mitarbeiter zu mir: Herr Dr. Georgi, zu dem, was Sie vorhaben, habe ich ein Gutachten in der Schublade, das die damalige Finanzministerin Krajewski 1997 oder 1998 vergeben hat. Ich sage jetzt keinen Namen, um dieses Unternehmen zu schützen. Herr Commerçon, ich kann Ihnen diesen Namen unter vier Augen oder dem Wirtschaftsausschuss sagen. Das Gutachten hat sage und schreibe rund 250.000 Euro gekostet.

(Abg. Toscani (CDU): Skandal!)

250.000 Euro für ein Konzept für eine kleine Bank. Das ist ja keine große, sondern nur eine kleine Bank. Es hat in der Schublade gelegen und überhaupt keine Nutzenanwendung gefunden. Es ist dort vergilbt. Ich habe mich selbst aufgrund großen Engagements diesen Fragestellungen gewidmet und habe ein Konzept entwickelt. Siehe da: Der Mitarbeiter hat es aus der Schublade geholt. Ich sage noch einmal, Frau Lawall, weil ich mich nicht auf dieses Niveau, das Sie hier kultivieren, begeben möchte, habe ich keinen Auftrag nach innen gegeben, weiter zu suchen, weil es uns wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch nicht weiterbringt. Das ist eine Schlammschlacht in ungeheuerem Maß, die Sie machen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben das zur eigenen Sicherheit auch in meiner früheren beruflichen Tätigkeit gemacht. Das Gebäude der IHK nebenan stand auch vor der Fragestellung: sanieren oder abreißen. Die IHK hat sich damals durchgerungen zu sanieren. Wir haben bestimmte Aufträge und so weiter vergeben, wie das normales Geschäft ist. Dann habe ich aber zusätzlich neben den Verwaltungsmitarbeitern meines Hauses einen externen Projektsteuerer engagiert. Ähnlich hat sich die Landesregierung jetzt auch verhalten, indem wir neben dem, was wir selbst tun können, eine Arbeitsgemeinschaft der Projektsteuerer beauftragt haben, uns zu beraten und auch die einzelnen Rechnungen, die zum Beispiel von GEKOB eingereicht worden sind, im Rahmen der Geschäftsbesorgung zu überprüfen.

Es handelt sich bei den Aufträgen, die Sie ja kennen, um Geschäftsbesorgungsaufträge. Ich sage es noch einmal: Es war kein einheitlicher Auftrag, sondern es war eine Summe von Geschäftsbesorgungsaufträgen, bei denen sich zusätzliche Aufgabenstellungen ergeben, je eher das Gebäude bezugsreif ist. Die Arbeits-

(Minister Dr. Georgi)

Gemeinschaft der Projektsteuerer sagt wortwörtlich in ihrem Schreiben vom 11.12.2003: "Es handelt sich hierbei um zusätzliche Aufgaben, die durch die GEKOPA aufgrund der gegenüber der Ausschreibung geänderten Rahmenbedingungen in der zurückliegenden Zeit erbracht worden sind und die nach unserer Auffassung nicht zu den originären Leistungen eines Projektentwicklers gehören."

Die Arbeitsgemeinschaft der Projektsteuerer formuliert weiter: "Die Geschäftsführung der GEKOPA erläuterte uns die sich aus den Aufträgen ergebenden einzelnen Leistungspakete, welche die GEKOPA für sie erbracht hat und stellte uns die Ergebnisse vor: Eine Vielzahl von Nutzungsvarianten und Raumprogrammen, Studien zu nutzungsspezifischen Funktionen der Mieteinheiten, wirtschaftliche Ausarbeitungen, Imagebroschüren, Bildtafeln, Präsentationskonzepte und -modelle, Untersuchungen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zur Atriumüberdachung und schließlich die planerische Umsetzung der Konzepte in Entwurfszeichnungen des Architekturbüros incopa." So weit ein Zitat aus diesem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Projektsteuerer.

Eines der Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft in der Landeshauptstadt Saarbrücken - auch im Städtebaubeirat, eine sehr bekannte Persönlichkeit - hat mich gestern aufgesucht und ist enttäuscht darüber, dass er den Vorwurf hier aus dem Hohen Haus von Frau Lawall erhalten habe, er würde mauscheln. Das ist für ihn Rufmord. Er überlegt sich entsprechende Schritte.

(Unruhe bei der SPD.)

So weit zum Haus der Wirtschaft. Ich könnte jetzt auf jede einzelne Position eingehen, aber aufgrund der Zeit schenke ich mir das. Das zweite, Frau Lawall - -

(Abg. Hans (CDU): Ehrabschneidung.)

Ich sage noch einmal: Sie haben schlecht recherchiert. Sie haben Fakten und Zeiträume verfälscht. Es gab den Vorwurf, das Wirtschaftsministerium hätte zum selben Inhalt zeitgleich ein Gutachten vergeben, und die Staatskanzlei - so haben Sie eben hier formuliert; ich habe es mir wortwörtlich mitgeschrieben - hätte parallel zum selben Inhalt ein Gutachten an die IDS Scheer vergeben. Ich sage Ihnen etwas zu dem Gutachten, das das Wirtschaftsministerium vergeben hat. Das war im Herbst 2000. Das Gutachten der Staatskanzlei wurde im April 2002 vergeben. Das sind schon einmal zwei Jahre Unterschied.

(Sprechen.)

Was hat uns als Wirtschaftsministerium bewogen, ein Gutachten, welches 79.000 Euro gekostet hat und an das Beratungsunternehmen Mummert & Partner gegangen ist, auszuschreiben? Einer meiner ersten Besuche von Akteuren, die zu meinem Verantwortungsbereich als Wirtschaftsminister gehören, war das damalige Landesamt für Straßenwesen. Frau Lawall, als ich dorthin kam, war das für mich zunächst einmal ein Schockerlebnis. Es wäre einen schönen Deutsch-Aufsatz wert, aber ich schildere jetzt nur ein Ereignis meines Erlebnisses. Ich habe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes, für das damals Herr Maas verantwortlich war, gefragt, wo sie eigentlich ihre PC stehen hätten. Sie haben mich zurückgefragt, was überhaupt ein PC sei, und gesagt, sie hätten so etwas nicht.

(Lachen bei der CDU.)

Daraufhin habe ich sie gefragt, ob sie nicht mit CAD - Computer-Aided Design - arbeiten würden, wie es bei Straßenbauämtern üblich sei. Sie haben mir geantwortet: Wir arbeiten damit nicht; wir lassen damit arbeiten. Auf meine Frage, wo das sei, sagten sie, bei Ingenieurbüros. Daraufhin habe ich sie gefragt: Wie wollen Sie denn das, was die Ingenieurbüros Ihnen kommunizieren, weiterbearbeiten? - Ich sage Ihnen - und das ist kein Vorwurf an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesstraßenbauamtes, sondern an die damalige Landesregierung -: ein Saustall!

Jetzt komme ich zu den 79.000 Euro. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, an der auch der Personalrat sowie einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des damaligen Landesamtes für Straßenwesen, das heute "Landesbetrieb für Straßenwesen" heißt, beteiligt waren. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir das Landesamt zu einem Landesbetrieb entwickelt, und da haben wir gemeinsam noch viele Aufgaben vor uns. An der Arbeitsgruppe waren auch Mitarbeiter meines Hauses beteiligt. Und jeder in der Wirtschaft und auch jeder in der öffentlichen Verwaltung, Frau Lawall, weiß, dass man dabei einen externen Moderator braucht. Wir hatten also kein Gutachten im eigentlichen Sinn vergeben, sondern ein Beratungsunternehmen ausgewählt, das unsere Arbeitsgruppe mit dem Ziel moderiert hat, aus dem Landesamt einen Landesbetrieb zu machen. Gemessen an dem, was die frühere Landesregierung allein für das SIKB-Gutachten ausgegeben hat - ohne Nutzenanwendung, ohne von den Empfehlungen des Gutachtens, das 250.000 Euro gekostet hat, auch nur eine umzusetzen -, sind die 79.000 Euro für unser Beratungsunternehmen geschenkt. Was wir gemacht haben, war preiswert, und dafür verdienen wir eigentlich Ihr Lob und nicht Ihr krampfhaftes Suchen nach Haaren in der Suppe.

Jetzt zu dem Gutachten an IDS Scheer, das Sie als anrühlich bezeichnen. Frau Lawall, Sie waren ja einmal in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt und sind jetzt hier im Hohen Hause tätig. Mich wundert es, dass Sie den Unterschied - auch im Inhalt - zwischen Aufbau- und Ablauforganisation überhaupt nicht kennen. Die Staatskanzlei und federführend die Stabsstelle für das IT-Innovationszentrum hat ein Gutachten in Richtung Geschäftsprozessoptimierung vergeben. Ich glaube, Frau Lawall, ich brauche in diesem Hohen Haus nicht zu sagen, dass es hier um zwei Paar Stiefel geht, auch zeitlich gesehen. Die Steuerungsgruppe im Wirtschaftsministerium ist im Herbst 2000 gegründet worden. Die Projektgruppe nahm ihre Arbeit im Januar 2001 auf: ihre Ergebnisse und damit ihre Tätigkeit hat sie im September 2001 niedergelegt. Das Gutachten an IDS Scheer - dieses Unternehmen scheint für Sie irgendwie etwas ganz Schlimmes zu sein - -

(Zurufe von der SPD.)

Die Arbeit ist im April 2002 aufgenommen worden. Das heißt: Für das, was Sie in Ihrer Presseerklärung niedergeschrieben und heute wiederholt haben - dass das zeitgleich und inhaltlich dasselbe gewesen sei -, müssen Sie sich entschuldigen. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf, und da bezieht sich Sie der Lüge.

(Beifall bei der CDU.)

Der nächste Vorwurf, EU-Programme. Da dachte ich: Mensch, was haben die in diesem Haus gearbeitet, dass sie mit solchen Dingen jetzt etwas objektiver und souveräner umgehen! Mit der Verordnung Nr. 2064/97 vom 15. Oktober 1997, der so genannten Kontrollverordnung, hat die EU für die Förderperiode 1997 bis 1999 die Durchführung von Systemprüfungen verbindlich vorgeschrieben. Was die Landesregierung diesbezüglich in Auftrag gegeben hat, ist kein freiwilliges Gutachten gewesen. Vielmehr sind die Regionen, die EU-Fördermittel erhalten haben, entsprechend verpflichtet worden. So etwas nennt man Systemprüfungen. Systemprüfungen, wie sie die Kontrollverordnung der EU verlangt, waren in der deutschen Verwaltung vorher nicht üblich, sodass keine Erfahrungen mit dieser Materie vorlagen. Das müssten Sie wissen, Frau Lawall, denn damals waren Sie, wenn ich mich richtig erinnere, Mitglied dieses Hauses. Mit Kräften der eigenen Verwaltung war die Systemprüfung allein schon aus Kapazitätsgründen nicht leistbar. Der vom Ministerium für Wirtschaft angefragte Rechnungshof des Saarlandes sah sich auf Grund der Verpflichtung, seinen eigenen Prüfplan zu erfüllen, ebenfalls nicht in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Also blieb nichts anderes als Fremdvergabe übrig. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, wurde der Auftrag beschränkt ausgeschrieben. Ich glaube, Frau Lawall, Sie haben sogar meinen diesbezüglichen Vermerk.

(Lachen bei der CDU.)

(Minister Dr. Georgi)

Arthur Andersen war die Adresse, die damals mit Systemprüfungen schon etwas Erfahrung hatte. Der Auftrag umfasste seinerzeit ein Volumen unter 200.000 Euro, und im zeitlichen Ablauf haben sich halt zusätzliche Aufgabenstellungen ergeben. Wenn wir das Ganze noch einmal ausgeschrieben hätten, hätte dies zu einer Verzögerung sowie dazu geführt, dass wir bestimmte Gelder gefährdet hätten, die wir von der Europäischen Union bekommen haben. Ich erspare mir jetzt die Details, weil sie zahlreich sind, aber ich bin gern bereit, Frau Lawall, Sie im Wirtschaftsausschuss über den Sachverhalt ausführlich aufzuklären, obwohl Sie ihn kennen müssten.

(Beifall bei der CDU. - Zuruf von der SPD.)

Jetzt kommt an sich der dickste Hammer, nämlich der Vorwurf, der sich auf das Gutachten zur Gemeindefinanzreform bezieht. Ich habe hier in diesem Hohen Hause im Jahr 2000 darüber berichtet. Das Gutachten ist im Jahr 2000 vergeben worden. Frau Lawall, Sie sagen einfach, es sei nach Einsetzung der Eichel-Kommission vergeben worden. Das haben Sie vorhin noch einmal behauptet, und Sie haben es auch verschriftet.

(Widerspruch der Abgeordneten Lawall (SPD).)

Das Gutachten ist im August 2000 vergeben worden und diente dazu, uns als Landesregierung für das Thema "Ersatz der Gewerbesteuer durch eine andere kommunale Abgabe" fit zu machen. Mit 27.000 Euro ist es sehr, sehr preiswert gewesen. Auf seiner Grundlage habe ich damals in die Wirtschaftsministerkonferenz einen Beschlussvorschlag eingebracht, und die Wirtschaftsminister haben auf ihrer Konferenz am 22. und 23. November 2001 - darüber hatte ich hier berichtet; Sie werden sich erinnern; ich hatte über das Gutachten und auch über die Beschlusslage der Wirtschaftsministerkonferenz berichtet - den Vorschlag des saarländischen Wirtschaftsministers einstimmig angenommen. Daraufhin ist dann die Eichel-Kommission gebildet worden. Und trotz mehrmaligen Verlangens, neben den Finanz- und den Innenministern der Länder auch die Wirtschaftsminister in diese Kommission zu berufen, weil es eben nicht nur um eine finanz- oder kommunalpolitische Aufgabenstellung geht, sondern weil man auch wirtschaftspolitische Aspekte in die Arbeit der Kommission einbringen muss, hat Herr Eichel dieses Begehren abgelehnt. Allerdings hat die Arbeitsgruppe "Kommunalsteuern" der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen, wie sie in der Langfassung hieß, das Gutachten bei uns angefordert. Ich sage nur: Leider haben die Argumente dieses Gutachtens Herrn Eichel wohl nicht überzeugt. Er hat mehr Kraft darauf verwendet, sie abzuwehren, als darauf, das, was der Sachverständigenrat, die Bundesbank und andere empfehlen, umzusetzen. Deswegen haben wir heute auch auf der kommunalen Ebene große Probleme. Hätte Herr Eichel die Gemeindefinanzreform umgesetzt, ginge es nicht nur den Kommunen besser; es ginge Deutschland insgesamt wachstums- und beschäftigungspolitisch besser, aber zur Umsetzung hat Herrn Eichel die Kraft gefehlt.

So weit meine Erläuterungen zu Ihren Vorwürfen. Ich bitte Sie in meinem und auch im Namen der betroffenen Bauwirtschaft, sich zumindest zu entschuldigen.

(Anhaltender starker Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Schoenen:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1175 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1175 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu den Punkten 9 und 13 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Situation der Kinder und Jugendlichen im Saarland verbessern - Konsequenzen aus dem 2. saarländischen Kinder- und Jugendbericht ziehen (Drucksache 12/1176),

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit konsequent weiterentwickeln (Drucksache 12/1184).

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordnete Petra Scherer das Wort.

Abg. Scherer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Unbequeme Studie" - so betitelt SR-Online einen Bericht über den 2. Kinder- und Jugendbericht für das Saarland, den die Landesregierung im Mai dieses Jahres dem saarländischen Landtag vorgelegt hat. In der Tat weist der Bericht, der sich als Schwerpunktthema mit dem Übergang zwischen Schule und Beruf beschäftigt, eine Reihe von Schwächen sowohl in der Bildungspolitik als auch in der Kinder- und Jugendpolitik der CDU-Landesregierung aus. Rechtliche Grundlage für den Kinder- und Jugendbericht ist § 24 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes AG KJHG. Dort steht geschrieben: "Die Landesregierung legt dem Landtag zur Mitte der Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht vor." Weiter unten heißt es dann: "Die Landesregierung beauftragt mit der Ausarbeitung der Berichte jeweils eine Kommission, der bis zu sieben Sachverständige (Kinder- und Jugendberichtscommission) angehören. Die Landesregierung fügt eine Stellungnahme mit den von ihr für notwendig erachteten Folgerungen bei." - So weit das Gesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich hätte der Bericht schon zur Mitte der Legislaturperiode vorgelegt werden müssen und nicht am Ende. Aber zunächst hatte die Ministerin, Frau Dr. Görner, ein Jahr gebraucht, um überhaupt eine Kommission einzuberufen. Dann benötigte die Landesregierung über ein Jahr, um eine Stellungnahme zum Bericht abzugeben. Denn die Berichtskommission, die den Bericht erstellt hat, hat ihn bereits im Februar 2003 der Landesregierung übergeben. Aber die Landesregierung verzögerte monatelang die Veröffentlichung des Berichts und hat ihn erst auf Druck der SPD-Landtagsfraktion dem Landtag übergeben. Offenbar fürchtete man kurz vor der Landtagswahl die öffentliche Reaktion auf die negative Bilanz des Berichtes.

Den gesetzlichen Vorgaben in § 24 AG KJHG ist die CDU-Landesregierung bis heute nicht nachgekommen. Denn bis heute hat sie dem Parlament nicht dargelegt, welche Folgerungen sie aus dem Bericht zieht. Statt sich inhaltlich mit den Ergebnissen des Berichtes auseinander zu setzen, hat die CDU-Landesregierung eine Diffamierungskampagne gegenüber der Berichtskommission gestartet. Das ist ein ganz schlechter politischer Stil und ein peinlicher Versuch, von den aufgedeckten Versäumnissen ihrer gescheiterten Politik abzulenken.

(Beifall von der SPD.)

Die Berichtskommission setzte sich aus anerkannten Wissenschaftlern und Experten der Jugendhilfe zusammen und wurde übrigens von der Landesregierung selbst berufen. "Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los", heißt es ja so schön in Goethes Zauberlehrling.

(Sprechen bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, in den Stellungnahmen, die das Sozial- und das Bildungsministerium abgegeben haben, wirft die Landesregierung der Berichtskommission ideologische Voreingenommenheit und mangelnde wissenschaftliche Sorgfalt vor, sowie das Thema verfehlt beziehungsweise einen eigenen Schwerpunkt gesetzt zu haben. Lassen Sie mich dazu etwas ausführen: In schulmeisterhafter Manier versucht Staatssekretär Lang in seiner Stellungnahme, Fehler in den Statistiken und Zahlen zu finden. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Ministerium seine eigenen Zahlen anzweifelt, nämlich die des Statistischen Landesamtes. Zudem muss man bedenken, dass die Kommission die Statistiken benutzt hat, die zum damaligen Zeitpunkt, als die Kommission ihre Arbeit begonnen hat, vorlagen.

Aber Ihre Kritik ändert auch nichts an den Kernaussagen des Berichtes. Denn der Bericht stützt sich nicht nur auf die Auswertung

(Abg. Scherer)

von Literatur, Dokumenten und besagten Statistiken, sondern - und das steht im Vorwort des Berichtes - auch auf die Hearings, die die Kommission durchgeführt hat. Auch die Ergebnisse dieser Anhörungen sind in den Bericht eingeflossen. Die Kommission hat in den Bericht also das eingearbeitet, was in den Hearings von den angehörten Experten berichtet wurde.

Wie bereits erwähnt, lag der Bericht über ein Jahr im Ministerium - -

(Lautes Sprechen bei der CDU.)

Herr Präsident, können Sie vielleicht einmal die Abgeordneten der CDU darauf aufmerksam machen, dass Herr Schreier eine Benimm-Kampagne für Schülerinnen und Schüler gestartet hat.

Vizepräsident Schoenen:

Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit für die Kollegin Scherer. - Herr Kollege Vogtel, ich bitte Sie.

(Abg. Schreier (CDU): Sie müssen interessanter reden. - Zuruf von der SPD: Das muss gerade der sagen.)

Abg. Scherer (SPD):

Wie bereits erwähnt, lag der Bericht über ein Jahr im Ministerium. Die Kommission hat angeboten, den Bericht mit der Landesregierung zu diskutieren. Das wurde abgelehnt. Sie hätten also genug Zeit und Möglichkeiten gehabt, eventuell Zahlen zu korrigieren beziehungsweise entsprechendes Material nachzuliefern. Wenn man hier jemandem Versäumnisse vorwerfen kann, dann doch wohl der Landesregierung selbst.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte auf eines ausdrücklich hinweisen. Es ist der Bericht der Landesregierung, den sie dem Landtag vorlegt, und nicht der Bericht der Kommission. Dies steht ausdrücklich im Gesetz, das ich Ihnen eben zitiert habe. Ein weiterer Vorwurf, den man der Kommission von Seiten der CDU-Landtagsfraktion macht, ist, dass der Bericht das Thema verfehlt habe. Zum einen mache ich darauf aufmerksam, dass bei der Erstellung des Berichtes auch Vertreter aus den Ministerien mit am Tisch saßen. Da stellt sich natürlich die Frage, warum von Seiten der Landesregierung nicht rechtzeitig interveniert wurde. Vertreter der Ministerien waren bei den Sitzungen dabei, sie haben die Protokolle erhalten und hätten damit die Möglichkeit gehabt, frühzeitig Kritik zu üben und Einfluss zu nehmen. Ich frage mich, warum sie das nicht getan haben.

Übrigens hatte ich die Landesregierung in der Ausschusssitzung gebeten, uns die Protokolle und den Schriftwechsel, die es zwischen der Kommission und der Landesregierung gegeben hat, zur Verfügung zu stellen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Da fragen wir uns natürlich schon, warum uns die Landesregierung diese Informationen vorenthält.

Meine Damen und Herren, ich bin im Übrigen der Auffassung, dass die Berichtskommission den Schwerpunkt sehr wohl richtig gesetzt hat. Wenn man den Übergang zwischen Schule und Beruf untersucht, muss man ausführlich auf das Bildungssystem eingehen. Denn eine gute Schulbildung ist doch die Grundlage für eine gute berufliche Ausbildung. Frau Dr. Görner, auch wenn Sie vielleicht der Meinung sind, das Thema sei verfehlt worden, dann heißt das doch noch lange nicht, dass die Ergebnisse des Berichtes falsch sind.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Deshalb ist es doch im Interesse der jungen Generation im Saarland, den Bericht ernsthaft zu diskutieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber Sie versuchen mit Ihrer Kritik, von den wirklichen Problemen, die der Bericht offen legt, abzulenken. Dazu ist Ihnen jedes Mittel recht. Ich möchte nun aus einer Stellungnahme von Herrn Professor Hans Leo Krämer, dem Vorsitzenden der Berichtskommission, zur Kritik der Landesregierung zitieren. Es ist eine Stellungnahme, die er uns zur Verfügung gestellt hat. Dort steht: "Die Stellungnahmen offenbaren hier eine weit verbreitete, aber deswegen eine nicht weniger erschreckende Auf-

fassung von der Rolle der Wissenschaft: Sie taugt wohl nur dann, wenn sie lobt, würdigt, schönfärbt, was von der Politik gemacht wird." - Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht sollte die Landesregierung ihre Auffassung von wissenschaftlichem Arbeiten einmal überdenken.

(Beifall von der SPD.)

Auch der Landesjugendhilfeausschuss wird sich in nächster Zeit mit den Inhalten des Berichtes befassen. In der letzten Sitzung wurde bereits ein Beschluss gefasst, aus dem ich zitieren darf: "Der Landesjugendhilfeausschuss fordert eine fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ausführungen im 2. Kinder- und Jugendbericht. Er weist auf die Notwendigkeit hin, sich mit dem vorliegenden Bericht inhaltlich adäquat auseinander zu setzen. Dabei sollten die im Bericht aufgeführten Schlussfolgerungen genutzt werden, die angesprochenen Bereiche kritisch zu durchleuchten und weiterzuentwickeln." So weit ein weiteres Expertengremium in diesem Lande, nämlich der Landesjugendhilfeausschuss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf die wichtigsten Ergebnisse des über 250 Seiten starken Berichtes kurz eingehen und auf die Folgerungen, die man daraus ziehen muss. Der Bericht deckt eine Reihe von Schwächen im saarländischen Bildungssystem auf. Wir haben im Saarland einen weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil an mittleren und höheren Bildungsabschlüssen. Wissenschaftler sprechen gar von struktureller Bildungsarmut im Saarland. Hinzu kommt, dass nahezu 10 Prozent aller jungen Menschen im Saarland die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Auffallend hoch ist auch die Zahl der Klassenwiederholungen schon im Grundschulbereich.

Der Bericht beklagt eine mangelnde Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere im Bildungssystem. Er kritisiert, dass im Saarland die Chancen, die echte Ganztagschulen bieten, nicht genutzt werden. Der 2. Kinder- und Jugendbericht kommt zu dem Ergebnis, dass im Saarland eine schulische Gesamtkonzeption fehlt, um junge Menschen auf die Berufswahl und das spätere Arbeitsleben vorzubereiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ergebnisse kann man nicht einfach außer Acht lassen, frei nach dem Motto: Was uns nicht passt, nehmen wir nicht zur Kenntnis. Die Landesregierung verträgt im Wahljahr offenbar keinerlei Kritik an ihrer Politik, zum Schaden der jungen Menschen hier im Lande.

(Zurufe von der CDU.)

Der Bericht gibt am Ende eine Reihe von Empfehlungen ab und zeigt auf, wo dringender Handlungsbedarf gesehen wird. Ich nenne nur einige Beispiele.

Oberstes Ziel müsse die Sicherung von Schulerfolgen sein, das heißt, eine höhere Quote von mittleren und höheren Bildungsabschlüssen sollte angestrebt werden. Die Zahl derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, muss verringert werden. Über das Thema Ganztagschule haben wir hier schon des Öfteren diskutiert. Ich sage Ihnen dazu nur eines: Unsere Position wurde von der Berichtskommission bestätigt. Wir von der SPD sind beim Thema Ganztagschule auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD.)

Weiteren Handlungsbedarf sieht der Bericht darin, die Arbeitswelt stärker in den Lehrplänen der Schulen zu verankern. Er regt zum Beispiel an, mehr Partnerschaften zwischen Schulen und Beruf ins Leben zu rufen. Auch die Lehrerbildung soll um arbeitsweltbezogene Themen ergänzt werden. Der Bericht bietet zu diesem Thema eine Menge Beispiele und Anregungen an. Sie müssen sie nur nutzen, liebe Landesregierung.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Scherer)

Der Bericht empfiehlt auch, Schule und Jugendhilfe enger miteinander zu vernetzen. Auch das ist keine neue Erkenntnis, sondern eine alte Forderung, die aber endlich in die Tat umgesetzt werden müsste. Das Schoolworker-Programm ist ja ein erster Schritt dazu, der aber bei weitem nicht ausreicht und dem dringend weitere Schritte folgen müssen. Dringenden Handlungsbedarf sieht die Kommission auch darin, Maßnahmen gegen Schulversäumnisse zu ergreifen. Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen.

Zum Thema Schulverweigerer hatte ich vor einiger Zeit eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die kam zurück mit der Auskunft: Das Bildungsministerium könne nicht sagen, wie hoch die Zahl der Schulversäumnisse im Saarland sei, weil man im Saarland darüber keine Zahlen habe. In ihrem Bericht orientiert sich die Kommission an einer Berliner Studie. Dies wird wiederum von Staatssekretär Lang kritisiert. Ich sage Ihnen nur: Statt hier Kritik zu üben, wäre Herr Lang gut beraten gewesen, seine Arbeit im Lande zu tun, die Zahl der Schulversäumnisse zu ermitteln und entsprechende pädagogische Konzepte zu entwickeln.

(Zurufe von der CDU: Och, Petra!)

Schließlich empfiehlt die Kommission die Einrichtung einer dauerhaften Beobachtungsstelle für die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, um eine umfangreiche und vor allen Dingen kontinuierliche Sozialberichterstattung über die Situation junger Menschen im Saarland zu verbessern. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich intensiv mit den Inhalten des Berichtes auseinanderzusetzen und sich die Empfehlungen der Expertenkommission zu Eigen zu machen. Wenn das Expertenwissen nicht genutzt wird, geht das auf Kosten der jungen Menschen im Lande.

Meine Damen und Herren, der vorliegende 2. Kinder- und Jugendbericht für das Saarland ist eine wahre Fundgrube mit Empfehlungen und Anregungen, die alle dazu beitragen, die Situation der jungen Menschen im Saarland zu verbessern. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich intensiv mit den Inhalten des Berichtes auseinanderzusetzen und sich die Empfehlungen der Expertenkommission zu Eigen zu machen. Wenn das Expertenwissen nicht genutzt wird, geht das auf Kosten der jungen Menschen im Lande.

Wir haben eben sehr intensiv über das Thema Gutachtenvergabe diskutiert.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Angesichts der großen Summen, die eben genannt wurden, sind die 53.000 Euro, die der Kinder- und Jugendbericht gekostet hat, eher gering. Aber als finanzschwaches Land können wir es uns nicht leisten, auch nur einen Cent zu verschenken. Wenn die Landesregierung jetzt keine Konsequenzen aus dem Bericht zieht, werden quasi 53.000 Euro einfach in den Papierkorb geworfen. Erklären Sie das bitte einmal dem Steuerzahler, Frau Ministerin. Erklären Sie das vor allem einmal den Jugendverbänden, die bei Ihren Projektanträgen um jeden Euro betteln müssen und dabei des Öfteren leer ausgehen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Stellungnahme zum Bericht zurückzunehmen und sich stattdessen mit den Inhalten des 2. Kinder- und Jugendberichtes auseinander zu setzen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir fordern die Landesregierung auch auf, den Bericht einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und ihn mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen im Lande zu diskutieren. Trauen Sie den Menschen zu, sich ihr eigenes Urteil über den Bericht zu bilden. Stellen Sie sich der Diskussion, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Landesregierung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Wir haben heute Morgen einen gemeinsamen Antrag zur Förderung des Ehrenamtes verabschiedet. Auch die Mitglieder der Berichtskommission, die jetzt

von Seiten der Landesregierung so massiv angegriffen werden, haben ehrenamtlich gearbeitet.

(Abg. Vogtel (CDU): Wie bitte?!)

Da sie von Seiten der Landesregierung wohl keinen Dank erwarten können, möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, allen Mitglieder der Kommission für ihre engagierte Arbeit herzlich zu danken, insbesondere dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Professor Leo Krämer. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Schoenen:

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Frau Kollegin Gisela Rink das Wort.

Abg. Rink (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation unserer Kinder und Jugendlichen in diesem Lande steht heute im Mittelpunkt der Diskussion. Gemäß § 24 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des KJHG vom 09. Juli 1993 legt die Landesregierung dem Parlament einen Kinder- und Jugendbericht vor. Die Kollegin hat schon ausführlich auf die gesetzliche Grundlage hingewiesen.

Wir hatten einen ersten Bericht, und wenn ich jetzt auf die Verfahrensdauer eingehen wollte, verehrte Kollegin, dann müsste ich sagen, dass es beim 1. Kinder- und Jugendbericht auch sehr lange gedauert hat. Mitte der Legislaturperiode war nicht einzuhalten. Die Stellungnahme der Landesregierung hat lange auf sich warten lassen und im März 1999 hatten wir im saarländischen Landtag ein Kolloquium, in dem dieser 1. Kinder- und Jugendbericht ausführlich erörtert wurde.

Vom Verfahren her könnte ich mich also in die Unterlagen der vergangenen Legislaturperiode vertiefen. Aber ich sage ganz ehrlich, dass ich dazu keine Lust habe. Mir ist es viel wichtiger, darüber zu diskutieren, wie die Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande ist.

Wir hatten zur Erstellung des Kinder- und Jugendberichtes eine Kommission eingesetzt. Die sollte zum einen die Daten des ersten Berichtes aktualisieren und fortschreiben, die sollte aber auch ein Schwerpunktthema bearbeiten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, es herrschte im Ausschuss eine große Einigkeit, dass dieses Thema, nämlich die Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf, eine sehr hohe Bedeutung hat. Darüber waren wir uns alle einig. Der Wandel der Arbeitswelt und die daraus resultierenden Anforderungen an die Jugendlichen sollten analysiert und daraus sollten Empfehlungen entwickelt werden, um den Jugendlichen einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben zu ermöglichen. Wie gesagt, wir waren uns darüber einig und wir waren uns vor allen Dingen darüber einig, dass diese Maßnahmen eine große Dringlichkeit haben.

Jetzt muss ich aber eines sagen: Die Kommission stellte dieses zentrale Thema einfach zurück und entschloss sich, das allgemeine Schulsystem und die darin praktizierte Berufsorientierung zu behandeln. Ich muss schon sagen: Dieses Vorgehen verwundert mich natürlich sehr und ich weiß nicht, ob es bundesweit ein solches Vorgehen überhaupt noch einmal gibt. Ich halte es insbesondere für äußerst bedauerlich, dass dadurch eine große Chance vertan wurde, vor allem da die dringend notwendige wissenschaftliche Untersuchung der Schnittstelle Schule/Beruf unterblieben ist und der Bericht zu dieser Problemstelle keinerlei Erkenntnisse bringt. Frau Kollegin, Sie haben ja gemeint, es gäbe Erkenntnisse in diesem Bericht. Ich habe sie gesucht.

(Zuruf von der SPD.)

Selbstverständlich habe ich diesen Bericht gelesen. - Stattdessen haben wir heute einen Bericht vorliegen, der weder neue Daten noch neue Entwicklungen und Veränderungen seit 1999 berücksichtigt. Ich frage mich jetzt: Wie soll ich aus einem solchen Bericht

(Abg. Rink)

Konsequenzen ableiten? Wie soll ich da einen Forderungskatalog erstellen, wenn keine fundierte Grundlage da ist?

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie jetzt sagen, das ist eine unbequeme Studie, dann muss ich sagen, wenn es eine Studie wäre und sie wäre un bequem, dann könnten wir uns ja damit beschäftigen. Aber es ist keine Studie! Und wenn Sie sagen, was uns nicht passt, nehmen wir nicht zur Kenntnis, dann muss ich Ihnen sagen, wenn ich in den Bericht schaue, dann habe ich auch das Gefühl, Veränderungen, die der Kommission nicht gepasst haben, hat die Kommission nicht zur Kenntnis genommen. Und insofern kann ich den Ball zurückwerfen.

(Beifall bei der CDU.)

Und wenn Sie sagen, die Kommission hat ehrenamtlich gearbeitet, dann frage ich mich natürlich, wo sind die 52.800 Euro geblieben? Sie können mir doch nicht - -

(Abg. Scherer (SPD): Für die Geschäftsstelle!)

Für die Geschäftsstelle? Aber Frau Kollegin, die Geschäftsstelle war beim Ministerium angesiedelt. Ich denke, konkreter kann die Ministerin darauf antworten. Aber wenn Ehrenamtlichkeit heute mit 52.800 Euro finanziert wird, dann wären wahrscheinlich viele im Land lieber ehrenamtlich tätig als in der wirklichen Arbeitswelt beschäftigt.

(Beifall bei der CDU.)

Nun kommen wir zum Bericht selbst. Der Bericht ist in vielen Bereichen einfach überholt. Jetzt gibt es etwas Aufregung bei der SPD. Es tut mir Leid, das betrifft die Äußerungen der Kollegin und ich denke, es ist meine Aufgabe, auf Äußerungen der Kollegin einzugehen, um das klarzustellen. - Der Bericht ist in vielen Bereichen überholt. Veränderungen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik werden einfach nicht wahrgenommen. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, da werden auch Sie mir zustimmen, wir hatten gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik und auch im Bereich der Bildungspolitik keinen Stillstand. Nein, in keinsten Weise. Hier sind sehr viele Veränderungen durchgeführt worden. Es gibt eine lange Liste von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen im Land beigetragen haben. Wir haben in unserem Antrag nur einige aufgelistet. Und ich erhebe wirklich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit bei dieser Aufzählung. Lassen Sie mich jetzt nur einige Punkte ansprechen; zum einen, weil ich meine Redezeit einhalten will, zum anderen aber auch angesichts der schon etwas fortgeschrittenen Tageszeit.

(Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Natürlich gibt es für die heutige Plenarsitzung eine Redezeitvereinbarung, Herr Kollege. Kommen wir nun zu dem, was sich hier im Land im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik verändert hat - oftmals gegen Ihren Widerstand. Ich beginne im Bereich der Vorschulpolitik. Wir haben seit 1999 den Bereich Kindertagesbetreuung ins Bildungsministerium verlagert, weil wir den Bildungsauftrag des Kindergartens erkannt haben. Auch dort haben wir eine Vorreiterrolle. Mittlerweile sind uns in diesem Bereich acht Bundesländer gefolgt. Wir haben die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr - auch gegen den Widerstand der SPD-Opposition eingeführt. Ich habe vor kurzem gelesen, dass es auch heute noch ein Mitglied des Kompetenzteams gibt, das diese Dinge in Frage stellt und sagt, Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr brauchen wir nicht. Das heißt, hier sind Sie immer noch in der Bewegung von früher und sagen, das brauchen wir alles nicht. Sie haben aber bis heute noch nicht ausdrücklich gesagt, dass Sie, wenn Sie hier im Land irgendwann wieder Verantwortung tragen sollten, das wieder zurückführen würden und das wieder verändern würden. Diese Aussage treffen Sie nicht.

Wir haben mit dieser Beitragsfreiheit auch Erfolge zu verzeichnen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den weder die Kommission noch Sie in Ihren Ausführungen berücksichtigen. Was ist der Er-

folg dieser Beitragsfreiheit? Zum einen, dass die Familien entlastet werden. Das ist völlig klar. Ich sehe aber noch einen weiteren Beitrag. Das ist nämlich ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit. Im Saarland besuchen nach der Abschaffung des Elternbeitrages im letzten Kindergartenjahr faktisch alle Kinder den Kindergarten. Herr Kollege. Vorher waren es weniger. Ich nenne Ihnen jetzt gleich die Zahlen. Ihnen kommt es doch immer so auf den Bereich der benachteiligten Kinder und Jugendlichen an. Wir haben bei Kindern mit Migrationshintergrund einen wesentlich besseren Besuch im Kindergarten. Waren es 1999 noch 10 Prozent der ausländischen Kinder, die keinen Kindergarten besucht haben, sind wir mittlerweile bei 5 Prozent. Das nenne ich einen wesentlichen Erfolg, denn hier beginnt der Start ins Schulleben und hier werden schon die Weichen gestellt.

(Beifall bei der CDU.)

Gehen wir weiter in den Bereich der Kindertagesbetreuung. Wir haben eine qualitative Verbesserung. Wir haben vor allen Dingen eine wesentliche Verbesserung im Ausbau des Angebotes im Bereich Kindertagesbetreuung. Aber, wenn ich den Kinder- und Jugendbericht aufschlage und dann sehe, dass die Kommission auf Zahlenmaterial aus dem Jahr 1998 zurückgreift, dann frage ich mich wirklich, was soll ich mit diesem Bericht, und welche Konsequenzen soll ich daraus ziehen? Sie wissen das genau, schauen Sie doch in die Unterlagen. Es wurden die Daten des Statistischen Landesamtes genommen, basierend auf 1998. Das bedeutet, man hat hier bewusst Veränderungen nicht wahrgenommen. Anders kann ich es nicht ausdrücken. Auch die Qualitätsverbesserungen im Kindergartenbereich wurden nicht wahrgenommen. Es gab eine qualitative Verbesserung. Trotz zurückgehender Kinderzahlen haben wir eine Verstärkung der Mitarbeiter und eine qualitative Verbesserung.

(Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Entschuldigung, Herr Kollege, lassen Sie mich bitte meine Reihenfolge fortführen. Der Übergang Schule und Beruf kommt ganz sicher.

(Abg. Lang (SPD): Ich wollte Sie nur an den Tagesordnungspunkt erinnern!)

Entschuldigen Sie bitte, das war ein Bereich, der im Kinder- und Jugendbericht einen breiten Raum eingenommen hat. Vielleicht haben Sie ihn nicht gelesen, Herr Kollege Lang. Ich habe mich auch gewundert, wieso der Kindergartenbereich einen so breiten Raum einnimmt. Aber genau das ist doch das Problem, über das wir hier reden. Wir sollten einen anderen Bericht bekommen über eine ganz andere Fragestellung. Und was haben wir? Einen Bericht über das gesamte Bildungssystem, einbezogen den Kindergarten, was ich noch ganz in Ordnung finde, aber einbezogen einen Kindergarten, in dem man keinerlei Veränderungen in diesem Bereich wahrgenommen hat. Und gerade hier wurden von der CDU-Landesregierung wesentliche Weichenstellungen und Qualitätsverbesserungen vorgenommen, aber die werden einfach ignoriert.

(Beifall bei der CDU.)

Ich nenne Ihnen auch Zahlen. Ganztagsplätze, auch ein Bereich, der im Kinder- und Jugendbericht einen breiten Raum einnimmt. Wir haben hier eine Verbesserung von 44 Prozent, aber diese Zahlen finden wir nicht. Da frage ich mich, warum sollen wir jetzt aus diesem Bericht, mit dieser Datengrundlage, Konsequenzen ziehen und irgendwelche Folgerungen ableiten? Kinderkrippenplätze, ein Thema, das im Moment von der SPD so sehr nach vorne geschoben wird. Da haben wir im Saarland seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU eine Verbesserung um 40 Prozent, aber das lesen Sie nirgendwo in diesem Bericht. Bei den Hortplätzen haben wir eine Verbesserung um 64 Prozent. Und wenn ich jetzt die Betreuungsformen an den Grundschulen nehme, dann haben wir dort eine Steigerung um 149 Prozent. Gewiss bedarf es hier noch einiger Anstrengungen. Man kann sich aber diese Leistung der CDU-Landesregierung wirklich ansehen und erkennt, dass wirklich etwas geschehen ist. Wir reden

(Abg. Rink)

nicht nur darüber, vielmehr tut die CDU in diesem Bereich auch etwas. Es gilt, dies bei einer solchen Berichterstattung, bei einem solchen Bericht zu berücksichtigen.

(Beifall von der CDU.)

Ich möchte noch kurz auf einen weiteren Bereich eingehen: die Einführung eines Bildungsprogrammes für vorschulische Einrichtungen. Haben Sie in dem Bericht dazu irgendetwas gelesen?

(Abg. Scherer (SPD): Wann kam das denn?)

Wann kam das? - Entschuldigen Sie bitte, Frau Kollegin,

(Abg. Scherer (SPD): Ja, wann kam das denn?)

in der Umsetzung wurde es jetzt vorgestellt.

(Abg. Scherer (SPD): Ja, wann denn nun? - Abg. Braun (SPD): In der Umsetzung wurde es vorgestellt?)

Moment! Es wurde jetzt - -

(Abg. Braun (SPD): In der Umsetzung wurde es vorgestellt?!)

Entschuldigung, es wurde jetzt vorgestellt. Es wurde aber - -

(Abg. Scherer (SPD): Ja, also. Und die Kommission hat sich am 30. Oktober 2000 konstituiert. Damals gab es das noch nicht. - Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Aber, ich will eines sagen - -

(Zuruf der Abgeordneten Scherer (SPD).)

Das Bildungsprogramm für den Kindergarten wurde schon lange vorbereitet. Sie wissen auch, dass der Arbeitskreis - -

(Abg. Lang (SPD): Geheim!)

Nein, Herr Kollege Lang, es war nicht geheim.

(Abg. Lang (SPD): Ganz geheim! Ganz geheim!)

Wenn man Verbindung zur Praxis hat - und die Kollegin gehört ja auch dem Landesjugendhilfeausschuss an -, dann hätte man wissen müssen, dass es einen Arbeitskreis zur Zukunft der Kindergärten gab. In diesem Arbeitskreis waren Vertreter aus der Praxis. Und in diesem Arbeitskreis wurden diese Dinge vorbesprochen. Sie kennen ja auch den Begriff K 3; auch dies ist sehr umfassend in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Das Bildungsprogramm im saarländischen Kindergarten ist also nicht plötzlich aus dem Hut gezaubert worden, es ist vielmehr sehr gründlich vorbereitet worden.

(Abg. Braun (SPD): Es lag der Kommission während ihrer Arbeit vor?)

Und ich muss Ihnen eines sagen: Es hätte in die Kommission einfließen können. Es wurden doch auch - -

(Abg. Scherer (SPD): Warum haben die Vertreter des Ministeriums das der Kommission denn nicht vorgelegt?)

Frau Kollegin, es wurden doch auch die Fragen seitens der Kommission an die Ministerien gestellt. Die Ministerien haben Stellungnahmen dazu geschrieben, und in diesen Stellungnahmen ist man auf all die Dinge eingegangen, insbesondere auch auf den vorschulischen Bereich. Aber diese Stellungnahmen der Ministerien sind nicht berücksichtigt worden. Wenn Sie darin nachlesen, es steht ja da drin - -

(Abg. Braun (SPD): Kann man uns diese Stellungnahmen einmal zur Verfügung stellen?)

Die Stellungnahmen wurden der Kommission zur Verfügung gestellt!

(Abg. Braun (SPD): Dann kann man sie ja uns auch zur Verfügung stellen. - Ministerin Dr. Görner: Aber sicher!)

Ich denke, das dürfte kein Problem sein. Herr Kollege Braun, das wurde aber im Sozialausschuss - ich glaube, es war in der vergangenen Woche - ausführlich diskutiert.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Das wurde ausdrücklich behandelt, und es wurde ganz klar gesagt, dass die Ministerien - sowohl Bildungs- als auch Sozialministerium - Fragen der Kommission ausführlich beantwortet haben. Aber diese ausführlichen Antworten auf die Fragen der Kommission sind in die Berichterstattung nicht eingeflossen. Und dort war das Thema Bildungsprogramm für den Kindergarten ganz sicher ein Thema.

(Abg. Braun (SPD): Die Stellungnahmen liegen aber schriftlich vor, und wir können Sie kriegen? - Zurufe der Abgeordneten Lang (SPD) und Scherer (SPD).)

Beide Minister haben das jetzt zugesagt; ich denke, das dürfte also kein Problem sein.

Ich möchte noch weitere Dinge ansprechen, die in den vergangenen Jahren durch die CDU-Landesregierung im Bereich der Kinder und Jugendlichen vorgenommen wurden.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Wir haben einen Entwicklungsplan K 3.

(Abg. Braun (SPD): Schule und Beruf!)

Auch K 3 ist ein Thema, das sehr stark zur Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen hier im Land beiträgt. Wir haben eine Verbesserung der Erzieherinnenausbildung vorgenommen. Auch dazu hat die Kommission ja einiges gesagt. Ich würde aber meinen: Hier wurden Weichen gestellt, hier wurden die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Ich denke, es gilt einfach, das zu berücksichtigen.

Ich komme nun ausdrücklich auf Ihren Antrag zu sprechen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Darin steht: „Verbesserung der Bildungsteilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund“. Ich muss sagen: Selbst wenn die Kommission diesbezügliche Veränderungen nicht wahrgenommen hat, so hätte ich doch erwartet, dass Sie diese Veränderungen wahrnehmen und in Ihrem Antrag berücksichtigen.

Hier, Herr Kollege Braun, geht es nun tatsächlich um Dinge, die erst in den späteren Jahren umgesetzt wurden. Ich spreche jetzt ausdrücklich unser Projekt „Früh Deutsch lernen“ an. Die Umsetzung erfolgte im Jahr 2003 und im Jahr 2004. Es war natürlich schon länger in der Planung, insoweit hätte auch die Kommission wissen können, dass hierzu Einiges geplant ist. Wie auch immer - dass Sie in Ihrem Antrag diese Fehler aufschreiben und Veränderungen nicht wahrnehmen, dass Sie vor allem auch in Ihrer Rede hier diese Dinge nicht erwähnen, das verwundert mich doch sehr.

Kinder mit Migrationshintergrund sind ein Problem. Das sehen wir durchaus. Allerdings jammern wir nicht nur, wir klagen nicht nur, wir tun vielmehr etwas! Das Projekt „Früh Deutsch lernen“ kostet uns 500.000 Euro. Das könnten auch Sie wissen, wenn Sie in den Landeshaushalt schauen. Man muss aber sagen, dass diese 500.000 Euro wirklich sehr sinnvoll eingesetzt und investiert sind. Das ist nämlich eine Investition zur Verbesserung der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen im Saarland. Wenn diese Kinder schon bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen und somit dem Unterricht folgen können, haben sie wesentlich bessere Chancen.

(Abg. Rink)

Wir haben uns gestern dieses Projekt „Früh Deutsch lernen“ angeschaut. Ich empfehle auch Ihnen: Schauen Sie sich das vor Ort, in der Praxis an! Sprechen Sie mit den Lehrern und den Erzieherinnen, mit den Fachkräften, die in diesem Projekt mitarbeiten! Die werden Ihnen bestätigen, dass es sich um ein Projekt handelt, durch das die Situation der Kinder und Jugendlichen im Land verbessert werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

Frau Kollegin, Sie haben die Datenerhebung angesprochen. Wir werden eine freiwillige Zusatzbefragung zur kulturellen Herkunft der Kinder in den Kindergärten durchführen. Ich muss aber eines sagen: Datenerhebung ist bestimmt wichtig. Aber die praktische Umsetzung und die Notwendigkeit, Projekte anzusetzen, halte ich für wesentlicher. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir beides tun. Es wird eine freiwillige Zusatzbefragung zur kulturellen Herkunft der Kinder in den Kindergärten geben. Wir beginnen aber auch mit der Umsetzung, wir investieren in diesen Bereich.

Ich erwähne dazu nur noch ganz kurz das Sprachförderprogramm „Hören, lauschen, lernen“, das vielleicht auch Ihnen ein Begriff ist. Auch dieses Förderprogramm stellt mit 140.000 Euro einen beträchtlichen Kostenfaktor dar, aber dieses Geld ist wirklich gut investiert. Auch hierdurch werden Kinder mit Migrationshintergrund in besonderer Weise berücksichtigt. Es geht hier eben um die Möglichkeit, Sprachförderung sowohl für deutsche Kinder als auch für Kinder mit Migrationshintergrund durchzuführen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie melden in Ihrem Antrag Handlungsbedarf an und fordern den „Ausbau qualitativ guter Ganztagsschulangebote“. Hinsichtlich dieser Forderung müssen wir in eine Diskussion eintreten, die wir so schon häufig hier geführt haben. Sie erkennen einfach das hier im Land praktizierte Erfolgsmodell der Freiwilligen Ganztagschule nicht an. Sie nehmen es nicht wahr.

(Beifall von der CDU. - Sprechen bei der SPD.)

Sie nehmen es einfach nicht wahr, Sie ignorieren es.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Herr Kollege Braun, Sie sagen, Sie seien bei klarem Verstand. Ich muss sagen: Die CDU ganz sicher auch! Und die vielen Menschen, die in diesem Projekt arbeiten!

(Abg. Braun (SPD): Ja.)

Und die vielen Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken.

(Abg. Braun (SPD): Ja, die auch.)

Wollen Sie sagen, dass die auch nicht bei klarem Verstand sind?

(Abg. Braun (SPD): Das habe ich ja gar nicht gesagt!)

Ich muss Ihnen sagen: Ich bin viel vor Ort. Ich bewege mich häufig in der Praxis und rede viel mit Eltern, die diese Betreuungsform für ihre Kinder gewählt haben, die sie auch bewusst gewählt haben. Und die sind sehr zufrieden.

(Abg. Scherer (SPD): Die haben doch keine andere Möglichkeit! - Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Die Arbeit, die dort geleistet wird, werde ich jedenfalls nicht schlechtreden. Erst gestern war ich in Völklingen in einer Freiwilligen Ganztagschule. Deren Schulleiter hat mir gesagt, sie arbeiten gut zusammen. Es gibt dort qualifiziertes und geschultes Personal. Sie ignorieren natürlich auch, dass das Kultusministerium für diesen Bereich Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt hat, die auch sehr gut angenommen und besucht wurden.

(Beifall von der CDU.)

Hören Sie endlich auf, Dinge nur schlechtzureden. Schauen Sie sich wirklich erst die Dinge an, und reden Sie erst dann darüber. Ich hielte das für die wirklich sinnvollere Vorgehensweise.

Sie kritisieren die Qualität der Freiwilligen Ganztagschulen. Dabei verkennen Sie wahrscheinlich, dass 500 Lehrerstunden in den Projekten sind. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich halte das für eine tolle Leistung. Die Mittel sind verzehnfacht worden - und auch das ist eine tolle Leistung. Nicht Sie haben das auf den Weg gebracht. Sie haben in diesem Bereich gar nichts fertig gebracht! Das muss ich Ihnen noch einmal deutlich sagen.

(Beifall von der CDU.)

In Ihrem Antrag fordern Sie die „Sicherung von Schulerfolgen mit einer höheren Quote von mittleren und höheren Bildungsabschlüssen“. Für uns, Herr Kollege, ist die Grundschule die wichtigste Schule.

(Abg. Braun (SPD): Man sieht es ja.)

Man sieht es. Ja, man sieht es!

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Denn schrittweise wurde die Stundenzahl in den Grundschulen erhöht. Und daran sieht man es!

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Im Schuljahr 2003/2004 gab es eine Erhöhung von 89 auf 92 Jahreswochenstunden. Im Schuljahr 2004/2005 wird es eine weitere Erhöhung geben, und zwar von 92 auf 95 Jahreswochenstunden. Wir verfolgen das Ziel, dass künftig wieder 100 Jahreswochenstunden in den saarländischen Grundschulen abgeleistet werden.

Wie war es bei Ihnen? Nach 1985 haben Sie gekürzt, und zwar um sieben Stunden, von 96 auf 89 Jahreswochenstunden. Ich brauche Ihnen gewiss nicht vorzurechnen, was jede zusätzliche Unterrichtsstunde in einer Grundschule kostet, nämlich 1 Million Euro! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion: Wir investieren in diesem Bereich! Sie haben in 15 Jahren 1.000 Lehrerstellen abgebaut bei einem Anstieg der Schülerzahl. Wir haben 400 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen bei gleichzeitigem Rückgang der Schülerzahl. Von daher muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie würden in diesem Bereich besser schweigen als ständig nur Forderungen zu stellen und diese Dinge anzuklagen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben die Einführung zentraler Abschlussprüfungen eingefordert. Wir fördern Hauptschulabschlusskurse, auch Schulabschlüsse - das war Ihr Thema. In dem Bericht findet die Förderung von Hauptschulabschlusskursen einfach nicht statt!

(Zuruf der Abgeordneten Scherer (SPD).)

Abschlüsse, die an Schulen für Behinderte erworben werden - für uns ein ganz wichtiger Punkt -, auch der Bereich der Schulen für Behinderte, Sonderschulen, zehntes freiwilliges Schuljahr - das sind alles Themen, die in dem Kinder- und Jugendbericht keine Berücksichtigung finden.

In Ihrem Antrag fordern Sie die stärkere Verankerung der Arbeitswelt in den Lehrplänen der Schulen. Sie nehmen aber auch wiederum nicht zur Kenntnis, was bereits geschehen ist. In Ihrem Redebeitrag habe ich nichts von dem dualisierten Berufsgrundbildungsjahr gehört, nichts von der Produktionsschule, nichts von den Praxisklassen. Das sind alles Projekte, die hier im Saarland in den letzten fünf Jahren entstanden sind, die wirklich zu einer Verbesserung in dem Bereich geführt haben, die aber von Ihnen nicht wahrgenommen, sondern einfach ignoriert werden.

(Abg. Rink)

Der schönste Punkt für mich war, dass Sie in Ihrem Antrag schreiben, Sie fordern eine engere Vernetzung von Schule und Jugendhilfe. - Ist Ihnen das Projekt Schoolworker bekannt?

(Abg. Scherer (SPD): Hätten Sie mir zugehört; ich habe es eben erwähnt. - Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Sie haben es erwähnt! Aber Sie nehmen es nicht zur Kenntnis.

(Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Die Rede ist immer vorbereitet, Herr Kollege Lang. Aber Sie kennen mich, Sie wissen, dass ich so flexibel bin, auf die Wortbeiträge der Kollegin einzugehen, sonst hätte ich nämlich bei weitem nicht diese Rede halten können.

(Mehrere Zurufe. - Sprechen.)

Herr Kollege Lang! Sie hätten vielleicht besser den Kinder- und Jugendbericht gelesen. Wir haben eben gemerkt, dass Sie das vorher nicht getan haben. Sie nehmen einfach Dinge nicht zur Kenntnis, ignorieren sie. Wir haben das Projekt Schoolworker auf den Weg gebracht mit einem Finanzvolumen von zirka 600.000 Euro.

(Abg. Scherer (SPD): Ich habe es positiv erwähnt!)

Im Kinder- und Jugendbericht steht es nicht, Sie aber erwarten dann wiederum, dass wir aus diesem Kinder- und Jugendbericht den Handlungsbedarf erkennen und Forderungen ableiten. Das widerlegt nämlich genau diese Dinge. In den Kinder- und Jugendbericht sind diese Projekte gar nicht eingeflossen. Man hat sie nicht beachtet.

(Zuruf der Abgeordneten Scherer (SPD).)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt erwähnen: die Förderung der Bildungsreferenten bei den Jugendverbänden. Auch das sind alles Dinge, die nicht im Kinder- und Jugendbericht genannt wurden.

(Abg. Lang (SPD): Das ist der Bericht der Landesregierung!)

Das ist zunächst der Bericht der unabhängigen Kommission, Herr Kollege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir auf die sachliche Ebene.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Die sachliche Ebene beginnt, wenn Sie Ihre Zwischenrufe lassen und ich das Wort habe.

Sie finden einige Beispiele, die Ihnen klar belegen, dass diese Landesregierung konsequent den Weg einer erfolgreichen Kinder- und Jugendpolitik beschritten hat. Viele dieser Maßnahmen - ich habe nur einige Beispiele genannt, insbesondere die neuen Entwicklungen - finden in dem Kinder- und Jugendbericht einfach keine Berücksichtigung, in Ihren Reden oftmals auch nicht. Daher sehen wir als CDU-Fraktion auch keine Möglichkeit, irgendwelche Konsequenzen daraus abzuleiten. Wir werden natürlich Ihren Antrag, der ja diese Konsequenzen fordert, ablehnen.

Noch ein Letztes. Sie sagen: "Der Bericht muss veröffentlicht werden." Ich muss Ihnen sagen: Es gibt ihn als Landtagsdrucksache im Internet, es gibt ihn schon länger auf dem Jugendserver. Er ist also schon länger der Öffentlichkeit zugänglich. Ich weiß wirklich nicht, ob wir dieses Werk, das eine falsche Datengrundlage hat, auch noch in 500facher Ausfertigung im Land verschicken müssen. Das Internet ist für mich eine Art der Veröffentlichung, und ich gehe davon aus, für Sie auch.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik konsequent weiterzuentwickeln, das heißt, diesen Weg, den wir beschritten haben, weiterzugehen, eine

Fortschreibung des Kinder- und Jugendberichts auf fundierter Datengrundlage und unter Berücksichtigung der eingeleiteten Maßnahmen und Veränderungen vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu verbessern ist, glaube ich, ein gemeinsames Anliegen. Aber ich habe in aller Deutlichkeit gezeigt, dass hier - insbesondere in den letzten fünf Jahren - viel geschehen ist. Es ist viel auf den Weg gebracht worden. Ich habe bewusst die Dinge, die heute Morgen im Sportbereich schon angesprochen wurden, ausgelassen, um die Rede nicht zu verlängern. Aber auch diese gilt es in der Betrachtung zu berücksichtigen, denn auch im sportlichen Bereich - wie im kulturellen - sind viele Veränderungen gerade im Hinblick auf unsere Kinder und Jugendlichen geschehen.

Wir wollen uns aber als CDU-Fraktion nicht zurücklehnen und sagen: "Es ist alles in Ordnung, es ist alles bestens." Nein! Vielmehr haben wir gemäß dem Motto „Wir fangen schon mal an“ einige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Aber - das sage ich in aller Deutlichkeit - wir sagen auch: "Fortsetzung folgt!" - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsident Schoenen:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Ministerin Dr. Regina Görner. Sie hat vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt.

Ministerin Dr. Görner:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 04. Mai hat die Landesregierung den Bericht der Kommission für den 2. Kinder- und Jugendbericht zusammen mit den Stellungnahmen meines Hauses und des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft dem Landtag zugeleitet. Auf die aus dem Bericht von der Landesregierung abzuleitenden Schlussfolgerungen möchte ich in meinen Ausführungen näher eingehen.

Das Schwerpunktthema - Übergang von der Schule in den Beruf - ist alles andere als beliebig gewählt. Es zielt auf die Gruppe von Jugendlichen, die uns alle mit Blick auf die Zukunftsperspektiven die größten Sorgen macht. Junge Menschen, die den Zugang zum Erwerbsleben nicht oder nur unter großen Anstrengungen schaffen deren Entwicklungschancen in einer immer stärker auf Bildung und Qualifizierung setzenden Wirtschaft dürrig sind, auch dann - das ist wichtig zu wissen -, wenn sich der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entspannt. Vor 20 Jahren, meine Damen und Herren, als erstmals die Ausbildungsnot in unserem Land beklagt wurde, haben viele angenommen, es handle sich lediglich um ein vorübergehendes Phänomen, das sich mit besserer Konjunkturlage in Luft auflösen werde. Inzwischen wissen wir: Das war eine trügerische Hoffnung. Langst zeichnet sich ab, dass mehr und mehr Lehrstellen angeboten werden, die nicht besetzt werden können, während gleichzeitig eine viel zu hohe Zahl von Jugendlichen nicht vermittelt werden kann.

Die wesentliche Aufgabe unseres Bildungssystems ist es, den jungen Menschen die Voraussetzungen mitzugeben, die sie benötigen, um ihren Platz in Gesellschaft und Arbeitswelt zu finden. Für einen Großteil der Jugendlichen gelingt das auch. Aber bei der erheblichen Zahl derjenigen, die nicht oder nur unter großen Mühen ihren Platz im Beschäftigungssystem finden, drängt sich die Frage auf, ob das, was wir den Jugendlichen mit auf den Weg geben, eigentlich ausreicht, um den gewandelten Anforderungen in diesem Beschäftigungssystem entsprechen zu können, ob die Lerninhalte und Kompetenzen, die wir vermitteln, eigentlich die richtigen sind, ob die didaktischen und methodischen Grundüberlegungen stimmen, ob es uns gelingt, die Begabungspotenziale junger Menschen wirklich zu erschließen, oder ob wir mit viel Aufwand unser Ziel verfehlen.

Am Aufwand hat es in der Vergangenheit jedenfalls nicht gefehlt. Für die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen ist von den

(Ministerin Dr. Görner)

verschiedensten Trägern, angefangen von der Bundesagentur für Arbeit über die Sozialhilfeträger, die Kammern und Behörden bis hin zur Berufsschule, eine Fülle von unterschiedlichsten Maßnahmen entwickelt worden. Was davon wirkt, für welche Zielgruppe welche Maßnahme besonders sinnvoll beziehungsweise besonders unsinnig ist, darüber wissen wir leider nur wenig. Entsprechende Untersuchungen galten in der Vergangenheit nicht als wichtig. Man glaubte ja, es mit einem vorübergehenden Phänomen zu tun zu haben.

Heute wissen wir, dass wir dauerhaft den benachteiligten Jugendlichen die richtigen Hilfen an die Hand geben müssen, die ihnen eine Integration in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Diese Hilfen kann man nur bereitstellen, wenn man sich die Veränderungen in der Arbeitswelt ansieht und nach den Konsequenzen fragt, die sich aus diesen Veränderungen für unsere Zielgruppe, und damit auch für die Vermittlung von Lerninhalten und Kompetenzen an diese Zielgruppe, ergeben. Da für die benachteiligten Jugendlichen eine erfolgreiche Integration in das Beschäftigungssystem kaum mit dem Zugang zu akademischen Berufen, wohl aber mit dem Zugang zu Facharbeit verknüpft ist, muss im Mittelpunkt unserer Untersuchung natürlich der Übergang in die Facharbeit stehen, also in die Ausbildung im dualen Berufsbildungssystem oder in vollzeitschulischen Ausbildungen, die eine Einmündung in das Berufssystem erlauben. Liefert das allgemeinbildende Schulsystem dafür die richtigen Voraussetzungen? Sind vor allem die Maßnahmenangebote, die wir für diejenigen vorhalten, die nicht ohne Probleme in Ausbildung und Beruf gelangen, geeignet oder gibt es sinnvollere Konzepte, Methoden und Strukturen? Dazu sollte uns der 2. Kinder- und Jugendbericht Antworten geben und damit eine belastbare Grundlage schaffen für die Ausgestaltung des Bildungs- und Ausbildungssystems in unserem Land.

Wir haben die Kommission so zusammengesetzt, dass sie diese Aufgabe hätte ermöglichen können. Durch die Beteiligung des Bundesinstituts für Berufsbildung und des deutschen Jugendinstituts, bei dem zum Beispiel Vorarbeiten über die Zukunftsfähigkeit von schulischen Berufsausbildungen erbracht worden waren, stand Fachkompetenz zur Verfügung, die auch die Bearbeitung der das Saarland überschreitenden Fragen ermöglichen sollte. Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieses Arbeitsauftrages von unserer Seite waren also gegeben. Zu unserer großen Enttäuschung ist dieser Auftrag aber dennoch nicht umgesetzt, ja nicht einmal in Angriff genommen worden. Frau Scherer hat ja eben das Gegenteil behauptet, sie meint, der Auftrag sei umgesetzt. In diesem Zusammenhang finde ich interessant, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion eben die Bemühungen der Frau Abgeordneten Rink, genau auf die Punkte einzugehen, die tatsächlich im Mittelpunkt des faktisch vorliegenden Berichts der Kommission stehen, als "Thema verfehlt" gekennzeichnet wurden. Ich kann damit feststellen, dass auch in den Reihen der SPD-Fraktion der Eindruck besteht, dass offensichtlich die Themen wie Kindergärten oder hochschulische Ausbildung nicht unbedingt diejenigen sind, die in diesem Bereich thematisiert werden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, im Vorwort des Berichts hat der Leiter der Kommission deutlich gemacht, dass er beschlossen habe, "das allgemeine Schulsystem und die in ihm praktizierter Berufsorientierung vordringlich zu behandeln". Deshalb habe man die schulische und berufsschulische Bildung sowie die so genannte zweite Schwelle "lediglich angedeutet". Begründung: Die duale Berufsbildung sei ja nicht in der alleinigen Zuständigkeit des Landes und seiner Politik.

Was ist das eigentlich für ein Argument? Dass das Land mit seiner Politik Kinder und Jugendliche auf die Einmündung in dieses System vorbereiten und deshalb wissen muss, welche der dort ablaufenden Veränderungen Konsequenzen erfordern, hielt der Leiter der Kommission offensichtlich nicht für relevant. Meine Damen und Herren, eine unabhängige Kommission setzt man ein, weil man bereit ist, sich der fachlichen Kritik zu stellen. Schließlich wollen wir etwas lernen. Mit fachlicher Kritik hätte ich mich wirklich gerne auseinandergesetzt. Aber dass eine Kommission die ihr übertragene Fragestellung schlicht ad acta legt und sich mit anderen Gegenständen beschäftigt, obwohl sie von den ihr beigestellten Mitarbeitern aus den Ministerien verschiedentlich auf das eigentliche Ziel hingewiesen wurde, kann

ich als fachliche Kritik beim besten Willen nicht ernst nehmen. Wenn sich ein Beauftragter nicht in der Lage sieht - es könnte ja sein, dass das der Fall gewesen ist -, einen bestimmten Auftrag auszuführen, dann ist das übliche Verfahren, dass er diesen Auftrag zurückgibt. Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Ich kann dies mit Blick auf die Bedeutung des Problems der benachteiligten Jugendlichen nur bedauern. Unsere Hoffnungen, unsere Entscheidung auf diesem Feld auf eine auch fachwissenschaftlich besser fundierte Grundlage zu stellen, sind damit jedenfalls vorläufig dahin.

Die SPD fordert uns nun in ihrem Antrag auf, dem Landtag darzulegen, welche Forderungen die Landesregierung aus dem 2. Kinder- und Jugendbericht zieht und welche Maßnahmen sie daraus ableiten will. Ich kann darauf eine ganz einfache Antwort geben. Leider kann ich daraus mit Blick auf die Fragestellung nach dem Übergang von der Schule in den Beruf keine Folgerungen ziehen, weil dazu keine Empfehlungen gegeben werden. Die Maßnahmen, die wir ergreifen, lassen sich bedauerlicherweise nicht auf den Bericht stützen, sondern müssen aus anderen Quellen entwickelt werden. Als ich den Bericht der Kommission das erste Mal gelesen habe, hatte ich noch die Hoffnung, er könne wenigstens Erkenntnisse zur Berufsorientierung in den Schulen des Saarlandes liefern, aus denen wir dann Konsequenzen hätte ziehen können. Aber auch diese Hoffnung hat getrogen. Nicht einmal im Antrag der SPD kann ich auch nur eine konkrete Empfehlung zur Berufsorientierung im allgemein bildenden Schulwesen des Saarlandes finden, wenn man von der global-galaktischen Forderung absieht, "die Arbeitswelt solle in den Lehrplänen der Schulen stärker verankert werden". Also dafür brauche ich keine Kommissionsempfehlung. Woran es bisher fehlt, was denn konkret geändert und verbessert werden könnte - dazu gibt es keinerlei Empfehlung. Und dieser Befund ist leider typisch für die gesamte Herangehensweise dieses Berichts.

Stattdessen kommt dann beispielsweise die Uraltforderung nach Gesamtschulen als Regelschulen - soeben ja auch wiederholt -, als ob die bildungspolitische Diskussion der letzten 20 Jahre ganz schlicht und ergreifend stehen geblieben wäre. Der Bericht beschränkt sich auf eine Art Grundstatistik des saarländischen Bildungssystems. Alles, was er unter dem Stichwort Berufsorientierung liefert, ist nichts als eine schiere Aufzählung von Projekten. Eine Wertung findet nicht statt. Ich kann das an einem Projekt meines eigenen Hauses sehr gut erläutern. Unser Modellprojekt "Perspektiven für Mädchen", dessen Erfolg ich selbst bereits mehrfach öffentlich in Frage gestellt habe, wird im Bericht der Kommission zwar in seinen Zielsetzungen geschildert, es wird auch darauf verwiesen, dass eine wissenschaftliche Begleitung vorliegt, aber zu welchem Schluss diese wissenschaftliche Begleitung oder - das wäre ja vielleicht auch nicht uninteressant - die zuständige Ministerin gekommen ist, erfährt der Leser aus der Studie nicht.

Weiter unten wird dann immerhin eine auswärtige Expertin mit der Aussage zitiert, dass Projekte wie "Perspektiven für Mädchen" es schwer hätten, erfolgreich zu sein, weil das Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Themen bei Mädchen nach dem zwölften Lebensjahr deutlich abnehme. Dass sich das MiFAGS-Projekt an Mädchen in höherem Alter gewandt hat, ist für den Leser aus dem Bericht selbst an keiner Stelle zu entnehmen. Die nahe liegende Konsequenz, die wir im Ministerium bereits gezogen hatten, dass solche Projekte nur dann Sinn machen, wenn sie die Zielgruppe vor dem zwölften Lebensjahr erreichen, ist folglich auch nicht gezogen worden. Obwohl wir uns, meine Damen und Herren, genau solche Empfehlungen zu den anderen Maßnahmen der Berufsorientierung im Kinder- und Jugendbericht durchaus erhofft hätten. Und daraus hätten wir dann auch gerne Konsequenzen gezogen. Bei "Perspektiven für Mädchen" waren wir ja schon selbst schlauer geworden.

Wenn man den Charakter der Empfehlung betrachtet, die die Kommission uns vorgelegt hat und die die Opposition empfiehlt, dann wird deutlich, wo der Pferdefuß liegt. In einer rückwärts gewandten, an der Oberfläche der Probleme herumdümpelnden Bildungspolitik, die die konkreten Probleme in Schule und Ausbildung konsequent negiert und mit deren negativen Folgen wir uns - und vor allem leider die benachteiligten Jugendlichen - nach wie vor herumschlagen müssen. Es ist bedauerlich, dass die Opposition nach wie vor an Lösungsmustern

(Ministerin Dr. Görner)

festhalten will, die die Probleme der Vergangenheit nicht gelöst haben und in Zukunft auch nicht lösen werden. Sie beschränken sich auf allgemeine Zielsetzungen wie "Verbesserung der Bildungsteilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund" - über die im Übrigen ja sicherlich auch rasch Einigung erzielt werden könnte. Aber auch dafür hätte man keinen Kommissionsbericht gebraucht. Sie erspart sich aber jede Frage danach - und das ist bezeichnend -, mit welchen Methoden diese Ziele denn sinnvollerweise erreicht werden können. Das Mittel der Wahl - interessanterweise, so ist das ja auch im SPD-Antrag nachzulesen - ist ausgerechnet eine höhere Quote von mittleren und höheren Schulabschlüssen. Außerordentlich hilfreich, dieser Vorschlag!

Ach ja, und dann gibt es noch die Empfehlung - auch Frau Scherer hat wieder darauf hingewiesen -, eine umfangreiche und kontinuierliche Sozialberichterstattung über die Situation von Kindern und Jugendlichen im Saarland durchzuführen. Wirklich typisch für die SPD. Wenn man nicht weiter weiß, dann setzt man jemanden ein, der das Problem beschreibt. Als ob davon bisher je ein Problem gelöst worden wäre!

(Beifall von der CDU.)

Immerhin hat man dann ja einen Aktivitätsnachweis erbracht und eine Menge Papier produziert, vielleicht sogar einen Schuldigen ausgemacht, aber nichts, aber auch rein gar nichts an den Verhältnissen verändert. Meine Damen und Herren, das ist der Grund, warum Bürger sich von der Politik allein gelassen sehen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben das immer noch nicht verstanden. Aber Sie werden uns nicht dazu bringen, uns mit Ihren Scheinlösungen zufrieden zu geben.

(Zurufe des Abgeordneten Lang (SPD).)

Wenn die Opposition der Meinung ist, das Problem der benachteiligten Jugendlichen in unserem Land sei gelöst, wenn wir eine höhere Quote an mittleren und höheren Bildungsabschlüssen hätten - -

(Unruhe und Zurufe von der SPD. - Abg. Lang (SPD): Sie haben überhaupt keine Ahnung.)

Hören Sie doch mal zu, Herr Lang.

(Zurufe von der SPD. - Weitere Zurufe des Abgeordneten Lang (SPD).)

Herr Lang, hören Sie doch mal zu!

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Lang (SPD).)

Es scheint Sie offensichtlich aufzuregen! Wenn die Opposition der Meinung ist, das Problem der Jugendlichen in unserem Land sei mit einer höheren Quote von mittleren und höheren Bildungsabschlüssen zu erreichen, dann kann ich nur sagen: Genau an diesem Punkt unterscheidet sich das Konzept der Union von dem der SPD. Wir sehen nämlich genauer hin und geben uns nicht mit solchen Scheinargumenten zufrieden. Tatsache ist doch, meine Damen und Herren, das hat die Opposition offensichtlich noch nicht zur Kenntnis genommen, dass selbst Jugendliche mit mittleren und höheren Schulabschlüssen zunehmend die Erfahrung machen müssen, dass sie beim Übergang in den Beruf attestiert bekommen, sie bräuchten nicht die richtigen Voraussetzungen mit. Es fehle an bestimmten fachlichen Inhalten, auch an Sozialkompetenz oder Teamfähigkeit. Hat die Opposition noch nicht verstanden, dass bestimmte Schulabschlüsse noch lange keine Garantie dafür sind, dass junge Menschen den Anforderungen einer gewandelten Arbeitswelt gewachsen sind?

(Abg. Lang (SPD): Aber keine Schulabschlüsse, und dies immer mehr.)

Das ist eine völlig absurde Diskussion. Herr Lang, das sollten auch Sie nach PISA nun wirklich alle gelernt haben.

(Unruhe und Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir fortfahren? Also ich denke, nach PISA sollten wir alle gelernt haben, dass es nicht auf Schulstrukturen und Abschlussformen ankommt.

(Unruhe bei der SPD.)

Sondern auf das, was im Unterricht passiert.

(Erneute Zurufe von der SPD.)

Hören Sie doch mal zu, vielleicht können Sie noch etwas lernen. Denn offensichtlich haben Sie sich mit PISA nicht auseinander gesetzt, sonst wüssten Sie das.

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Lang (SPD).)

Es kommt nicht auf die Abschlüsse und die Schulform an, sondern auf das, was im Unterricht passiert, in der Interaktion von Schülern und Lehrern. Es kommt darauf an, wie zum Lernen angeregt und dauerhaft motiviert werden kann. Alles Fragen, die in jeder Schulform, bei jeder Form von Abschluss eine Rolle spielen und leider auch in jeder Schulform ungelöst bleiben können. Wann endlich stellt sich auch die Opposition in diesem Land die Frage, wie wir den Kindern und Jugendlichen das Lernen nahe bringen können, die sich mit dem Lernen schwer tun, die mit lauter Misserfolgserlebnissen aus den Schulen herauskommen und denen wir dann Maßnahmenkarrieren zumuten, die wieder nur zu neuen Misserfolgserfahrungen führen? Warum kommt es zu diesen Misserfolgserfahrungen und wie können sie vermieden werden? Maßnahmen gegen Schulversäumnisse glaubt die SPD einfordern zu müssen. Dabei geht es doch darum, dass Kinder und Jugendliche das Lernen als sinnvoll erfahren können, als etwas, was auch Anstrengung lohnt, weil man versteht, dass es sich rentiert. Und wenn das gelingt, meine Damen und Herren, dann ist das Thema Schulversäumnisse schnell vom Tisch.

Zu diesem Problem liefert der Bericht der Kommission keinerlei Erkenntnisse. Er operiert an der Oberfläche der Probleme und kann schon deshalb keine Empfehlungen aussprechen, aus denen Konsequenzen gezogen werden müssen. Aber das ist es ja nicht allein, leider ist selbst das - Frau Rink hat darauf hingewiesen -, was über das saarländische Schulsystem gesagt wird, an vielen Stellen fehlerhaft und baut auf Statistiken auf, die längst veraltet sind. Zahlen werden genannt, die man selbst bei sorgfältigen Nachforschungen nicht nachvollziehen kann. Und dies gilt erst recht für die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden. Ich erspare dem Parlament die Aufzählung von Beispielen. In den schriftlichen Berichten, die das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft vorgelegt haben, können Sie das alles nachlesen.

(Zurufe von der SPD.)

Ich will nur ein einziges Beispiel anführen, das belegt, welche Zweifel an der soliden wissenschaftlichen, empirischen Grundlage des Berichtes aufkommen müssen. Wenn der Bericht etwa behauptet, durch G 8 werde ein solch hoher Druck in die Gymnasien hineingetragen, dass sich die Möglichkeit - von der war im Übrigen 1998 noch gar nicht die Rede -, an sozialen und persönlichen Themen zu arbeiten verkleinere und damit, man höre und staune, das Suchrisiko steige, dann muss doch wenigstens die Frage gestellt werden dürfen, auf welche Beobachtungen und Erfahrungen sich das gründet. Es gibt aber überhaupt keine empirischen oder sonstwie gearteten Belege für eine solche Aussage. Das mag ja in einer parlamentarischen Debatte noch hinnehmbar sein, von einer wissenschaftlichen Fachkommission darf und muss man anderes erwarten.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, was mich bei der Lektüre des Berichtes regelrecht geärgert hat, ist die Ignoranz gegenüber der Problematik der leistungsschwächeren Schüler, insbesondere der Schülerinnen und Schüler, die Schulen für Behinderte besuchen. Diese Schulen werden in der Darstellung des saarländischen Bildungssystems überhaupt nicht erwähnt. Abschlüsse, die an diesen Schulen erworben werden, kommen im Bericht nicht vor. Dabei werden zum Beispiel

(Ministerin Dr. Görner)

auch dort Hauptschulabschlüsse erworben, und wir können in jeder Weise froh darüber sein.

All das belegt, dass der Bericht an den wirklichen Problemen, auch in den Schulen, schlicht vorbeigeht. Von denen, die sich beim Übergang von Schule in den Beruf ergeben, ganz zu schweigen. Meine Damen und Herren, auch wenn uns der Bericht leider keine handlungsleitenden Erkenntnisse vermittelt, heißt es nicht, dass die saarländische Landesregierung gegenüber den Problemen des Übergangs von der Schule in den Beruf die gleiche Vogel-Strauß-Politik betreiben kann, wie sich das die Kommission erlaubt hat. Die Landesregierung hat längst begonnen, sich diesen Problemen zu stellen, wir arbeiten mit allem Nachdruck daran und werden auch in der nächsten Legislaturperiode weiter daran arbeiten.

Was sind unsere Ziele, meine Damen und Herren?

(Erneuter Zuruf von der SPD.)

Wir wollen jungen Menschen in der Schule und wenn nötig auch nach der Schule alle Chancen geben, sich auf die Anforderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt angemessen vorzubereiten. Und wir wollen, dass auch diejenigen Jugendlichen, die nicht mit vorzüglichen Schulzeugnissen aufwarten können, einen Beruf erlernen und eine Beschäftigung finden können, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Wir wollen vermeiden, dass diese Jugendlichen in Nischen abgeschoben werden, sondern ihnen die Chance geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt ihre Begabungsreserven noch zu entfalten.

Tatsache ist, meine Damen und Herren, und das gehört zu den wesentlichen Erkenntnissen der letzten Jahre, dass rein schulisches Lernen einem Teil der Jugendlichen dies nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang ermöglicht. Es ist, meine Damen und Herren, kein Zufall, dass wir in der deutschen Sprache für das Ergebnis eines Lernprozesses einen Terminus verwenden, der zeigt, dass das, was wir gemeinhin unter schulischem Lernen verstehen, bestimmte Lernpotenziale einfach brach liegen lässt. Wir sprechen von "Begreifen", und das ist im wörtlichen Sinne zu verstehen. Etwas, was man mit den Händen, mit Handeln und Tun und nicht über Denken erreicht. Es gibt Menschen, die leichter über die Hand als über das Reflektieren lernen. Wir sprechen von praktischer gegenüber theoretischer Begabung.

Damit ich nicht falsch verstanden werde, meine Damen und Herren: Das theoretische und das praktische Lernen sind keine einander ausschließenden Gegensätze, sondern sie sind unterschiedliche Zugänge zum Lernen und zum Wissenserwerb, sie durchdringen einander und bauen gegebenenfalls aufeinander auf. Wir muten den Kindern in den Schulen sehr viel theoretisches Lernen zu und geben ihnen wenig Möglichkeiten, sich Inhalte über Tun und sinnliche Wahrnehmung zu erschließen. Das brauchen auch nicht alle, aber jene jungen Leute, die uns so viel Sorgen beim Übergang von der Schule in den Beruf machen, könnten vieles besser lernen, wenn sie neben dem Kopf auch ihre Hände einsetzen könnten.

Meine Damen und Herren, was in den Schulen manchmal nicht gelungen ist, ist im Berufsbildungssystem unseres Landes oft erfolgreich nachgeholt worden. Und das ist der eigentliche Wert des dualen Berufsbildungssystems, dass es neben einer schulischen auch eine praktische Ausbildung im Betrieb vorsieht und dass es damit auch jenen jungen Leuten Lernerfolge ermöglicht, die in rein schulischen Systemen immer wieder gescheitert sind. Etwa zwei Drittel eines Altersjahrgangs, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, haben dieses System in diesem Land in den letzten Jahrzehnten erfolgreich durchlaufen. Sie haben dadurch nicht nur berufliche Handlungsfähigkeit erworben, sondern auch Anreize zu einer vertieften theoretischen Auseinandersetzung mit Problemen und so auch höhere formale Qualifikationen erreicht, und darauf wird niemand verzichten wollen.

Im dualen System, und das kann in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden, wird am Ernstfall gelernt, und das ist in der Schule einfach nicht erreichbar. Leistungen und Fehlleistungen

sind im Betrieb in den Konsequenzen immer unmittelbar erfahrbar. Die Verwertbarkeit dessen, was man lernt, liegt unmittelbar auf der Hand. Aus dieser Ernstfallsituation entsteht enorme Lernmotivation. Es stellen sich Probleme, die gelöst werden müssen, für die man Antworten sucht, die man auch wirklich braucht. Das ist in der Bedeutung für das Lernen einfach nicht zu überschätzen und leider im herkömmlichen schulischen Lernen nur sehr schwer vermittelbar.

Das Absurde an der Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte in Deutschland ist aber, dass wir diese Möglichkeit des Lernens über Tun gerade denen vorenthalten haben, die es am dringendsten benötigen: den benachteiligten Jugendlichen, die sich mit dem Lernen schwer tun. Sie waren es, die keine Lehrstellen gefunden haben, sie waren es, die in immer neue schulische Warteschleifen geschickt wurden, die ihre Lernpotenziale weitgehend brach liegen ließen. Und genau an diesem Punkt, meine Damen und Herren, liegt der wesentliche Unterschied zwischen der Politik der früheren und der jetzigen Landesregierung.

(Beifall bei der CDU.)

Während das Saarland sich in der Vergangenheit durch ein außerordentlich hohes Maß an außerbetrieblicher Berufsausbildung und berufsvorbereitenden schulischen Maßnahmen ausgezeichnet hat, haben wir mit einer klaren Orientierung auf einen praktischen und betrieblichen Ansatz umgesteuert. Gerade für die jungen Leute, die es am dringendsten brauchen. Das Fatale in der Vergangenheitsentwicklung war ja: Je mehr schulische Ersatzmaßnahmen die Länder und die Bundesanstalt für Arbeit angeboten haben, desto stärker haben sich die Betriebe aus der Berufsbildung zurückgezogen. Das hat nicht zuletzt Chancen für die benachteiligten Jugendlichen auf eine Lehrstelle dramatisch verschlechtert. Wir haben deutlich gemacht, dass wir als Land nicht mehr bereit sind, außerbetriebliche Ausbildung zu finanzieren, sondern sicherstellen wollen, dass auch die benachteiligten Jugendlichen in den Betrieben ihre Chance erhalten.

Deshalb haben wir unsere Programme so umstrukturiert, dass wir Betriebe entlasten bei den zusätzlichen Aufgaben, die bei der Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher entstehen. Für deren sozialpädagogischen Betreuungsbedarf können die Betriebe unter dem heutigen Wettbewerbsdruck und unter den gestiegenen Anforderungen an die fachliche Qualifikation nicht mehr geradestehen. Mit dem Programm "Ausbildung jetzt" geben wir den Betrieben, die benachteiligte Jugendliche ausbilden, für die Dauer der Ausbildung eine Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte. Viele Jugendliche, auf die zum Beginn dieses Programms niemand auch nur einen müden Pfifferling gesetzt hätte, haben durch dieses Programm in den letzten fünf Jahren einen qualifizierten Berufsabschluss erreicht.

Vor allem aber, meine Damen und Herren, haben wir den Betrieben vermittelt, dass Ausbildung ihre ureigenste Aufgabe ist und dass sie nicht erwarten können, dass wir ihnen mit schulischen Angeboten die Arbeit abnehmen. Das hat gewirkt. Nur wenige Prozent unserer Ausbildungsplätze sind heute außerbetrieblich. Es sind vor allem solche, die über die Arbeitsverwaltung als Reha-Maßnahmen finanziert werden. Als ich noch beim DGB für die Ausbildungspolitik verantwortlich war, war das Saarland mit seiner hohen Zahl an außerbetrieblichen Ausbildungen immer mein Beispiel dafür, dass die fatale Förderpolitik, die in den neuen Bundesländern den Aufbau einer betrieblichen Ausbildungsstruktur behindert hat, auch im Westen schon Platz gegriffen hatte. Diese Gefahr ist gebannt.

Inzwischen stehen wir nicht mehr bei den neuen Bundesländern, sondern an der Spitze der alten Bundesländer, was die betriebliche Ausbildungsbereitschaft betrifft. Das ist ein großer Erfolg. Auch, wenn wir immer noch nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze haben, wenn auch bei uns die Nachfrage nach Auszubildenden zurückgegangen ist, halten wir uns gegenüber den anderen Bundesländern, denen des Westens und erst recht denen des Ostens, dennoch vorzüglich. Das ist die Frucht einer konsequenten Politik, die auf betriebliche Ausbildung setzt und nicht auf deren Surrogat. Wir werden damit konsequent weitermachen. Das sichert nicht nur den notwendigen Fachkräftebedarf, sondern auch Lebenschancen für Jugendliche mit Benachteiligungen und besonderem Förderbedarf.

(Ministerin Dr. Görner)

Dass dieser Förderbedarf rechtzeitig erkannt und auch rechtzeitig befriedigt werden kann, ist einer der Gründe für unser Schoolworkerprogramm, mit dem wir in allen Landkreisen eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe auf den Weg gebracht haben. Ich bin sicher, dass davon auch wichtige Impulse für eine bessere berufliche Integration und ein Vermeiden dieser Maßnahmenwarteschleifen ausgehen wird.

Wir haben aber auch - das bitte ich zu beachten - die praktische Orientierung in den Schulen selbst verstärkt. Ein Element dafür ist die Öffnung der Schulen in die regionale Umwelt und auch in die Wirtschaft. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Schulen gehört dazu. Daraus ergeben sich zusätzliche Erfahrungshorizonte, die nicht zuletzt auch für erfolgreiches Lernen genutzt werden können.

Wir haben für eine verstärkte Berufsorientierung der Hauptschüler, aber auch für eine bessere Vermittlung in Ausbildung einen berufsorientierten Schultag eingeführt und für Schüler mit spezifischen Lern- und Leistungsrückständen Praxisklassen eingerichtet.

Eine konsequente Umsetzung unserer Erkenntnis, dass Handeln und Praxisbezug bessere Lernerfolge sichern, ist auch die Einführung des dualen Berufsgrundbildungsjahres. Frau Rink hat schon darauf hingewiesen, dass das auch alles im Bericht unter den Tisch gefallen ist. Ich sage dazu, was unter den Tisch gefallen ist - das ist besonders bedauerlich -, ist, dass die Erfolge dieses dualen Berufsgrundbildungsjahres so eindrucksvoll sind, dass auch während des laufenden Berufsgrundbildungsjahres ein ganz erheblicher Anteil der Teilnehmer dieser Maßnahme in Ausbildung übergegangen sind. Das zeigt, das ist der richtige Ansatz.

(Beifall bei der CDU.)

Für Jugendliche, die für eine betriebliche Integration noch nicht in Frage kommen, haben wir an den Berufsschulen in der Zwischenzeit Erfahrungen mit den so genannten Produktionsschulen sammeln können. Ich denke, das ist etwas Neues. Deshalb will ich das kurz erläutern. Die jungen Leute in diesen Klassen lernen nicht für den Papierkorb: Sie stellen Waren her, die sie schulintern in den Handel bringen, Backwaren zum Beispiel oder Holzarbeiten, die sie dann verkaufen. Ein junger Mann aus einer dieser Produktionsschulen hat mir auf eine sehr bewegende Weise geschildert, was das für ihn bedeutet hat: Er hat mir erzählt, er habe bei der Herstellung von Holzarbeiten erstmals begriffen, wozu man eine Dreisatzrechnung benötige. Das könne er jetzt. Auf diesem Weg kann man in einer solchen Produktionsschule eben auch einen Hauptschulabschluss nachträglich erwerben, denn hier werden Jugendliche über praktisches Tun erfolgreich ermutigt, sich theoretische Kenntnisse wieder anzueignen. In diesem Bereich werden wir in Zukunft für Flächendeckung sorgen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Der Abgeordnete Lang hat eben per Zwischenruf zur Kenntnis gegeben, dass er der Meinung ist, wir würden der Bedeutung von Hauptschulabschlüssen nicht die genügende Bedeutung beimessen. Dabei sollte er wissen, dass wir gerade auch im Bereich der Bereitstellung zusätzlicher Angebote für Jugendliche, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eine ganze Menge getan haben. Ich hätte mir gewünscht, das wäre vorher schon getan worden, dann hätten wir nicht mehr so viel tun müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben auch für Jugendliche, die "lediglich" über einen Hauptschulabschluss verfügen, den Zugang zu Berufsbildungen, die zukunftsträchtig sind, ermöglicht. Ich erinnere an unsere Altenpflegehelferausbildung, aus der man mit vertretbarem Aufwand in eine Vollqualifizierung kommen kann. Das war vorher nicht möglich. Im Übrigen haben das in der Zwischenzeit schon eine ganze Menge getan. Etwa zwei Drittel der Absolventinnen und Absolventen der einjährigen Helferausbildung, die im letzten Jahr zum ersten Mal zu Ende war, sind in die Vollqualifizierung, in die Fachausbildung, durchgestiegen. Das zeigt, das ist der richtige Weg, um die Begabungspotenziale junger Leute zu erschließen, die sonst brach gelegen hätten.

(Beifall bei der CDU.)

Aus genau diesem Grund werden wir dieses Modell auch auf die Krankenpflegeausbildung übertragen. Da sind wir gerade im Augenblick an der entsprechenden Regelung.

Meine Damen und Herren, trotz der Tatsache, dass der Kinder- und Jugendbericht keine verwertbaren Vorschläge zur Weiterentwicklung der Maßnahmen im Bereich des Übergangs von Schule in den Beruf liefert, wird diese Landesregierung, sofern sie einen erneuten Auftrag zur Regierungsbildung erhält, wovon ich ausgehe, auch in der nächsten Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf dieses Handlungsfeld legen. Besonders wichtig wird dabei sein, die bewährten Instrumente der Jugendberufshilfe weiterzuentwickeln, sie aber auch zu systematisieren, zu harmonisieren und zu vernetzen, und zwar in Abstimmung mit den Jugendämtern, der Bundesagentur für Arbeit und allen übrigen beteiligten Akteuren, zum Beispiel den Kammern. Hier ist viel Handlungsbedarf. Wenn ich sehen, wie viele Programme und Maßnahmen, Beratungsangebote und Angebote von Ausbildungsplatzentwicklern im Saarland nebeneinander existieren, dann müssen wir dringend für ein vernünftiges Zusammenspiel dieser Maßnahmen sorgen, damit wir die vorhandenen Mittel sinnvoller und wirkungsvoller einsetzen. Das wird eine der Hauptaufgaben in der nächsten Legislaturperiode sein.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung hinzufügen. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode dafür sorgen müssen - da bitte ich um Unterstützung von allen Seiten -, dass bei der Umstrukturierung bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht gerade die Maßnahmen, deren Wirksamkeit für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten in der Ausbildung besonders gut belegt sind, wie die ausbildungsbegleitenden Hilfen, bei den Sparorgien hinten herunterfallen und damit eine weitere Möglichkeit, diesen Jugendlichen zu helfen, einen Übergang ins Berufsleben zu finden, wegfällt. Ich denke, dass wir da bisher in den Ausschüssen einer Meinung waren.

Meine Damen und Herren, die Anstrengungen der Landesregierung, möglichst vielen Jugendlichen im Saarland zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz zu verhelfen, werden überhaupt nicht nachlassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot an betrieblichen Berufsausbildungen weiter steigt. Denn eine ausreichende Anzahl von Lehrstellen ist die Voraussetzung dafür, dass wir benachteiligten Jugendlichen einen Zugang zu einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit eröffnen können. Das ist eine notwendige, aber - ich sage es noch einmal dazu - keineswegs hinreichende Voraussetzung, denn es bleibt die Frage, ob die jungen Leute in diesem Land den Herausforderungen der Arbeitswelt tatsächlich gewachsen sein werden. Diese Frage wird sich nicht mit dem Verweis auf Bildungsabschlüsse beantworten lassen. Das wiederhole ich noch einmal. Wir müssen uns schon genau fragen, was wir Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen in den Schulen unseres Landes mit welchen Mitteln vermitteln müssen. Schade, dass uns der Bericht der Kommission dabei nicht weiterhilft. Wir werden dafür zu Beginn der Legislaturperiode Ersatz schaffen müssen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Schoenen:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Reiner Braun. Er hat vorsorglich um Redezeitverlängerung gebeten.

(Zurufe von der CDU.)

Abg. Braun (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So geht das bisweilen. Wir haben gewartet, ob die Ministerin redet. Hätte sie nicht geredet, könnten Sie jetzt möglicherweise schon in die Freizeit eintreten. Da sie jedoch 45 Minuten geredet hat, muss man sich die notwendige Zeit nehmen, um auf das zu antworten, was die Ministerin gesagt hat.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Braun)

Vorweg ein Lob an die Ministerin. Bisweilen hat sie sich mit einer gewissen Sensibilität über methodische, über didaktische Fragen ausgelassen, die dem zuständigen Minister in diesem Hause leider abgeht. Das war schon mal beeindruckend.

(Beifall bei der SPD.)

Sie hat bisweilen auch erkennen lassen, dass sie etwas von ganzheitlicher Bildung hält, weil sie sehr oft von Begreifen gesprochen hat. Nur, ihre allzu stringente Trennung zwischen theoretischer und praktischer Begabung - Sie haben es an einer Stelle etwas relativiert - kann ich bei der Politik der Landesregierung schon gar nicht nachvollziehen, weil diese Landesregierung ja glaubt, man könne theoretische und praktische Begabungen von Kindern schon im Alter von zehn Jahren erkennen, um sie dann entsprechend in verschiedene Bildungsgänge zu selektieren. Das ist der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der SPD.)

Bei der Rede der Ministerin hatte ich auch den Eindruck, dass sie die jetzige Unfähigkeit der Regierung, bildungspolitische Antworten zu geben, der Opposition anlastet, anstatt selbst die Problemlösungen, um die es geht, anzugehen. Da haben Sie überhaupt nichts vorzuweisen. Es stellt sich auch die Frage, warum Sie einen Bericht, der Bericht der Landesregierung ist, dem Parlament vorstellen, wenn Sie behaupten, dieser Bericht sei an keiner Stelle auch nur bedingt tauglich. Auch das ist eine Frage, die Sie an keiner Stelle beantwortet haben.

Sie haben auch eine völlig verkürzte Sicht der Dinge, wenn Sie sagen, man müsse sich jetzt auf den Übergang von Schule zu Beruf fokussieren und dort auch noch auf problematische Jugendliche. Das mag ja für eine kurzfristige Politik durchaus sinnvoll sein. Aber es geht doch auch um die Frage, wie man langfristig vermeiden kann, dass es am Übergang Schule/Beruf diese problematischen Jugendlichen gibt. Da muss man doch die gesamte Bildungskette in Augenschein nehmen. Das ist das, was diese Kommission auch völlig zu Recht getan hat.

Dann kreiden Sie uns an, wir würden eine höhere Bildungsquote fordern. Was ist daran falsch? Es ist eine internationale Erkenntnis, von der OECD so bestätigt, dass die Bildungsquote, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland vorherrscht, nicht zukunftsfähig ist. 40 Prozent eines Jahrganges, das ist mittlerweile internationaler Standard, sollten in der Lage sein, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Im Saarland sind es, wenn man diejenigen nimmt, die eine allgemeine Hochschulreife in der Lage sind anzustreben, gerade einmal 22 Prozent. Also macht es doch Sinn, eine höhere Quote zu fordern. Es macht vor allem auch deshalb Sinn, wenn man damit eine höhere Qualität an schulischer Bildung verbindet. Wir wollen nicht irgendwelche Hochschulabsolventen produzieren, was dazu führt, dass die Abbrecherquote an Hochschulen noch höher wird, als dies ohnehin schon der Fall ist. Im Gegenteil, wenn wir von Hochschulqualifizierung reden, dann müssen es Jugendliche sein, die auch in der Lage sein sollen, ein Studium erfolgreich abzuschließen.

Dann sagen Sie, aus PISA sollten wir alle lernen. Ich frage mich aber, was Sie aus PISA gelernt haben. Sie haben aus PISA das Falsche gelernt, es sei denn, Sie unterscheiden sich in dem, was Sie daraus gelernt haben, von dem, was der Bildungsminister in seiner Bildungspolitik umsetzt. Aber Ihrer Rede habe ich das nicht entnehmen können. Im Gegenteil, Sie haben die Maßnahmen des Bildungsministers gestützt. Wenn Sie aus PISA wirklich etwas gelernt hätten, Frau Ministerin, dann wüssten Sie, dass das größte Problem in der Bundesrepublik Deutschland die frühe Selektion ist, dass das größte Problem der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg ist. Die Konsequenzen, die diese Landesregierung daraus zieht, sind die falschen. Die Mittel, die die Landesregierung anwendet, sind die Mittel, die zum Scheitern dieses Bildungssystems geführt haben. Sie verschärft sogar diese Mittel noch. Sie hat die Selektion in diesem Lande verschärft und macht deshalb eine Bildungspolitik, die an keiner Stelle zukunftsfähig ist.

(Beifall bei der SPD. - Präsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte auf das eingehen, was der Kollege Toscani in einer vorherigen Debatte gesagt hat. Er hat gefordert, dass hier so etwas stattfinden sollte wie niveauvolle politische Kultur. In der Stellungnahme der Landesregierung und in dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion zu dem, was die Kommission vorgelegt hat, kann ich an keiner Stelle niveauvolle politische Kultur erkennen. Einmal weigern sich beide Ministerien, die Grundsätze und Handlungsempfehlungen überhaupt zu diskutieren. Dann gibt es gewissermaßen eine willfährige Fraktion, die sich dieser Weigerungshaltung anschließt und sagt: Fortsetzung folgt. "Fortsetzung folgt" an dieser Stelle ist nichts anderes als eine Drohung, ausgesprochen gegenüber den Schülern und Lehrern dieses Landes. Von dieser Drohung sollten Sie endlich Abstand nehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie fordern etwas von der Wissenschaft, was Wissenschaft nicht leisten kann.

(Zurufe von der CDU: Wie bitte?)

Sie fordern von ihr, dass sie lobt, dass sie bestätigt, dass sie schönfärbt, dass sie würdigt, wo nichts zu loben ist, wo nichts zu würdigen ist, wo allenfalls, weil es die Notlage so erfordert, alles schönzUFärbt ist. Das ist das, was Sie tun. Das ist keine wissenschaftliche Kompetenz, die Sie hier an den Tag legen.

(Abg. Schreier (CDU): Wir fordern Seriosität und Objektivität.)

Wenn Sie dann in Ihrem Antrag - das ist geradezu dreist - der Kommission vorwerfen, sie habe ihren Arbeitsauftrag eigenständig neu definiert, dann ist das ein Urteil, das ebenso anmaßend ist wie frei von jeder wissenschaftlichen Kompetenz.

(Abg. Schäfer (CDU): Was?)

Im Vertrag mit der Kommission steht, dass sie selbstständig über die inhaltliche Konzeption des Berichtes entscheidet. Übrigens hat an der Konstituierung dieser Kommission die Ministerin, die ja wohl eingeladen war, überhaupt nicht teilgenommen. Hätte sie teilgenommen, wäre die eine oder andere Friktion möglicherweise zu vermeiden gewesen.

An anderer Stelle sagt der Kommissionsvorsitzende: "Die Ministerin unterstellt, von ihrem eigenen Wunschenken geleitet, der Kommission Aufträge, die nie ausgesprochen wurden und die die Kommission deshalb auch nicht erfüllen konnte und sie schlussfolgert daraus, dass der vorgelegte Bericht demnach den gestellten Auftrag nicht erfüllt." Und dann weiter: "Das ist bewusste Irreführung durch die Landesregierung, eine Irreführung des Parlamentes und der Öffentlichkeit." Ich zitiere den Kommissionsvorsitzenden weiter: "Die Kommission hat nach intensiver Literaturrecherche und Auswertung der theoretischen und empirischen Literatur zu dem Schwerpunktthema ihre Grundsätze formuliert, die da lauten, dass eine fundierte, allgemeine, berufsorientierte Bildung die Chance von Kindern und Jugendlichen erhöht, eine eigenständige Lebens- und Berufsplanung vorzunehmen und später in qualifizierende Ausbildungsgänge zu gelangen.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Wesentlicher Untersuchungsgegenstand waren deshalb das allgemeine Schulsystem im Saarland und die in ihm praktizierte Berufsorientierung." So weit das Zitat.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Ich will Ihnen mal etwas zu wissenschaftlichem Arbeiten sagen oder zu Ihren Forderungen, die Sie stellen, falls Sie bei Ihrem Herumbrüllen überhaupt noch in der Lage sind zuzuhören. Dazu sind Sie aber anscheinend nicht in der Lage.

(Fortdauernd Zurufe von der CDU und große Unruhe.)

(Abg. Braun)

Herr Präsident, ich bitte Sie, Ihren Kollegen Vogtel, auch wenn er am Arm etwas lädiert ist, zumindest dazu zu bewegen, hier zuzuhören.

(Heiterkeit und weiterhin große Unruhe.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Abgeordnete Reiner Braun.

Abg. Braun (SPD):

Jeder, der hier politische Kultur einfordert - zu dieser Kultur gehört auch *Debattenkultur* -, sollte zumindest dann, wenn man ihn anspricht, in der Lage sein, seinen Redeschwall zu unterbrechen, weil er ansonsten gar nicht in der Lage ist zuzuhören. Das war die schlichte Bitte, die ich hier an den Präsidenten geäußert habe.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie monieren, dass eine Kommission, die ihre Arbeit im Jahre 2000 aufgenommen hat, die ihren Bericht im Jahre 2003 abgegeben hat, nicht über Zahlen verfügt, die aus dem Jahre 2004 stammen, dann tut es mir Leid. Dann sind Sie ebenfalls nicht in der Lage, politisch und wissenschaftlich zu arbeiten. - Bitte schön, Herr Kollege.

Abg. Vogtel (CDU):

Herr Kollege Braun, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kommission ihre Arbeit nicht im Jahre 2000 aufgenommen hat, sondern später, und zwar zu einem Zeitpunkt, als bereits empirische Daten des Statistischen Landesamtes aus dem Jahre 2002 zur Verfügung standen, und dass sie trotzdem zum Beleg ihrer Behauptungen - mehr ist es nämlich nicht - Daten aus dem Jahr 1998 verwendet hat? Wenn Sie nämlich nicht bereit wären, das zur Kenntnis zu nehmen, müsste ich annehmen, dass Sie den Bericht nicht gelesen haben.

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Braun (SPD):

Der rechtliche Vertrag stammt vom 23. November 2000. Ein späterer Zeitpunkt im Jahr 2000. Ich weiß auch, dass ihr nicht alle Zahlen vorgelegt worden sind, die sie sich erwünscht hat. Das geht aus den Stellungnahmen der Kommission hervor. Ihr ist nicht einmal der Arbeitsmarktbericht der Ministerin vorgestellt worden, obwohl der angeblich viele Aufschlüsse hätte geben können.

(Sprechen.)

Der musste der Kommission über Umwege zugeleitet werden, wie überhaupt die Kommunikation zwischen den Ministerien und der Kommission offenbar an keiner Stelle funktioniert hat. Das lag nicht an der Kommission, sondern an den beiden beteiligten Ministerien. Ich will Ihnen nur noch einmal sagen, dass Sie Zahlen einfordern, die diese Kommission zum Tag des Beginns der Arbeit beim besten Willen nicht hätte leisten können. Ob das jetzt im November 2000 oder im Januar 2001 gewesen ist, spielt dabei keine große Rolle, wenn es um Zahlen von 2003 geht.

(Abg. Vogtel (CDU): Die Zahlen waren zu dem Zeitpunkt bekannt.)

Ich will jetzt noch einmal auf den Zusammenhang zu sprechen kommen, um den es bildungspolitisch geht. Sie haben gefordert: Fokussierung auf diese Schnittstelle Schule - Beruf. Ich sage, die einzelnen Bildungsbereiche sind keine Aneinanderreihung von abgeschlossenen Bildungsphasen, sondern beziehen sich aufeinander. Gerade an den Schnittstellen zeigt sich die Qualität eines Bildungssystems. Alle Bildungsbereiche müssen deshalb sinnvoll miteinander verzahnt sein und für alle Bildungsbereiche müssen die folgenden drei Prinzipien gelten.

Erstens. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg muss aufgebrochen und schrittweise abgebaut werden. Das kann man bei Ihrer Politik überhaupt nicht erkennen. Zweitens. Wir müssen weg vom Primat der frühen und oft genug nicht korrigierbaren Zuteilung von Bildungschancen in immer noch

abgeschotteten Bildungsgängen. Drittens. Es bedarf einer gezielten *Qualitätsentwicklung und Steigerung*, um unser Bildungssystem wieder an die internationale Spitze kommen zu lassen.

Voraussetzung für das Erreichen dieser Ziele ist ein radikales Umdenken von einem traditionell stark auslesenden Bildungssystem zu einem mehr und mehr fördernden System. Gerade unsere Kinder müssen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, damit sich ihre Begabungen und Interessen optimal entfalten können. Das haben Sie auch gesagt, aber Sie haben andere Rezepte, um das zu erreichen. Sie haben Rezepte, die sich sehr eingeschränkt auf eine *Problemlösungsstrategie* orientieren, aber Sie haben nicht den gesamten Bildungsbereich im Kopf.

Da gehört noch eines hin. Allen seriösen Prognosen zufolge werden wir schon in den nächsten Jahren eine deutlich steigende Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften haben. Die demographische Entwicklung wird dieser Nachfrage nicht gerade förderlich sein. Ich will jetzt gerne einmal das Handelsblatt von gestern zitieren, das unter der zugegebenermaßen etwas provozierenden Überschrift "Deutschland droht zu verdommen" doch eine Wahrheit gelassen ausspricht. Diese Wahrheit gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Dort heißt es unter anderem - das ist ein Zitat von Renate Schmidt, Ihnen bestens bekannt -: "Die Elite trägt nicht zur Reproduktion bei." Das ist ein etwas seltsames Wort für einen bestimmten Tatbestand. Es heißt weiter: "Das Gebärverhalten unterscheidet sich nach nationaler Herkunft, Familienstand und Bildungsstand."

An anderer Stelle heißt es: "Dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes zufolge sind in Westdeutschland 44,3 Prozent der 35- bis 39-jährigen mit Hochschulabschluss oder Promotion kinderlos." Jetzt kommt die Schlussfolgerung. "Das Gebärverhalten der Deutschen gäbe keinen so großen Anlass zur Sorge, wenn zumindest die wenigen Kinder, die geboren werden, unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen auf Bildung und beruflichen Aufstieg hätten. Doch das ist nicht so, wie die PISA-Studie der OECD von 2002 und die darauf folgende IGLU-Studie von 2003 belegen. Deutschland leistet sich eine ungeheure Verschwendung von Talenten, indem es seine Kinder nicht gut ausbildet, wie es nötig wäre." Das sagt nicht irgendein linker Ideologe. Das sagt ein Herr Kluge. Herr Kluge ist Vorstandsmitglied von McKinsey.

Vor allem Armut ist ein Risiko für die Bildung, wie es aus dem Armutsbericht der Bundesregierung hervorgeht. Und jetzt behandeln Sie Menschen, die diese Problematik in ihrer gesamten Sicht aufgreifen, gewissermaßen wie subversive Kräfte. Das ist schon ganz erstaunlich. Wenn der Kollege Lang aus dem Bildungsministerium sich dazu hinreißen lässt, diese Menschen, diese Kommissionsmitglieder, als zwangsgeleitete, nicht zurechnungsfähige Menschen zu etikettieren, dann ist das schon ein ganz starkes Stück. Das ist etwas - -

(Zuruf.)

Das geht doch aus dem Bericht hervor. Das war doch auch so in der Saarbrücker Zeitung zitiert.

(Abg. Schreier (CDU): Wo steht denn das: nicht zurechnungsfähig?)

Bitte?

(Abg. Schreier (CDU): An welcher Stelle steht: nicht zurechnungsfähig? Wo hat der Mann gesagt: nicht zurechnungsfähig?)

Wer schreibt, dass jemand zwangsgeleitet ist - -

(Abg. Schreier (CDU): Wo hat er gesagt: nicht zurechnungsfähig?)

Sie kennen diesen Sprachgebrauch. Wenn jemand zwangsgeleitet ist, dann ergibt sich daraus automatisch, dass er auch nicht zurechnungsfähig ist.

(Zurufe von der CDU. - Lautes Sprechen.)

(Abg. Braun)

Aber ja doch. Aber ja doch. Jeder Wissenschaftler, dem unterstellt wird, er sei zwangsgeleitet, muss für sich die Empfindung haben, dass er nicht zurechnungsfähig ist. Das ist ein ungeheurer Vorwurf.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Herr Toscani, so viel zu Ihrer Forderung nach niveauvoller, politischer Kultur. Diese niveauvolle politische Kultur kommt aus einem Ministerium, zu dessen Bestandteil auch die Kultur gehören soll. Hier setzt man sich mit vermeintlichen Gegnern, die man selbst mit einem Auftrag versehen hat, in einer Sprache auseinander, die allem würdig ist, nur nicht einer Demokratie. Wenn in diesem Zusammenhang an einer Stelle von Verleumdung und Diffamierung die Rede ist, dann kann man sagen, dass das noch euphemistische Begriffe sind, um das zu belegen, was der Staatssekretär an dieser Stelle geäußert hat.

Ich will zu dem zurückkommen, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben. Das ist die Fortsetzung dessen, was Sie eigentlich von Wissenschaftlern einfordern: schönreden, belobigen, würdigen, wo nichts zu loben und nichts zu würdigen ist. Fangen wir bei dem Kindertagesbetreuungsangebot an. Oder fangen wir an bei den Betreuungsstunden, die Sie in diesem Zusammenhang radikal gekürzt haben. Das ist ja das Seltsame an Ihrer Bildungspolitik. Bisweilen gibt es den einen oder anderen vernünftigen Ansatz in die richtige Richtung, aber sobald Sie einen solchen Ansatz beschränken haben, reißen Sie auf der anderen Seite wieder Dinge ein, die mit zum Bestandteil einer vernünftigen Bildungspolitik gehören.

Jetzt komme ich zum Bildungsplan. Frau Kollegin Rink, der Bildungsplan konnte nun auch nicht seitens der Kommission gewürdigt werden. Dieser Bildungsplan ist vor wenigen Tagen seitens des Ministers vorgestellt worden,

(Abg. Rink (CDU): Es hat eine lange Vorbereitung gebraucht!)

nachdem sich auch die KMK auf Bildungspläne verständigt hat. Der Bericht ist, wie Sie wissen, schon 2003 zu einem frühen Zeitpunkt abgegeben worden. Wie soll dann der Bildungsplan für saarländische Kindergärten gewürdigt werden? Sie verlangen da etwas zu viel.

Im Zusammenhang mit dem Bildungsplan war in dieser Woche ein interessanter Leserbrief in der Saarbrücker Zeitung zu lesen. Dort heißt es: "Die Erkenntnisse des 'hoch ambitionierten' Bildungsprogramms sind für Insider nicht neu. Ebenso wenig neu wird die mangelnde Bereitschaft von Kultusminister Schreier sein, Geld in die Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen zu investieren. Vor drei Jahren, kurz vor den PISA-Ergebnissen, wurden ruck, zuck die Betreuungszeiten durch die Schule im Berufspraktikum um zwei Drittel gekürzt. Der fachlich orientierte Protest verhallte. Die Umsetzung des neuen Lehrplans an den Schulen soll aber bitte zum Nulltarif erfolgen. Es gibt weder Geld noch Lehrerstunden dafür. Bietet die Frage: Warum steht Geld für ein solches Bildungsprogramm zur Verfügung? Und bei der Ausbildung wird gekürzt."

Das ist eine sehr interessante Frage. Eine ähnliche Frage hat übrigens vor kurzem die Wochenzeitung "Die Zeit" einem mittlerweile wirklich berühmt gewordenen Fußballtrainer gestellt, der es fast schon zu philosophischen Ehren gebracht hat und deshalb bisweilen auch Rehakles genannt wird. Ihm ist die Frage gestellt worden: Was läuft schief? Eine Antwort, die er gegeben hat, war: Ich rate dazu, die besten Lehrer zu den jüngsten Talenten zu geben. An einer anderen Stelle hat er gesagt, es sei in Deutschland schon seltsam. Der Fußball hat einen ganz besonderen Stellenwert, nur die Ausbildung nicht. Wobei er natürlich die Ausbildung junger Talente im Fußballsport meinte. Aber genau das Problem ist übertragbar auf das, was Sie im Kindergartenbereich machen.

Alle erkennen dies als wesentliche Bildungsgrundlage, aber alle scheuen sich auch davor, die Konsequenzen daraus zu ziehen und die Erzieherinnenausbildung mindestens auf europäisches Normalmaß zu heben. Dieses Normalmaß heißt Fachhochschulstudium. Dazu sind Sie nicht bereit. Deshalb wird all das, was Sie hier in

einem Bildungsplan formulieren, halbherzig sein. Es wird stecken bleiben. Die Ziele, die Sie mit dem Bildungsplan verfolgen, werden Sie auf diese Art und Weise nie erreichen können.

(Beifall bei der SPD.)

Dann sprechen Sie das Sprachförderprogramm "Früh Deutsch lernen" an. Auch das ist sicher eine sinnvolle Maßnahme, aber nur, wenn die Förderstunden für Deutschunterricht in der Schule auf dem Niveau bleiben, das Sie von uns übernommen haben. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben die über 500 Lehrerstunden, die für den Deutsch-Sprachförderunterricht zur Verfügung gestellt wurden, auf 130 gekürzt. Das ist eine radikale Kürzung.

(Abg. Schreier (CDU): Es gab drei zusätzliche Stunden Deutsch dafür.)

Es geht darum, dass man in der Grundschule Kinder - auch deutsche - mit Sprachdefiziten gesondert fördert. Diese Fördermöglichkeiten haben Sie radikal beschnitten.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Auch deshalb ist Ihre Aktion eine mehr als halbherzige Aktion, zumal sie nur an wenigen Standorten im Saarland greift und sich wirklich auf Kinder mit Migrationshintergrund beschränkt. Diese Beschränkung ist jedoch nicht zu akzeptieren, denn auch deutsche Kinder mit Sprachdefiziten bedürfen schon vor ihrem Eintritt in die Schule eines Sprachförderprogramms. Sie haben Sprachförderung sicher genauso nötig wie Kinder mit Migrationshintergrund. Nehmen Sie das endlich ernst und sorgen Sie dafür, dass Sprachförderunterricht nicht immer nur plakativ als etwas Positives dargestellt wird, sondern dass mit diesem Programm auch in der Realität etwas Sinnvolles anzufangen ist!

(Zurufe der Abgeordneten Rink (CDU) und Schreier (CDU).)

Ich habe Ihnen gesagt, dass es zu unserer Regierungszeit an den Grundschulen eine ungeheure Vielzahl von Förderstunden gab. Hören Sie doch endlich damit auf, sich an Ihre Oppositionszeit zurückzuerinnern! Sie definieren sich nach wie vor als Oppositionspolitiker. Sie hatten jetzt fünf Jahre Regierungsverantwortung. Was haben Sie gemacht? Alles, was Sie versprochen haben, haben Sie nicht gehalten. In der Bildungspolitik haben Sie überhaupt nicht Wort gehalten, sondern Sie haben alle Parameter beibehalten und bei einem Parameter, der Arbeitszeiterhöhung für Lehrer, die Schrauben ganz eng angezogen. Sie haben eine Entlastung der Lehrer versprochen, aber Sie haben sie mehr belastet, als es in jedem anderen Bundesland der Fall ist. Das gilt insbesondere für den Bereich, den Sie für sich als den wichtigsten reklamieren: die Grundschule. Sie haben dort 250 Lehrerstellen gestrichen. So ernst nehmen Sie das wichtigste Glied in der Bildungskette, dass Sie zu dieser Konsequenz gelangt sind!

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Auf die Legendenbildung will ich gar nicht mehr eingehen, weil es keinen Sinn macht. Auch wenn Ihr Fraktionsvorsitzender Adam Riese ständig im Munde führt: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sind nicht in der Lage zu erkennen, dass man 400 zusätzliche Lehrerstellen nicht mit 4,2 Millionen Euro pro Jahr finanzieren kann. Aber gut, lassen Sie es bei dieser Legendenbildung! Es macht überhaupt keinen Sinn: Sie sind in dieser Frage beratungsresistent und möglicherweise auch Opfer einer Politik, die schon vor Pisa nicht unbedingt die optimale gewesen ist. Ich denke an Bildungsminister Ihrer Partei.

(Zuruf von der CDU: Quatsch. - Sprechen bei der CDU.)

Dann sprechen Sie von den zentralen Prüfungen für den Haupt- und den Realschulabschluss. Als würden diese zentralen Abschlussprüfungen - das wird Frau Görner sicher gerne bestätigen - irgendwas an der Unterrichtsqualität ändern!

(Zurufe von der CDU.)

(Abg. Braun)

Natürlich müssen wir alles tun, um Prozesse zu fördern, die den Unterricht optimieren. Natürlich müssen wir für ein Qualitätsmanagement sorgen, das in der Lage ist zu überprüfen, ob all diese schönen Dinge funktionieren. Aber noch einmal: Unter Ihrer Regierungszeit hat sich am Unterricht seit der Pisa-Studie überhaupt nichts verändert. Schule im Saarland nach Pisa ist - ich hatte es schon einmal gesagt - wie Pilze essen fünf Jahre nach Tschernobyl. Es hat sich nichts geändert; es ist ungenießbar geblieben. Auch die Lehrer werden Ihnen bestätigen, dass durch Ihre Politik überhaupt keine Qualitätssteigerung erfolgt ist, und auch die Arbeitgeber werden Ihnen dies bestätigen, denn Sie haben ja auch dafür gesorgt, dass die Zahl derjenigen, die keinen Hauptschulabschluss haben - diese Zahl war ja bedauerlicherweise schon zu unserer Regierungszeit hoch genug -, noch zugenommen hat. So viel zu Ihrer Qualitäts-offensive. In dieser Beziehung hat sich ebenfalls nichts geändert. Als könnte mit Ihrer Form der Überprüfung auch nur ein Quäntchen mehr Qualität im Unterricht erreicht werden! Das ist eine Illusion.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Dies übernehmen etwas ganz anderes. Auch da gibt es ja viele Missverständnisse.

(Klingel.)

Ist meine Redezeit schon zu Ende? - Gut, dann bitte ich doch, das Klingelzeichen zu unterlassen.

(Heiterkeit.)

Präsident Ley:

Herr Kollege Braun, das Klingelzeichen bedeutet lediglich, dass es nach Ihrem Redebeitrag wahrscheinlich zu einer Abstimmung kommt. Das wird hier im Haus so gehandhabt.

(Sprechen und Zurufe.)

Also es ist nicht so wie in der Schule, dass Schluss ist, wenn es klingelt.

Abg. Braun (SPD):

Okay. In der Schule war die Klingel ja durchaus ein angenehmes Signal, aber ich nehme einmal an, dass wir jetzt an dieser Stelle gern noch zuhören.

(Weitere Zurufe.)

Klar, für den Ministerpräsidenten wäre es auch angenehm gewesen, es wäre jetzt Schluss, aber ich kann ihm nicht alles ersparen, was ich noch zu sagen habe.

Sie haben den Klassenarbeitenerlass erwähnt und begründen ihn jetzt offiziell damit, dass Sie die Nachhaltigkeit des Lernens stärken wollen.

(Abg. Schreier (CDU): So ist es, ja.)

Den Lehrern hatten Sie im Zusammenhang mit der Arbeitszeit-erhöhung versprochen, sie an anderer Stelle zu entlasten. Jetzt haben Sie wohl erkannt, dass dann, wenn man mündliche Leistungen gewissermaßen objektivieren will, wenn man sie justiziabel machen will, der Lehrer mit dem Nachweis solcher Leistungen noch sehr viel mehr Arbeit hat als mit der Korrektur einer schriftlichen Arbeit. Das ist das eine. Das andere ist, dass Sie damit die Nachhaltigkeit von Lernen nicht ändern. Dazu müssten Sie zu anderen Methoden und einer anderen Didaktik kommen. Sie müssten projektorientierten Unterricht einführen. Sie müssten das Argument der Ganzheitlichkeit, das Ihre Kollegin Görner aufgegriffen hat, endlich ernst nehmen. Dann kämen Sie zu einem nachhaltigen Lernen. Dieses Ziel wird doch nicht dadurch erreicht, dass Sie die Zahl der Klassenarbeiten um eine einzige vermindern und dies bisweilen noch auf ein einziges Halbjahr beschränken!

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Also Sie bleiben dabei, dass Sie in einem Schulhalbjahr drei Klassenarbeiten schreiben lassen und die Zahl der Arbeiten im anderen Halbjahr auf zwei verringern. Das heißt, bei Ihnen ist Nachhaltigkeit etwas, das sich auf eine Hälfte eines Schuljahres beschränkt, während es in der anderen Hälfte im alten Trott weitergeht.

(Zurufe von der CDU.)

Und ich will in diesem Zusammenhang noch etwas vortragen, das die Eltern besonders bedrückt. Wenn Sie nur zwei Arbeiten schreiben lassen, messen Sie ihnen natürlich eine besondere Bedeutung zu. Stellen Sie sich nur einmal vor, die erste Arbeit geht - um es salopp zu sagen - in die Hose. Unter welchem Druck steht dann ein Kind, wenn es die zweite Arbeit zu schreiben hat! Auch das hat mit Nachhaltigkeit des Lernens überhaupt nichts zu tun.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Dann haben Sie all die Dinge gelobt, die Sie im beruflichen Schulwesen eingeführt haben. Ich will nur ein Beispiel aufgreifen: die Einführung des dualen Berufsgrundschuljahres. Auch dies ist im Ansatz sicher eine vernünftige Sache, wie es überhaupt vernünftig ist, Praxisanteile für bestimmte Schüler deutlich zu steigern. Aber die Praxis im dualen Berufsgrundbildungsjahr ist eine andere. Das sagen uns die Praktiker. Sie sagen, der praktische Teil sei viel zu wenig qualifiziert betreut, und bisweilen würden die Jugendlichen gewissermaßen als billige Arbeitskräfte genutzt, ohne dass die gewünschte Praxisorientierung stattfindet. Also auch an dieser Stelle ist ein brauchbarer Ansatz zumindest sehr zu relativieren.

Ich höre gerade, dass meine Redezeit gleich zu Ende sein wird.

(Beifall bei der CDU.)

Wunderbar. Ich werte Ihren Beifall einmal so, dass Sie bis jetzt von dem, was ich gesagt habe, tief beeindruckt sind. Deshalb will ich jetzt auch ganz beruhigt zum Schluss kommen.

(Beifall bei der SPD. - Zurufe der Abgeordneten Hans (CDU), Schreier (CDU) und Vogtel (CDU).)

Trotz dieser Auseinandersetzung über einen Kommissionsbericht ist eines noch zu sagen: Vordringlich ist vor allem ein neuer Schwung in der Bildungspolitik vor Ort. Wer für mehr individuelle Förderung plädiert, muss die Rahmenbedingungen für Lehrende und Lernende verbessern. Auch das haben Sie in Ihrer fünfjährigen Regierungszeit an keiner Stelle erreicht. Ihr Kultusminister müsste im Grunde auch die Pflichtstundenverordnung zurücknehmen und für kleinere Klassen sorgen.

Mein letzter Satz.

(Abg. Wegner (CDU): Gehört das zum Kinder- und Jugendbericht?)

Ja, das gehört dazu. Sie müssen in der Lage sein, Zusammenhänge zu erkennen und Sie müssen vor allem dafür sorgen, dass Ihre Landesregierung für die restlichen sechs Wochen endlich begreift, dass man sich Wissenschaftler nicht als Hofnarren halten darf. Es geht darum, dass man zumindest einmal den Diskurs mit den Wissenschaftlern konstruktiv sucht und nicht die Wissenschaftler, die unbequeme Wahrheiten sagen, gewissermaßen abkanzelt. Diese Chance haben Sie vertan.

(Beifall von der SPD.)

Deshalb kann der Slogan nicht heißen "Fortsetzung folgt", denn unter diesen Voraussetzungen ist das eine Bedrohung für die saarländische Bildungspolitik. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

(Abg. Braun)

Aber ja doch. Aber ja doch. Jeder Wissenschaftler, dem unterstellt wird, er sei zwangsgeleitet, muss für sich die Empfindung haben, dass er nicht zurechnungsfähig ist. Das ist ein ungeheurer Vorwurf.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Herr Toscani, so viel zu Ihrer Forderung nach niveaullvoller, politischer Kultur. Diese niveaullvolle politische Kultur kommt aus einem Ministerium, zu dessen Bestandteil auch die Kultur gehören soll. Hier setzt man sich mit vermeintlichen Gegnern, die man selbst mit einem Auftrag versehen hat, in einer Sprache auseinander, die allem würdig ist, nur nicht einer Demokratie. Wenn in diesem Zusammenhang an einer Stelle von Verleumdung und Diffamierung die Rede ist, dann kann man sagen, dass das noch euphemistische Begriffe sind, um das zu belegen, was der Staatssekretär an dieser Stelle geäußert hat.

Ich will zu dem zurückkommen, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben. Das ist die Fortsetzung dessen, was Sie eigentlich von Wissenschaftlern einfordern: schönreden, belobigen, würdigen, wo nichts zu loben und nichts zu würdigen ist. Fangen wir bei dem Kindertagesbetreuungsangebot an. Oder fangen wir an bei den Betreuungsstunden, die Sie in diesem Zusammenhang radikal gekürzt haben. Das ist ja das Seltsame an Ihrer Bildungspolitik. Bisweilen gibt es den einen oder anderen vernünftigen Ansatz in die richtige Richtung, aber sobald Sie einen solchen Ansatz beschränken haben, reißen Sie auf der anderen Seite wieder Dinge ein, die mit zum Bestandteil einer vernünftigen Bildungspolitik gehören.

Jetzt komme ich zum Bildungsplan. Frau Kollegin Rink, der Bildungsplan konnte nun auch nicht seitens der Kommission gewürdigt werden. Dieser Bildungsplan ist vor wenigen Tagen seitens des Ministers vorgestellt worden,

(Abg. Rink (CDU): Es hat eine lange Vorbereitung gebraucht.)

nachdem sich auch die KMK auf Bildungspläne verständigt hat. Der Bericht ist, wie Sie wissen, schon 2003 zu einem frühen Zeitpunkt abgegeben worden. Wie soll dann der Bildungsplan für saarländische Kindergärten gewürdigt werden? Sie verlangen da etwas zu viel.

Im Zusammenhang mit dem Bildungsplan war in dieser Woche ein interessanter Leserbrief in der Saarbrücker Zeitung zu lesen. Dort heißt es: "Die Erkenntnisse des 'hoch ambitionierten' Bildungsprogramms sind für Insider nicht neu. Ebenso wenig neu wird die mangelnde Bereitschaft von Kultusminister Schreier sein, Geld in die Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen zu investieren. Vor drei Jahren, kurz vor den PISA-Ergebnissen, wurden ruck, zuck die Betreuungszeiten durch die Schule im Berufspraktikum um zwei Drittel gekürzt. Der fachlich orientierte Protest verhallte. Die Umsetzung des neuen Lehrplans an den Schulen soll aber bitte zum Nulltarif erfolgen. Es gibt weder Geld noch Lehrerstunden dafür. Bleibt die Frage: Warum steht Geld für ein solches Bildungsprogramm zur Verfügung? Und bei der Ausbildung wird gekürzt."

Das ist eine sehr interessante Frage. Eine ähnliche Frage hat übrigens vor kurzem die Wochenzeitung "Die Zeit" einem mittlerweile wirklich berühmt gewordenen Fußballtrainer gestellt, der es fast schon zu philosophischen Ehren gebracht hat und deshalb bisweilen auch Rehakles genannt wird. Ihm ist die Frage gestellt worden: Was läuft schief? Eine Antwort, die er gegeben hat, war: Ich rate dazu, die besten Lehrer zu den jüngsten Talenten zu geben. An einer anderen Stelle hat er gesagt, es sei in Deutschland schon seltsam. Der Fußball hat einen ganz besonderen Stellenwert, nur die Ausbildung nicht. Wobei er natürlich die Ausbildung junger Talente im Fußballsport meinte. Aber genau das Problem ist übertragbar auf das, was Sie im Kindergartenbereich machen.

Alle erkennen dies als wesentliche Bildungsgrundlage, aber alle scheuen sich auch davor, die Konsequenzen daraus zu ziehen und die Erzieherinnenausbildung mindestens auf europäisches Normalmaß zu heben. Dieses Normalmaß heißt Fachhochschulstudium. Dazu sind Sie nicht bereit. Deshalb wird all das, was Sie hier in

einem Bildungsplan formulieren, halbherzig sein. Es wird stecken bleiben. Die Ziele, die Sie mit dem Bildungsplan verfolgen, werden Sie auf diese Art und Weise nie erreichen können.

(Beifall bei der SPD.)

Dann sprechen Sie das Sprachförderprogramm "Früh Deutsch lernen" an. Auch das ist sicher eine sinnvolle Maßnahme, aber nur, wenn die Förderstunden für Deutschunterricht in der Schule auf dem Niveau bleiben, das Sie von uns übernommen haben. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben die über 500 Lehrerstunden, die für den Deutsch-Sprachförderunterricht zur Verfügung gestellt wurden, auf 130 gekürzt. Das ist eine radikale Kürzung.

(Abg. Schreier (CDU): Es gab drei zusätzliche Stunden Deutsch dafür.)

Es geht darum, dass man in der Grundschule Kinder - auch deutsche - mit Sprachdefiziten gesondert fördert. Diese Fördermöglichkeiten haben Sie radikal beschnitten.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Auch deshalb ist Ihre Aktion eine mehr als halbherzige Aktion, zumal sie nur an wenigen Standorten im Saarland greift und sich wirklich auf Kinder mit Migrationshintergrund beschränkt. Diese Beschränkung ist jedoch nicht zu akzeptieren, denn auch deutsche Kinder mit Sprachdefiziten bedürfen schon vor ihrem Eintritt in die Schule eines Sprachförderprogramms. Sie haben Sprachförderung sicher genauso nötig wie Kinder mit Migrationshintergrund. Nehmen Sie das endlich ernst und sorgen Sie dafür, dass Sprachförderunterricht nicht immer nur plakativ als etwas Positives dargestellt wird, sondern dass mit diesem Programm auch in der Realität etwas Sinnvolles anzufangen ist!

(Zurufe der Abgeordneten Rink (CDU) und Schreier (CDU).)

Ich habe Ihnen gesagt, dass es zu unserer Regierungszeit an den Grundschulen eine ungeheuer viele Förderstunden gab. Hören Sie doch endlich damit auf, sich an Ihre Oppositionszeit zurückzuerinnern! Sie definieren sich nach wie vor als Oppositionspolitiker. Sie hatten jetzt fünf Jahre Regierungsverantwortung. Was haben Sie gemacht? Alles, was Sie versprochen haben, haben Sie nicht gehalten. In der Bildungspolitik haben Sie überhaupt nicht Wort gehalten, sondern Sie haben alle Parameter beibehalten und bei einem Parameter, der Arbeitszeiterhöhung für Lehrer, die Schraube ganz eng angezogen. Sie haben eine Entlastung der Lehrer versprochen, aber Sie haben sie mehr belastet, als es in jedem anderen Bundesland der Fall ist. Das gilt insbesondere für den Bereich, den Sie für sich als den wichtigsten reklamieren: die Grundschule. Sie haben dort 250 Lehrerstellen gestrichen. So ernst nehmen Sie das wichtigste Glied in der Bildungskette, dass Sie zu dieser Konsequenz gelangt sind!

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Auf die Legendenbildung will ich gar nicht mehr eingehen, weil es keinen Sinn macht. Auch wenn Ihr Fraktionsvorsitzender Adam Riese ständig im Munde führt: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sind nicht in der Lage zu erkennen, dass man 400 zusätzliche Lehrerstellen nicht mit 4,2 Millionen Euro pro Jahr finanzieren kann. Aber gut, lassen Sie es bei dieser Legendenbildung! Es macht überhaupt keinen Sinn: Sie sind in dieser Frage beratungsresistent und möglicherweise auch Opfer einer Politik, die schon vor Pisa nicht unbedingt die optimale gewesen ist. Ich denke an Bildungsminister Ihrer Partei.

(Zuruf von der CDU: Quatsch. - Sprechen bei der CDU.)

Dann sprechen Sie von den zentralen Prüfungen für den Haupt- und den Realschulabschluss. Als würden diese zentralen Abschlussprüfungen - das wird Frau Görner sicher gerne bestätigen - irgendwas an der Unterrichtsqualität ändern!

(Zurufe von der CDU.)

(Abg. Gillo)

diesen Bedingungen kann die Einrichtung nicht weitergeführt werden, sagt das Bistum.

Da muss sich doch jeder, der das liest, fragen, unter welchen Bedingungen die Hochschule weitergeführt werden kann. Möglicherweise doch mit einem etwas höheren Anteil an Landeszuschüssen in einer Situation, wo zugegebenermaßen im Bereich der öffentlichen Hand, aber auch im Bereich der Kirchen die Steuereinnahmen zurückgehen. Ich sage Ihnen einmal, wie das woanders ist - in Freiburg oder Mainz etwa, wo die katholische Kirche ähnliche Einrichtungen unterhält. Dort ist der Anteil der Bistümer jeweils deutlich geringer, er liegt bei 50 Prozent der Kosten. Bei uns im Saarland liegt er bei 75 Prozent der Kosten. Ich frage mich, wieso es nicht möglich sein soll, dass diese Landesregierung, wenn diese Spielräume bestehen, einen Schritt auf den Bischof in Trier zugeht und Angebote macht: Jawohl, wir sind bereit, über eine höhere Beteiligung des Landes an den Kosten dieser Hochschule zu sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Warum werden solche Schritte nicht gemacht? - Wenn der Kollege Vogtel auf einmal fragt, welche Spielräume es da gibt, dann möchte ich noch einmal vorlesen. Das Bistum sagt: "Die Fachhochschule Saarbrücken wird als einzige Schule dieser Art zu 75 Prozent aus Bistumsmitteln finanziert und kann unter diesen Bedingungen nicht weitergeführt werden." - Das heißt doch, dass sie unter anderen Bedingungen sehr wohl weitergeführt werden könnte. Ich erwarte deshalb von dieser Landesregierung, was ich beim Thema Kindergarten, beim Thema Jugendprojekte auch erwarte, dass sie nämlich dem Bistum entsprechende Angebote unterbreitet, dass sie nicht sagt: Nein, wir sind jetzt beleidigt, dieses Vorgehen des Bischofs in Trier finden wir nicht in Ordnung, wir lehnen uns zurück. das geht uns alles nichts an.

Das finde ich nicht richtig. Wenn man eine solche Einrichtung als wichtige und unverzichtbare Einrichtung anerkennt, wie Sie es in Ihrem eigenen Antrag auch tun, dann muss man auch dazu bereit sein, einem Träger, der sich privat engagiert, der mehr als 1,1 Millionen Euro pro Jahr investiert in eine solche Einrichtung, auch einmal weitere - nicht unbedingt riesige, sondern durchaus bescheidene - Angebote zu machen. Diese Bereitschaft muss da sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Vogtel (CDU):

Herr Kollege Gillo, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass ich Sie bereits bei der Podiumsdiskussion, die Sie angesprochen haben, darauf hingewiesen habe, dass Sie hier nur die Hälfte der Miete aus dem Papier des Bistums zitieren. Hinter diesem Zitat steht nämlich eine Zahl, die das Bistum einsparen möchte. Dort steht: Das Bistum will 1,1 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Das ist die gesamte Summe, mit der das Bistum zurzeit diese Hochschule finanziert. Deshalb ist meine Frage wohl nicht ganz unberechtigt: Von welchen Spielräumen - von denen Sie offensichtlich nur träumen - reden Sie denn?

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Gillo (SPD):

Herr Kollege Vogtel, in der Einsparliste des Ministeriums steht in der Tat - -

(Zurufe von der CDU: Des Bistums!)

Pardon, des Bistums - -

(Abg. Vogtel (CDU): Das war wohl eine Freud'sche Fehlleistung! - Ätsch!)

Nein, das war keine Freud'sche Fehlleistung, es war ein Versprecher. Es gibt überhaupt keinen Grund, auf Versprechern eines Kollegen, die durchaus vorkommen können, so herumzureiten, wie Sie das tun. Ich sage noch einmal: In der Liste des Bistums ist in der Tat der Betrag von 1,1 Millionen Euro als Einsparbeitrag aufgeführt. Sie

können aber diese Formulierung nicht wegdiskutieren. Ich bin überzeugt davon, dass das Bistum, wenn nur ein kleines Signal von dieser Landesregierung käme,

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU))

bereit wäre, über eine Weiterführung der Hochschule zu sprechen. Offenbar wollen Sie aber dieses Signal nicht aussenden. Das besagt auch der Antrag, den Sie heute gestellt haben, denn in diesem Antrag ist von einem solchen Signal nicht die Rede. Ich bedauere das außerordentlich.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch noch ein kritisches Wort zum Bistum Trier sagen. Wir machen es uns da nicht einfach. Wir sagen nicht, das Land soll die 1,3 Millionen Euro doch bitte schön aufbringen.

(Zurufe von der CDU: 1,1 Millionen Euro!)

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass es durchaus Aufgabe des Bistums Trier ist, zu seiner Katholischen Hochschule zu stehen, die Ausbildungs- und Weiterbildungsaufgaben weiterzuführen, sich weiter in der Forschung zu betätigen. Für uns ist nämlich die katholische Kirche eine in der Gesellschaft engagierte katholische Kirche und wir möchten sie gerne weiterhin in dieser Rolle sehen.

Ich sage auch ganz klar: Wenn sich die katholische Kirche aus diesem Bereich verabschieden sollte, ist das mehr als eine Sparmaßnahme, es ist eine veränderte Auffassung von katholischer Theologie. Das wäre für uns schon ein Hinweis darauf, dass sich die Kirche möglicherweise insgesamt stärker herausziehen will aus ihrem gesellschaftlichen Engagement, aus ihrem Engagement in weltlichen Bezügen, dass sie sich zurückziehen will auf den rein theologischen Bereich, auf die Verbreitung des Glaubens in den Kirchen, auf Bibelkurse, Gottesdienste, Taufen und so weiter. Das wäre eine Entwicklung, die ich nicht gutheißen könnte. Das möchte ich als kritischen Punkt in Richtung katholische Kirche durchaus anmerken.

Aber ich habe Verständnis für die finanziellen Probleme des Bistums. Ich habe Verständnis dafür, dass das Bistum nicht mehr bereit ist, 75 Prozent der Kosten für diese Einrichtung zu tragen. Ich erwarte deshalb, dass das Land seine Anstrengungen in diesem Bereich erhöht. Es hilft nicht weiter, Probleme lösen zu wollen, indem man stur bleibt. Solche Probleme kann man nur lösen, indem man auf den Partner zugeht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es macht Sinn das zu tun, weil die Hochschule selbst auch einige Punkte genannt hat, wie die Hochschule weiterentwickelt werden kann. Ich möchte auf den neuen Master-Studiengang Evaluation hinweisen, der schon eingerichtet wurde in Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Man hat dort auch einen Bachelor-Studiengang zum Thema Bildung in der Kindheit - neudeutsch wird das genannt "Bachelor of Education" - entwickelt. Das ist ein Studiengang, der sich insbesondere an Erzieherinnen und Erzieher richtet. Und ich freue mich, dass die Katholische Hochschule für Soziale Arbeit damit auch eine Forderung der SPD-Fraktion in diesem Hause aufgegriffen hat. Das ist ja eine von uns schon lange immer wieder vorgetragene Forderung, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf Fachhochschulniveau anzuheben. Ich freue mich, dass die Fachhochschule ihre Bereitschaft erklärt hat, genau diese Ausbildung zu leisten. Es gibt auch andere Überlegungen, etwa die Kooperation mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft im Bereich von Pflege und Gesundheit. Das heißt, es gibt eine Reihe von Synergieeffekten, es gibt eine Reihe von Punkten, wo sich die Ausbildung weiterentwickeln kann. Ich meine, es würde sich lohnen, diese Angebote der Hochschulen aufzugreifen und tatsächlich dafür zu sorgen, dass diese Weiterentwicklung realisiert werden kann.

Jetzt noch kurz zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU. Ich habe eines vermisst. Ich habe vermisst, dass in diesem Antrag etwas dazu steht, was Sie, Herr Kollege Vogtel, auf der Podiumsdiskussion, die ich bereits erwähnt habe, angekündigt hatten.

(Abg. Gillo)

Dort hatten Sie gesagt - dafür gibt es viele Zeugen, mindestens zwei sitzen hier -, wenn diese Hochschule vom Bistum geschlossen würde, dann sei das Land dazu bereit, die Ausbildung von Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, möglicherweise in einer anderen Trägerschaft, fortzuführen. Das wäre ja etwas gewesen, wenn Sie das, was Sie dort mündlich erklärt haben, hier in Ihrem Antrag schriftlich ausgeführt hätten. Das haben Sie bisher nicht getan und deshalb muss ich jetzt befürchten, dass Sie von dieser mündlich geäußerten Zusage schon wieder abrücken wollen.

Ich komme jetzt zum Schluss, und dann sind Sie wieder dran, Kollege Vogtel. - Ich fordere das Bistum Trier auf, zu dieser Katholischen Hochschule zu stehen und weiterhin einen angemessenen finanziellen Beitrag zu ihrem Betrieb zu leisten. Und ich fordere im Namen der SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung dazu auf, einen Schritt auf das Bistum Trier zuzugehen, die Bereitschaft zu signalisieren - wenn auch in bescheidenem Umfang -, höhere Beiträge des Landes für diese Institution zu zahlen, damit man es dem Bistum ermöglicht, die Hochschule weiterhin zu betreiben. Damit könnte man es dem Bistum sogar unmöglich machen, aus der Finanzierung auszusteigen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordnete Gaby Schäfer das Wort.

Abg. Schäfer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war schon einigermaßen überrascht, Herr Kollege, als Sie angefangen haben, Ihre Rede zu halten. Ich hatte den Eindruck, dass es hier zunächst einmal um eine Abrechnung mit der Landesregierung geht. Zweitens ging mir durch den Kopf, dass das Thema, das Sie sich gewählt haben, wohl heißen muss, wie kann ich aus diesem Thema, nämlich aus dem Thema drohende Schließung der Katholischen Hochschule für soziale Arbeit im Saarland, politisches Kapital schlagen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben eben dem Kollegen Alfons Vogtel ja leider nicht die Gelegenheit gegeben, auf diese Anwürfe zu antworten, aber es ging in dieser Podiumsdiskussion darum - ich möchte das nur kurz erläutern -, dass ein Brief der Staatskanzlei von Herrn Schreiber verlesen worden ist, in dem stand, dass Staatssekretär Rauber die Katholische Hochschule im Saarland für unverzichtbar hält. Das sehen wir so, aber zunächst ist in diesem Punkt jetzt das Bistum Trier am Zug und wir werden einmal sehen, was das Bistum Trier in dieser Angelegenheit zu tun gedenkt. Wir haben alle erfahren - Sie haben es eben auch angesprochen -, dass diese Sparvorschläge seit April im Raum stehen, dass im Saarland 30 Millionen Euro eingespart werden müssen und dass die Schließungsabsichten des Bistums Trier auch für die Katholische Hochschule für soziale Arbeit gelten.

Wir schätzen die Arbeit der Katholischen Fachhochschule im Saarland sehr. Einige Abgeordnete haben dort studiert und insofern haben wir natürlich auch einen sehr engen Bezug zu dieser Schule und möchten sie sehr gerne erhalten. Deshalb waren wir natürlich von den Absichten des Bistums Trier sehr betroffen. Wir wissen, dass 275 Studentinnen und Studenten an der Katholischen Hochschule immatrikuliert sind und wir wissen auch, dass auch in diesem Jahr wieder 65 Studierende aufgenommen werden sollen. Aber die Zukunft - das ist das, was wir in den vergangenen Wochen verfolgt haben - ist derzeit ungewiss.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Finanzierung sagen, weil Sie es eben, Herr Kollege, so dargestellt haben, als sei diese Finanzierung für das Land ein ganz einfaches Thema, eine Frage des guten Willens, Möglichkeiten gäbe es genug, Spielräume haben Sie das genannt. Die Finanzierung sieht derzeit so aus: 75 Prozent des

Hochschuletats, 1,1 Millionen Euro, kommt vom Bistum, das Land zahlt über 330.000 Euro, davon sind 204.000 Euro gesetzliche Leistungen und 128.000 Euro freiwillige Leistungen. Sie haben eben gesagt, die Landesregierung tut so, als ginge diese ganze Sache sie überhaupt nichts an. Das ist nicht der Fall! Und es ist auch genau so, wie es der Kollege Vogtel eben gesagt hat, der gesamte Betrag, den das Bistum derzeit für die Katholische Hochschule für soziale Arbeit gibt, ist als Sparvolumen geplant. Also geht es nicht darum, könnten wir noch 10, 20 oder 100 Euro drauflegen, sondern jetzt geht es darum, dass das Bistum Trier den gesamten Betrag, den es derzeit zur Unterhaltung der Katholischen Hochschule benötigt, als Sparbeitrag ansieht.

Die Katholische Hochschule ist im Saarland die einzige Ausbildungsstätte für Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und ist deshalb eine dringend notwendige Präsenz hier im Saarland. Das sehe ich so und das sieht meine Fraktion auch so. Das ist eine dringend notwendige Präsenz. Ich muss auch sagen, das Saarland gehört auch zum Bistum Trier. Insofern erwarten wir hier auch ein Zugeständnis des Bischofs des Bistums, dass hier im Saarland auch etwas stattzufinden hat.

(Beifall bei der CDU.)

Ich zitiere hier ganz gerne, weil ich das sehr treffend finde, die saarlandische Sozialministerin, Regina Görner, die gesagt hat, die Kirche kann sich nicht allein auf die Seelsorge zurückziehen. Es gibt auch andere Bereiche, wo die Kirche in Zukunft auch noch Aufgaben zu meistern hat und dadurch auch die Präsenz der Katholischen Kirche im Saarland unter Beweis stellt.

(Beifall bei der CDU.)

Die Katholische Fachhochschule - und das wissen wir alle - hat sich im Saarland einen Namen gemacht. Sie schneidet auch im Ranking mit anderen Hochschulen gut ab. Das wissen wir, das haben wir verfolgt, dass sie in vielen Bereichen in der Spitzengruppe rangiert. Und deshalb sind wir auch stolz auf die Katholische Hochschule für soziale Arbeit. Die Qualität der Ausbildung stimmt also. Sie erfreut sich eines sehr hohen Ansehens, wie übrigens auch die anderen katholischen Hochschulen in Deutschland. Der Run auf die Studienplätze an katholischen Hochschulen ist sehr groß. Die Wartezeiten werden immer - und das war schon früher so - sehr gerne in Kauf genommen, denn man weiß, dass man dort eine fundierte, eine gute Ausbildung bekommt, die auch zukunftsfruchtig ist. Und das ist natürlich eine sehr wichtige Sache. Dies belegen auch die Anmeldezahlen in diesem Jahr. 360 Männer und Frauen wollen im Saarland an der Katholischen Fachhochschule studieren, wollen einen der 65 Studienplätze, die es hier gibt. Also kann nur jeder Sechste hier tatsächlich immatrikuliert werden. Zwei Drittel der Studierenden sind katholisch, ein Drittel der Absolventen arbeitet später in katholischen Einrichtungen. Damit kann das Bistum Trier natürlich auch einen sehr großen Einfluss auf die Einrichtungen, die wir im Saarland haben, ausüben. Ich denke, das ist auch eine ganz wichtige Sache, denn wir wollen ja auch künftig im Saarland eine an christlichen Werten orientierte Arbeit sehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Zwei Semester Praktikum werden in der Regel hier im Land absolviert. Das bedeutet natürlich für die einzelnen Verbände die Möglichkeit, kostengünstig Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Verbände und die einzelnen sozialen Einrichtungen im Land sind ja auch froh, wenn sie Berufspraktikanten bekommen können, die bei ihnen mitarbeiten.

Bisher fehlte, zumindest seitens des Bistums, eine konzeptionelle Weiterentwicklung, insbesondere auch eine konzeptionelle Weiterentwicklung, die auch die finanzielle Entwicklung dieser katholischen Hochschule berücksichtigt. Diesbezüglich ist bislang keine Vorsorge getroffen worden, und das ist natürlich auch anzukreiden.

Die Einsparungen des Bistums stellen das Saarland ja nicht nur in diesem Bereich vor große Herausforderungen. Wir alle wissen um die Situation bei der Finanzierung der Kindergärten. Im Übrigen, Herr Kollege Gillo, müssten Sie doch wissen, dass die Finanzierung

(Abg. Schäfer)

der Kindergärten eine Aufgabe der Kommunen ist. Das ist klar geregelt. Auch der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz richtet sich nicht gegen das Land. Ich halte es für eine allzu vereinfachte Sichtweise, wenn immer dann, wenn es irgendwo Schwierigkeiten gibt, gesagt wird: Das ist ab jetzt und heute eine Aufgabe des Landes, hier muss das Land eintreten. - Ich bin klar der Auffassung: Wir haben verschiedene Ebenen, und diese verschiedenen Ebenen haben auch ihre Aufgaben wahrzunehmen.

(Beifall von der CDU.)

Es bereitet dem Land auch Schwierigkeiten, dass in den Bereichen der offenen Jugendarbeit gespart wird, dass die Katholische Jugendzentrale und die kirchlichen Verbände alle mitsparen müssen, dass die Beratungsstellen, die Weiterbildung usw. gefährdet sind. Hier sind sehr wichtige Aufgaben angesprochen, die in unserem Land erfüllt werden müssen. Wir sähen diese Aufgaben gerne auch künftig unter Mithilfe des Bistums abgedeckt. Das ist natürlich angesichts der Finanzlage ein großes Problem. Aber bei allem Verständnis für die Lage des Bistums Trier - das Land allein kann diese Löcher nicht stopfen. Wir wissen, dass auch die Kommunen die Löcher nicht alleine stopfen können. Es muss daher kreativ über neue Möglichkeiten der Finanzierung nachgedacht werden.

Das Land zahlt - um noch einmal eine Zahl zu nennen - 25 Millionen Euro pro Jahr für Einrichtungen des Bistums Trier. Die Schwerpunkte liegen dabei im Bereich der Schulen und Kindergärten. Das Saarland hat ja auch eine der großzügigsten Privatschulregelungen aller Länder. Die Lage wird ja oft so dargestellt, als halte sich das Land grundsätzlich bei allem zurück. Für diesen Bereich gilt das jedenfalls nicht: Wir tragen die Personalkosten der Grund- und Hauptschulen in kirchlicher Trägerschaft vollständig, die Personalkosten der Real- und Sekundarschulen und der Gymnasien zu 90 Prozent. Zudem zahlen wir Investitionskostenzuschüsse in einer Größenordnung zwischen 50 und 80 Prozent. Das alles stellt durchaus ein großes Engagement des Landes in einer auch für das Land sehr schwierigen Zeit dar.

Wir wollen - um das noch einmal klar zu sagen -, dass das Bistum Trier seine Pläne nochmals überdenkt. Wir wollen, dass die Katholische Hochschule für Soziale Arbeit, diese Einrichtung des Bistums Trier, im Saarland Bestand hat.

(Beifall von der CDU.)

Wir wollen das nicht allein aus dem Wunsch heraus, Gelder einzusparen. Das könnte man uns ja vielleicht unterstellen. Es geht uns aber um ganz andere, sehr wichtige Dinge: Wir wollen, dass unser Land auch künftig von dieser Schule in der gewohnten Art und Weise mitgeprägt wird. Wir wissen, dass alle sozialen Einrichtungen von der Katholischen Hochschule profitieren. Wir wollen, dass das, was die Hochschule seit 40 Jahren leistet, auch für die Zukunft erhalten wird. Wir alle müssen uns daher für diese Hochschule engagieren.

Die Menschen im Saarland stehen zu diesen Einrichtungen. Gerade auch in der heutigen Zeit nimmt die Suche nach Werten einen zentralen Platz ein. Gebrauchte werden Orientierungshilfen. Die katholischen Schulen im Saarland sind daher auch die Schulen, die die höchsten Anmeldezahlen haben - gleich, ob Grund- oder Realschule, ob Sekundarschule oder Gymnasium. Und das gilt eben auch für die Katholische Hochschule.

Die Eltern wissen, dass sie sich dann, wenn sie ihre Kinder in diese Schulen schicken, in stärkerem Maße persönlich engagieren müssen, als das bei einer Anmeldung an einer staatlichen Schule erforderlich wäre. Dennoch kämpfen die Eltern um die Plätze in den katholischen Schulen. Sie nehmen weite Anfahrten und andere Schwierigkeiten, erhöhte Kosten und eben auch das geforderte größere persönliche Engagement in Kauf. Daran können wir sehen, dass die katholischen Einrichtungen im Saarland einen hohen Stellenwert haben, dass sie von großer Bedeutung für unser Land sind.

Meine größte Sorge ist, dass das System der Subsidiarität in Gefahr sein könnte. Gerade in der Wohlfahrtspflege ist ja Subsidiarität ein herausragendes Thema. Die gesamte deutsche Wohlfahrtspflege fußt auf dieser Sicht der Dinge, auf der Subsidiarität. Es ist deshalb wichtig, dass wir bei solchen Fragestellungen am Ball bleiben und eben nicht einfach sagen: Na gut, dann schließt doch diese Schule. - Nein, wir alle müssen uns bemühen, dass das Bistum Trier auch künftig an dieser Schule festhält.

(Beifall von der CDU.)

Ich sage auch: Es ist auch Aufgabe und Auftrag der Kirche, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die für Menschen zuständig sind, die sie betreuen, erziehen, unterstützen, pflegen, ihnen in Konflikten beistehen. Für diejenigen, die diese Aufgaben übernehmen, muss auch eine kirchliche Ausbildung vorhanden sein. Deshalb muss sich die Kirche hierbei auch künftig engagieren.

Natürlich muss sich etwas ändern, damit das Bestehende erhalten werden kann. Dazu hat die Hochschule bereits selbst gute Vorschläge erarbeitet. Es wurden realisierbare Vorschläge erarbeitet, so teilt der Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit mit. Neue Finanzierungsformen seien erarbeitet worden, die sowohl die Finanzierung durch das Bistum wie auch durch das Land und auch eigene Einnahmen beinhalteten.

Zu den beabsichtigten eigenen Einnahmen der Hochschule gehören zum Beispiel gebührenfinanzierte Weiterbildungsstudiengänge - eine durchaus übliche Sache. Zu den geplanten Einnahmen der Hochschule zählen auch Zahlungen derjenigen, die von einem Studiengang profitieren, also der Verbände und Einrichtungen im Saarland. Wer bestellt, muss auch etwas dafür zahlen - auch das ist eine übliche Sichtweise. Auf diese Weise wäre eine Erhöhung der Eigeneinnahmen möglich.

Eine Möglichkeit eröffnete sich auch mit einer Ausweitung des Angebotes der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit. Zu denken ist beispielsweise an eine berufsbegleitende Ausbildung von Führungskräften im Erziehungsbereich. Es wurde ja schon angesprochen, dass wir gerade auch in diesem Bereich die Möglichkeit haben sollten, mehr Führungskräfte auszubilden.

(Abg. Gillo (SPD): Ich freue mich, dass Sie das endlich einsehen. Ich freue mich, dass Sie endlich so weit sind.)

Ich freue mich immer, wenn Sie mir zustimmen. Sehr nett, Herr Kollege. - In diesen Bereichen müssen wir weiterarbeiten. Aber, Herr Kollege, es geht hier um etwas anderes als um Ihre Freude. Es geht um die Frage, wie diese Schule durch das Bistum und alle anderen Beteiligten im Saarland für die Zukunft fit gemacht werden kann. Dabei besteht eben eine Möglichkeit in der Einbindung einer berufsbegleitenden Ausbildung.

Es gibt bereits heute eine Zusammenarbeit mit der HTW bei Studiengängen im Bereich von Pflege und Gesundheit. Das ist ein zukunftsträchtiges Modell. Das ist etwas Wichtiges, etwas Zukunftsorientiertes. Wir wissen, dass es auch Gespräche mit Trägern, mit Gesundheitskonzernen gegeben hat. In diesem Kontext war auch unsere Fraktion aktiv. Sie war aktiv, hat mit Trägern gesprochen, gemeinsam mit Gesundheitskonzernen Ideen überlegt und ausreifen lassen. Ich bin sicher, dass es künftig Möglichkeiten in dieser Richtung geben wird.

Das Ziel ist, die Hochschule auf solide Füße zu stellen und die Bandbreite zu erweitern. Manches sieht heute noch wie eine - Professor Filsinger möge mir verzeihen - verrückte Idee aus, eine verrückte Idee des Rektors der Schule betreffend die Idee einer Stiftung, Studiengebühren, Sponsoring und all das, was zurzeit in der Hochschule diskutiert wird. Aber diese Ideen sind vielleicht gar nicht so verrückt. Vielleicht erweisen sie sich in der Zukunft doch als tragfähig und können umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU.)

(Abg. Schäfer)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ball liegt nun beim Bistum Trier. Wir erwarten, dass das Bistum Trier sich seiner Verantwortung für diesen Bereich bewusst ist. Dann werden wir weiter sehen. Danke schön.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion (Drucksache 12/1177). Wer für die Annahme der Drucksache 12/1177 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1177 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion (Drucksache 12/1185). Wer für die Annahme der Drucksache 12/1185 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1185 einstimmig angenommen ist.

Lassen Sie mich am Ende der voraussichtlich letzten Sitzung dieser Wahlperiode Ihnen allen dafür danken, dass Sie in diesen fünf Jahren unserem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern als Abgeordnete gedient haben. Mit dem Ende der Wahlperiode beenden

eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen ihre Mitgliedschaft im Parlament. Ihnen gilt - ich darf für alle sprechen - ein ganz besonderer Dank für das Engagement, den Sachverstand und den Fleiß, mit dem Sie die Arbeit des Landtages zum Teil über mehrere Wahlperioden hinweg und zum Teil in herausragenden Funktionen mitgeprägt und mitgestaltet haben. Stellvertretend für alle möchte ich nennen: die Erste Vizepräsidentin Roswitha Hollinger, den Vizepräsidenten Kurt Schoenen sowie die Kollegen Hans Albert Lauer, der rund 25 Jahre und damit am längsten von uns allen - fünf Wahlperioden - diesem Parlament angehört hat, und Willi Gehring, der rund 20 Jahre - vier Wahlperioden - dem Parlament angehört hat.

(Anhaltender Beifall des Hauses.)

Im Namen des gesamten Landesparlamentes und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ihre Tätigkeit begleitet und mitgetragen haben, danke ich Ihnen für den Beitrag, den Sie als Abgeordnete im politischen Ringen um die Selbstbehauptung und Zukunftssicherung des Saarlandes im Wettbewerb der Regionen Europas geleistet haben. Sie haben sich um unser Land verdient gemacht.

(Beifall des Hauses.)

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen auch ganz persönlich viel Glück, Gesundheit und Erfolg auf Ihrem weiteren Lebensweg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen und schließe die voraussichtlich letzte Sitzung.